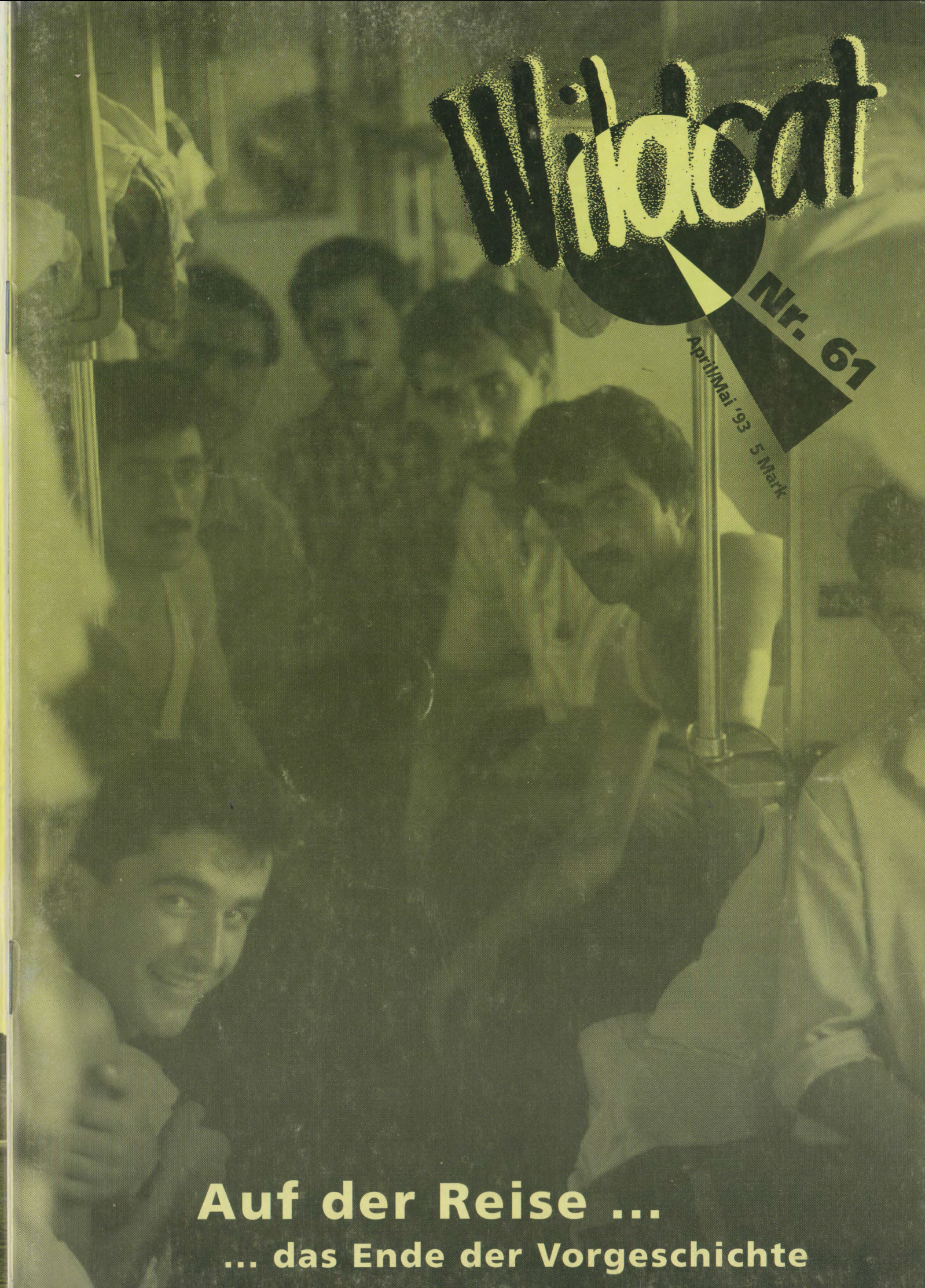


Wildcat

Nr. 61

April/Mai '93 5 Mark

Auf der Reise ...

... das Ende der Vorgeschichte

Kontaktadressen der Wildcat:

Sisina, Postfach 360 527,
1000 Berlin 36 - 030/6121848
ab 1. Juli: 10975 Berlin

Sisina, Postfach 301 206,
5000 Köln 30
ab 1.Juli: 50782 Köln

Wildcat, Postfach 306 325,
2000 Hamburg 36
ab 1. Juli: 20229 Hamburg

Wildcat im Friedensbüro, M2, 15b,
6800 Mannheim
ab 1.Juli: 68161 Mannheim

Postlagerkarte 17 26 49 E,
7800 Freiburg

Bezugsbedingungen:

Einzelbestellungen bei der Berliner Adresse nur gegen Vorkasse an

Sisina, Konto 31502-109,
Postgiroamt Berlin (BLZ 100 100 10)
Alle Preise einschließlich Versandkosten

Wildcat: Einzelheft 5 Mark, Abo: 4 Hefte für 20 Mark, Förderabo: 40 Mark

Wir suchen noch WeiterverkäuferInnen, bitte wendet Euch an uns!

V.i.S.d.P. ist P. Müller

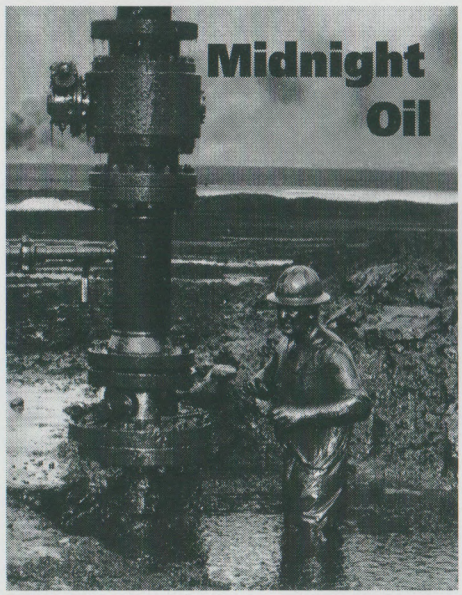
Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders. Eine »Zurhabenahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile an den Absender zurückzuschicken.

Bücher

TheKla 11 – Jobberversuche 1981-88
Jobbergruppen berichten von ihren Versuchen, die Ausbeutung in der Region auf- und anzugreifen, über ihre guten Erfahrungen und ihre Fehler.
132 Seiten, 7 Mark

TheKla 12 – Arbeit, Entropie, Apokalypse
Analysen des *Midnight Notes Collective* zur internationalen Klassensituation und zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft. Im Anhang *Lordstown – Produktive Sabotage*, über Arbeiterkämpfe 1974 am schnellsten Fließband der Welt in Ohio.
148 Seiten, 7 Mark

TheKla 13 – Klassenkämpfe im Sozialismus
Polen: Arbeiter gegen sozialistische Verwertung; China: Massaker für die Reformen; Frankreich: Interviews mit Krankenschwestern; Klassenkämpfe in England. *152 Seiten, 7 Mark*



Midnight Oil
»Die größte und schnellste Massenentlassung in Jahrzehnten. Als ein Ergebnis des Golfkriegs wurden fünf Millionen ArbeiterInnen vertrieben, deportiert, umgebracht oder auf andere Weise von ihren Subsistenzmitteln getrennt. Jemenitische Gärtner, palästinensische LehrerInnen, sudanesische LKW-Fahrer, pakistanische Schweißer, Hausangestellte aus Sri Lanka, LandarbeiterInnen aus Ägypten und KellnerInnen von den Philippinen – sie alle wurden von den Sturmfluten erfaßt, die die Militarisierung und der darauf folgende Einsatz von Streitkräften am Golf verursachten. Diese ArbeiterInnen waren, und sind es immer noch, unentbehrlich für die Ölindustrie im Nahen Osten.« (aus der Einleitung)
Wir hatten in der Broschüre *Golfkrieg und Klassenkampf* und *TheKla 14 / Ölwechsel* Texte des *Midnight Notes Collective /USA* veröffentlicht, deren zentrale These war: es geht beim Golfkrieg nicht um den Sturz der Ba'ath-Partei, sondern darum, alle Regimes der Region gegen ein potentiell aufständisches, multinational zusammengesetztes Proletariat in der gesamten Golfregion zu stützen.
An einem Punkt hatten die Midnight Notes damals unrecht: es kam zum offenen Krieg. An allen anderen Punkten haben sie mit ihrer Analyse recht behalten: das Regime besteht fort, metzelt weiter Aufständische nieder, und die UNO erobert sich Region für Region den »öffentlichen Auftrag«, als bewaffnete Weltpolizei einzugreifen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in der Region haben sich radikal verschlechtert.
Wir haben aus dem 1992 erschienenen Sammelband *Midnight Oil* alle neuen Texte übersetzt: zur aktuellen Klassenzusammensetzung in der Golfregion und in den USA, zum Verhalten der Ölarbeiter in Nigeria gegen die Arbeit.

➤ *TheKla 17; ca. 200 Seiten Preis ca. 14 Mark*, erscheint im Juni 93

Die älteren Texte aus Midnight Oil sind bereits **TheKla 10** erschienen:
Zerowork – Politische Materialien
288 Seiten, 12 Mark

TheKla 14 – Ölwechsel – Klassenkampf und »neue Weltordnung«
Texte zum Golfkrieg, Energiesektor und Klassenkampf, Ursprung der Schuldenkrise. Außerdem: Zionismus – Mißgeburt der Arbeiterbewegung. *160 Seiten, 8 Mark*

TheKla 15 – Schichtwechsel: Fiat und die ArbeiterInnen. Die Immigration – der Heiße Herbst – der Waffenstillstand – die 35 Tage.
Fiat-ArbeiterInnen erzählen in vielen Interviews die Geschichte ihrer Kämpfe von den 60er Jahren bis 1980. Dazu ein Epilog Ende der 80er, ein Beitrag zu Fiat nach der Umstrukturierung, Flugis von Anfang der 90er.
vergriffen, erweiterte Neuauflage demnächst.
ca. 180 Seiten, 10 Mark

Fabrikguerilla in Mailand 1980/81:
Geschichte der Kolonne »Walter Alasia« der Roten Brigaden *210 Seiten; 12 Mark*

Sabotage

ArbeiterInnen aus den USA erzählen über ihre Jobs und ihren Kampf dagegen

Martin Sprouse aus San Francisco hat seit Ende der 80er Jahre Interviews mit ArbeiterInnen aus den unterschiedlichsten Jobs und Schichten über »Sabotage« gesammelt. Daraus hat er 135 kurze Geschichten gemacht, in denen die ArbeiterInnen selbst erzählen: von ihrer Arbeit und ihren eigenen Erfahrungen mit Sabotage. Martin hat den Begriff der Sabotage absichtlich weit gefaßt: »alles, was du bei der Arbeit tust und eigentlich nicht tun sollst«. Dabei sind die Geschichten nicht nur so vielfältig wie die Charaktere, sondern auch wie die Situationen: PackerInnen und FließbandarbeiterInnen können viel darüber erzählen, wie empfindlich Maschinen sind; ein Programmierer läßt den Zentralrechner einer Großbank abstürzen; ein Werbemaler schmuggelt kleine Nazis in die heile Welt seiner Plakate, Supermarkt-KassiererInnen machen die Waren billiger.
Die Geschichten geben einen Einblick in das Innenleben amerikanischer Arbeitswelten, und wer bestimmte Jobs kennt, der werden viele Situationen und Charaktere bekannt vorkommen. Einige sehen es schon als Sabotage, wenn sie heimlich auf dem Klo die Mittagspause überziehen; andere greifen zu sehr drastischen Maßnahmen.
Viele Geschichten erzählen von sehr individualistischen Verhaltensweisen, aber gerade die Geschichten, die von gemeinsamen Aktionen erzählen, beweisen die alte Binsenweisheit, daß Kollektivität eine Waffe und bisweilen revolutionär ist - und daß sie einfach Spaß macht (schon beim Lesen übrigens).

➤ *TheKla 16, ca. 120 Seiten, mit Bildern, ca. 16 Mark, erscheint im Juni 93*

Wir haben uns diesmal Zeit gelassen – und das in bewegten Zeiten. Angriffe auf Flüchtlinge, eine Gegenmobilisierung mediengerechter Lichterketten, derweil die Staatsparteien sich auf wesentliche Maßnahmen gegen das Proletariat verständigen: Regulierung und Illegalisierung der Einwanderung dringend benötigter Arbeitskräfte im »Asylkompromiß«, Einleitung der wirtschaftlichen Krisenpolitik und sozialpolitische Verschärfung des Arbeitszwangs, Militarisierung der deutschen (nicht nur Außen-)Politik durch Beteiligung in Jugoslawien, Somalia ...??

Daß wir uns Zeit gelassen haben, liegt nicht an der Trostlosigkeit oder Unbeweglichkeit dieser Zeit, oder an Resignation gegenüber dem Anschein kapitalistischer Übermacht. So trostlos ist die Zeit gar nicht: Nach dem »Fall des Sozialismus« sind linke *und* kapitalistische Ideologien in die Krise geraten. Der geographische Siegeszug des Kapitals und seiner »freien Marktwirtschaft« konnte nur einen kurzen Augenblick über seine eigene Schwäche hinwegtäuschen. Der Terror der Arbeit und die demokratische Staatsgewalt lassen sich nicht länger als »freiheitliche Alternative« gegenüber einem anderen Lager verteidigen.

Der »freie Westen« erschrickt über seine Krise. Nicht die ökonomische Krise – die haben die Unternehmer gewollt. Was sie als ihre eigentliche Krise empfinden, stellt den gesamten Zusammenhang von Arbeit und Ausbeutung in Frage. »Parteienkrise«, »Staatsverdrossenheit«, »Krise der Arbeit« – sind nur hilflose Annäherungen der Herrschenden an die Probleme. Dieses System kann die Menschen nicht mehr mit neuen Perspektiven und Hoffnungen an sich binden.

Nach der Wiedervereinigung war gerade hier in Deutschland der »Umbruch« schnell als Auflösung der Blöcke und Untergang des Sozialismus diagnostiziert worden. International sprach man vom »Ende der Geschichte«, und meinte damit, daß die Gesellschaft nun ihre endgültige und nicht mehr revolutionierbare Form gefunden habe. Große Teile der Linken gaben sich diesem Zeitgeist hin und trauerten ihrer geschichtlichen Mission nach. Paradoxerweise sind es die Ideologen der Herrschenden, die bemerken, daß der Fall des Sozialismus erst der Auftakt gewesen ist zum eigentlichen historischen Umbruch. Sie ahnen, daß es tatsächlich ihr eigenes Ende sein könnte – das Ende der Vorgeschichte!

Wir haben in den letzten Monaten viel darüber diskutiert, an was für einem historischen Umbruchpunkt wir uns befinden und wo die Perspektiven einer revolutionären Entwicklung liegen. Schnelle Antworten darauf gibt es keine. Denn es kann nicht um alte Zauberformeln gehen, wie sie jetzt in der »Organisationsdebatte« oder in dem Wiederaufwärmen eines historischen Anarchismus angeboten werden. Die Antworten müssen in den tatsächlichen Veränderungen, in den neuen Bedürfnissen und Verhaltensweisen innerhalb der Arbeiterklasse gefunden werden. Wie schwierig das ist, zeigen die Beiträge zu **England** und **Italien** in diesem Heft: Geht es in England nur um ein Wiederaufleben der alten Zentralität und Militanz der Bergarbeiter oder werden sie Bezugspunkt für eine neue, sich selbst noch nicht bewußte Klasse? Sind die Bewegungen in Italien, die sich mit ihren Gewerkschaftsvertretern nur noch mit Wurfgeschossen verständigen, Ausdruck eine neuen Autonomie – oder erneuern sie Summasummarum nur ein bankrottes institutionelles System? – Auch die Artikel zu **Migration** und **Sozialstaat** können nicht schon Antworten geben oder ein neues Projekt unseres Eingreifens entwerfen.

Um zu verhindern, daß die politischen Bewegungen und die Kämpfe der ProletarierInnen nur zur Reformierung und Verlängerung des Elends beitragen, müssen wir heute eine radikale Kritik dieser Verhältnisse neu formulieren. In den Ansätzen einer neuen Bewegung gegen die Angriffe auf den sozialen Lohn sehen wir die Gefahr, daß sie sich damit begnügen, das Elend zu reformieren, statt es abzuschaffen. Daher haben wir an einigen Stellen etwas weiter ausgeholt. Auch um klar zu machen, wie historisch vergänglich all diese Selbstverständlichkeiten – von täglicher Arbeit bis zum Rentensystem – sind, die bis heute die Macht des Kapitals aufrechterhalten. Und wir haben auch keine Lust, uns jetzt am Ausmalen von Horrorszenarien kapitalistischer Strategien und Planungen zu beteiligen. Wie immer wollen unsere Feinde nur das Schlimmste, aber sie haben keine »Lösungen« für ihre Krise.

Die historische Situation ist offen – darin liegen unsere Chancen. Sorgen wir dafür, daß sie aus dieser Krise nicht wieder herauskommen!

Den kurzen Hintergrundartikel über **Somalia** haben wir in letzter Minute reingenommen. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die Herrschenden auch hier den Krieg wieder als »Lösung« ihrer Probleme betrachten – insofern sind wir auch keine unverbesserlichen Optimisten. Historisch offene Situationen sind immer nach mehreren Seiten offen • • •

Inhalt

Krieg, Hunger und Menschlichkeit: Die Bundeswehr in Somalia 2

Arbeiterklasse und Nationalismus in Jugoslawien 3

Plexiglas: Heißer Herbst '92 in Italien 11

Der Sozialstaat pakt's nicht mehr 23

The Miners' Last Stand & Diskussionsbeitrag 36

Migration und Arbeitsmarkt Polnische Vertragsarbeiter 48

Leserbrief 60

Arbeitslosenunion in Südkurdistan gegründet 62

Sabotage

Wir planen im Juni eine Veranstaltungsreise durch mehrere Städte. Thema soll die »aktuelle Klassenlage in den USA« sein. Dabei wollen wir das nebenan angekündigte Buch vorstellen und einen Video über Hausbesetzungen und die Riots im Mai 92 zeigen. Wer Interesse hat, auch in ihrer Stadt mit uns so eine Veranstaltung zu machen, soll sich bitte an die Berliner Wildcat-Redaktion wenden.

Krieg, Hunger und Menschlichkeit: Die Bundeswehr in Somalia

Hinter der »humanitären Maßnahme« stecken imperialistische Strategien.

– Verschiedene **US-Ölkonzerne** hatten seit 1986 Probebohrungen in Somalia angestellt, nachdem ein großes Ölfeld gefunden worden war, das sich vom Jemen bis nach Somalia hinzieht. *Conoco* sind als einzige nach dem Sturz des Siad-Barre-Regimes 1991 in Somalia geblieben. Folgerichtig stellte auch der Chef der *Conoco*-Niederlassung in Mogadischu sein Firmenbüro den USA als Hauptquartier zur Planung der Invasion zur Verfügung. Einem hohen US-Offizier zufolge sei *»die Operation [ohne diese Hilfe] fehlgeschlagen«*.

– Weniger bekannt sind Pläne, aus Somalia eine der größten Giftmülldeponien der Welt zu machen. An diesen Geschäften ist **Italien**, die frühere Kolonialmacht in Somalia, führend beteiligt.

– **US-Staat und -Militär** sehen Somalia vor allem unter strategischen Gesichtspunkten. Ein Planer von einer US-Militärakademie: *»Als Land ist Somalia nicht viel wert, aber seine Geographie ist unbezahlbar«*. Wer Somalia kontrolliert, kontrolliert den Zugang zum Roten Meer.

Zur Geschichte ....

Die somalische Bevölkerung lebt traditionell als sogenannte Hirtennomaden, d.h. sie ziehen mit ihren Viehherden von Weidegebiet zu Weidegebiet. Sie sind in sogenannten *Clans* organisiert, d.h. Gruppen, die über ein komplexes Geflecht von Verwandtschaftsbeziehungen miteinander verbunden sind. Diese Beziehungen definieren die Regeln, nach denen traditionell Konflikte ausgetragen und gelöst werden. Tonangebend sind dabei jeweils bestimmte alte Männer. Ich sage »traditionell«, weil Somalia sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat; trotzdem benutze ich die Gegenwartsform, weil Anfang der 90er Jahre immer noch 70 Prozent der Erwerbsbevölkerung von in Clans organisierter Viehzucht lebte. Bis 1991 wurden Lebensmittel aus Somalia exportiert. In den 80er Jahren hat es Versuche gegeben, eine auf den Weltmarkt-Export orientierte Landwirtschaft aufzuziehen, vor allem mit Bananen.

Nachdem zuerst das italienische, dann das britische Kolonialreich zusammengebrochen waren, schlossen sich bei der Unabhängigkeit 1960 die beiden Ex-Kolonien zum Staat Somalia zusammen. 1969 putschte sich ein Major namens Siad-Barre an die Macht. Er schaffte es 21 Jahre lang, zwischen den Interessen der Supermächte und der Clans zu lavieren. Zunächst führte er mit sowjetischen Geldern den wissenschaftlichen Sozialismus ein, lief dann nach 1974 zu den USA über, die ihn gegen das pro-sowjetisch gewordene Äthiopien weiter aufrüsteten. Das Land wurde mit verdeckten US- und Nato-Waffenlieferungen geradezu überschwemmt. Somalia wurde damals nach Israel und Ägypten zum drittgrößten Entwicklungshilfe-Empfänger der USA.

... von Entwicklungshilfe ...

Die Entwicklungshilfegelder sicherten dem Regime das Überleben: Mit ihrer Hilfe spielte Siad-Barre die Clans gegeneinander aus. Dabei setzte er die traditionellen Verhandlungsmechanismen weitgehend außer Kraft, ließ Dörfer bombardieren und vertrieb Teile der Bevölkerung aus den von ihnen bewohnten fruchtbaren Gebieten in die Wüste – wo sie von Lagern der »Hilfsorganisationen« aufgenommen wurden. Ein ehemaliger US-Entwicklungshelfer sagt, in den 80er Jahren wurde *»langsam klar, daß das Vorgehen der amerikanischen Militärberater und der somalischen Generäle in Mogadischu untrennbar mit der Ernährung der weinenden Kinder in den Flüchtlingslagern zusammenhing«*. Nahrungshilfe sei vor allem an die Armee gegangen. Die nomadische Bevölkerung wurde in Lager gesperrt, die *»wie Konzentrationslager«* waren und, weil sie das Weiterziehen aus Dürregebieten verhinderten, zu noch mehr Hunger führten.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation wurden 1990 die US-Gelder gesperrt. Die verschiedenen Oppositionsgruppen, die sich über die Jahre gebildet hatten und größtenteils Clan-Allianzen repräsentier(t)en, taten sich zusammen und vertrieben Siad-Barre im Januar 1991 aus Mogadischu nach Süden. Die wichtigste Oppositionsgruppe, der USC, zerfiel nach der Einnahme Mogadischus in zwei Fraktionen, die seitdem gegeneinander kämpfen: die Fraktion von General Aideed und die von Ali Mahdi. Beide kontrollierten bis zur US-Invasion jeweils einen Teil von Mogadischu.

Im Verlauf des Bürgerkrieges wurden mehrere Getreideernten vernichtet und noch mehr Menschen in die Wüste gejagt, wo sie völlig abhängig von internationalen Hilfsorganisationen wurden. Die UNO zog allerdings im Januar 1991 alles Personal aus Somalia ab, einschließlich *World Food Program*, *UN Development Program* und *Unicef*. Im März 1992 kam sie wieder und vermittelte einen – unwirksamen – Waffenstillstand zwischen Aideed und Ali Mahdi. Seit Januar 1992 fordert Boutros-Ghali einen Blauhelm-Einsatz, aus dem allerdings zunächst nichts wurde. Als im Oktober 1992 erste UNO-Vermittlungen zwischen den kämpfenden Fraktionen Erfolg hatten, wurde der UNO-Statthalter für Somalia, Ahnoun, abberufen und durch einen Freund von Boutros-Ghali ersetzt.

Angeblich wird seit 1992 immer mehr Nahrung nach Somalia geschickt, aber sie »dringt nicht zu den Hungernden durch«, weil sie angeblich von den Bürgerkriegsarmeen ge-

Weiterlesen auf Seite 64

Arbeiterklasse und Nationalismus in Jugoslawien

Ende der 80er Jahre war ich mehrmals in Jugoslawien, auch in Vukovar... Von »ethnischen Konflikten« redete damals niemand. Der Krieg hat all das verändert. Ich habe seit Beginn des Krieges nach Material gesucht, um zu verstehen, was passiert: Es ist schwer, sich durch die Bücher, Zeitschriften und Infos durchzufinden. Das meiste, was hier in den Massenmedien kommt, ist parteiisch gegen »die Serben«, für Kriegseinsätze des Westens (als WEU, NATO oder UNO) und eine deutsche Beteiligung daran und vertritt mehr oder weniger offen die Interessen eines deutschen Imperialismus, der gerade seine Rolle in Europa neu definiert. Anderes Material ist ergiebiger für das Verständnis der historischen Hintergründe der heutigen Entwicklungen und des Jugoslawismus. Der Artikel versucht, aus diesem Material Thesen zu formulieren: Als in Jugoslawien die kapitalistische Entwicklung blockiert war, wurden Arbeiterkämpfe in nationalistische Mobilisierungen umgedreht. Wie konnte das geschehen? Die Antwort auf diese Frage ist ein Schlüssel zum Verständnis der jetzigen Situation in Jugoslawien. Noch viel mehr interessiert uns natürlich die Frage, wie die Entwicklung eine andere Richtung bekommen könnte, wie sich die Logik des Massakers, der Vergewaltigungen, des Hasses zwischen »ethnischen Gruppen« und schließlich der internationalen Militäreinsätze stoppen läßt. Es wäre vermessen, wenn wir so täten, als hätten wir auf diese Fragen eine Antwort.

Jugoslawien – Experimentierfeld für die militärische Form der Neuordnung

Der Krieg in Jugoslawien ist sehr spezifisch in seinen Ursachen und seinen Abläufen. Trotzdem handelt es sich nicht einfach um einen »lokalen Bürgerkrieg«. Von den beteiligten Kräften und von den Interessen her, die in und mit diesem Krieg verfolgt werden, ist es ein internationaler Konflikt. International werden auch seine Auswirkungen sein. Hier werden Weichen gestellt für die kommenden Entwicklungen. Hier funktioniert der Übergang zur Marktwirtschaft nicht friedlich, hier gibt es massive »Transformationsprobleme«, hier muß die Neuordnung militärisch durchgesetzt werden.

Bis zur Wende in den sozialistischen Staaten war das jugoslawische Regime ein Modell, das vom Westen unterstützt wurde. In der Zeit der »Blockkonfrontation« bis 1989 stellte es eine mögliche ökonomische Alternative zu den staatskapitalistischen Regimes im Osten dar. Nach der Wende fiel diese internationale Funktion Jugoslawiens weg und damit das Interesse am Erhalt dieses Systems, bzw. es entstand sogar ein Interesse an der Zerstörung der bisherigen Ordnung. Diese wurde vom Westen – die BRD allen voran – mit diplomatischen, finanziellen und – auch damals schon – militärischen Mitteln forciert. An vielen einzelnen politischen Manövern kann man deutlich erkennen, wie westliche Regierungen den Konflikt angeheizt haben. Beispielsweise Genschers Ermunterung der kroatischen Nationalisten: Er tönte sinngemäß, die BRD würde Kroatien anerkennen, wenn das Blutvergießen weiterginge. Ein eindeutiges Signal an die militanten Nationalisten, ihre Aktionen zu intensivieren, was auch prompt geschah. Die scheinbaren Widersprüche etwa zwischen der Balkanpolitik der USA und der BRD entpuppen sich im Ergebnis für die jugoslawische Bevölkerung als geschickt dosierte arbeitsteilige Kriegstreiberei.

Der Westen wollte offensichtlich die Eskalation der vorhandenen Konflikte zum Krieg.

So kann es nicht um die Frage gehen, ob die UN militärisch interveniert oder nicht; die Frage ist, ob der Westen seine Intervention ausweitet.

Vieles deutet darauf hin; auch darauf, daß sich der Konflikt noch einige Zeit – vielleicht Jahre – hinzieht, daß vielleicht sogar ein permanenter regional begrenzter Kriegszustand aufrechterhalten wird, der mal auf »Sparflamme« gehalten und bei Bedarf wieder hochgekocht wird.

Der Jugoslawien-Krieg ist eine militärische Form der Neuordnung, deren Auswirkungen weit über das Territorium des ehemaligen Jugoslawiens rausgehen. Jugoslawien ist – wenn auch nicht Modell für die Entwicklung in der GUS – so doch Experimentierfeld für die Ukraine, Rußland und Aserbaidschan.

Die zweite Remilitarisierung Deutschlands

Der Jugoslawien-Krieg wird benutzt, um die deutsche Öffentlichkeit auf Kriegskurs zu

trimmen. Auf der technischen Ebene ist die Umstrukturierung der Bundeswehr für ihr »neues Aufgabenprofil«, sprich die Aufstellung von Schnell-Interventionseinheiten, längst im Gange. Auf der politischen Ebene werden die Gesetze den neuen Anforderungen angepaßt. Das größte Problem bleibt aber die Remilitarisierung der Köpfe. Auf dieser Ebene sind die Herrschenden im letzten halben Jahr ein gutes Stück vorangekommen. Wir müssen davon ausgehen, daß es momentan sehr wenig Widerstand gegen die »zweite Remilitarisierung« gibt. Zwar steigen die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer und gibt es gerade unter den ArbeiterInnen einen weitverbreiteten Neutralismus à la »Was haben *wir* dort unten eigentlich verloren«; aber dies ist ein hilfloser Neutralismus/Pazifismus, der, wenn sich die Situation im Osten zuspitzen sollte, wegkippen wird; der schon jetzt zu schwach ist, um sich seiner Einbindung in die Legitimationsstrategien der Herrschenden zu entziehen.

Seit Beginn des Jugoslawien-Krieges haben wir mitansehen müssen, wie leicht eine öffentliche Meinung manipulierbar ist. Perfekter noch als im Golfkrieg. Zwar hat mensch auch in den Fernseh-Berichten über Sarajewo als »neueste Eskalation der Kämpfe« seltsamerweise dieselbe Granate an derselben Stelle im selben Hotel einschlagen sehen, wo sie schon

in der Woche vorher detoniert war. Aber während im Golfkrieg allen klar war, daß die Filme zensiert waren, kann die Berichterstattung zu Jugoslawien bis jetzt den Anschein des Objektiven unangetastet aufrechterhalten.

Um die Hintergründe des Krieges zu begreifen, müssen wir nicht nur die Fernsehbilder, sondern vor allem die politischen Bilder und Motive, die uns serviert werden, vollständig in Frage stellen. Dieser Artikel kann keine umfassende Analyse des Konflikts in Jugoslawien sein. Wir gehen z.B. nicht ein auf die Politik der imperialistischen Mächte und ihr Interesse am Entstehen und Aufrechterhalten des Krieges, auf die Migrationsbewegungen oder das Phänomen der Banden. Im Zentrum des Artikels steht die Frage, wie die Widersprüche des Klassenkampfs das Erstarken des Nationalismus in Jugoslawien begünstigt haben.

Die Vorkriegszeit: Krise und Arbeiterkämpfe

Die 80er Jahre waren von einer heftigen Krise geprägt. Die neuen Spaltungen, das Aufkommen des Nationalismus und der Zerfall des jugoslawischen Staates sind ohne diese Krisenentwicklung nicht zu verstehen.

Bis Ende der 70er Jahre hatte die jugoslawische Arbeiterklasse ihren Lebenstandard ständig steigern können. Anfang der 80er gingen die Herrschenden zum Gegenangriff über: Die »Austeritätspolitik«, die sich in unzähligen Programmen, Gesetzen und Reformversuchen ausdrückte, sollte die Ansprüche der Menschen begrenzen und zurückschrauben.

Ein wesentlicher Hebel dieses Angriffs war die Inflation, deren Ausmaß folgendes Beispiel illustriert: Bis zu Titos Tod war die größte Banknote der 5 000-Dinar-Schein. Er trägt Titos Bild und wurde von vielen verächtlich »Leiche« genannt. In den 80er Jahren kamen in immer kürzeren Abständen immer größere Scheine raus. 1988 war man beim 50 000-Dinar-Schein angelangt.

Der 20 000er zeigt den bosnischen Bergmann Sirotanovic und wird nur »Sirotanka« genannt, was soviel bedeutet wie kleines Waisenkind. Sirotanovic war ein »Held der Arbeit«: Er besiegte sein russisches Pendant Stachanov und hielt den Weltrekord im Kohlebrechen. 1988 fand eine Zeitung heraus, daß Sirotanovic, inzwischen Rentner, sich von seiner Rente kaum noch ernähren konnte (seine 1,3 Millionen Dinar waren 1989 weniger als 200 Mark wert). Die Verarmung des Staatshelden wurde zum öffentlichen Skandal und war gleichzeitig ein deutliches Symbol für die Krise eines Systems, das bis Anfang der 80er Jahre eine Industrialisierung mit hohen Wachstumsraten und vergleichsweise großen Zugeständnissen an die ArbeiterInnen organisiert hatte.

Im Zuge der Sparpolitik wurden die Preisbindungen und die Subventionierung vieler Waren aufgehoben. Selbst der »Wächter über unseren Lebenstandard«, das »Volksbrot« vom Mehltyp 850, verteuerte sich ständig, allein von März bis Juni 1989 um 655 Prozent, was vor allem die RentnerInnen und Arbeitslosen hart traf. Sie mußten von ihren arbeitenden Familienmitgliedern mitversorgt werden, deren eigene Bedingungen sich innerhalb von zehn Jahren drastisch verschlechtet hatten. Die Löhne sanken von 1978 bis 1988 um etwa 30 Prozent, bezogen auf die Kaufkraft für Grundnahrungsmittel. Nach einer anderen Statistik ist das Realeinkommen der Beschäftigten zwischen 1979 und 1985 um 45 Prozent gesunken[1]. Staatliche Statistiken über die Reallohnentwicklung sind immer mit Vorsicht zu genießen, erst recht unter den Bedingungen der Hyperinflation. Ein häufig angewandter Trick war, die Lebenshaltungskosten eines Monats mit einem Lohn zu vergleichen, der – wenn überhaupt – am Anfang des folgenden Monats ausgezahlt wurde, wenn die Lebenshaltungskosten u.U. schon doppelt so hoch waren.

Alle Sparmaßnahmen der Regierung waren unmittelbar mit dem IWF und den westlichen Gläubigerbanken koordiniert.

1970 lag Jugoslawiens Auslandsverschuldung bei 2,2 Mrd. Dollar, zehn Jahre später war sie auf mehr als 17 Mrd. Dollar angestiegen. Zur Verdeutlichung einige Zitate von westlichen »Wirtschaftsexperten«:

»Die Situation wurde zugespitzt durch den »2. Ölpreisschock« (1979), die dadurch bedingte Rezession in den westlichen Abnehmerländern und die alle Schuldnerländer überaus empfindlich treffenden Zinssprünge auf den westlichen Kapitalmärkten.«[2]

»1980 werden [...] Zweifel an der Bonität Jugoslawiens laut. Die jugoslawische Regierung gerät in Zugzwang. Sie wurde den Erwartungen [des IWF und der Gläubigerstaaten] zunächst gerecht, indem sie im Herbst 1982 ein rigoroses Austerity-Programm einführte. Die Gläubiger gewähren Zahlungsaufschub. [...]

Gelegentlich wird die Ansicht geäußert, die Banken hätten durch ihr Verhalten bis zu ei-

nem gewissen Grad die Liqiditätsprobleme erst geschaffen, zu deren Lösung dann spektakuläre internationale Rettungsmaßnahmen erforderlich wurden. Diese Einschätzung ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen.«[3]

Kreditgewährungen und Kreditrestriktionen waren der Hebel, um die Ausbeutung zu intensivieren:

»Die Exporte in westliche Industrieländer stiegen bis 1983 um 28%. Doch darf man nicht vergessen, wie dieses günstige Ergebnis zustandekam: Die Exportsteigerungen wurden nicht durch höhere Produktion erzielt, sondern durch Umleitung der Warenströme vom Binnenmarkt in Hartwährungsländer.«[4]

»[...] es besteht weitgehende Einigkeit sowohl der westlichen Partner untereinander als auch mit der jugoslawischen Seite, daß das Zustandekommen und die erfolgreiche Abwicklung des Kreditpakets von der strikten Einhaltung der vom IWF an Jugoslawien ergangenen Richtlinien [Anm.d.V.: Lohnstopp, Preisliberalisierungen, Entlassungen] abhängt. Dieses Maßnahmenbündel scheint mittlerweile so effektiv formuliert und durch vierteljährliche und sogar monatliche Kontrollen – auch der binnenwirtschaftlichen Entwicklung Jugoslawiens – in seiner Wirksamkeit abgesichert, daß auf seiten der westlichen Geschäftsbanken, als Hauptkreditgeber, das nötige Vertrauen wiederhergestellt sein müßte. Der Verweis auf die Auflagen des neutralen IWF dürfte auch der jugoslawischen Regierung die Aufgabe etwas erleichtern, die nötigen wirtschaftlichen Maßnahmen innenpolitisch durchzusetzen. [...] Die erfahrungsgemäß immer wieder auftauchenden innenpolitischen Probleme dürften nach unserer Meinung im Rahmen des Beherrschbaren bleiben.«[5]

Die Frage ist, inwieweit sich die Regierungen hinter dem »neutralen IWF«, den angeblichen äußeren, finanzpolitischen Sachzwängen und einer nationalistischen Haltung von »Wir sitzen alle in einem Boot gegen das internationale Kapital« verschanzen konnten. Andererseits: Stimmt es, daß viele der Streiks nach 1987 im Bewußtsein der Streikenden auch gegen den IWF gerichtet waren?

Die Beantwortung dieser Fragen ist wichtig, weil die zukünftigen Verhältnisse, unter denen in »Jugoslawien« gelebt und produziert wird, möglicherweise sehr direkt international gesteuert werden. Also Fabriken und Agrarkonzerne unter den Bedingungen der Besatzung und UNPROFOR-Zonen, deren Funktion vielleicht nicht mehr in der Trennung der Bürgerkriegsparteien, sondern in der Absicherung neuer Ausbeutungsverhältnisse gegen die ArbeiterInnen besteht.

Die Arbeiterkämpfe der 80er Jahre

Vor dem Hintergrund der Austerity haben die Arbeiterkämpfe stark zugenommen. Darin liegt einer der wesentlichen Schlüssel zum Verständnis der weiteren Entwicklung.

Wenn der Nationalismus, die Ethnisierungen und die Spaltungen ausschließlich ein Projekt der Machthaber wären, hätte sich der Konflikt nie derart zugespitzt. Die Milosevic, Tudjman und Seselj aller Republiken und Regionen wären isolierte Demagogen geblieben. Viele Kämpfe und soziale Bewegungen, die zunächst nicht nationalistisch waren, wurden umgedreht oder haben eben sich selbst »umgedreht«. Natürlich haben die Medienpropaganda und die nationalistischen Einpeitscher gewirkt, aber eben auf einem »fruchtbaren Boden« innerhalb der Kämpfe, den entscheidenden Schwachpunkten der Bewegungen, den Keimen des Nationalismus, die sie gewissermaßen in sich trugen.

Offizielle Zahlen über die Streiks der 80er Jahre:

Jahr	Streiks	TeilnehmerInnen
1982	174	11 000
1983	336	22 000
1984	393	29 000
1985	–	–
1986	696	60 000
1987	1500	380 000

Ab 1988 gibt es hier kein statistisches Material mehr. Im Dezember 1989 sollen in Serbien, Montenegro und Makedonien 650 000 ArbeiterInnen gestreikt haben, im April 1991 allein 700 000 Metall- und TextilarbeiterInnen in Serbien. Es soll sogar nach Beginn des Krieges Streikaktionen gegeben haben, z.B. in der Vojvodina, wo streikende ArbeiterInnen Eisenbahnlinien besetzt haben. Für ein Land im Krieg sind Streiks »Vaterlandsverrat«, in Kroatien genauso wie in Serbien. Es gab Berichte, daß Milosevic die Panzer auf dem Weg zur Front gleichzeitig zur Einschüchterung der Bevölkerung benutzt hat: gegen den »inneren Feind« in der Form rebellischer Belegschaften.

Die Eskalation 1987

Die Streiks in Jugoslawien hatten 1987 eher den Charakter von kurzfristigen und begrenzten Arbeitsniederlegungen. Meistens blieben sie auf wenige Stunden oder höchstens einige Tage begrenzt. Außerdem waren sie stark betriebsbezogen. Anlaß war meist, daß die Löhne zurückgehalten oder nur teilweise ausgezahlt worden waren. Die Streiks wurden in der Regel sehr schnell beendet, indem über die Gewerkschaft und die Institutionen der Arbeiterselbstverwaltung mit dem Management verhandelt wurde, und dieses dann Zugeständnisse machte. Noch Ende 1986 wurde von offizieller Seite betont, die Streiks seien nicht gegen das System gerichtet, sondern das Resultat individueller betrieblicher Probleme. Die Streiks seien nicht etwa paradox (als Streiks gegen den »selbstverwalteten und eigenen« Betrieb), sondern eine Art Korrektiv des Systems der Selbstverwaltung.

Zwei spektakuläre Bewegungen

erschütterten diese Sichtweise und sprengten die bisherigen Formen: der **Bergarbeiterstreik in Labin/Istrien im April 1987** und der **Textil-, Gummi- und LederarbeiterInnenstreik in Vukovar im Juli 1988**. Die Bergwerke in Labin hatten in Jugoslawien eine starke symbolische Bedeutung. 1921 gehörten die Labiner Bergarbeiter zu den Avantgarden des damaligen Kampfzyklus. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Bergwerk mit pompöser Geste den Arbeitern »überreicht«; ein Mosaik in der Ortsmitte trägt die Aufschrift: »Das Bergwerk gehört uns«.

Der Streik 1987 dauerte für dortige Verhältnisse völlig unüblich 33 Tage.

Auch die Ziele des Streiks gingen über das bislang Übliche raus: Neben einer hundertprozentigen Lohnerhöhung, was aber angesichts der hohen Inflationsraten in den 80er Jahren nichts besonders Spektakuläres war, forderten sie die Ablösung von Teilen des Managements und der Betriebsgewerkschaftsführung. Die streikenden Bergarbeiter waren hauptsächlich Bosnier. Die bosnischen Arbeiter machten üblicherweise die miesen Jobs und waren außerdem von den traditionellen Verhandlungsmechanismen teilweise ausgeschlossen: zum einen weil sie aus einer anderen Republik kamen, zum anderen, weil die Arbeiterselbstverwaltung insgesamt eine Domäne der höher qualifizierten ArbeiterInnen war. Die bosnischen Bergarbeiter forderten von der Republikgewerkschaft – also vom kroatischen Staat – Kredite für den Wohnungsbau zuhause in Bosnien. Außerdem verlangten sie die Bezahlung der Streiktage, was bis dahin in Jugoslawien nicht üblich war –

und auch nicht so nötig, wenn die Streiks nur zwei Stunden oder einen Tag dauerten.

Eines der beiden Bergwerke wurde Anfang 1988 dichtgemacht, um das Unruhepotential, d.h. die Bosnier rauszukriegen.

Eine zweite spektakuläre Bewegung hat dazu beigetragen, die Streikwelle zu eskalieren und zu »politisieren«: Im Juli 1988 streikten 10 000 ArbeiterInnen eines Textil-, Gummi-, und Lederkombinats bei Vukovar in Slawonien (Kroatien). Das Belgrader Außenhandelsministerium verhinderte mit der Umsetzung von IWF-Direktiven die Einfuhr von Rohmaterial (oder Halbfertigprodukten), weswegen es in Borovo keine Arbeit und auch keinen oder weniger Lohn gab. In dieser Situation genügte es nicht mehr, die Betriebsleitung anzugreifen. 5000 ArbeiterInnen fuhren nach Belgrad, besetzten das Parlament und verlangten den Rücktritt des zuständigen Ministers. An der Spitze der Demos trugen sie Tito-Bilder als Symbol des Jugoslawismus und der Selbstverwaltung. Vukovar und Borovo sind serbisches Siedlungsgebiet in Kroatien. Der Streik wurde von Serben und Kroaten gemeinsam getragen. Das war neben der Parlamentsbesetzung der herausragende Aspekt des Streiks.

Ausgerechnet in Borovo Selo kam es 1991 nach den Scharmützeln an den Plitvicer Seen zu den ersten Schießereien zwischen Kroaten und Serben. Später fanden hier die heftigsten militärischen Aktionen von beiden Seiten statt. Vukovar wurde 1991 in Schutt und Asche gelegt; sowohl die serbische als auch die kroatische Bevölkerung ist geflohen. Heute ist die Gegend »UN-Schutzzone«.

Wir wissen nicht, wie lange die Einigkeit der ArbeiterInnen aus Vukovar und Borovo Selo nach dem Streik weiter bestanden hat. Es ist aber sicher kein Zufall, daß Kräfte, die auf eine Spaltung aus waren, genau hier die gemeinsame Basis zerstören mußten. Auf welche unterschiedlichen Interessen bei den serbischen und kroatischen Bewohnern konnten sich die serbischen und kroatischen Bewaffneten (später Bullen und Armee) beziehen, die im Mai 91 dort zu schießen begannen? Haben sie die Spaltung erst erzeugt oder bloß verstärkt? Soweit wir wissen, spielten beim Streik 1988 kroatischer Nationalismus oder serbische Forderungen nach Loslösung der Region von Kroatien noch keine (bedeutende?) Rolle. Allerdings hatte sich eine Art Anti-Zentralismus gegenüber Belgrad herausgebildet, der möglicherweise ein Ansatzpunkt für die spätere Entwicklung zum Nationalismus war.

1987/88 weitete sich die Streikbewegung im ganzen Land und von den Fabriken auf den Dienstleistungssektor aus: In Krankenhäusern, Schulen, Zeitungsredaktionen, bei der Müllabfuhr und anderwo wurde die Arbeit niedergelegt.

Der zweite wichtige Einschnitt in der Streikbewegung war Ende 1989/Anfang 1990. Der damalige Premierminister Markovic forcierte eine Wirtschaftsreform, die die Privatisierung der Betriebe, die Aufhebung der Strukturen der Arbeiterselbstverwaltung und die Abschaffung bestimmter Garantien für die ArbeiterInnen beinhaltete. Schon in der Beratungsphase kam es in allen Republiken zu heftigen Proteststreiks. Das Gesetz mußte schon bald revidiert werden, die praktische Umsetzung war nicht durchsetzbar. Damit war klar, daß der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus nicht ohne weiteres möglich war. Es bedeutete auch, daß der letzte Versuch des jugoslawischen Regimes, in einem Kraftakt alles umzukrempeln und dabei das Regime zu erhalten, gescheitert war.

Das Scheitern der Reform bedeutete das Aus für Pläne, nach denen sich eine Konföderation der jugoslawischen Republiken baldestmöglich an die EG assoziieren sollte. Solche Pläne waren in verschiedenen Variationen von allen Fraktionen der Macht in Belgrad, in den Führungsetagen der einzelnen Republiken und auch in den Planungsstäben des internationalen Kapitals angesteuert worden.

Der Plan von Markovic war nicht der erste Reformversuch in Jugoslawien, er war aber sozusagen die letzte Chance einer Umstrukturierung. Und er wurde von der Arbeiterklasse blockiert.

Wer waren die Träger dieses Widerstands? Waren es tatsächlich ArbeiterInnen aller Schichten und aller Arten von Betrieben? Oder war die Streikwelle begrenzt auf die Betriebe, in denen die Selbstverwaltung funktionierte, also die wirtschaftlich erfolgreichen? Dann hätte auch diese Bewegung die Spaltung der Klasse reproduziert.

Ein Ökonom äußerte sich zu den Problemen der Transformation folgendermaßen:

»Auch muß für die Binnenwirtschaft mit einem deutlichen Rückgang der Produktion, sinkendem Lebensstandard und einem signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Fortschritte bei der Transformation des Wirtschaftsystems in eine Marktwirtschaft setzen aber insbesondere angesichts der unter Umständen erforderlichen Schocktherapie einen festen politischen Rückhalt in der Bevölkerung voraus.«[6]

Die Streikwelle gegen den Markovic-Plan läßt darauf schließen, daß dieser Rückhalt in keiner der Republiken vorhanden war.

Für die Herrschenden in den Republiken, in Belgrad und in Bonn entstand genau daraus die Notwendigkeit der Neuzusammensetzung der Arbeitskraft, der staatlichen Herrschaft, des Kapitals, sowie der gesamten sozialen Beziehungen durch Krieg. Ein wichtiges Instrument dabei war das Anheizen nationalistischer Propaganda und ihre Militarisierung.

Möglich wurde das durch eine Ethnisierung der Kämpfe von unten. Also serbische ArbeiterInnen, die sich mit ethnischen und nationalistischen Parolen gegen die kroatische Regierung stellen; kroatische ArbeiterInnen, die die Zentralgewalt in Belgrad als KroatInnen kritisierten.

Genauer zu untersuchen wäre hier, wie die Übergänge von Streiks zu nationalistischen Bewegungen, zu den »serbischen Meetings« aussahen. Kann man überhaupt von direkten Übergängen, einem »Umdrehen« sprechen, oder war es so, daß die Streiks ins Leere liefen und in diesem »Vakuum« dann nationalistische Aktionen Fuß fassen konnten?

Mit genau demselben wirtschaftlichen Projekt und mit der offenen Ankündigung der »Schocktherapie« kamen jedenfalls die neuen Regierungen in Kroatien und Slowenien an die Macht bzw. konnten sich in Serbien an der Macht halten. Offensichtlich waren die militärischen Konflikte das »Schmiermittel« für Umstrukturierungen und sollten die nötige Loyalität der Bevölkerung herstellen.

Kroatien

Nach der militärischen Besetzung des Kosovo wurde das serbische Siedlungsgebiet in Kroatien zum Ausgangspunkt der Militarisierung. Bedeutende Teile der Krajina-Serben bewaffneten sich und schlossen sich verschiedenen militärischen Gruppen an.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die Politik der kroatischen Regierung, speziell die kroatische Verfassung von 1990, die für die SerbInnen ganz materielle Auswirkungen hat. Viele Garantien und bürgerliche Rechte werden für Nicht-KroatInnen zur Disposition gestellt. Eine mögliche Folge ist der Verlust der Rente, von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld; eine andere der Verlust des Arbeitsplatzes.

Die Herabstufung der kroatischen Serben ist ein Hebel, um den »Personalüberhang« in den Betrieben zu beseitigen, Entlassungen durchzudrücken, eben die sogenannten »Transformationsprobleme« zu bewältigen, auf die das Kapital in ganz Osteuropa stößt. Wir haben keine genauen Zahlen über den aktuellen Stand der Privatisierung. Nach serbo-jugoslawischen Angaben sind je nach Republik zwischen 60 und 75 Prozent der Betriebe privatisiert. Dies sind hauptsächlich die kleinen Betriebe, für die das nötige Kapital da ist, und wo es keinen massiven Widerstand der ArbeiterInnen gibt. Die Diskriminierung der als überflüssig und unloyal eingestuften

Serben und der Krieg haben der kroatischen Regierung die Möglichkeit gegeben, ein Verstaatlichungsgesetz als Vorstufe zur Privatisierung durchzusetzen. Der Anteil, den die Arbeiter im Zuge der Privatisierung erwerben durften, war zunächst auf 20 Prozent begrenzt; auf massive Proteste hin wurde er auf 40 Prozent erhöht.

Die serbischen Nationalisten griffen die Situation der Krajina-Serben auf, die Regierung in Belgrad unterstützte sie politisch, finanziell und später mit Waffen. So ließen sich die Krajina-Serben in eine Zwickmühle drängen. Auf der einen Seite steht der neue kroatische Staat, der sie unter ethnischen Vorwänden als Arbeiter angreift. Auf der anderen Seite der serbische Staat, der auf ihrem Rücken und mit ihnen Politik gegen Kroatien macht. Dazwischen gewissermaßen als Katalysator die Cetniks und Ustase als Kettenhunde der Regierungen in Serbien und Kroatien, die die nötige Spannung für die Eskalation von »bürgerkriegsähnlichen Unruhen« zum Krieg erzeugt haben.

»Ethnische« Homogenisierungen in den anderen Republiken

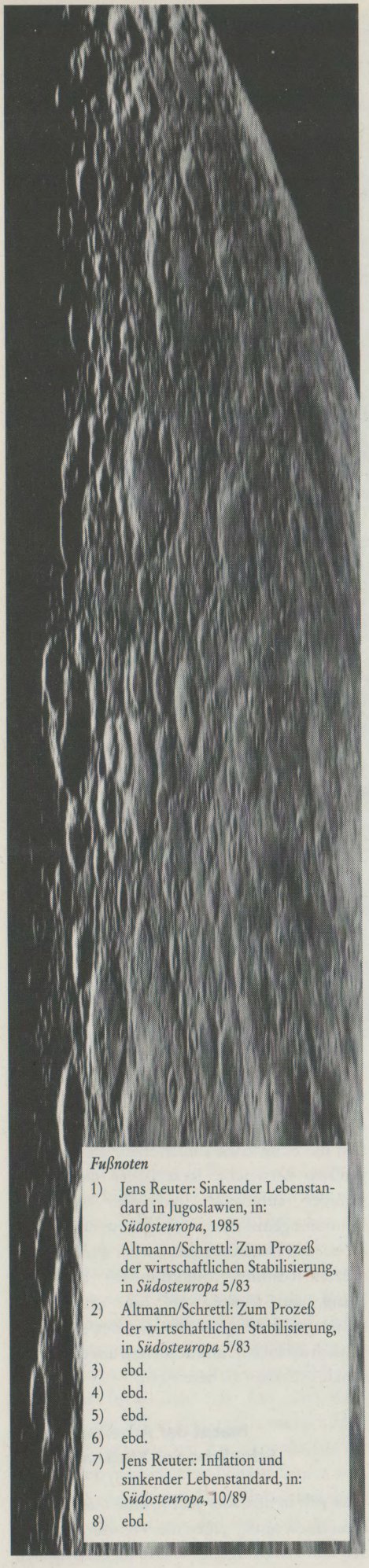
Auch in Slowenien wurden zuallererst die »Gastarbeiter« aus den anderen Republiken entlassen. Im Kosovo wurde etwa die Hälfte der albanischen ArbeiterInnen entlassen und durch SerbInnen ersetzt. So auch im Bergwerk Stari Trg in Trepca, was in der Revolte 1989 eine wichtige Rolle spielte. Die Bergarbeiter traten in den Hungerstreik gegen die Drohungen aus Belgrad, die Autonomie des Kosovo zu beschneiden. Im März 1993 sind die serbischen Arbeiter, die anstelle der Albaner jetzt dort arbeiten, ebenfalls in den Hungerstreik getreten. Sie verlangen die Auszahlung der Löhne und Lohnerhöhung. Die »Ethnisierung«, in diesem Fall die »Serbisierung«, hat den Machthabern in Belgrad keine Ruhe verschafft, auch wenn die serbischen Bergarbeiter betonen, es handle sich um einen »ökonomischen« und nicht politischen Streik, und sich von den Albanern abgrenzen.

Sarajewo

Wenig wissen wir über diese Zusammenhänge in Bosnien, das einmal so etwas wie ein »Jugoslawien im Kleinen« war; in den Städten wie Tuzla und Sarajevo hatten sich die ethnischen Linien mehr als sonst irgendwo verwischt. Jetzt ist er mehr oder weniger aufgeteilt, und die »ethnische Homomogenisierung« schreitet voran. Bosnien war ein Zentrum industrieller Produktion, speziell Rüstungsproduktion. Es wäre interessant zu wissen, ob die »ethnischen Homogenisierungen« für die Betriebe dort ähnlich als Hebel funktionieren, um den »Personalüberhang« zu beseitigen.

Macht der ArbeiterInnen – Schwäche des Klassenkampfs

Es gab in den 80er Jahren eine massenhafte Kampfbewegung gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen. Die jugoslawischen



ArbeiterInnen hatten offenbar eine Macht entwickelt, die für das internationale Kapital entschieden zu weit ging. Die institutionelle Form dieser Macht war das System der Arbeiterselbstverwaltung.

Andererseits scheint genau diese Form des »Deals« auch die wesentliche Begrenzung der Kämpfe gewesen zu sein. Die meisten Kämpfe in den 80er Jahren gingen nicht über den Rahmen der Arbeiterselbstverwaltung hinaus. Eine weitergehende Perspektive wurde nicht entwickelt. Das war letztendlich die Bedingung für das Scheitern der Bewegungen und das Aufkommen des Nationalismus. Um das zu verdeutlichen: Die ArbeiterInnen hatten relativ große Möglichkeiten, auf die Lohnhöhe und die gesamte Politik »ihres« Betriebes Einfluß zu nehmen – Wirtschaftsplaner bezeichneten das oft als »die Achillesverse der Selbstverwaltung«. Die Folge dieser auf den Einzelbetrieb bezogenen Vereinbarungen waren sehr große Lohnunterschiede zwischen einzelnen Branchen, aber auch zwischen verschiedenen Firmen derselben Branche und Region. Die Streikbewegungen haben sich ab 1987 zwar verallgemeinert, liefen aber doch vor dem Hintergrund einer vielfach aufgesplitterten und unterschiedlichen Situation.

Ein zweiter Aspekt scheint uns wichtig dafür, wieso die Streiks die Entwicklung nicht aufhalten konnten, also erfolglos blieben:

Die Arbeitsplätze im gesellschaftlichen Sektor waren den Jugoslawen wichtig, weil große Teile des Sozialssystems (Rente, Wohnungsbau, Wintervorräte, Krankenversicherung, auch für die Familienangehörigen) direkt an die Betriebszugehörigkeit gebunden waren. Gleichzeitig war die Arbeitsmoral spektakulär niedrig. Für die Manager und Wirtschaftsplaner war die niedrige Arbeitsproduktivität Anlaß für eine endlose Kette von Reformen. Keiner dieser Reformen gelang es, die JugoslawInnen zum Malochen zu bringen. Mit dem Verfall der Löhne zerbröckelte die Arbeitsmoral weiter.

Der Job im Staatssektor wurde immer mehr zum Grundeinkommen, zu dem auf alle möglichen Arten hinzuverdient wurde:

Seit der gescheiterten Zwangskollektivierung nach dem 2. Weltkrieg war für viele JugoslawInnen die eigene Landwirtschaft eine Möglichkeit, den Lebensstandard zu verbessern. Zur Erntezeit ging die Absentismus-Rate in den Betrieben in die Höhe. Dazu kamen Schwarzjobs in vielerlei Formen, kleine Geschäfte, Devisenüberweisungen von ArbeitsmigrantInnen.

Vielleicht gab auch diese relative Unabhängigkeit von der Lohnarbeit, d.h. vom regulären Lohn, dem Regime in den 80er Jahren die Möglichkeit, die Austeritätspolitik durchzusetzen.

»Nebeneinkünfte wie Devisenüberweisungen der Gastarbeiter, Schwarzarbeit, kleine Wirtschaftsvergehen, Überstunden, der Waren- und Devisenschwarzmarkt sowie weitere phantasievolle Tricks haben mehr zum sozialen Frieden beigetragen als alle leeren Erklärungen der Staats- und Parteiführungen. [...]

48% aller Beschäftigten in Ljubljana gehen in den Nachmittags- und Abendstunden einer zusätzlichen Beschäftigung nach.«[7]

»1983 trugen die persönlichen Einkommen der Beschäftigten durchschnittlich nur mit 62% zum Budget eines privaten Haushalts bei. Der Rest setzte sich aus folgenden Komponenten zusammen: Schwarzarbeit, Nebenerwerbslandwirtschaft, Überweisungen aus dem Ausland, Abhebungen vom Sparkonto.«[8]

Auch die hohe Mobilität der jugoslawischen ArbeiterInnen (als stark ausgeprägte Binnenmobilität und als Arbeitsemigration in den Westen) hatte in den 70er Jahren eine Homogenisierung der Ansprüche zur Folge, ermöglichte einen hohen Lebenstandard und gab vielen ArbeiterInnen einen sehr klaren Blick für die »Segnungen des Westens«. Genau diese Mobilität vereinfacht jetzt möglicherweise die Vertreibungen. Vielleicht war sogar die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen in der BRD oder bei Verwandten in anderen Landesteilen im Kalkül der Militärs enthalten.

Die Spaltungen in der Klasse, die Unterschiede zwischen den Regionen, der Nationalismus von unten

Nach dem zweiten Weltkrieg war die Industrialisierung Jugoslawiens und die Schaffung einer »modernen« industriellen Arbeiterklasse für die neuen Machthaber kein einfaches Unterfangen. Um dabei die Macht der zahlenmäßig und politisch wachsenden Arbeiterklasse und ihre Homogenisierung zu begrenzen, wurden alte Spaltungslinien ethnischer Art zum sogenannten Dezentralismus der modernen jugoslawischen Gesellschaft modernisiert. Die Schaffung relativ autonomer nationaler Ökonomien diente als Puffer zwischen Regime und Arbeiterkampf. Die ethnischen »Unterschiede«, die verschiedenen, auch gegeneinander gerichteten Nationalismen sind ein Erbe der komplizierten politischen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts. In mehreren Kriegen eskalierten sie zum Gemetzel, vor allem im Zweiten Weltkrieg, getragen von reaktionären Bewegungen wie Cetniks und Ustase. Die kommunistischen Partisanen traten ab 1943 als reguläre Armee auf und befriedeten Jugoslawien mit einer anti-ethnischen Ideologie. Aber die ethnischen Spaltungen waren für das Tito-Regime nicht einfach ein schreckliches Erbe der Geschichte, son-

Fußnoten

1) Jens Reuter: Sinkender Lebenstandard in Jugoslawien, in: *Südosteuropa*, 1985
   Altmann/Schrettl: Zum Prozeß der wirtschaftlichen Stabilisierung, in *Südosteuropa* 5/83
2) Altmann/Schrettl: Zum Prozeß der wirtschaftlichen Stabilisierung, in *Südosteuropa* 5/83
3) ebd.
4) ebd.
5) ebd.
6) ebd.
7) Jens Reuter: Inflation und sinkender Lebenstandard, in: *Südosteuropa*, 10/89
8) ebd.

dern wurden unter der Hand in Form des Bundesstaates in die Phase der Industrialisierung nach dem Krieg »rübergerettet«.

Schon die Kämpfe von ArbeiterInnen während der 68er Studentenbewegung wurden in einzelnen Regionen in eine nationalistische Mobilisierung umgedreht (»Kroatischer Frühling«). Die diversen Finanztransfers zwischen »entwickelten« und »unterentwickelten« Regionen wurden politisiert und deren »Ungerechtigkeit« den ArbeiterInnen als Wurzel ihrer Probleme verkauft.

Das System der Arbeiterselbstverwaltung beseitigte nicht die großen Unterschiede zwischen den Republiken und Regionen. Bis Ende der 60er Jahre lagen die Löhne im Vergleich der einzelnen Regionen relativ dicht beieinander. Die maximale Differrenz soll bei ca. 2 : 1 gelegen haben. Das »Gesetz über die Einkommen innerhalb der Arbeitsorganisationen« 1969 und die Wirtschaftsreformen von 1974 und 1976 öffneten die Schere. Um die Produktivität zu steigern, wurde die Konkurrenz zwischen den Belegschaften der einzelnen Betriebe angeheizt. Die Löhne wurden stärker an den Betriebserfolg gebunden; die Folge waren Lohnunterschiede bis zum Verhältnis 8 : 1 für die gleiche Arbeit in verschiedenen Betrieben derselben Branche.

Zumindest bis 1987 können wir also davon ausgehen, daß die Kämpfe zwar sehr massiv und allgemein waren, aber daß sie aus einer vielfach gespaltenen und differenzierten Situation heraus entstanden. Die Gesamtheit dieser Spaltungen und Unterschiede war die Bedingung für die relative Erfolglosigkeit der Kämpfe der 80er Jahre. Sie konnten den Angriff auf die Lebensbedingungen nur teilweise zurückschlagen, sie waren zu einem großen Teil defensive Kämpfe gegen die Austerity und konnten keine Perspektive vermitteln. Dies ist sicher einer der wichtigsten Gründe dafür, wieso sich viele der Bewegungen von Agitatoren wie Milosevic und tausend anderen in nationalistische Bewegungen umdrehen ließen.

»...dieser Konflikt macht sich als Auseinandersetzung innerhalb der assoziierten Arbeit bemerkbar: zwischen den entwicklungsorientierten Teilen der Arbeiterklasse (die moderne technische Intelligenz mitinbegriffen) und Teilen der traditionellen Arbeiterklasse. Die entwicklungsorientierten Teile fühlen sich gehemmt in ihren Bestrebungen, sich durch eine moderne technologische Entwicklung und ihre Schöpfungskraft an der internationalen Arbeitsteilung zu beteiligen. Der andere, größere Teil der Arbeiterklasse fühlt sich sozial gefährdet und sieht wegen seiner technologischen Unterentwicklung, der mangelnden Rationalität der Organisation und wegen dem niedrigen Lebnstandard den Ausgang aus der Krise in einer Art staatsplanerischem Modell des egalitaristischen Sozialismus.«

(F.Vreg: Kommunikationssysteme im föderalistischen Jugoslawien, in: Südosteuropa)

Die Konflikte in Jugoslawien sind nicht im »Ethnischen« begründet. An ihrer Wurzel liegt der soziale und materielle Konflikt innerhalb einer vielfach gespaltenen Arbeiterklasse. Dieser Konflikt innerhalb der Klasse wurde »ethnisiert«. Diese »Ethnisierung« ging sicherlich auch »von unten« aus. Der Terror gegen die multiethnische bosnische Bevölkerung, der Versuch, »Grenzen durch die Ehebetten« zu ziehen, legen aber den Schluß nahe, daß die »Ethnisierung« (der Konflikte, der Regionen, der Betriebe, der Familien...) in dieser Dimension und die derart heftige Militarisierung des Konflikts ein Projekt »von oben« ist, um die Menschen gefügig zu machen für den globalen Kapitalismus im nächsten Jahrhundert.

In Tuzla konnte die »Ethnisierung« noch nicht durchgesetzt werden. Unabhängig von ihrer ethnischen oder kulturellen Zugehörigkeit stellen sich die BewohnerInnen gegen die diversen militärischen Gruppen. Innerhalb von wenigen Tagen unterschrieb ein großer Teil der Bevölkerung der Stadt eine Unterschriftensammlung gegen die Ethnisierung. Und genauo solche Orte werden zum bevorzugten Ziel der Angriffe.

UN – Fuck off !!

Die seltsame Einmütigkeit, mit der Milosevic, Tudjman und die westlichen Regierungen der ersten Entsendung von UNO-Blauhelmen zustimmten, hatte ihren Grund darin, daß die relative Ruhe in Kroatien, in dieser Situation garantiert durch EG und UNO, die Voraussetzung für den nächsten Schachzug war. Der Rückzug der kroatischen und serbischen Truppen von der Front in Kroatien war eine Truppenverlagerung an die nächste Front in Bosnien.

Die UN-Truppen in Kroatien sind seit ihrer Stationierung unmittelbar in die Strategie von Tudjman und Milosevic eingebunden. Sie sichern die Gebietsgewinne der beiden Kriegsparteien und verschaffen ihnen die »Luft« für den Krieg in Bosnien. Wäre ihre mögliche Stationierung nicht angekündigt worden, hätten weder Tudjman noch Milosevic (bzw. seine Kettenhunde?) derart massiv agiert.

Im Augenblick besteht ein militärisches Ziel aller drei Parteien in Bosnien darin, die UN »herbeizuschießen«. Jedes Engagement der westlichen Regierungen in Bosnien, auch sogenannte »rein diplomatische« für den »Frieden«, könnten dazu dienen, den nächsten Krieg zu eröffnen. Jede Verstärkung von UNO- »Friedens-Truppen« in Bosnien kann eine Entlastung der restjugoslawischen Regierung und eine Freisetzung der jugoslawischen Armee für »neue Aufgaben« weiter im Südosten bedeuten.

Ein Slowene sagt zu einem Montenegriner: »Ihr seid o.k., bloß habt ihr im Moment keine Lust zu arbeiten.«

Der Montenegriner: »Wieso sollte ich arbeiten? Erklär mir das!«.

Der Slowene: »Herr im Himmel, du hättest ein Einkommen, hättest Geld...«

Der Montenegriner: »Mir geht es nicht ums Geld. Was soll ich damit?«

Der Slowene: »Was, verstehst du wirklich nicht? Du wärst reich, würdest schön leben und müßtest nicht mehr arbeiten...«

Der Montenegriner: »Siehst du, du verstehst nicht. Ich arbeite schon jetzt nicht.«

Delo (Ljubljana 1988)

Auch die Hilfslieferungen nach Sarajewo hatten nicht das Ziel, das Elend der Menschen zu lindern. Im Gegenteil: in einem Krieg, der gegen die Bevölkerung geführt wird, ist Nahrung eine Waffe; aber nicht nur der Entzug von Nahrung, sondern gerade die Kombination von Entzug und Versorgung mit Nahrung. Ohne die humanitären Lieferungen der UN wäre der Krieg in Bosnien wahrscheinlich längst beendet. Viele Menschen in Bosnien begreifen inzwischen diese Funktion der UNO. Sie sagen: wenn die UNO den Krieg nicht beendet, solle sie besser ganz abhauen. Und vielleicht ahnen viele, daß die sogenannten Friedenstruppen nach einem Waffenstillstand die klassische Funktion einer Besatzungsarmee einnehmen werden, die die geordnete Wiederaufnahme der Arbeit zu monatlichen Löhnen um die 50-100 DM durchdrücken und Brotrevolten und Streiks verhindern.

Zur Diskussion über die Vergewaltigungen

Während des Jugoslawienkriegs wurden die systematischen Kriegsverbrechen an Frauen zum ersten Mal zu einem wichtigen Thema, das von feministischen, humanitären, linken und kirchlichen Gruppen aufgegriffen wurde. In Slowenien und Kroatien sind im Sommer Camps geplant, die sich mit der Kriegssituation und den Vergewaltigungen auseinandersetzen werden. In den Flüchtlingslagern v.a. in Kroatien, wo hauptsächlich Frauen, Alte und Kinder sind, sind viele freiwillige FlüchtlingshelferInnen aus vielen Ländern aktiv. Außerdem arbeiten antimilitaristische Gruppen in der Unterstützung der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer.

In den Medien wurden die Berichte über die Vergewaltigungen zunächst unterdrückt. Dann begann eine massive Kampagne, in der die Vergewaltigungen voyeuristisch dargestellt und propagandistisch dazu benutzt wurden, die militärische Intervention zu legitimieren.

Außer zu Propagandazwecken waren Vergewaltigungen im Krieg bisher noch nie in diesem Maß ein öffentliches Thema. Dies ist gerade im Vergleich zur Inszenierung des Golfkriegs auffällig, wo mensch außer einem ölverschmierten Vogel – und nicht mal der war echt – keinerlei Opfer gesehen hat.

Die Kriegsberichterstattung schafft es nicht, den Krieg zu schönen. Also versucht sie die Empörung – auch die der Frauen und Linken – für ihre Zwecke zu funktionalisieren.

Wir wollen nicht die Frauen kritisieren, die versuchen, in diesem Krieg konkrete Projekte zu finden, die sie uneingeschränkt unterstützen können, statt nur dumm zu labern. Längst nicht alle dieser Gruppen sind für die Intervention der NATO oder WEU. Trotzdem reproduzieren viele der Diskussionen ungewollt die Vorstellung vom »humanen Krieg«, indem sie sich ausschließlich gegen Vergewaltigungen stellen. Wichtig ist ein Prozeß der Klärung, in dem die Widersprüche der Hilfsaktionen offen diskutiert werden und die Abgrenzung zu den falschen Frauenfreunden deutlicher wird. Warum sagt eine Freiburger Unterstützerinnengruppe, daß das kroatische Regime »wegen dem Krieg leider kein Geld für die geflohenen Frauen hat«? Das läßt sich doch rumdrehen: Dem kroatischen Regime ist es ganz recht, wenn die Ernährung der Flüchtlinge von Leuten hier übernommen wird. Das Gesparte wird in Waffen angelegt.

Wie ist konkrete Hilfe von hier aus möglich, ohne gleichzeitig kriegsunterstützend und kriegsverlängernd zu wirken?

Wieso schreibt eine Mannheimer Gruppe gegen Vergewaltigungen und Krieg auf einem Flugblatt folgendes: »Diese Frauen haben alles verloren: ihre Selbstachtung, ihre Lebensperspektive und ihre Heimat, ihre Familien, ihre *nationale Identität*« (Hervorhebung von mir).

Im Gegenteil: Die Vergewaltigungen sind Bestandteil der Herstellung einer bestimmten »nationalen Identität«, der Ethnisierung, der Zerstörung einer sozialen Situation, in der »nationale Identität« eben viel weniger eine Rolle spielte. Wenn es anders gemeint sein sollte, nämlich so, daß diese Frauen und ihre Kinder vielleicht vergleichbar den PalästinenserInnen in eine extrem mobile und instabile soziale Situation gezwungen werden, muß mensch das so benennen, und nicht den Verlust der »nationalen Identität« bedauern. Wieso versuchen Leute, die Ethnisierung nachzuvollziehen, indem sie herausstellen, daß »die« »Serben« »mehr« und »systematischer« vergewaltigen, als »die« »Kroaten« und »Bosnier«?

Das eigentliche Problem ist doch nicht, ob die Vergewaltiger Kroaten, Serben, Bosnier oder UN-Soldaten sind, sondern daß sie vergewaltigen und daß mittels der Vergewaltigungen und Vertreibungen neue gesellschaftliche Verhältnisse durchgesetzt, das Selbstbewußtsein und die relative Machtstellung der Frauen gebrochen und die Spaltung entlang ethnischer Linien verstärkt werden sollen.

Amnesty International gibt 20 000 bis 60 000 Fälle von Vergewaltigungen an. Wichtiger als die genauen Zahlen zu kennen, wäre es, zu verstehen, wie die Situation und Stellung der Frauen im ehemaligen Jugoslawien wirklich war und welche Funktionen die Vergewaltigungen nicht nur für den Krieg, sondern auch für die Gesellschaft haben, die von den kriegführenden Kräften angestrebt wird.

Diese Diskussion gibt es bislang nicht, was sich vielleicht auch darin ausdrückt, daß in den verschiedenen Aktionen hier keine jugoslawischen Arbeiterinnen beteiligt sind.

Auch in »ruhigen« Regionen haben die Vergewaltigungen zugenommen. Sowohl in Kroatien, als auch in Serbien wurde versucht, die Abtreibung zu erschweren. In Serbien wurde das nur deshalb nicht durchgezogen, weil die serbische Regierung mit einem Verbot der Abtreibung ihre Bevölkerungspolitik im Kosovo schwächen würde.

Welche Stellung der Frauen mit den Vergewaltigungen angegriffen wird, wird deutlicher vor dem Hintergrund der sozialen Entwicklung bis Ende der 80er Jahre. Der Prozeß der Industrialisierung von den 50er Jahren bis Ende der 70er Jahre hat zu einer massiven und schnellen Landflucht geführt. Im Gefolge dieser Landflucht und der Arbeitsmigration der Männer kam es zur »Feminisierung und Vergreisung« der Dörfer. In allen wichtigen Positionen waren Frauen, und auch die ganze Arbeit wurde von Frauen gemacht. Die Männer waren nur im Urlaub da. Noch in den 70er Jahren war die Armut in Jugoslawien eine ländliche Armut, ganz stark eine der Frauen.

In den 80er Jahren, mit Beginn der Krise, änderte sich die Stellung der Dörfer. Die Löhne in den Industrien wurden per Inflation und Preissteigerungen aufgefressen. Wer Beziehungen zum Land hatte, konnte sich wegen der Lebensmittel glücklich schätzen. Die Armut verwandelte sich von einer ländlichen in eine städtische. Damit wurde das, was in der Phase der Industrialisierung lediglich die Ergänzung des offiziellen Lohns war, die klassische Domäne der Frau, immer wichtiger für die Ernährung der Familie. Die Stellung der Frauen wurde dadurch stärker.

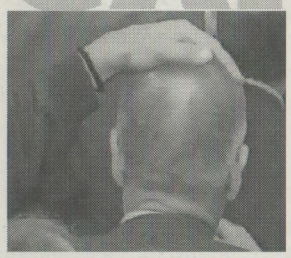
Angesichts dieser Veränderungen, die sich in verschiedenen Abstufungen vom Nordwesten bis zum Südosten abspielten, sind die Vergewaltigungen ein wesentlicher Teil zur Neudefinition der Stellung der Frauen und damit der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse.

Wie sich diese in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auswirken wird, können wir nur ahnen. Die Tourismusindustrie basierte überwiegend auf weiblicher Arbeitskraft. Die Privatisierung dieser bislang »selbstverwalteten« Industrie war eines der kroatischen Kriegsziele nach innen. Um diese Industrie für Neckermann, TUI und Club Med profitabel zu machen, muß die Arbeitskraft diszipliniert werden. Die Hungerlöhne der ArbeiterInnen, die mittels Krise und Krieg durchgesetzt wurden, werden auf Dauer nur haltbar sein, wenn »Heim und Herd« im Sinne des Kapitals funktionieren. Die Landwirtschaft – bisher »unproduktiv« – kann nur gegen die Frauen in den Dörfern in Agrarkonzerne umgewandelt werden, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Die Armut, die durch den Krieg erzeugt wird, bleibt nur »sozial beherrschbar«, wenn die Armen entsprechend gedemütigt sind.

Die einzelnen Vergewaltiger agieren nicht bewußt mit diesen Motiven. Aber was sie machen und was sie vielleicht damit erreichen, ist notwendig für die nächste Phase kapitalistischer Entwicklung. Der Kampf gegen Vergewaltigungen ist daher nicht nur Widerstand gegen eine wesentliche Kriegswaffe, sondern auch Kampf gegen die Geschlechterhierarchie in einer neuzusammengesetzten Arbeiterklasse.

Heißer Herbst '92 in Italien

Plexiglas



In Italien gab es – wie schon in Nr. 60 berichtet – letzten Herbst stürmische Demos und Massenaufläufe gegen ein neues Sparprogramm der Regierung, das die Gewerkschaften mitunterschrieben hatten. Diese Sparprogramme (denn inzwischen sind es schon drei geworden) stehen im Zusammenhang mit einer ganzen Latte von Umbaumaßnahmen am italienischen Sozialstaat: Regierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbände verhandeln seit längerem über die Reduzierung der Lohnnebenkosten, zu Beginn des Jahres wurden neue Prekarisierungsgesetze eingeführt, seit längerem bemüht sich der Unternehmerverband darum, die betrieblichen Tarifverhandlungen abzuschaffen [in der BRD versuchen sie gerade, betrieblichen Verhandlungen mehr Gewicht zu geben, es gibt kein »Modell«, sondern die Maßnahmen richten sich danach, was durchsetzbar ist], weil die ArbeiterInnen damit immer wieder ihre betriebliche Macht dazu benutzt haben, wesentlich mehr Lohn und bessere Bedingungen durchzusetzen als sie die nationalen Tarifverträge vorsahen.

Der Zorn der ArbeiterInnen entlud sich auf Politiker, die meist eh schon durch Korruptionsaffären geschwächt sind, und besonders gegen Gewerkschaftsführer. In einigen Betrieben wie Fiat kam es zum ersten Mal seit langer Zeit wieder zu Streiks. Diese Bewegungen sind nicht zu Ende.

Im letzten Jahr haben sich zwei Strömungen links der offiziellen drei Gewerkschaftsverbände herausgebildet: einerseits *Essere Sindacato* [Gewerkschaft sein], eine Gruppierung innerhalb der Gewerkschaft, andererseits die alternative Gewerkschaft *CUB* [einheitlicher Basisverband]. Letztere setzt sich zusammen aus *Cobas* (Basiskomitees, die vor fünf Jahren hauptsächlich im Öffentlichen Dienst entstanden waren; ähnliche Strukturen gibt es inzwischen auch bei den Eisenbahnen und in einigen Fabriken), den *Rappresentanze di Base* (RdB; Basisvertretungen, die seit über zehn Jahren hauptsächlich im halbstaatlichen Sektor organisieren und in einigen Bereichen auch Tarifrecht haben) und der jüngst aus den offiziellen Gewerkschaften ausgetretenen Mailänder Metallarbeitersektion.

Innerhalb der Mobilisierung gegen das Sparprogramm versuchten diese Gruppierungen, sich als eigenständige Bewegung mit nationalen Dachorganisationen und Bündnissen zu konstituieren bzw. den größten der Gewerkschaftsbünde, die *CGIL*, zur Spaltung zu treiben. Im folgenden kommen Auszüge aus zwei Artikeln von Marco Revelli, die er Herbst 92 in *il manifesto* veröffentlichte (also die *Essere Sindacato*-Linie), sowie Auszüge aus einer Broschüre, die Leute der Zeitschrift *Collegamenti/ Wobbly* (die Anarchofraktion in der Alternativgewerkschaft) Mitte März veröffentlicht haben. *Der Herbst..., die Woche der Schraubenmuttern* und *Ist die Party vorbei?* sind während der Mobilisierungen in der *Umanità Nova* erschienen.

Die Links- und Alternativgewerkschafter haben es nicht geschafft, über die Forderung »Erhalt des Sozialstaats« hinauszugehen. Sie sind in den letzten Wochen von inneren Auseinandersetzungen gelähmt, die höchstwahrscheinlich die eher stalinistische Fraktion (*RdB*) für sich entscheiden wird. *Essere Sindacato* verlagerte seine Aktivität immer mehr weg von der Straße und Streiks und hin zur Auseinandersetzung innerhalb des Gewerkschaftsapparates, mit dem Ziel, mehr Einfluß für ihre Strömung zu erhalten.

Chronologie der Mobilisierungen

Ein vollständiges Bild der Bewegung zu zeichnen, die sich im Laufe des Jahres 1992 gegen die Sparpolitik der Regierung entwickelt hat, ist praktisch unmöglich. Aber die bekanntesten Ereignisse in den Städten und in den wichtigsten öffentlichen und privaten Sektoren sind ein Querschnitt durch einen bedeutenden gesellschaftlichen Prozeß. Nicht zu unterschätzen sind auch die Mobilisierungen, Streiks und Protestbewegungen in vielen weniger bekannten Bereichen, die ziemlich unterschiedliche Formen angenommen haben.

10.12.91 Gewerkschaften und Regierung vereinbaren das Ende der Scala mobile (s.o.). Im Gegenzug verpflichtet sich die Regierung, die Tarife (für öffentliche Dienstleistungen wie Strom, Nahverkehr usw.) und die subventionierten Preise zu kontrollieren. Wie üblich wird das Abkommen nur zur Hälfte eingehalten: Die Scala mobile wird aufgehoben, während Tarife und Preise frei steigen.

8.1.92 Es gibt zwei Interpretationen des Abkommens: dem Arbeitgeberverband zufolge ist die Scala Mobile aufgehoben worden, nach Auffassung der Gewerkschaften wird darüber noch verhandelt.

9.1.92 Olivetti will 2 500 Arbeitsplätze abbauen und das Werk in Crema schließen.

14.1.92 Giorgio Benvenuto, langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft UIL, verläßt diese, um sich mit der Steuerreform zu beschäftigen. Im Februar 1993 wird er Vorsitzender der sozialistischen Partei.
Ansaldo schließt das Werk in Mailand.

23.1.92 In Mailand wird die *CUB (Confederazione Unitaria di Base)* gegründet. Ihr treten folgende gewerkschaftliche Basisstrukturen bei: die *FLMU (Federazione Lavoratori*

Metalmeccanici Uniti – Vereinigte Metallarbeiter-Föderation, deren Gründerkern aus der Linken der *FIM-CISL*/Mailand kommt), die *RdB (Rappresentanze di Base)*, die vor allem in den halbstaatlichen Bereichen präsent sind, die *Confederazione Sindacale Sarda*, die *Federazione Lavoratori della Scuola – Uniti*, der Mieterbund *(Unione Inquilini)* und andere. In den folgenden Monaten treten der *CUB* andere gewerkschaftliche Organisationen der Eisenbahn, der Chemieindustrie usw. bei.

15.2.92 Versammlung von *Essere Sindacato* in Mailand. An einem Komitee zur Verteidigung der Scala mobile, das zu diesem Zweck eine Unterschriftensammlung organisiert, beteiligen sich Kandidaten von PDS, PRC, den Grünen und der Anti-Mafia-Partei *Rete*.

8.5.92 Carrara: Die *Cobas* der Marmorarbeiter organisieren einen achtstündigen Streik.

14.5.92 Mailand: 500 Arbeiter von *Alfa, Ansaldo* und *Maserati* besetzen nach einer Gewerkschaftskundgebung die Gleise des Hauptbahnhofs, um gegen die Abschaffung der Scala mobile zu protestieren.
Die Eisenbahner müssen den zwischen der Eisenbahngesellschaft und den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifvertrag individuell unterschreiben, sonst werden sie von der vereinbarten Lohnerhöhung ausgeschlossen. Das richtet sich gegen die oppositionellen Basisinitiativen der Eisenbahner.

28.5.92 Mailand: Von der *CUB* ausgerufener Streik und Demo gegen die Abschaffung der Scala mobile. Ungefähr 2 000 ArbeiterInnen nehmen teil.

29.5.92 Mailand: Von den offiziellen Metall-Gewerkschaften ausgerufener Streik gegen die Abschaffung der Scala mobile und wegen der Nichtbezahlung des Inflationsausgleichs vom Mai. Die Gewerkschaften behaupten noch immer, das Abkommen sehe keine Abschaffung der Scala Mobile vor. Die Arbeiter blockieren die Autobahn und werfen Eier auf den Sitz des Arbeitgeberverbandes.

2.6.92 Schulen: Der Bildungsminister verbietet die Streiks an den Schulen, vor allem die Verweigerung der Versetzungszeugnisse. Trotz Verbots setzen einige tausend Lehrer die Verweigerung der Zensuren fort; sie werden verwarnt und ersetzt. In einigen Schulen werden aus Protest nur noch »didaktische Vieren« vergeben, weil in solch einer Situation keine sachliche Beurteilung möglich sei. Die Lehrer machen Dienst nach Vorschrift. Die Verwaltung zwingt die Lehrer, die Zeugnisse nicht nach den Vorschriften, sondern in der üblichen Art zu vergeben.
Die Regierung trifft sich mit den Gewerkschaften, um weiter über die Lohnnebenkosten zu verhandeln.

17.6.92 Rom: Demo der Basisinitiativen für das Streikrecht und die Scala Mobile. Daran beteiligen sich ArbeiterInnen sowohl aus dem Öffentlichen Dienst als auch aus der Industrie: insgesamt einige tausend Menschen.

27.6.92 Palermo: Nach dem Mord an dem Richter Falcone rufen die Gewerkschaften zu einer Demo gegen die Mafia auf, an der 120 000 Menschen teilnehmen. Die Gewerkschaftsbünde stellen sich als Kraft zur Unterstützung der »von der organisierten Kriminalität bedrohten« Institutionen dar.

2.7.92 Schließung des Lancia-Werks in Chivasso. Der wochenlange Widerstand der Arbeiter war von den Gewerkschaften kaum unterstützt worden. Die Beschäftigungslage in Turin und im Piemont verschlechtert sich 1992 deutlich. Im Frühjahr ist ein harter Kampf bei Borgonova in Turin mit einem »Austeritätsvertrag« zu Ende gegangen: die Arbeiter mußten als Gegenleistung für einen geringeren Abbau von Arbeitsplätzen eine Lohnkürzung um 120 DM schlucken.

(Wir haben alle Lire-Angaben mit einem Kurs von 1000 Lire = 1 DM umgerechnet.)

12.7.92 Die *Cobas* der Marmorarbeiter organisieren einen Streik der Steinbrecher. Darauf folgen neun Tage Unruhen, Versammlungen, Umzüge, Streikposten.

31.7.92 Abkommen zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften zur Abschaffung der Scala mobile und der »betrieblichen Tarifverhandlungen«. Der *CGIL*-Vorsitzende Bruno Trentin, der mit der Unterzeichung des Abkommens sein Mandat gebrochen hat, bietet seinen Rücktritt an. Allein im Juni hatte es schon 30 Mrd. DM an Steuererhöhungen gegeben.

2.9.92 Das Abkommen vom 31.7.92 wird von der nationalen Führung der *CGIL* angenommen. *Essere Sindacato* beteiligt sich nicht an der Abfassung des Beschlußantrags.

4.9.92 Mailand: Das Alfa-Werk in Arese streikt gegen das Abkommen vom 31. Juli. Der Streik wird von den Delegierten organisiert. Die italienische Notenbank erhöht den Diskontsatz auf 15 Prozent.

5.9.92 Mailand: Nationale Demonstration des *PDS* gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Organisatoren sprechen von 100 000 Teilnehmern, die Polizei von 25 000.
Turin: Beim Gewerkschaftshaus findet eine überfüllte Versammlung der *Essere-Sindacato*-Szene mit ihrem nationalen Chef Bertinotti statt. Die *CGIL* wird sehr radikal kritisiert; Bertinotti schlägt Initiativen außerhalb der Gewerkschaft vor, der Kampf müsse aber innerhalb der *CGIL* geführt werden.

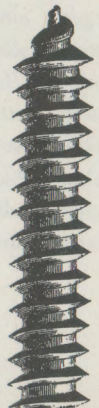
9.9.92 Die Verhandlungen über die Lohnnebenkosten werden fortgesetzt. Die Regierung fordert vom Parlament ein wirtschaftlichspolitisches Ermächtigungsgesetz. Mehrere Arbeiterversammlungen, die das Abkommen vom 31. Juli ablehnen.

Plexiglas

Die Massen haben den politischen Kampf wiederaufgenommen. Streiks, Demonstrationen, Zusammenstöße häufen sich. Wir müssen erst noch bestimmen, was diese Erhebung ausmachte. Die Kämpfe in den letzten Monaten haben unter völlig veränderten Rahmenbedingungen überholte oder zumindest ungeeignete Aktionsformen benutzt. Das Hauptfrage bleibt dabei, ob es den Arbeitern gelingt, die allgemeinen Mobilisierungen mit den Kämpfen am Arbeitsplatz zu verbinden, d.h. Kraft, Organisation und Initiative zu entwickeln.

Wenn wir die Initiative von Staat und Unternehmern auf der einen Seite mit den Oppositionsbewegungen auf der anderen Seite vergleichen, so scheint die Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft trotz einer Reihe von sich ausweitenden Streiks relativ unbeirrt weiterzugehen. Sie beginnt im Dezember 1991 mit dem Abkommen über die Kürzung des Inflationsausgleichs (der *Scala mobile*) und geht bisher bis zum Dezember 1992 mit einschneidenden Maßnahmen zur Prekarisierung der Beschäftigten des Privatsektors. Im Zentrum der Maßnahmen stehen die Einfrierung der Tarifverträge, die Angleichung der Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst an die Privatwirtschaft, eine ganze Reihe von Stellenstreichungen, Lohnabbau, Steuererhöhungen und Sozialleistungskürzungen.

Für die Schwierigkeiten der Klassenbewegung gibt es verschiedene Erklärungen:
– Die Kämpfe waren zwar wichtig, hatten aber nicht die Kraft, den Produktionszyklus zu treffen. Anders gesagt: Streiks und Demonstrationen waren mit einem Industriesystem konfrontiert, das sie dank der Dezentralisierung der Produktion, dem Einsatz von Kurzarbeit und Entlassungen und der ökonomischen Unterstützung des Staates integrieren konnte. Die Streiks waren großteils gegen die Regierung und gegen die Gewerkschaftsbünde, aber nur begrenzt gegen die Unternehmer gerichtet. Andererseits hat sich die *Confindustria* [Unternehmerverband] wie eine Partei verhalten – sie war vielleicht die einzige echte Partei – und hat dem Staat die Rechnung präsentiert, die dieser zum Großteil beglichen hat.
– Die Unzufriedenheit der Massen konnte sich an der Krise des Parteiensystems, das inzwischen anscheinend zu verrottet und korrupt für einen



modernen Kapitalismus ist, auf relativ unschädliche Weise entladen. Die Polemik gegen die Korruption im Öffentlichen Dienst und in Sektoren, die finanziell mit ihm verflochten sind, hat vielmehr den Unternehmern und den Neoliberalen neue Argumente für die Privatisierung von Teilen des Öffentlichen Dienstes und die teilweise Deregulierung des Systems der industriellen Beziehungen geliefert. Gleichzeitig hat die staatliche Kontrolle über die Gesellschaft durch Anti-Streik-Gesetze, korporative Abkommen und den Ruf nach Aufhaltung des fortschreitenden gesellschaftlichen Verfalls zugenommen;

– Trotz breiter und inhaltlich reicher Basisbewegungen hat die Spaltung der Klasse in öffentlich Beschäftigte und IndustriearbeiterInnen, in fest und prekär Beschäftigte, in ItalienerInnen und ImmigrantInnen, in Beschäftigte in starken und in schwachen Sektoren eine große Rolle gespielt. Dabei hat sich der Sozialpakt, der die Lohnabhängigen in unterschiedlicher Weise trifft, noch gar nicht voll ausgewirkt. Wenn die Arbeiter die Situation nicht umdrehen können, besteht die reale Gefahr, daß sie sich auf ihrem Arbeitsplatz einmauern oder ihr privates Glück in der Familie suchen.

– Hinzu kommt der Zusammenbruch der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Linken, was natürlich an sich nichts Schlechtes ist, aber eben auch nicht automatisch etwas Gutes. Aus der Krise des Reformismus entsteht nicht automatisch eine starke, radikale und kämpferische Arbeiterbewegung. Im Gegenteil bieten sich zur Zeit korporative, lokalistische und autoritäre Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme an. Obwohl es mit ihnen selbst nicht gerade zum Besten steht, spielten Teile von *PDS* (der sozialdemokratischen) und *PRC* (der kommunistischen KPI-Nachfolgepartei) in der 92er Bewegung eine gewisse Rolle. Dabei vertraten sie ein ziemlich einfaches Programm: Verteidigung des Sozialstaats gegen die Offensive von Regierung und Unternehmern. Sie setzten sich nicht ernsthaft mit den Ursachen der Krise des Sozialstaats, mit seinem Klassencharakter, mit seiner wahren Funktion und auch nicht mit Möglichkeiten zur Verteidigung des Soziallohns auseinander – und er allein interessiert die Arbeiter am Sozialstaat. Anfang Herbst verhielten sich die Gewerkschaftsbünde, als seien sie nicht ganz zurechnungsfähig: Bei der *Scala mobile* haben sie gegen die Zusage nachgegeben, die Lira würde nicht abgewertet; als die Lira dann um 20 Prozent abgewertet wurde und das 93-Milliarden-Paket kam [siehe Chronologie], taten sie völlig überrascht – überrascht darüber, daß die Unternehmer, wenn es keinen Mechanismus zur automatischen Verteidigung des Lohns gibt, ungerührt Abwertung und Inflation zur Umverteilung des Reichtums von den Löhnen hin zu den Kapitalrenten und Profiten und zur Wiedergewinnung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit benutzen. Die Politik der Gewerkschaftsbünde läßt sich logisch nur aus ihrer engen Verflechtung mit dem Parteiensystem und dem Staatsapparat erklären: Dadurch sind sie erpreßbar und werden erpreßt. Andererseits halten auch die rigorosesten Gewerkschaftsführer in einer Art Patriotismus die Vertretung der allgemeinen Interessen der Nation für die wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung. Der von ihnen kontrollierte Apparat konnte trotz grober Fehler den Großteil der Protestbewegung manipulieren.

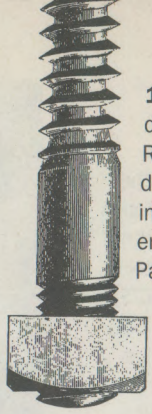
Aber von den Grenzen der Bewegung und der Stärke des Gegners einmal abgesehen: Wir haben in den letzten Monaten wichtige Erfahrungen gesammelt, die wir nicht wegwerfen, sondern verwerten und in einen kollektiven Prozeß übersetzen sollten.

Angesichts der internationalen Lage wird das immer dringlicher: Kriege, Wiederaufleben von staatlichem und ethnischem Nationalismus und Rassismus, Stärkung des Staatsapparats. Die folgenden Texte sind teilweise

Da wir die Sachen für den Artikel sehr stark kürzen mußten, bringen wir die vollständigen Texte zusammen mit einem umfangreichen Erklärungsteil im Mai als *TheKla 18* raus:

* die komplette Broschüre von *Wobbly/ Collegamenti*,
* zwei Artikel von Marco Revelli zur Auseinandersetzung um Sozialstaat und Linke,
* weitere Artikel zur Umstrukturierung der Produktion in Italien.
* Erklärungsteil und Nachwort.

TheKla 18: Plexiglas
ca. 10 Mark.



10.9.92 Abwertung der Lira gegenüber der Mark. Das Parlament verweigert der Regierung das Ermächtigungsgesetz, aber die Regierung boxt weiter Gesetze durch, indem sie jede Abstimmung an die Vertrauensfrage koppelt, womit sie faktisch dem Parlament seine traditionelle Funktion des Interessenausgleichs zwischen den Parteien abpricht. Faktisch ändert sich die Regierungsform: die Exekutive bezieht sich angesichts eines zerfallenden politischen Systems immer offener auf die Richtlinien der Unternehmer. Die Opposition innerhalb der *CGIL* wird größer; in *Brescia* spricht sich eine Mitgliederversammlung für die Neugründung der *CGIL* auf der Basis einer Gründungsversammlung aus. Brescia wird in den folgenden Monaten eine der Hochburgen der Bewegung der gemeinsamen Fabrikräte der *CGIL-CISL-UIL*.

12.9.92 **Rom:** Demo von *Rifondazione Comunista* (PRC) gegen die Amato-Regierung mit 100 000 TeilnehmerInnen.

14.9.92 Abwertung der Lira um 7 Prozent.

15.9.92 **Mailand:** Nationale Versammlung der *CUB*. Man beschließt einen alternativen nationalen Streik mit Demonstration in Rom am 2. Oktober.
CGIL-CISL-UIL machen ihre Vorschläge zur Sanierung des Landes: Mindeststeuer für Selbständige, Zwangsanleihen usw.

17.9.92 Trentin schlägt eine neue Regierung gegen den Notstand mit Unterstützung von *CGIL-CISL-UIL* vor. Die Regierung plant eine Gesundheitsreform (zu Lasten der Patienten mit einem Jahreseinkommen von über 40 000 DM brutto) und ein neues Rentengesetz (die Altersgrenze wird auf 65 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen erhöht); außerdem soll die Einkommenssteuer um einen Prozentpunkt erhöht werden.

18.9.92 Streiks in den Fabriken gegen das

Sparpaket der Regierung (das 93 000 Millionen-Paket). In **Mailand** blockieren 4 000 Arbeiter von Alfa Romeo die Autobahn und den Zugverkehr. In **Florenz** gehen 3 000 Arbeiter auf die Straße, während sich in Neapel, Brescia und in der Emilia weitere Initiativen gründen. Um sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, ruft die *CGIL-CISL-UIL* zu regionalen Streiks auf, mit dem Ziel, das Sparpaket zu »korrigieren«. Meinungsverschiedenheiten zwischen *CGIL* einerseits und *CISL* und *UIL* andererseits. Die *CGIL* hält das Abkommen vom 31. Juli für hinfällig. *CISL* und *UIL* sind eher zu Absprachen mit der Regierung bereit. Außerdem entspinnt sich eine Debatte zwischen den Gewerkschaftsspitzen und der Strömung *Essere Sindacato*, die für einen Generalstreik eintritt. Der nationale Generalstreik ist die Parole breiter Teile der ArbeiterInnen und eines großen Teils der Gewerkschaftsbasis. Beamte im Justizministerium organisieren mehrere Streiks gegen die Streichung von Zulagen, die 27 bis 28 Prozent des Lohns ausmachen. Einige dieser (illegalen) Streiks dauern bis zu zehn Tagen und enden damit, daß der Minister verspricht, die Streichungen rückgängig zu machen.

21.9.92 Genua: 24-stündiger Streik der Beschäftigten im Öffentlichen Nahverkehr und bei der Post.

22.9.92 Toskana: Erster Regionalstreik. 100 000 TeilnehmerInnen in Florenz. Scharfer Protest gegen Trentin, der auf der Kundgebung redet; Er wird mit verschiedenen stumpfen Gegenständen beworfen. Der Mythos der Schraubenmuttern als Kommunikationsmittel zwischen ArbeiterInnen und Gewerkschaftsbürokraten entsteht. Beeindruckend, wie feindselig und fremd die ArbeiterInnen ihren Führern gegenüberstehen.

Palermo: Auseinandersetzungen zwischen Kurzarbeitern und Gewerkschaftern.

23.9.92 Mailand: Auf dem Domplatz protestieren 100 000 DemonstrantInnen gegen die Gewerkschaftsführer, die nach wenigen Minuten die Tribüne verlassen. Nach einer halben Stunde findet der örtliche Sekretär der Arbeitskammer den Mut zu einer kurzen Ansprache.
Brescia: 40 000 DemonstrantInnen auf der Straße; gegen den Sitz der *Lega Nord* fliegen Eier.

24.9.92 Neapel: 70 000 auf der Straße; die Gewerkschafter verlassen angesichts der Proteste vorzeitig die Tribüne.
Genua: 40 000 protestieren gegen den örtlichen *CISL*-Chef.

25.9.92 Turin: 60 000 auf der Straße. Nach Jahren der Passivität streiken die Fiat-Arbeiter wieder. Cofferati, Vertreter des »reformistischen« Flügels in der *CGIL*-Führung, versucht hinter einer Schutzwand aus Plexiglasschilden zu reden, wird aber zum Verlassen der Tribüne gezwungen. Die Polizei greift die Menge an. Nach wenigen Minuten besetzen Gruppen von Demonstranten die von den Gewerkschaftern verlassene Tribüne und halten eine Alternativkundgebung ab.

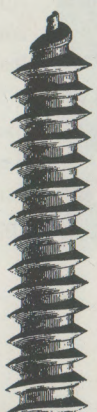
26.9.92 Rom: Demonstration von 200 000 Rentnern, organisiert von *CGIL-CISL-UIL*. Zum ersten Mal haben die Gewerkschaftsbünde wieder eine Demo unter Kontrolle.

28.9.92 Die *CGIL* spricht sich für einen nationalen Generalstreik aus. *CISL* und *UIL* sind nicht einverstanden. Es zeichnet sich ein »Links«ruck der *CGIL* ab, der sowohl für *Essere Sindacato* wie für die *Fabrikräte* wieder Bewegungsspielräume eröffnet.

1.10.92 Neapel: Zusammenstöße zwischen Polizei und den Stahlarbeitern von Bagnoli im Verlauf einer Demonstration gegen die drastische Umstrukturierung der Produktion. Daraufhin kommt es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und den Bullen, die die Präfektur [höchster Vertreter der Regierung auf regionaler Ebene] bewachen; die Arbeiter setzen unter anderem einen Wasserwerfer ein, der auf einem Tankwagen montiert ist; diesmal werden die Bullen naß. Die Regierung verabschiedet das Haushaltsgesetz mit leichten Veränderungen an der Gesundheits- und Rentenreform.
Der Verlauf der Demonstrationen, zu denen die Gewerkschaftsbünde aufgerufen haben, führt dazu, daß sich im Laufe der Moiblisierungen publiziert worden, teilweise später. Die schon veröffentlichten Texte sind teilweise überarbeitet worden. Ich konzentriere mich auf die Kämpfe und Initiativen der Teile der Bewegung außerhab der institutionellen Gewerkschaften. Ich bin in diesen Fragen kein neutraler Beobachter, aber habe mich bemüht, die Positionen der verschiedenen Teile der Opposition darzustellen.

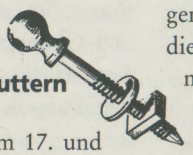
Der Herbst unserer Unzufriedenheit

Eine schwache sozialistische Regierung betreibt mit dem Einverständnis der Gewerkschaften eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die finanzielle Lage der LohnarbeiterInnen und der unteren Klassen ganz allgemein deutlich verschlechtert. Dazu gehören etliche neue Steuern auf Sparguthaben, Wohnungen und soziale Dienstleistungen. Im Sommer wurden dann die Scala Mobile und die »betrieblichen Tarifverhandlungen« endgültig aufgehoben. Betrachtet man die Auswirkungen des 92er Haushalts und die noch gravierenderen von 1993, dann wird klar, daß es sich dabei um eine kriegswirtschaftliche Logik handelt, die die meisten Mechanismen der gesellschaftlichen Vermittlung abschafft, die das vergangene Jahrzehnt – wenn auch in reduziertem Umfang – überstanden haben. Bezeichnenderweise haben viele Kommentatoren von Unternehmerseite betont, daß die formale Schwäche der Regierung eine gute Gelegenheit für einen harten Kurs war. Dieses scheinbare Paradox läßt sich einfach erklären: Die Regierung verfügt auf parlamentarischer Ebene über eine gewisse Macht, weil die linke Opposition, vor allem der PDS, Angst vor Neuwahlen hat, zu denen ein Sturz der Regierung führen würde. Dasselbe gilt für die Regierungsparteien, deren rapider Niedergang sie zu Wachs in den Händen der wirtschaftlich wirklich Mächtigen macht; das geht so weit, daß sie große Teile ihrer Macht- und Einflußbasis aufgeben. Zusammengenommen müssen die ArbeiterInnen gleichzeitig die unkontrollierte Ausdehnung der Staatsverschuldung und die Neufinanzierung der privaten Wirtschaft bezahlen.



Die institutionalisierte Arbeiterbewegung ist zum Verkünder eines klassischen Wirtschaftsnationalismus geworden. Und die Linke hat jede Selbständigkeit aufgegeben und hält an der

pathetischen Forderung fest, die Sanierungskosten müßten gerecht verteilt werden, alle ihre Steuern bezahlen und eine moralische Reform stattfinden. Die Kritik an der Korruption, an den Privilegien der sozialen Schicht, die von Renditen lebt, an der Verflechtung von Politik und Geschäft führt nicht zur einzig logischen Konsequenz: zur Abschaffung der Privilegien der herrschenden Klasse, sondern wird auf einen elenden Moralismus reduziert, der die relativ privilegierten Bedingungen einiger Teile der LohnarbeiterInnen und die Regierungspolitik auf dieselbe Ebene stellt und letztendlich nur die ArbeiterInnen zu treffen versucht. Während noch vor einigen Jahren über jedes Nachgeben bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen verhandelt wurde, sich die große, kommunistische *CGIL* zumindest formal von den kleineren Gewerkschaften – der christdemokratischen *CISL* und der sozialistisch-republikanischen *UIL* – unterschied, und die ArbeiterInnen ihre Unzufriedenheit in unnützen Streiks abreagieren durften, geschieht heute nicht mal mehr das. Heute spielen *Essere Sindacato* und *il manifesto* die Rolle, die früher die *CGIL*-Mehrheit spielte, und fordern die Diskussion der Verträge, die Befragung der Arbeiter und ein Gleichgewicht zwischen Opfern und Reformen.



Die Woche der Schraubenmuttern

An die Demos zwischen dem 17. und dem 25. September lassen sich einige erste und notwendigerweise vorläufige Überlegungen über die Lohnarbeiter anknüpfen. Erstens sind die »Desaparecidos« [spanisch: die Verschwundenen; so werden in Lateinamerika die von Militärs und Todesschwadronen Verschleppten genannt] nach einem Jahrzehnt der Debatten über das *Ende des Klassenwiderspruchs*, das *Verschwinden der Arbeiterklasse*, die *postindustrielle* und die *immaterielle Arbeit* wieder aufgetaucht, und sie haben klargemacht, daß sie auf keinen Fall bereit sind, eine Lohnkürzung von durchschnittlich 20 Prozent bis zum Dezember 1993 (denn soviel werden die Sparpakete zusammen ausmachen, wenn wir sie nicht kippen) zu akzeptieren, nur weil die Gesetze der Ökonomie das so verlangen. Zweitens erkennt die Masse der Arbeiter in gewisser Weise die Gewerkschaft als ihre Vertretung an, wenn auch zur Zeit in einer etwas lebhaften Form. Drittens sind in den Mobilisierungen sehr unterschiedliche soziale Gruppen zusammengekommen: von Arbeitern mittleren Alters, die die Niederlagen der 80er Jahre und die Umstrukturierungen in den Fabriken hinter sich haben, bis zu den Neueingestellten, die nur die dezentralisierte Arbeit und/ oder informatisierte Fabriken oder Büros kennen, von der Basis der *CGIL* (und manchmal auch der *CISL*) bis hin zu Gruppen, die überhaupt keine gewerkschaftliche Erfahrung haben. Mit ein paar Demos kann man natürlich keine organisatorischen Netze, Treffpunkte und Räume zur Diskussion schaffen, aber die ganzen in Diskussionen entwickelten Vorstellungen, mühsam erarbeiteten und oft wenig realitätstauglichen Vorschläge, Organisationsstrukturen und politischen Subjektivitäten kommen zusammen im Rahmen der Massenbewegung (bei all ihren Grenzen). Natürlich herrscht in der Bewegung die traditionelle Kultur der Linken vor: Verteidigung des Sozialstaats, Steuergerechtigkeit, alle sollen bezahlen, und ähnliche Märchen. Es ist eine Sache, die *CGIL* anzugreifen, aber es ist etwas ganz anderes, radikal einen anderen Standpunkt einzunehmen und von der Verteidigung der eigenen Interessen auszugehen, vom Kampf für mehr Lohn, gegen Steuern und Abgaben usw. Aber auch auf dieser Ebene, bei den Versammlungen, Demos und Diskussionen hört man neue Stimmen, die nicht so gelähmt von der alten Logik der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Linken sind. Die Vorstellung, daß eine prinzipielle Kritik der Verstaatlichung der Arbeiterbewegung nötig ist, daß es Assoziationsformen geben muß, in denen wir unsere Interessen ohne Vermittlung durch Parteien vertreten können: All das findet langsam Verbreitung....«

Ist die Party vorbei?
Zum Streik am 13. Oktober

Die *CGIL-CISL-UIL* hat es anscheinend geschafft, die Straße zurückzugewinnen, die zunächst unregierbar schien. Zwischen dem Vormittag des 2. Oktober in Rom, als sich Tausende von Gelbhelmen in die Polizeiketten eingereihten, und dem 13. Oktober, als D'Antoni, von einer phantomhaften Schraubenmutter getroffen, die Polizei zurückhält und sozusagen als überlegener Sieger aus der Auseinandersetzung mit dem aufrührerischen innerhalb der Opposition deutlich andere Positionen entwickeln. Einige Gruppierungen die sich *Selbstorganisierte* nennen [und der *Autonomia* nahestehen] meinen, es sei richtig, an den Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften teilzunehmen und sie zu benutzen, um der Basis-Oppositionsbewegung Raum zu verschaffen. Diese eher heterogenen Gruppierungen, die von den *Cobas Alfa Romeo* in Arese/Mailand bis zu den Schul-*Cobas* und von den *Autorganizzati* bei Alfa Sud bis zu vielen sozialen Zentren reichen, haben sich mit unterschiedlichem Erfolg an die Initiativen der Gewerkschaftsbünde gehängt.

Die Alternativgewerkschaften und vor allem die *CUB* haben es vorgezogen, eigene

Streiks und Demos zu organisieren, um sich klar von den Staatsgewerkschaften abzugrenzen, auch wenn in Ausnahmefällen GenossInnen der Alternativgewerkschaften an den Streiks der Bünde teilgenommen haben, besonders, wenn die Räte dazu aufgerufen hatten. Wir haben uns manchmal sehr darüber gestritten, und es war relativ schwierig, einheitliche Initiativen als Alternative zu den Bünden zu entwickeln. Der Streik mit der Demo am 2. Oktober in Rom, zu dem ein Treffen der *CUB* am 15. September in Mailand aufgerufen hatte, war der erste Test für die Verankerung der Alternativ-Gewerkschaften auf nationaler Ebene und eine wichtige Gelegenheit für die breite Basis, ihre Opposition auf die Straße zu tragen und über den platten Protest gegen die Politik von *CGIL-CISL-UIL* hinauszugehen.

2.10.92 Generalstreik im Öffentlichen Dienst und in der Schulen, zu dem *CGIL-CISL-UIL* aufgerufen haben. Morgens findet eine Demonstration gegen das Sparpaket statt. Der Streik fällt mit dem von der *CUB* bereits früher ausgerufenen Streik zusammen. Es beteiligen sich 150 000 Menschen. Diesmal sind die Gewerkschaften darauf vorbereitet, gegen die »Provokateure« vorzugehen. Tausende von Gewerkschaftsordnern mit gelben Helmen, eingereiht zwischen Polizisten und Carabinieri, besetzen seit dem frühen Morgen den Platz. Die lebhaftesten Teile der Demo werden angegriffen und gnadenlos verprügelt. Prügel, Tränengas, sieben Verhaftete, Dutzende Verletzte, etwa hundert Festnahmen. In den Tagen darauf entwickelt sich eine lebhafte Polemik zwischen Schülern und Studenten auf der ei-

nen, den Gewerkschaftsbünden auf der anderen Seite.
Am Nachmittag findet die Demonstration statt, zu der die *CUB* aufgerufen hatte und der sich in der Zwischenzeit andere Alternativgewerkschaften angeschlossen haben wie die *Unicobas*, die *Koordination der Lokführer (COMU)*, die *Koordination der Rangierer und Weichensteller (COMAD)*, die *Koordination des reisenden Personals (CNPV)*, die Gewerkschaft der Bahnhofsvorsteher *(UCS)*, Dissidentengruppen der *CGIL* und viele andere Basisgruppierungen. An der Demonstration nehmen mehrere zehntausend GenossInnen teil; es ist die bisher größte alternative Demo außerhalb der Staatsgewerkschaften. Am Ende gibt es eine Kundgebung, bei der Dutzende von Arbeitern das Wort ergreifen.
Am 2.10.92 geht die erste Phase zuende. Von nun an erobern *CGIL-CISL-UIL* sich »ihre« Straße zurück, während die Alternativgewerkschaften verankert, aber in der Minderheit bleiben.
Die *CGIL* schreibt in einem Rundbrief: *»Die Genossen vom Ordnungsdienst haben hervorragende Arbeit geleistet und bewiesen, daß sie sehr gut verstanden hatten, daß die demokratische Handlungsfähigkeit der Hauptstadt auf dem Spiel stand. (...) Wenn Ihr einverstanden seid, könnten wir uns anstelle einer klassischen Gewerkschaftsversammlung einmal bei einem Abendessen in der Cooperativa di Decima entspannen, vielleicht nächsten Freitag...«*
Anfang Oktober demonstrieren in Rom SchülerInnen und StudentInnen gegen das Verhalten der Polizei und der *CGIL-CISL-UIL*. Die Koordination der Oberschüler von Ostia schreibt am 5. Oktober 1992: *»...die autonomen Provokateure und Terroristen sind Phantome. (...) Am Freitag, dem 2. Oktober haben wir auf den Straßen von Rom das wahre Gesicht derer gesehen, die uns regieren. Terrorist und Provokateur ist der Staat, der Knüppel, Tränengas und Gummigeschosse benutzt, Terroristen sind die Gewerkschaften, die ruhig zusehen, wie SchülerInnen und StudentInnen verprügelt werden und applaudieren, wenn Gefängniswannen voller Jugendlicher vorbeifahren.«*

3.10.92 Nationales Treffen von *Essere Sindacato*. Sie fordern den Generalstreik, die Rücknahme des Vertrags vom 31. Juli und die Demokratisierung der *CGIL*.

5.10.92 Die Gewerkschaftsbünde beschließen einen vierstündigen Generalstreik für den 13. Oktober ausschließlich in der Industrie. Damit versuchen sie, die Beschäftigten im privaten Sektor gegen die im Öffentlichen Dienst zu hetzen, die als privilegierte Schmarotzer gelten.

6.10.92 22 Gewerkschaftsdelegierte in Brescia schlagen ein Treffen aller Gewerkschaftsdelegierten vor, auf der eine gemeinsame Aktion gegen die Regierung koordiniert werden soll. Damit wollen sie die Kontrolle durch die Gewerkschaftsführung unterlaufen. Hier tritt zum ersten Mal eine Bewegung der *Einheitsfabrikräte* aus *CGIL-CISL-UIL* nach außen.

7.10.92 Turin und Mailand: Branchenaktionen, zu denen die Delegierten der Gewerkschaftsbünde aufgerufen haben. In Turin gibt es eine Demo, in Mailand eine Versammlung.

8.10.92 Streiks und Demos in Turin, Mailand, Brescia, Neapel, La Spezia, Florenz.

9.10.92 Brescia: Pietro Imberti, Vorsitzender der örtlichen *UILM* [Metallgewerkschaft der *UIL*], erklärt: *»Als Fiat bei 1980 der Notstand herrschte, wurde Romiti gerufen. Das gleiche sollte man heute tun, um den Öffentlichen Dienst zu sanieren. Dazu muß die Gewerkschaft Verantwortung übernehmen.«*

10.10.92 Mailand: Demonstration von *FIOM-FIM-UILM* Cobas/Alfa Romeo.
Turin: Demonstration von 2000 Arbeitern, zu der die *Autoconvocati* (Selbsteinberufene Fabrikräte) aufgerufen hatten.

13.10.92 Vierstündiger Generalstreik unter Ausschluß des Öffentlichen Dienstes. In Mailand wird der *CISL*-Vorsitzende D'Antoni, während er bei einer Kundgebung redet, von einem nicht näher bestimmten Gegenstand im Gesicht getroffen. In Neapel geht die Kundgebung nur wenige Minuten, dann wird die Bühne von den *Selbstorganisierten* besetzt. Im allgemeinen und trotz aller diffusen Proteste gelingt es den Gewerkschaftsbünden besser als in der Woche der Schraubenmuttern, die Straße zu kontrollieren.

14.10.92 Treffen zwischen Regierung und *CGIL-CISL-UIL*. Kleine Veränderungen, die Mindeststeuer wird zugesagt. Die Gewerkschaftsdelegation erklärt, sie erkenne die Bemühungen der Regierung an.

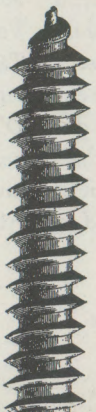
15.10.92 Angriff der Regierung auf die Hafenarbeiter. Ein Gesetz nimmt den Hafenarbeitergesellschaften die Kontrolle über die Arbeit, die sie traditionell innehaben [siehe ausführlich *Wildcat* 41] und die sie gerade in Genua in harten Kämpfen verteidigt haben. Die Hafenarbeiter kündigen vier Tage Totalstreik an.

20.10.92 Mailand: Versammlung der Einheitsfabrikräte. 600 Delegierte forPöbel hervorgeht, ist ganz offensichtlich etwas geschehen. Wer gehofft hatte, Demos würden genügen, um die Regierungs- und Gewerkschaftspolitik zu kippen, ist eines Besseren belehrt worden. Sicherlich war der Streik sehr zahm, dauerte nur vier Stunden und wurde zwischen Industriearbeitern und Staatsbediensteten getrennt, aber diese Erklärung langt nicht: Wenn der Druck groß genug ist, kommt es schnell zu ganztägigen oder illegalen Streiks.

Im besten Fall haben viele ArbeiterInnen den Streik und die Demonstration am 13. vielleicht einfach als Pflichtveranstaltung oder als unnützen Lohnverlust betrachtet. Aber auch wenn die Bewegung stark genug gewesen wäre, um ihre Forderungen innerhalb der Gewerkschaften durchzusetzen, hätte sie sich immer noch mit Regierung und Unternehmern auseinandersetzen müssen. Zu einer frontalen Auseinandersetzung mit dem Gegner hätte ein wirklicher Generalstreik von mehreren Tagen gehört, der Transport- und Kommunikationswege lahmgelegt und die herrschenden Klassen zum Zittern gebracht hätte. Wenn das nicht möglich ist und die Gewerkschaften trotzdem nur deswegen kritisiert werden, weil sie keinen ausrufen, läuft das auf den Versuch hinaus, die traditionellen Vermittlungskanäle zwischen ArbeiterInnen und Gewerkschaften zu reaktivieren, damit diese wieder genug Macht haben, um mit der Regierung zu verhandeln.

Das Paradox der Sanierung: die Rezession

Die Politik der Regierung ist nicht für den Rückgang der Industrieproduktion und der Beschäftigung im Jahr 1992 verantwortlich. Wenn überhaupt, dann handelt es sich um die klassische Ohnmacht des politischen Regimes gegenüber den ökonomischen Widersprüchen. Die herrschenden gesellschaftlichen Gruppen haben aber durchaus die Rezession und die sehr günstigen politischen Umstände genutzt, um die »Rechnungen« mit den Lohnarbeitern zu begleichen. Mit einem einzigen Schlag konnten sie die Angleichung der Arbeitsverhältnisse im Öffentlichen Dienst an den Privatsektor, die Prekarisierung von großen Teilen der Lohnarbeit im Privatsektor, die Öffnung von Investitions- und Profitmöglichkeiten im Bereich der sozialen



Dienstleistungen und industrielle Beziehungen nach ihrem Geschmack durchsetzen. ... Der Knoten, über den wir nachdenken müssen, ist wieder einmal, wie wir stark genug werden können, um eine Initiative, ein Projekt, organisatorische Strukturen von unten aufzubauen, mit denen wir wirklich etwas durchsetzen können. Wir müssen Druck zur Verkürzung der Arbeitszeit machen, gleichzeitig die prekär Beschäftigten organisieren und diese dauerhaft mit den fest Beschäftigten zusammenbringen. Dazu müssen wir wissen, wie die Arbeitskraft zusammengesetzt ist und welche Kämpfe sie führt; wie Innovation der Produktion und der Gesellschaft mit der Entwicklung der Klassenbewegung zusammenhängen. Solch eine Untersuchung muß klären, wie die Lohnabhängigen zum Ende des Sozialstaats (bzw. des Sozialstaats, den wir bisher kannten) stehen, welche Organisierungsformen in dieser Situation entstehen, welche politischen Arbeiter- und Proletarierkulturen sich entwickeln, um mit Individualisierung, Multinationalisierung der Arbeitswelt, Lokalismus und einer Tendenz zu »rotem Legismus« umzugehen. Andererseits müssen wir das gesellschaftliche Einkommen effektiv verteidigen, wobei es nicht so sehr um allgemeine Demonstrationen geht, die notwendigerweise Ausdruck einer Avantgarde sind, so sehr sie auch im Klassenkonflikt verwurzelt sein mögen. Nur so werden wir besser verstehen können, welchen Einfluß und welche Beziehung die verschiedenen ArbeiterInnen in den Fabriken oder im informatisierten Büro zu anderen Bereichen der proletarischen Wirklichkeit haben, welche Hierarchien sie bilden und gegen welche sie Kämpfe entwickeln. Vor allem müssen wir es schaffen, aktiv in die alltäglichen Ereignisse, die wir erleben, einzugreifen und Vorschläge zu machen.

Der Kapitalismus der Gegenwart, das Proletariat der Zukunft, der gleiche Wirtschaftszyklus wie immer

Die 90er Jahre beginnen im Zeichen des totalen Konkurrenzkampfs zwischen den Wirtschaftsgebieten der Welt. Ein Produktionsmodell gerät in die Krise, die Phase des Toyotismus, der schlanken Produktion, des Just-in-time, der flexiblen Anpassungsfähigkeit und der Produktqualität beginnt. Ein neuer Kapitalismus ist vonnöten, im Sinne einer physisch und materiell anderen Produktionsweise, und eines Systems kulturell anderer gesellschaftlicher Beziehungen und Arbeitsbeziehungen. Dieser Prozeß umreißt nach und nach ein industrielles Proletariat neuen Typs, dessen definitive Herausbildung noch einige Jahre dauern wird, das wir aber bereits erahnen können.

Italien erlebt stärker als andere Länder den »Erdbebeneffekt«, was sowohl mit der rapiden Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit der italienischen Produkte und Unternehmen zu tun hat als auch mit dem Bankrott jeglicher gewerkschaftlicher Rigidität in der Verteidigung von Arbeitsplätzen. Die Beschäftigung in der Industrie lag im November 1992 um 6,8 Prozent unter dem Vorjahresstand, und in den ersten drei Monaten von 1993 sollen 270-290 000 Arbeitsplätze in Mittel- und Großbetrieben in Gefahr sein. Weitere 300 000 Arbeitsplätze in Kleinbetrieben gelten als bedroht. Die Arbeitskraft wird in so großem Umfang ausgetauscht, daß dabei ihr Bild neu gezeichnet wird. Die Tarifverträge für die neuen Fabriken von Barilla und Fiat im Süden sind ein Beispiel dafür, wie die neue integrierte, post-fordistische Fabrik aussehen wird. Das Fiat-Werk in Melfi wird Just-in-time und Null-Lagerbestand anwenden; von 7000 Beschäftigten sind 6300 Arbeiter und 700 Angestellte; pro Beschäftigtem werden durchschnittlich 70 Autos pro Jahr produziert, mehr als bei Toyota. Den Arbeitern winkt die totale Flexibilität: Stundenpläne und Schichteinteilung liegen ganz in den Händen von Fiat und von willfährigen Gewerkschaften, die ihre Kapitulation schon im Voraus unterschrieben haben:[1] zeitliche Flexibilisierung, Einstufung in den niedrigsten Lohngruppen, keinerlei betriebliche Nachverhandlungen. Das gleiche gilt für Barilla, das seine Werke in Melfi und Foggia nach demselben Muster baut. Die Gewerkschaft unterschreibt Verträge, praktisch ohne Bedingungen zu stellen, um Produktionsverlagerungen ins Ausland zu verhindern: Eine Arbeitsstunde in der Textilindustrie kostet in Italien 17 Dollar 35 Cents, in China aber nur 34 Cents. ...

[Seit Anfang 1993 sind neue Prekarisierungsgesetze in kraft:] Die neuen juristischen Formen, unter denen – vor allem jugendliche – Arbeitskraft in Zukunft ausgebeutet werden kann, haben drei Namen: Einstiegsverträge,

dern den Generalstreik und mehr innergewerkschaftliche Demokratie. Die gemeinsame Leitung kann sich nicht über die Fortführung der Mobilisierung einigen und verschiebt jegliche Entscheidung über neue Streiks.

22.10.92 Mailand: Maserati macht dicht. 1 030 Beschäftigte sollen im Dezember entlassen werden. Streiks und Demonstrationen. Am 23. Oktober blockieren die Arbeiter drei Stunden lang den Bahnhof Mailand-Lambrate.

23.10.92 Die *FIOM* Piemont ruft als einzige zu einem vierstündigen Streik auf.

24.10.92 Mailand: Von der *CUB* organisiertes Treffen mit anderen unabhängigen gewerkschaftlichen Organisationen und Oppositionsgruppen (*Selbstorganisierte, Schul-Cobas, Unicobas, USI* usw). Die *Selbstorganisierten* verschieben ihre Beschlüsse auf ein Treffen am 1.11. Die *CUB* ruft zu einem Streik mit Demonstration in Mailand für den 20. November auf.
Am selben Tag rufen die Vorsitzenden der Einheitsfabrikräte zu einem Streik am 29. Oktober auf. *CGIL*-Vorsitzender *Trentin* äußert sich positiv zu dieser Initiative und kriegt dafür Schelte von den *CISL*- und *UIL*-Vositzenden. Gleichzeitig garantiert er, daß die Bewegung der Fabrikräte innerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens bleibt.
Eine große Gruppe von Beschäftigten des römischen Flughafens tritt aus der *CGIL* aus und gründet eine Basisgewerkschaft.

26.10.92 Rom 15 000 Händler protestieren gegen die Einführung einer Mindeststeuer und gegen die Führer ihrer Verbände, die traditionell den Regierungsparteien nahestehen.

29.10.92 Vierstündiger Streik der Fabrikräte. Zehntausende demonstrieren in Mailand; die Bewegung der Fabrikräte ist aktiv in der Lombardei, der Emilia und in Piemont. Streik der Chemiearbeiter, zu dem *CGIL-CISL-UIL* aufgerufen haben. Die *CGIL* Piemont verabschiedet ein Papier, in dem sie die Ausrufung eines Streiks ohne *CISL* und *UIL* ausschließt und die Initiative der Einheitsfabrikräte positiv bewertet, weil sie zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Plattform einberufen worden waren.

1.11.92 Florenz: Das nationale Treffen der selbstorganisierten Strukturen beschließt, eigene Vertreter auf das nationale Treffen der *Einheitsfabrikräte* am 9.11. zu schikken, um einen Streik am 20.11. vorzuschlagen. Außerdem werden die alternativen Gewerkschaften aufgefordert, sich an einer gemeinsamen Initiative mit den Fabrikräten zu beteiligen. Auf der Versammlung kommt es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Gruppen, die die Auseinandersetzung mit den Fabrikräten für zentral halten, und anderen, die ein kritisches Verhältnis zu ihnen haben, sich aber trotzdem am 20. November am Streik beteiligen wollen.

7.11.92 Treffen der *Selbsteinberufenen Fabrikräte* (Autoconvocati) in Turin zur Vorbereitung der nationalen Versammlung der *Einheitsfabrikräte*. Den Vertretern von *CUB* und *Cobas* wird kein Rederecht erteilt; der Einleitungsbeitrag bekräftigt stattdessen: *»Wir schlagen vor, am Aufbau einer breiten und allgemeinen Kampfbewegung zu arbeiten: wir fordern CGIL-CISL-UIL auf, sich einzureihen und den Anstoß der Arbeiter aufzunehmen.«*

9.11.92 Mailand: Zweites Treffen der Fabrikräte. 1 200 Delegierte beschließen, in den Fabriken über die Möglichkeit eines neuen Streiks in der ersten Dezemberhälfte zu beraten.

10.11.92 Crotone: Auf das Gebäude von Enichem fliegen während einer Kampfdemonstration gegen die Schließung der Fabrik und die damit zusammenhängenden Massenentlassungen einige Phosphorflaschen und setzen Kartons in Brand. Die nationale Presse wettert gegen die »Ludditen«.

14.11.92 Eisenbahn-Chef Necci erklärt: *»Als ich zu den Eisenbahnen kam, gab es einen Personalüberhang von 50%. Die Situation war untragbar, das Qualitätsniveau zudem sehr niedrig. (...) Bis jetzt haben wir 40 000 Arbeitsplätze gestrichen. In den nächsten zwei Jahren schicken wir nochmal 50 000 Eisenbahner nach Hause.«*

16.-19.11.92 Montecatini: Organisationskonferenz der *CGIL*-Delegierten. Der sozialistische *CGIL*-Führungsfunktionär Pascucci, der die Konferenz organisiert hat, wird wegen betrügerischer Durchführung von Fortbildungskursen verhaftet. Ähnliches ist schon in Porto Marghera, Rom und anderswo geschehen. Der Versuch von Teilen der *CGIL*, eine neue Mehrheit aus *Essere Sindacato* und der Gewerkschaftsmitte zustandezubringen, scheitert. Die *CGIL* hält weiterhin eine Aktionseinheit mit *CISL* und *UIL* für notwendig. Trotzdem begreifen sich sowohl *Essere Sindacato* als auch die Szene der *Einheitsfabrikräte* immer stärker als Teil der Gewerkschaftsbünde. Paolo Cagna, Führer der *Einheitsfabrikräte*, wendet sich mit folgenden Worten an die Versammlung: *»Diese Bewegung, die Delegiertenräte, die sich bewegt haben, als schon alles verloren schien, halten die Arbeiter in der Gewerkschaft. Aber jetzt sind wir am Zug.«* Fabrikräte und *CIGL-CISL-UIL* scheinen sich zusehends anzunähern.

17.11.92 Tarent: 400 Beschäftigte der städtischen Verkehrsbetriebe haben seit drei Monaten wegen der Verschuldung des Unternehmens keinen Lohn mehr bekommen. Eine Gruppe von Arbeitern tritt in den Hungerstreik.

19.11.92 Neapel: Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Arbeitslosen vor dem Rathaus. 16 Festnahmen.

20.11.92 Streik mit Demonstration in Mailand, angekündigt von *CUB, Unicobas, USI, Selbstorganisierten*. Gleichzeitig findet in Rom eine Demonstration statt. In Mailand sind ca. 20 000 Arbeiter auf der Straße, in Rom ein paar tausend. Obwohl die Demonstration in Mailand angekündigt wurde, als die Bewegung schon zurückging und ihr kein Raum in der Presse mehr eingeräumt wurde, wird sie ein beachtlicher Erfolg. Die Demonstranten sind zumeist junge und kämpferische ArbeiterInnen. Positiv ist auch, daß die verschiedenen Alternativ-Gewerkschafts-Strukturen einen gemeinsamen Aktionspunkt gefunden haben. Fast nichts läuft hingegen mehr zusammen mit der Szene der *Einheitsfabrikräte*, die immer mehr von der inneren Dialektik der *CGIL* aufgesaugt werden.

21./22.11.92 Neapel: Gründungsversammlung des *Sindacato Lavoratori Autorganizzati* (Gewerkschaft der selbstorganisierten ArbeiterInnen).

23.11.92 Die Gewerkschaftsbünde unterzeichnen ein Abkommen mit Barilla über die neuen Werke in Melfi und Foggia nach dem Modell des Abkommens mit Fiat für deren Werk in Melfi. Das Abkommen, das im Namen der noch nicht eingestellten Arbeiter unterzeichnet wurde, sieht sehr elastische Einstellungskriterien vor, sehr niedrige Lohngruppen, Arbeitszeitflexibilisierung und einen Stopp von Lohnverhandlungen.

24.11.92 Laut *Confindustria* sind seit dem Abkommen vom 31. Juli etwa hundert Firmentarifverträge vor allem im Textil- und Keramiksektor abgeschlossen worden. Der Unternehmerverband fordert seine Mitgliedsbetriebe zu mehr Härte und Zusammenhalt auf.
Streik bei Enichem, ausgerufen von den Gewerkschaftsbünden, gegen den Vierjahresplan zur Umstrukturierung, den die Geschäftsleitung verkündet hat. Der Streik verläuft von Standort zu Standort sehr unterschiedlich. In Crotone besetzen die Arbeiter die Fabrik.
Tarent: Zweihundert *ILVA*-Beschäftigten blockieren die Via Appia, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen.

25.11.92 Mailand: Neun Arbeiter der Lackfabrik PPG-IVI treten in den Hungerstreik gegen die Schließung des Standortes und um ein Treffen mit dem Arbeitsminister durchzusetzen. Diese Initiative zeigt wie so viele andere dieser Art die Schwierigkeiten

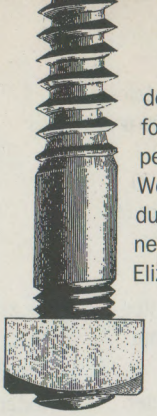
Eingliederungsverträge, Zeitarbeit. Die Einstiegsverträge geben den Unternehmen die Möglichkeit, Jugendliche im ersten Jahr für 70, im zweiten Jahr für 80 Prozent des [Tarif–] Lohns zu beschäftigen. Die Eingliederungsverträge sehen die Möglichkeit von befristeten Einstellungen bei um etwa 15 Prozent reduzierten Sozialbeiträgen vor, wobei weitere Entlastungen bei dauerhafterer Einstellung gewährt werden können.

Dieses Maßnahmenbündel bietet zusammen mit den schon bestehenden Ausbildungsverträgen[2] den Unternehmen frische Arbeitskraft zu Kosten, die deutlich unter den garantierten Formen von tarifvertraglicher Arbeit mit Lohnerhöhungsmechanismen wie Berufsalter und steigender Einstufung liegen.

Insgesamt wird einerseits ein massenhafter Exodus der zuvor beschäftigten Arbeitskraft durch Frühverrentungen, durch das Manöver bezüglich der Altersrenten, durch [Zwangs–] Mobilität und durch direkte Entlassungen gefördert. Andererseits werden die Normen bezüglich der Einstellung[3] immer stärker verwässert und verbogen, werden Tarifverträge unterschrieben, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen, werden alle bindenden Bestimmungen abgeschafft, die bisher Einstellungen, Einstufungen und Gebrauch der Arbeitskraft regelten.

Der Kreis schließt sich: Der post-fordistische Kapitalismus geht von einem völlig neuen, gesteigerten Niveau von Ausbeutung aus, mit dem er seine Konkurrenzfähigkeit verbessern will. Das post-fordistische Proletariat wird sich im Laufe der Zeit, auf lange Sicht, konstituieren: auf Grundlage von extrem wenig Garantien, mit einer sehr langen potentiellen Arbeitszeit und einem ganzen Terrain, das es noch zu erobern gilt.

Italien, ein Land mit ungewisser industrieller Zukunft, läuft Gefahr, auf einige ganz bestimmte Bedingungen zurückgreifen zu müssen: niedrige Arbeitskosten, staatlich finanzierte Erneuerung der Unternehmen, Rekonversion zu traditionellen Produkten wie Textilien und Autos bei allerdings größerer Berücksichtigung der Qualität, Verringerung der sozialen Leistungen und des indirekten Lohns. Das bedeutet das Aus für bankrotte Branchen wie Stahl, Chemie, Rüstung usw. Das Herz Europas und sein harter Kern bleiben die fünf Länder, die ihre Prüfung in Maastricht bestanden haben. Dem



Mittelmeerraum bleibt die Rolle als Absatzmarkt mit einigen traditionellen Bereichen (Maschinenbau, Transportmittel, Haushaltsgeräte und Textil) und anderen, neu zu entdeckenden (Nahrungsmittel, Tourismus usw). Die Neuverhandlung über das europäische Währungssystem und die reale Abwertung der Lira, die sich inzwischen auf 30 Prozent im Verhältnis zum Dollar und zum Yen und auf 25 Prozent im Verhältnis zur Mark und zum französischen Franc beläuft, könnten dem Aufschwung frischen Sauerstoff zuführen. Wenn bis Ende 93 die öffentlichen Finanzen wieder unter Kontrolle sind, ist das Sparprogramm beendet. Dann kann der Teufelskreis von niedrigen Löhnen, Export, Wachstum, Entwicklung der inneren Nachfrage, Inflation, Lohndruck usw. von vorne losgehen. Ein Teufelskreis neuer Akkumulation: des Kapitals und seiner Widersprüche.

Italienische Szenarien

Schätzungen zufolge gibt es in Italien zwei Millionen SchwarzarbeiterInnen. Hinzuzählen muß man etwa eine Million Flüchtlinge von außerhalb der EG, die zum großen Teil ohne legalen Schutz arbeiten, auch wenn inzwischen ein Teil von ihnen in die Bereiche legaler Arbeit eindringt. Dann muß man nochmal zwei Millionen Prekäre dazuzählen, plus 800 000 Jugendliche, die einen Ausbildungsvertrag haben, plus eine Million Tagelöhner usw. Außerdem gibt es 5,8 Millionen selbständige ArbeiterInnen: Das geht von den freien Berufen bis zu den Kleinbauern und von den Kleinhändlern zu den Handwerkern, vor allem aber sind das sehr viele Personen, die im Auftrag großer und mittlerer Firmen arbeiten, unter Bedingungen, die oft denen von lohnabhängigen Arbeitern ähneln oder sogar schlechter sind.

Alles in allem gibt es eine ganze Welt, die zu sozialen Garantien oder zu dem, was davon übrigbleibt, nur über die Familie Zugang hat, die keinen Anspruch auf Rente hat, wenn sie ihn sich nicht auf irgendeine Art zurechtbastelt, die noch nie in den Genuß automatischen Lohnausgleichs gekommen ist usw.

Bereits die quantitativen Dimensionen dieses Universums zeigen, daß die Kampagne der Gewerkschaftsbünde mehr Agitation als ein tatsächlich praktikabler Vorschlag ist. In Wirklichkeit ist die Schattenwirtschaft eng mit der legalen Arbeit verflochten, und das Einkommen vieler proletarischer Familien setzt sich aus legaler Arbeit, Zweitjob, Schwarzarbeit, selbständiger Arbeit usw. zusammen. Der Staat beschränkt sich darauf, die Schattenwirtschaft unter Kontrolle zu halten, indem er sie indirekt über Verbrauchssteuern besteuert oder indem er den Unternehmern die Möglichkeit gibt, unterhalb der Mindestlöhne einzustellen. Beispiele dafür sind Ausbildungsverträge, Einstiegsverträge, Leiharbeit usw.

Vom Standpunkt der »nationalen Wirtschaft« aus hat die Dialektik zwischen legaler und illegaler Arbeit die Möglichkeit geschaffen, den Durchschnittslohn zu senken, bedeutende Bereiche der Lohnarbeit zu flexibilisieren, an vielen Punkten die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter zu zerschlagen, ein enges Netz von Kleinunternehmern aufzubauen, die oft selbst ehemalige Arbeiter sind und nun in produktiver wie in sozialer Hinsicht Ordnungspositionen einnehmen.

Die Flexibilität der italienischen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten ist also gebunden an die Realität der Zweit- und Nebenjobs, der Heimarbeit usw. *Benetton* ist dafür nur das bekannteste Beispiel.

»Menschen in Bewegung machen Geschichte – sie kreuzen Grenzen und Ozeane, sie verändern die kulturelle Topographie von Nationen. Flüchtlinge und Emigranten kämpfen an der Frontlinie der Geschichte. Man führt kein leichtes Leben, wenn man die Zukunft macht.«

aus der Benetton-Zeitschrift »Colors«

Ein Gesellschaftsmodell dieser Art hat aber auch seine spezifischen Kosten. Die offensichtlichste ist die Steuerflucht, die Zunahme des Haushaltsdefizits, die Unfähigkeit des Staats, auf anständige kapitalistische Art zu funktionieren. Einige Aspekte der »Modernität« des italienischen Modells sind geradezu Ergebnis des Nichtfunktionierens des Systems: in Italien gibt es eine Unmenge Faxgeräte, weil die Post nicht funktioniert, und das gleiche gilt für Botendienste und Mopedkuriere.

Ebenfalls in den letzten 20 Jahren erlebte die kriminelle Ökonomie eine erstaunliche Entwicklung und ist inzwischen einer der Pfeiler des nationalen Wohlstands. Das hat bestimmte Lebensstile, Verhaltensweisen und Identitäten hervorgebracht, die absolut unkontrollierbar sind. Der steuerflüchtige Kleinunternehmer, der reich gewordene Camorrist, die Helden der 80er Jahre, scheinen nicht wil-

der einzelnen Fabriken, wirksame und erfolgreiche Aktionsformen zu finden. Gruppen von Arbeitern probieren verschiedene Wege aus, um die Informationssperre zu durchbrechen; schon in den vorangegangenen Monaten hatten die Beschäftigten von Elizabeth Arden den weißen Bus der Gemeinde Mailand gemietet, um in der Stadt herumzufahren und die Probleme in ihrem Betrieb bekanntzumachen; die von PPG-IVI taten dasselbe, aber eine Aktion dieser Art ist kein »Ereignis« mehr, und folglich mußten sie sich etwas anderes einfallen lassen.

27.11.92 Die *Einheitsfabrikräte* beschließen eine Mobilisierungswoche zwischen dem 11. und dem 16. Dezember; außerdem wollen sie ein Referendum für die Änderung des Artikel 19 des Arbeiterstatuts, der den »mehrheitlich vertretenen« Gewerkschaften das Monopol auf die gewerkschaftliche Vertretung sichert.

4.12.92 Pirelli entläßt nach Vorankündigung tausend Arbeiter in **Villafranca** (Sizilien) und **Tivoli** in die außerordentliche Kurzarbeit.

9.12.92 **Piombino**: Die 850 Arbeiter von Magona d'Italia geraten in Aufruhr über die Entlassung von 28 Beschäftigten, nachdem schon im Juni 95 entlassen worden waren. In der darauffolgenden Woche gibt es Streikposten und eine Blockade der Fabrik. **Crotone**: 300 Arbeiter von Enichem besetzen das Rathaus.

11./16.12.92 Mobilisierungswoche der *Einheitsfabrikräte*. Am 11. streiken auch die *Schul-Cobas*, die *CNPV* der Eisenbahnschaffner und in Neapel die *SLA*. Am 16. Demonstration in Mailand, gleichzeitig mit einem Streik der offiziellen Metallgewerkschaften. Die *Schul-Cobas* schlagen unter anderem vor, *»die Regierung Amato zu stürzen und sie durch eine Regierung zu ersetzen, die die Kosten der Sanierung von Produktion und Wirtschaft auf die Unternehmer und Selbständigen abwälzt und das Einkommen der Lohnabhängigen schützt. Die Wirtschaft sollte auf Grundlage der Vergesellschaftung, des Primat von Solidarität und Gleichheit rationalisiert werden, das politische Leben und seine Institutionen sollten radikal demokratisiert werden«*. Die Konfrontation mit den *Einheitsfabrikräten* hat also breite Teile der Selbstorganisierten dazu gebracht, viel von deren politischer Kultur und politischem Projekt zu übernehmen.

12.12.92 **Ivrea**: Die Beschäftigtenzahl bei *Olivetti* ist seit Januar 1991 von 11 500 auf 7800 plus 400 Kurzarbeiter gesunken. Für Anfang Januar werden zehn Tage Werksferien angeordnet. Weitere 600 Entlassungen sind im Gespräch.
1 200 Kurzarbeiter bei *Indesit* in None erhalten seit August keinen Lohn.

20.12. **Villacidro (Sardinien)**: Vier Enichem-Arbeiter leben seit 25 Tagen 80 Meter über

der Erde auf dem Rand eines Schornsteins, um gegen die Schließung des Werks zu protestieren.
In **Macchiareddu (Sardinien)** halten 170 Kurzarbeiter seit zwei Monaten ein anderes Enichem-Werk besetzt und verwalten es selbst.

21.12.92 Mailand: das Arbeitsgericht untersagt Entlassungen bei Maserati vor dem 23. März.

22.12.92 Catania: die Baufirma der Brüder Costanzo, die als Verteiler von Schmiergeldern und als Mafia-Freunde bekannt sind, kündigt die Entlassung von 1 370 ihrer 4 000 Beschäftigten an.

23.12.92 Rom: Demonstration der Arbeiter von Magona d'Italia in Piombino gegen die Entlassungen.
Offizielle Statistik: Das Durchschnittsgehalt im Öffentlichen Dienst ist zwischen November 1991 und November 1992 um 4,4% und das der Industriebeschäftigten um 2,4% gesunken. Dabei sind noch nicht einmal die Steuererhöhungen berücksichtigt.

27.12.92 Die *CGIL* kündigt für 1993 zahlreiche Mobilisierungen in den einzelnen Branchen an und schließt einen Generalstreik nicht aus.

30.12.92 Zum Jahresende hagelt es noch mal neue Verbrauchssteuern und Arbeitsmarktgesetze: Einführung von Zeitverträgen, Einstiegsverträgen für Neueingestellte und Leiharbeit.

Eine vorläufige Bilanz

Mai 1991 Die Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung werden um ¼ Prozentpunkt erhöht;
Januar 1991 Abzüge von der Einkommenssteuer;
Mai 1992 Der automatische Lohnausgleich wird nicht mehr bezahlt;
Juni 1992 Sparpaket (»Ministangata«) mit einem Volumen von 30 Mrd. DM
Juli 1992 Erhöhung der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung um 0,66 Prozentpunkte ab Juli und weiteren 0,2 Prozentpunkte ab **Januar 1993**. Blockierung der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst und der betrieblichen Tarifverhandlungen in der Privatwirtschaft. Erhöhung der Krankenkassenbeiträge.
August 1992 Liberalisierung der Mietpreisbindung von 1978
September 1992 Sparpaket mit einem Volumen von 93 Mrd. DM ('Maxistangata')
Herbst 1992 Gesetzesdekrete über die Privatisierung des Arbeitsverhältnisses im Öffentlichen Dienst, die kommunalen und regionalen Finanzhaushalte, das Gesundheitswesen, die Renten;
Dezember 1992 Reform des Arbeitsmarktes und eine weitere 'Ministangata'

lens zu sein, sich den moralisierenden Mühen der Regierung zu beugen.

Im Zentrum der Produktion läuft dabei mal wieder das alte Spiel: die große Mehrheit der lohnabhängigen ArbeiterInnen mußte miterleben, wie sich ihr Arbeitstag bei gleichzeitig sinkendem Lohn immer weiter ausgedehnt hat. Dieser Bereich verlor auch seinen gewerkschaftlichen Schutz, der sich auf eine Art Patronat reduzierte (die berüchtigte *Dienstleistungsgewerkschaft*) und als Bezugspunkt von der gesellschaftlichen Bühne verschwand. In der postindustriellen Gesellschaft war es nicht mehr schick, vom Klassenkampf zu sprechen.

Als es notwendig wurde, das Haushaltsdefizit zu begrenzen, die Situation zu »bereinigen« usw., konnte die Regierung nicht anders, als den legalen Teil der Wirtschaft, den sichtbaren Reichtum ins Fadenkreuz zu nehmen: die Löhne, die Ersparnisse, die Wohnungen/Häuser, den Konsum usw. Von den Profiten und den Renditen war natürlich nie die Rede. Und der »Kampf gegen die Steuerflucht« dürfte nicht nur schwer umzusetzen sein, sondern würde auch nur langfristig Wirkung zeigen.

Deshalb wird die Logik der Regierungsmaßnahmen selbst dazu führen, daß weitere Bereiche von Arbeit und Einkommen abtauchen. Das wird wiederum den Angriff des Staates auf das gesellschaftliche Einkommen verschärfen und zu weiteren Spannungen führen. Die Politik der italienischen Regierung ist keineswegs neoliberal, denn ihr fehlt ein wesentliches Merkmal des Neoliberalismus, das Zusammenspiel von Steuersenkungen und einer Kürzung der sozialen Dienstleistungen. Wir werden mehr Steuern und Abgaben kriegen, eine zentrale Kontrolle über die Lohnentwicklung *und* eine Reduzierung der Dienstleistungen.

Die neuen Initiativen zu Lohnkürzungen werden es mit einer stark angeschlagenen Gewerkschaft und mit einer Regierung zu tun haben, die sich in einer schwer zu beherrschenden Krise befindet. Noch mehr als in der Vergangenheit wird deshalb der Kampf zwischen den Klassen direkt und frontal sein. In der nächsten Phase es dem Staat und den Unternehmern vor allem um die Flexibilisierung der Arbeitskraft gehen: Angleichung der Arbeitsverhältnisse im Öffentlichen Dienst an den Privatsektor und Prekarisierung in der Privatwirtschaft, Investitionen in »rückständigen« Gegenden mit öffentlichen Zuschüssen und Tarifverträgen mit der *CGIL-CISL-UIL* (noch bevor es Beschäftigte gibt) nach japanischem Vorbild, Privatisierung der rentablen Teile der Staatsbetriebe. Es zeichnet sich eine neue Landkarte der Lohnarbeit ab, auf deren Basis sich die Klassenbewegung neu definieren wird.

In den Kämpfen vom Herbst und den politischen Debatten auf Massenebene, die sich in ihnen entwickelt haben, haben wir wichtige Erfahrungen gemacht, aber das war nur ein erster Anfang. In nächster Zukunft werden wir an mehreren Fronten arbeiten müssen:
– die Kämpfe in den einzelnen Branchen gegen die weitere Verschlechterung der Lage;
– Initiativen zur Organisierung der Arbeitermassen, die keinerlei gewerkschaftlichen Schutz haben;
– regionale Initiativen zu konkreten Problemen der Verteidigung des gesellschaftlichen Lohns, in denen legale, prekäre, arbeitslose usw. ArbeiterInnen zusammenkommen können.

An einer klugen Kombination dieser drei Ebenen von Initiative können die Basis- und Alternativgewerkschaften meiner Ansicht nach zeigen, ob sie einen allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen haben.

Cosimo Scarinzi

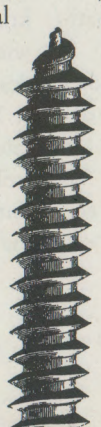
»Der Herbst unserer Unzufriedenheit« ist zuerst erschienen in *Umanità Nova* Nr. 24, 6. September 92
»Die Woche der Schraubenmuttern« ist zuerst erschienen in *Umanità Nova* vom 4.10.92
»Ist die Party vorbei?« ist zuerst erschienen in *Umanità Nova* Nr. 31 vom 25. Oktober 1992

1 Die Gewerkschaften haben die Verträge bereits vor Inbetriebnahme der Fabriken für ArbeiterInnen unterschrieben, die noch gar nicht eingestellt waren.

2 *contratti di formazione lavoro*: Die Unternehmer können zum halben Lohn Jugendliche bis 27 einstellen, sie »qualifizieren« und dann für den Rest des befristeten Vertrags arbeiten lassen.

3 wörtl.: bezüglich des Collocamento. In Italien konnten die Unternehmer bisher nur über das »Einstellungsbüro« (ufficio di collocamento) einstellen: Sie mußten bekanntgeben, wieviel Arbeitskräfte sie einstellen wollten und mußten die nehmen, die ihnen dieses Büro schickte. Seit Jahren versuchen die Unternehmer alles, um diese Normen zu umgehen und ArbeiterInnen direkt einstellen zu können, bei der Einstellung selektieren zu können und befristete Arbeitsverträge abschließen zu können.

4 Rifondatore; Anspielung auf Rifondazione Comunista



Der Sozialstaat in den Brennesseln

Die Arbeiterklasse existiert also noch. Oder zumindest existieren noch die Arbeiter. Die Ereignisse auf den Straßen im Oktober haben auch diejenigen sozusagen bestätigt, die im Jahrzehnt des Schweigens dickköpfig weiter vor sich hingemurmelt hatten: »Und sie bewegt sich doch!«

Dennoch wäre es falsch zu meinen, wir könnten uns an der Mobilisierung dieser Wochen *festhalten*. Das gilt für alle: Operaisten wie Politiker, Neugründer[4] wie Auflöser. Schon deshalb, weil die Mobilisierung bei aller Kraft nur ein »Lebenszeichen« ist; ich fürchte, es wird ihr schwer fallen, zu »siegen«. Denn die gewerkschaftliche Schicht, die das Tarifverhandlungsmonopol in Händen hält, hat zu viel Ähnlichkeit mit dem Regierungspersonal (besonders kulturell); und das »Unternehmen Italien« hängt zu eng mit seinen verschiedenen bürokratischen Apparaten zusammen, angefangen mit dem zur Verwaltung der Arbeitskraft. Und schließlich markiert die Erfahrung dieser Wochen einen klaren Einschnitt gegenüber unserer gesamten Vergangenheit. Um zu überleben, müssen wir diesen Einschnitt mitdenken – und wir müssen schnell denken, bevor wir von den Prozessen überrollt werden – und wir müssen das Unerhörte denken, denn alles bereits Gedachte ist dabei, rasch zu versinken. Das tut natürlich weh, denn dazu gehört eine gehörige Portion Respektlosigkeit gegenüber einer kollektiven Vergangenheit, die alles andere als tot und vergessen ist. Aber ich glaube, es kann nicht warten.

Am meisten zeigt sich dieser »Einschnitt« an der Auflösung der Gewerkschaft(sbünde) im Sinn von »allgemeiner Gewerkschaft«. An ihrem nicht nur »praktischen« oder »programmatischen«, sondern »strategischen« Bankrott als »Modell«. Wenn im Arbeiterprotest von September und Oktober 1992 eins ganz deutlich geworden ist, dann die Zentralität der »Gewerkschaftsfrage«: das Bewußtsein, daß der Kampf gegen die Regierungspolitik zuallererst die Gewerkschaft neudefinieren muß.

Und schon die Vorgeschichte, die im Abkommen vom 31.7. mündete, hatte klar gemacht, daß diese Gewerkschaft »nicht reformierbar« ist, daß sie den Weg ihrer Verstaatlichung bis zur letzten Konsequenz weiter gehen wird, auch wenn sie damit ihre eigene Auflösung riskiert. In den bewegtesten Tagen der Mobilisierung hatte ich das Gefühl, daß die Arbeiter, als sie die Rednertribünen angriffen und die Redner »aus Rom« zum Schweigen brachten, deshalb so wütend und verletzt waren, weil sie merkten, daß »ihre« Gewerkschaft einerseits ein Teil des Staats geworden ist, seine Sprache spricht und seine Logik übernimmt, daß sie aber andererseits nicht ohne sie auskommen, daß ihre Existenz als kollektives Subjekt von ihren Strukturen abhängt. Ich bin davon überzeugt, daß aus diesem Widerspruch die »Arbeiterverzweiflung« kam, die damit endete, daß man auf immer weiter entfernte Tribünen alles schmiß, was man in die Hand kriegen konnte, Gemüse und Stücke von Regenschirmen, zerrissene Mitgliedsausweise und zerpflückte Erinnerungen.

Der Staatsfetisch

Das andere große Problem, das die Krise des Herbstes auf die Tagesordnung gesetzt hat, ist der »Sozialstaat«. Seit undenklicher Zeit ist es ein unhinterfragtes Dogma der Linken in allen ihren Schattierungen, den Staat als besondere und ausschließliche Form der »Gesellschaftlichkeit« zu setzen. Seit mindestens 70 Jahren betrachtet die Linke die »Nationalisierung« des Verteilungskampfes als ihre *politische* Hauptaufgabe, überzeugt davon, daß eine »gerechte« (oder zumindest »gerechtere«) Gesellschaft sich am ehestens in der »universellen« Sphäre des Staates erreichen ließe. An diesem »Ort« ließen sich »soziale« Kriterien durchsetzen (im Gegensatz zum »Markt«, wo »individuelle«, »private« oder »egoistische« Kriterien herrschten). Sie hat deshalb Vergesellschaftung und Verstaatlichung als *Synonyme* benutzt und sich bemüht, dem Staat immer mehr Aufgaben bei der Verwaltung immer breiterer Bereiche des gemeinschaftlichen Lebens zu übertragen. Am Ende hat sie ihm sozusagen das *Monopol der Gesellschaftlichkeit* übertragen. Das geht so weit, daß der Verwaltungsstaat zur »Bedingung« dafür wird, daß die Gesellschaft überhaupt sozial sein kann: gegen die »Asozialität« des Kapitals.

Nicht einmal die Bewegungen der späten 60er und frühen 70er Jahre, die zumindest programmatisch versucht hatten, mit dieser Logik zu brechen, indem sie sich auf die *gesellschaftliche Autonomie* bezogen, sind diesem Schicksal entgangen. Besonders in Italien – wo die Welle der gesellschaftlichen Insubordination länger und die Arbeiterzentralität expliziter war – wurde vor allem nach der Ölkrise und dem Linksschwenk bei den Wahlen 1975/76 der Druck der kollektiven Forderungen, die sich in gesellschaftlichen Kämpfen ausdrückten, zunehmend *an den Staat weitergegeben*. Alle »Errungenschaften« der 70er Jahre wurden sozusagen dem Staat »einverleibt«. Es sind *Formen* der Subsumtion des Gesellschaftlichen unters »Politische«. Man könnte sagen, daß der Kampfzyklus der 60er und 70er Jahre gerade daran gescheitert ist: an seiner Unfähigkeit, die gesellschaftliche Autonomie in irgendeiner Form aufrechtzuerhalten.

Marco Revelli

Aktueller Nachtrag von einem anderen italienischen Genossen:

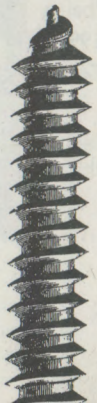
An Ausmaß und Heftigkeit des Angriffs der Amato-Regierung (die es leider immer wieder schafft, ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen) auf das Proletariat kann kein Zweifel bestehen. Andererseits ist die Regierung nicht das einzige Subjekt bei diesem Angriff, sondern er gehört zu den Versuchen des italienischen Kapitals, den Sozialstaat gegen ›seine‹ Klasse umzustrukturieren.

Es geht also nicht um die Vernichtung des Proletariats, sondern um eine Neuregelung des Sozialstaats, um den Arbeitszwang für die italienischen ProletarierInnen neu zu regeln und an die neue internationale Arbeitsteilung anzupassen. Ich glaube daher nicht, daß die Regierungspolitik – wie es an einigen Stellen im vorigen Text durchschimmert – auf die allgemeine Verarmung der ArbeiterInnen abzielt. Es wird richtig herausgearbeitet, daß es in Italien keinen einheitlichen nationalen Arbeitsmarkt gibt. Genauso haben wir es aber auch mit einem selektiven kapitalistischen Angriff zu tun, der von verschiedenen politischen Seiten ausgeht: dem Arbeitgeberverband, einem Teil der Regierungs- und Gewerkschaftsführung, anderen Parteien, die gegenwärtig nicht an der Regierung, aber bereit sind, Regierungsverantwortung zu übernehmen, um aus der Krise rauszukommen. Unternehmerinitiative und begleitende Gesetzgebung betreiben schon seit geraumer Zeit eine eng aufeinander abgestimmte »aktive« Arbeitsmarktpolitik. Im Sommer '91 wurde z.B. im Rahmen der Umstrukturierung des Angestelltenbereichs auch für Angestellte die Kurzarbeit eingeführt und wurden die Entlassungen in der Industrie mit der sogenannten Mobilität ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund begann letzten Sommer die Aktion der Regierung Amato, die im Herbst weiterging. Der Angriff konzentrierte sich auf die Renten und auf die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft (Gesundheitswesen und kommunale Dienstleistungen, die unmittelbar dem Druck der von der Krise betroffenen Leute ausgesetzt sind).

Aber diese Maßnahmen wurden erstens zum Teil wieder zurückgenommen, und zweitens trafen sie verschiedene Gruppen unterschiedlich stark: Die Überreste der institutionellen Vertretung des »garantierten« Klassenteils haben teilweise durchsetzen können, daß es für diesen Teil weniger teuer wurde, aber sie haben nicht verhindert, daß die Sozialausgaben im Gesamtvolumen drastisch gekürzt und selektiv zur Flexibilisierung der Arbeitskraft eingesetzt wurden. Die Regierungsparteien sind zwar im neoliberalen Rausch der Begeisterung über das Abkommen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften vom 31.7.92 über ihre eigenen kapitalistischen Interessen an der Ausbeutung der vergesellschafteten Arbeitskraft hinausgeschossen, aber solche Übertreibungen wurden im Zuge der Umwandlung des Parlaments in eine Zustimmungsmaschine zur Regierungspolitik wenigstens teilweise aufgefangen.

Der Kampf der ArbeiterInnen gegen diesen Angriff auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen stellt im Augenblick ein Potential dar, das in keinster Weise untersucht worden ist. Schuld daran ist vor allem der katastrophale Zustand der Linken. Auf jeden Fall gibt es interessante Subjekte, auch wenn sie zur Zeit in der Minderheit sind. Es lohnt sich sicherlich, bei nächster Gelegenheit darauf zurückzukommen. •



Thesen

Die Gerechtigkeit des Sozialstaats besteht darin, uns mit allen Mitteln zur Arbeit zu zwingen.

Er ist historisch keine »Errungenschaft der Arbeiterbewegung«, sondern der ständige Versuch, die Arbeiterklasse politisch zu integrieren, die Feindschaft zwischen Arbeiterklasse und Kapital nicht zum Ausbruch kommen zu lassen.

Der Sozialstaat ist in die Krise geraten, weil er diesen Zweck nicht mehr ausreichend erfüllt. Das Verhältnis zur Arbeit ist in die Krise geraten, die Ansprüche steigen stärker als der Arbeitswille.

Das Kapital braucht die Wirtschaftskrise, um uns einem verschärften Arbeitskommando unterwerfen zu können. Es will den Sozialstaat nicht abschaffen, sondern »neu definieren«. Die Institutionen des Sozialstaats sollen uns zur Arbeit treiben – und Arbeit soll billiger werden.

Der Sozialstaat soll rationalisiert werden. Daher richtet sich der jetzige Angriff besonders gegen die ArbeiterInnen in den sozialstaatlichen Institutionen.

Die defensive Verteidigung des Status quo, das Betteln um den Erhalt der bisherigen sozialstaatlichen Absicherungen, plädiert nur für eine Verlängerung des Elends der Arbeit und Ausbeutung. Wir müssen in die Kämpfe und Aktionen gegen die sozialstaatliche Verschärfung des Arbeitszwangs wieder eine umfassende revolutionäre Perspektive einbringen.

Der SOZIALstaat PAKT's nicht mehr ...

Der ÖTV-Streik im Frühjahr letzten Jahres und der nur knapp verhinderte Streik in der westlichen Metallindustrie, hatten gezeigt, daß sich mit dem Thema Wiedervereinigung nicht gefahrlos immer mehr aus den ArbeiterInnen herauspressen ließ. Das parlamentarische »Affentheater« der vielfältigen Spar- und Kürzungsvorschläge bei gleichzeitiger Handlungsunfähigkeit drückte 1992 die Pattsituation zwischen den Ansprüchen der Leute in West und Ost und den staatlichen Sparplänen aus. »Das Land braucht eine Krise«, wurde von Unternehmern und Politikern gefordert. Die Bundesbank setzte die Zinsen rauf, um den Geldstrom für Investitionen und Verschuldung zu bremsen. Auf allen Ebenen wurden »Krisenbilder« gemalt. IG-Chemie-Chef Rappe warb für das Gelingen des Solidarpakts als Abwehr der »faschistischen Gefahr«. Die Solidarpaktverhandlungen bekamen eine ökologische Dimension. IG-Metall-Chef Steinkühler forderte, die Kosten der deutschen Einheit müssten sozial gerecht verteilt werden und warb deshalb für einen Solidarpakt. Die Unternehmer machten Ernst mit der Krise: Kurzarbeit zur Einstimmung, dann Stillegungen, Arbeitsplatzabbau, Entlassungen. In manchen Betrieben ging der Krankenstand überraschend schnell runter. In ihrem »Manifest« für den Verzicht schreiben Helmut Schmidt, Mercedes-Chef Reuter und andere nebenbei: *»Warum sollte es uns so schwerfallen, freiwillig zur Erhaltung des inneren Friedens Verzichte zu leisten, die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt«*. Mit Awacs-Einsatz, Somalia usw. steuert das Regime auf Kriegsbeteiligung ...

Solidarpakt: Das Land braucht eine Krise

Nach »Geheimtreffen« zwischen Regierung, Gewerkschaften und Parteien im letzten Herbst wurde die offene Solidarpakt-Runde eingeleitet mit der Vorlage eines umfassenden Katalogs von Kürzungen bei den Sozialausgaben. Die sofort folgenden Proteste waren einkalkuliert, und vieles verschwand gleich wieder in der Versenkung. Die Gewerkschaften betonten ihre Kompromißbereitschaft. Für die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, in der chemischen Industrie oder im Bergbau wurden sie gelobt, weil sie Reallohnsenkungen vereinbart hatten. Zum Ausgleich gab die Bundesbank bei den Zinsen ein bißchen nach. Nach langen Querelen wurde der Solidarpakt schließlich im März vorgelegt – und hatte eigentlich nur noch ideologische Funktion. Er erreicht keine wirklichen Einsparungseffekte, sondern treibt Abgaben und Staatsverschuldung weiter in die Höhe. Kaum ist er verabschiedet, beginnen daher »Nachverhandlungen«, in denen, weitergehende Einschnitte bei den Sozialleistungen vereinbart werden sollen.

Der Solidarpakt steht im Zusammenhang mit einer Reihe von Änderungen in den Sozialsystemen, die schon vorher oder begleitend vorgenommen wurden. Die Solidarpaktverhandlungen selbst hatten vor allem die Funktion, den gesellschaftlichen Konsens über den weiteren Umbau des Sozialstaats auszuloten.

An **vier Beispielen** (Mißbrauch, Arbeitsförderung, Krankenhaus, Tarifautonomie) wollen wir genauer auf die aktuellen Veränderungen im Sozialstaat eingehen und zeigen, daß es hierbei nicht um einen »Angriff auf den Sozialstaat« oder seine Abschaffung geht. *»Der Sozialstaat muß neu definiert werden.«* (Pohl, Mitglied des Sachverständigenrates), damit er seinem Zweck, der Absicherung des Arbeitszwangs, wieder gerecht wird. Das eigentliche Produkt des sozialstaatlichen Apparates, die hohe Arbeitsproduktivität der BRD, soll effektiver und billiger hergestellt werden. Darin liegt auch eine Besonderheit des jetzigen Umbaus des Sozialstaats: die »Beschäftigten des Sozialstaats« werden einer forcierten Rationalisierung unterworfen.

Im **zweiten Teil** (Seite 29 ff.) wollen wir aufzeigen, wie der Sozialstaat den Klassenkampf bändigen und den Arbeitszwang aufrechterhalten soll. Im **letzten Teil** (Seite 33 ff.) geht es um die grundlegende Krise des »freien Westens«, die auf einmal von allen Seiten festgestellt wird. Lösungen hat niemand zu bieten – es ist alles offen ...

Was heißt hier »Mißbrauch« ...

Ein Teil der im Solidarpakt-Katalog angedrohten Kürzungen waren schnell wieder vom Tisch. Kürzung des Kindergeldes oder von Arbeitslosenhilfe und -geld wurden zurückgezogen. Sie stehen weiter auf der Tagesordnung und werden von den Unternehmern gefordert. Aber in dieser Runde war die Androhung von Kürzungen das *Mittel*, um die Zustimmung zu anderen Maßnahmen zu erreichen: Blüm versprach, pauschale Kürzungen seien nicht notwendig, weil die Bundesanstalt für Arbeit bis zum Mai ein Konzept vorlegen werde, mit dem sich dieses Jahr eine Milliarde (mittlerweile ist das Ziel schon auf eine halbe Mrd. heruntergeschraubt) und in den beiden folgenden Jahren weitere zwei Milliarden Mark durch das Aufdecken von *Mißbrauch* einsparen ließen. Statt allen etwas zu nehmen, sollen nun einzelne von den Leistungen ausgeschlossen werden – und das mit Zustimmung der anderen oder zumindest deren offiziellen Repräsentanten wie Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Angekündigt ist eine 4 Mio. Mark teure Plakatkampagne »Illegal ist unsozial«. (Dazu sollten uns doch ein paar passende und plakative Antworten einfallen!)

In dieser Kampagne wird so getan, als ließe sich *Mißbrauch* klar und ein eindeutig definieren. Der Kampf dagegen sei eine Sache der »Gerechtigkeit« – im Unterschied zu pauschalen Kürzungen, die für jeden erkennbar eine Frage der politischen Macht und der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sind. Aber Mißbrauch ist genauso relativ und politisch definiert.

Der Anspruch auf Leistungen ist immer davon abhängig, daß keine Möglichkeit besteht, durch *Arbeit* ein für's Überleben ausreichend hohes Einkommen zu erzielen. Wer arbeitet oder arbeiten könnte und trotzdem Gelder beansprucht, der begeht Mißbrauch. Tatsächlich benutzen viele den Sozialstaat dazu, dem Arbeitszwang auszuweichen oder ihn abzumildern: mit Arbeitslosen- oder Sozialhilfe im Rücken kann man sich leichter gegen allzugroße Zumutungen in der Schwarzarbeit wehren. Beim Mißbrauch geht es also eigentlich um die »Zumutbarkeit« von Arbeit und Lohn, er ist also höchst relativ. Wer bereit ist, für fünf Mark die Stunde jede beliebige Arbeit zu machen, kann immer eine finden. Genau so ist es Definitionssache, wer nicht »arbeiten kann« – die Regelungen zum Mutterschutz, zum Rentenalter oder die Definitionen von »Arbeits- oder Erwerbsunfähigkeit« machen das deutlich. Das heißt, Mißbrauch wird nicht neu entdeckt, er wird unter dem Druck der Krise neu definiert! Waren es früher 10 Prozent unechte Arbeitslose, so sind es heute 20 Prozent – und weitet man die Zumutbarkeit nur genügend aus, so könnte man auch auf 100 Prozent kommen.

Solange es wünschenswert erschien, rebellische Schichten mit Sozialgeldern ruhig zu stellen, sprach hingegen niemand von Mißbrauch. Nach der Unruhe der 70er Jahre, der Revolte gegen die Zurichtung unseres Lebens auf die Leistungsgesellschaft, finanzierte der Staat die Nicht-Arbeit einer ganzen politischen Schicht mit Sozialgeldern. Die Revolte sollte aus den Fabriken herausgehalten werden. Als die Bewegung abflaute, wurde die Ablehnung der Arbeit dann vorsichtig mit ABM und Subventionierung der Alternativökonomie wieder aufgeweicht.

Heute versuchen sie die Krise zur offenen Verschärfung des Arbeitszwangs zu nutzen. Nach der Enttäuschung über den Solidarpakt forderten die Unternehmer als erstes die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung. Die Arbeitsämter wurden angewiesen, die schon seit zehn Jahren bestehende Zumutbarkeitsregelung konsequent anzuwenden, z.B. Arbeitslose zu Jobs mit bis zu zweieinhalb Stunden Fahrtzeit zu verdonnern. Ein Teil der Arbeitslosen wird monatlich ins Amt bestellt. In einigen Städten müssen Arbeitslose auch Samstags zu solchen Kontrollbesuchen antanzen. Aus dem Osten meldet das Arbeitsamt erste Erfolge: zwischen zehn und zwanzig Prozent seien auf Einladung nicht beim Amt erschienen, das bedeutet zwei Wochen kein Geld. Wer beim zweitenmal auch nicht kommt, dem wird das Geld ganz gestrichen.

Sozialhilfe-Kürzung und Zwangsarbeit

Die Anbindung sozialstaatlicher Leistungen an den Arbeitszwang läßt sich in allen Details der rechtlichen Regelungen wiederfinden. Ablehnung von Arbeit wird mit dem Verlust der Leistung bestraft und auch die Höhe der Leistung wird an die Bereitschaft zur Integration in die Arbeit gebunden. Das gilt auch für die Sozialhilfe, wozu es im § 22 des BSHG ausdrücklich heißt, daß ihre Höhe unter dem durchschnittlichen Netto-Lohn der unteren Lohngruppen bleiben soll. Damit, und weniger mit den Einsparungseffekten, wird heute die Forderung nach Senkung der Sozialhilfe begründet: während sich in den 80er Jahren die Schere zwischen den Löhnen der besser und schlechter Verdienenden weiter geöffnet hat, wurde die Sozialhilfe formal an die Steigerung der Lebenshaltungskosten angebunden. Durch die Berechnungsweise sank auch sie real, aber weniger als die unteren Löhne. In den Nachverhandlungen zum Solidarpakt wird diskutiert, die Steigerungsrate der Sozialhilfe an die der Rente zu binden, die hinter den Löhnen und der Inflationsrate zurückbleibt. Durch die Angleichung der Steigerungsrate an die der Renten wird der Eindruck einer Kürzung vermieden.

Wie beim Arbeitslosengeld war auch bei der Sozialhilfe die Drohung der pauschalen Kürzung das Mittel, um selektive Maßnahmen durchsetzen zu können: Kürzung der Sozialhilfe für AsylbewerberInnen und wieder verschärfte Anwendung der Zwangsarbeit (Gemeinnützige Arbeiten nach § 19 BSHG), vor allem gegen jugendliche Sozialhilfeempfänger. *»Daß immer mehr Menschen unter 30 Jahren Sozialhilfe beziehen, ist nicht soziale Notlage, sondern Aussteigertum.«* (Kohl) Nachdem die Ausweitung dieser Zwangsarbeit in den 80er Jahren an einem breiten Widerstand gescheitert war – in der WILDCAT 38 und 39 haben damals Initiativen ihre Erfahrungen dargestellt –, wurde in den letzten Jahren versucht, dieses Mittel wieder stärker gegen sogenannte »Randgruppen« wie Obdachlose oder Flüchtlinge einzusetzen.

Mit dem Aufbau eines kommunalen »Zweiten Arbeitsmarktes« sind die Arten und Bedingungen dieser Arbeiten aufgefächert worden, was den gemeinsamen Widerstand erschwert – das reicht von den Obdachlosen, die mit der blanken Drohung des völligen Leistungsentzugs zum Laubkehren gezwungen werden, bis zu den Alternativ-Projekten und Initiativen, die ihre Arbeit nur mit Sozialhilfeverträgen machen können. Das Gleiche erleben wir bei der Arbeitsförderung: auf der einen Seite versuchen viele Leute, dem Druck des Arbeitsamt in die Arbeit irgendwie auszuweichen; auf der anderen Seite wird um ABM-Stellen für das eigene Projekt gebettelt: eine gemeinsame Politik gegen diese Zwangsarbeit wird damit unmöglich.

In den Kommunalbehörden ist man skeptisch, was sich mit Instrumenten des direkten Arbeitszwangs – wie sie Wirtschaftsminister Rexroth auch für beim Arbeitsamt gemeldete Arbeitslose vorschlägt – wirklich erreichen läßt. Die grundlegende Frage, wie die Bereitschaft zur Arbeit gesteigert werden kann, läßt sich nicht mit den Mitteln einer Sklavenhaltergesellschaft lösen. Nach allen bisherigen Erfahrungen werden mit der Zwangsarbeit selber nur unproduktive Stellen geschaffen, die Betroffenen reagieren mit Bummelei, Krankfeiern und Sabotage.

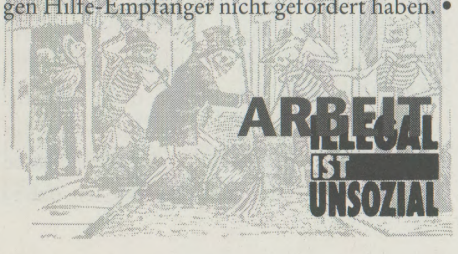
Viel wichtiger ist hier – wie bei der Mißbrauchs- und Zumutbarkeitskampagne der Arbeitsämter – die Wirkung auf die *gesamte Arbeiterklasse*. Aus Angst vor den angedrohten Schikanen weichen viele selber in den nächstbesten Job aus. Die Selbstverständlich-

keit, mit der heute unter KollegInnen über den bewußten Gebrauch von Sozialgeldern geredet wird, soll zerstört, das Klima vergiftet werden. Es ist typisch, daß dabei der Sozialhilfe in der öffentlichen Diskussion eine so große Rolle zukommt, obwohl ihr Anteil am gesamten Sozialbudget unter fünf Prozent liegt. Sozialhilfe läßt sich mit dem Bild des »Schmarotzens« verbinden, weil ihr keine zuvor gezahlten Beiträge in eine Versicherung zugrundeliegen (siehe unten zum Fetisch der Sozialversicherung). Die Sozialhilfe ist ein dankbares Thema der Propaganda, weil hier der eigentliche Konflikt, der *Klassenkampf um den Soziallohn* – egal ob er als Rente, Krankengeld, Sozialhilfe usw. gezahlt wird -, verschleiert werden kann.

Widersprüche: Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Die angepeilten Maßnahmen gegen die Nicht-Arbeitenden haben für die Politiker einen Vorteil: sie richten sich selektiv gegen Einzelne und machen auch keine Gesetzesänderungen notwendig, sondern nur eine rigidere Anwendung der bestehenden Regelungen. Da liegt zugleich der Haken.

Diejenigen, die diese Regelungen zur Anwendung bringen sollen, das Heer von Arbeitsberatern und Sachbearbeitern, sind selbst Teil des Problems. Gegen die Pläne einer monatlichen Meldepflicht kam es schon zu Protesten von Beschäftigten der Arbeitsämter, manchen ist es geradezu peinlich, uns ständig zu reinen Kontrollbesuchen ins Amt zu zitieren. Auch wenn wir auf den Ämtern immer wieder mit bürokratischen und rassistischen Schikanen konfrontiert werden, eine schärfere Gangart der Sachbearbeiter ist nicht auf bloße Anordnung von Blüm hin zu erreichen, zumal wenn diese mit Mehrarbeit verbunden ist. Die Begeisterung für Arbeit ist bei diesen Beschäftigten nicht ausgeprägter als in anderen Gruppen. In den jetzigen Umbauplänen sind sie selbst ein zentrales Angriffsziel. Die Verwaltungen sollen gestrafft und rationalisiert werden. Die diesjährigen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, die als gewerkschaftlicher Beitrag der ÖTV zum Solidarpakt bewußt unterhalb der Inflationsrate blieben und eine Vorreiterrolle für die lohnpolitische Zurückhaltung anderer Gewerkschaften spielten, dürften die Motivation für eine entschlossene Umsetzung der repressiven Maßnahmen gegen Hilfe-Empfänger nicht gefördert haben. •



Das neue Arbeitsförderungsgesetz

Ein konkretes Vorhaben zur Sozialstaats-Rationalisierung ist zum Jahresbeginn in Kraft getreten. Mit der 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) versucht die Bundesregierung, sich von Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) zu entlasten, zu denen sie bei einem defizitären Haushalt der BA verpflichtet ist. Der Haushalt der BA soll 1993 um 7 Mrd. Mark gekürzt werden: bei Eingliederungsbeihilfen 2,5 Mrd., Fortbildung und Umschulung 1,5 Mrd., ABM 800 Mio., Einarbeitungszuschüsse 550 Mio., sowie durch Verschärfung der Förderungsbedingungen der beruflichen Rehabilitation 500 Mio.

Schwerpunkt der Einsparungen sind die *Eingliederungsleistungen für Aussiedler*, d.h. finanzielle Hilfen und Sprachkurse. Diese Hilfen übernimmt zum größten Teil der Bund, ein Teil wird auf die Sozialhilfe abgewälzt. Damit verbunden ist eine Senkung der Leistungshöhe und die Einführung einer individuellen Bedürftigkeitsprüfung.

Im Bereich *Fortbildung und Umschulung* (FuU) wird es ebenfalls beträchtliche Einsparungen geben, bei denen es vor allem um die Rationalisierung der Bildungsträger geht. Die Träger sollen nach Qualitätsmerkmalen begutachtet werden – vor allem die Anbieter in den neuen Bundesländern, die hier eine Menge Geld abziehen. Der entscheidende Einschnitt bei FuU hat bereits vor einigen Jahren stattgefunden, als die Möglichkeit, eine Qualifierungsmaßnahme als Alternative zur Lohnarbeit zu nutzen, von einem Rechtsanspruch zu einer Kann-Leistung umgewandelt wurde. Fortbildungen werden auch weiterhin eingesetzt, um die Arbeitsbereitschaft zu testen und um die Arbeitslosen nach ihrer Verwertbarkeit (Vermittelbarkeit) zu selektieren. Im Rahmen der Nachverhandlungen zum Solidarpakt werden weitere Einschnitte an diesen Maßnahmen geplant: Unterhaltsgeld und Übergangsgeld soll auf das Niveau des Arbeitslosengeldes abgesenkt werden. Mittlerweile kommt auch immer öfter vor, daß die Arbeitsämter bei Umschulungen eine Selbstbeteiligung an den Ausbildungskosten verlangen (worauf man sich auf keinen Fall einlassen sollte!).

Für *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)* werden weniger Finanzmittel bereitgestellt. Die Anzahl soll um 70 000 bis 100 000 verringert werden; zum Jahresbeginn gab es ungefähr 400 000 ABM in Ostdeutschland und 80 000 im Westen. Diese Kürzung ist jedoch nicht der Grund für den ABM-Stop im Frühjahr. Dieser Stop, den innerhalb der Arbeitsverwaltung niemand genau mit Zahlen über schon ausgegebene Gelder begründen kann, hatte nach zwei Seiten hin eine wichtige Funktion. Zum einen wurde damit im Rahmen der Solidarpakt-Verhandlungen Druck für die Bewilligung zusätzlicher Gelder gemacht. Zum anderen löste er eine politische Bettelkampagne *für* ABM aus, die den Zwangscharakter vieler ABM-Maßnahmen vertuscht und die gravierenden Änderungen der ABM-Bedingungen vergessen läßt – Hauptsache es werden wieder ein paar Stellen locker gemacht.

Mit der 10. Novelle werden die Förderbedingungen für ABM's verschlechtert, was ihre Funktion als staatliche Prekarisierung des Arbeitsmarktes verstärkt. Die günstigeren Konditionen für die neuen Bundesländer werden dem Westniveau angepaßt, so entfallen die Sachkostenzuschüsse. Dort werden außerdem nur dann die gesamten Lohnkosten gefördert, wenn die Arbeitszeit 80 Prozent der tariflichen Arbeitszeit nicht überschreitet. Im Osten ist ABM also nur noch als Teilzeitbeschäftigung möglich, mit maximal 80 Prozent des Vollzeitlohns der ohnehin schon niedrigen Osttarife. Der *»Anreiz zum Wechsel in ein ungefördertes Vollarbeitszeitverhältnis«* (Originalton Bundesregierung) soll damit erhöht werden. Mit dieser Regelung wird ein staatlich subventionierter Niedriglohnarbeitsmarkt eingeführt. In ähnlicher Weise legalisierten ABM-Maßnahmen bei ihrer Einführung in den 70er Jahren zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse über drei Monate hinaus, lange bevor diese mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 verallgemeinert wurden.

Die »Förderung des nachträglichen Erwerbs von Hauptschulabschlüssen« wird ersatzlos gestrichen (Einsparung 25 Mio. Mark), was wahrscheinlich mehr die Träger dieser

Maßnahmen stört als die hier hineingedrängten Jugendlichen. Desweiteren wurden die sogenannten Einarbeitungszuschüsse auf ein halbes Jahr und 30 Prozent des Arbeitslohns gesenkt. Bei der beruflichen Rehabilitation werden die Voraussetzungen verschärft, und diese Leistungen sind nun nachrangig, das heißt sie werden nur dann noch gewährt, wenn auf andere Leistungen nicht zurückgegriffen werden kann.

Die Sperrzeitregelung von 12 Wochen bleibt bestehen, aber bei älteren Arbeitslosen wird im Fall einer Sperrzeit die Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld um bis zu acht Monate verkürzt.

Auf der administrativen Ebene hat die Bundesregierung mit der 10. Novelle bürokratische Hemmnisse bei der Umsetzung ihrer Politik gegenüber den »Selbstverwaltungsorganen« der BA – in denen Staat, Unternehmer und Gewerkschaften vertreten sind – beseitigt. Der Haushalt der BA kann jetzt auch ohne Zustimmung des Verwaltungsrates von der Bundesregierung in Kraft gesetzt werden. Was diesmal auch prompt geschah, weil der Haushalt wegen des Protestes gegen die Kürzungen zum ersten Mal vom Verwaltungsrat nicht verabschiedet wurde. Es hat keinen politischen Skandal ausgelöst, denn die »Selbstverwaltung« – einstmals eine wichtige Einstiegsdroge für die Beteiligung der Arbeiterbewegung an den vom Staat geschaffenen Sozialversicherungen – kann heute nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeitsämter Institutionen des Arbeitszwangs sind. •

Das Krankenhaus im Visier

Seit den 70er Jahren wurden mehrmals »Kostendämpfungsgesetze« verabschiedet, um die Kosten des Gesundheitswesens in den Griff zu bekommen. Die damit einhergehende Verschlechterung der medizinischen Versorgung oder ihre Verteuerung für die einzelnen durch Selbstbeteiligung wird durch die Finanzierung über die Sozialversicherung legitimiert. Es wird damit gedroht, andernfalls würden die Beiträge zur Krankenversicherung ins Unermeßliche steigen, es sei also im gesunden Eigeninteresse der Versicherten, wenn der »Kostenexplosion« begegnet werde. Der Appell ans Privatinteresse der einzelnen ArbeiterInnen kann aber nicht verdecken, daß es im wesentlichen darum geht, wieviel sich die Unternehmer die Reparaturanstalt für ihre kaputten Arbeitskräfte kosten lassen wollen. Das Kapital droht damit, die zu hohen Lohnnebenkosten würden den Industriestandort Deutschland in Frage stellen.

Die bisherigen Gesundheitsreformen haben in erster Linie die *EmpfängerInnen* von Leistungen getroffen. Das wird mit der Reform von Seehofer fortgesetzt. Die »Selbstbeteiligung« wird ausgeweitet. Dieser Begriff verschleiert, daß sich die Unternehmer von Kosten für eine nicht im Sinne ihrer Verwertungslogik funktionierende Arbeitskraft befreien wollen. »Selbstbeteiligung« knüpft daran an, daß die Schuld für Krankheit, für das Nichtfunktionieren als Arbeitskraft dem einzelnen Individuum zugeschoben wird, die Ideologie des »jeder ist selbst für seine Gesundheit verantwortlich« macht sich breit. Dann soll sich der einzelne auch an den Kosten, die er der Gesellschaft verursacht, stärker beteiligen. Die nun geltende »Deckelung« der Kosten der Arztpraxen, für Medikamente usw. programmiert den Konflikt zwischen »Benutzern« und »Anbietern«. Du mußt dich jetzt z.B. mit den KrankengymnastInnen auseinandersetzen, die sich wiederum mit den ÄrztInnen, um an bestimmte Leistungen zu kommen.

Das besondere der Seehofer-Reform liegt darin, daß mit ihr nun auch die *ArbeiterInnen* im Gesundheitssystem angegriffen werden. Die Ausgaben für den Klinikbereich im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen sind in der alten BRD von 36,5 Mrd. Mark Mitte der 70er Jahre auf 48,9 Mrd. Mark Anfang der 90er Jahre angestiegen. Machte ihr Anteil damals etwa ein Viertel der Ausgaben der Krankenversicherung aus, so sind es nun fast 40 Prozent – und die Personalkosten spielen in den Krankenhäusern die zentrale Rolle.

Viele Menschen sind im Auslauf der Bewegungen der 70er und 80er Jahre in die »sozialen Dienstleistungen« gegangen. Die »Nischen«, das »sanftere« Kommando der Arbeit, das Umsetzen eigener Bedürfnisse, schien dort eher möglich. Flucht aus der Fabrik. Die Weigerung der Frauen, die Reproduktionsarbeit alleine und/oder unbezahlt zu machen. Seit Mitte der 80er Jahre hat es in diesen Bereichen Kämpfe gegeben – die Krankenhausarbeiterinnen, die Erzieherinnen, der Kitaarbeiterinnen (siehe WILDCAT 46-49) –, in denen sie eine relativ hohe Durchsetzungsfähigkeit erlangten, sei es beim Lohn, oder bei der Verbesserungen der Ausbeutungsbedingungen.

Aber diese Bewegungen konnten von den Planern und Verwaltern des Krankenhauses aufgegriffen werden. Die Forderung der qualifizierten Kräfte nach qualifizierter Tätigkeit machte es möglich, bestimmte Arbeiten verstärkt an Subunternehmen auszulagern und in die Kliniken ein Heer von HilfsarbeiterInnen zu rekrutieren. Die Forderung nach einem angemessenen Pflegeschlüssel wird mit der Einführung von Pflegedokumentationen beantwortet, aus denen sich dann ganz objektiv die benötigte Anzahl von Kräften auf Station ermitteln lasse. Die einzelnen Maßnahmen wie REFA-Leute (Zeitstopper) oder Auslagerungen sind schon aus den 70er

Selbstbeteiligung

Jahren bekannt, aber erst durch die Verbindung mit den Forderungen der Bewegungen Ende der 80er, die den Prozeß der Industrialisierung deutlich machten, war die konkrete Weiterentwicklung und Umsetzung der Rationalisierungen möglich.

Im Zuge der ganzen Solidarpakt- und Krisendiskussion hat die moderne Variante der großen Koalition aus Parteien und Gewerkschaften einige Blockierungen der bisherigen Rationalisierungsbemühungen in den Krankenhäusern überwunden. Die Rhetorik der letzten Jahre, daß die neuen Systeme mit den Zeitvorgaben dazu dienen, mehr Personal einzustellen, also nur im Interesse der ArbeiterInnen geschehen, ist fallengelassen worden. Der Argumentation gewichen, daß in

Zeiten der Krise eben überall gespart werden muß – obwohl für alle sichtbar eine Masse an Kohle in diese Kliniken gesteckt wird.

Ganz im Gegensatz zu der Betonung der Notwendigkeit einer »qualifizierten Arbeitskraft« in den Krankenhäusern seitens der Berufsverbände, der Gewerkschaften und Klinikleitungen wird die Arbeit in den Kliniken zunehmend von »prekären«, ungarantierteren Arbeitsverhältnissen bestimmt. Das ist zum einen direktes Resultat der Auslagerungen an Subunternehmer, aber auch Ergebnis der laufenden Versuche, durch die Umorganisierung der Arbeit die Arbeiten herauszufiltern, die von nicht qualifizierten ArbeiterInnen übernommen werden können.

An der Freiburger Uniklinik wird zur Zeit versucht, die Arbeit zu prekarisieren. Immer mehr Arbeit soll ausgelagert werden. Dort arbeiten zunehmend Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien in den Kliniken. Entweder als KrankenpflegerInnen, oder bei den Putz- und Bettendiensten.

Auf den Stationen wird anhand sogenannter neuer *Pflegedokumentationssysteme* versucht, die notwendige Mindestzahl qualifizierter PflegerInnen auszurechnen. Das System baut auf recht verworrenen Zeitvorgaben für die Pflege auf, ermöglicht aber eine einfache Berechnung: die erforderlichen Arbeitszeiten pro PatientIn werden zusammenaddiert und mit der vorhandenen Zahl des Personals und ihrer Arbeitszeit verglichen. In Verbindung mit den durch die neue Gesundheitsreform eingeführten *Fall- und Sonderpauschalen* (festgelegte Preise für bestimmte Operationen/Therapien, die ab 1995 verbindlich vorgegeben werden sollen) besitzen die Klinikleitungen jetzt Instrumente, mit denen sie ihre Rationalisierungsressourcen ausloten sollen. Garniert werden die neuen Regelungen mit Fortbildungsangeboten, die zunehmend zu Pflichtveranstaltungen werden. Die studierten PflegerInnen, die aus den seit einem Jahr eingerichteten *Pflegehochschulen* kommen, sollen die Hierarchie erneuern und effizienter machen. Die alten Stationsleitungen waren bei Konflikten oft zu nah an »der Basis«. Auch die weitverbreitete Methode, sich mit Teilzeitverträgen über die Runden zu bringen, soll angegriffen werden. Die Teilzeitkräfte sind oft »weit weg« von der Arbeit, zu selten da, blockieren oder verzögern die Durchsetzung neuer Bestimmungen.

Die Seehofer-Reform zwingt die Klinikleitungen dazu, die ArbeiterInnen in ihren Häusern offen anzugreifen, was in den letzten Jahren kaum geschehen ist und für viele gerade die »Attraktivität« dieser Arbeit ausgemacht hat. Die Reaktion der ArbeiterInnen ist erstmal Verwirrung. Was sicher damit zusammenhängt, daß viele der Maßnahmen an ihren eigenen Forderungen anknüpfen. Aber an vielen Ecken wird es unruhig, denn es wird deutlich, daß die neuen Regelungen Rationalisierung, Stellenstreichungen und ein mehr an Arbeitskontrolle, eine Erhöhung des Arbeitszwangs bedeuten. Wir müssen uns überlegen, wie aus der zersplitterten Unruhe gemeinsame Aktionen werden können.

Glanz und Elend der Tarifautonomie

Als die Metall-Arbeitgeber im Osten, dann die Stahl-Unternehmer und nun auch die Textil- und Bekleidungsindustrie im Westen laufende Tarifverträge vorzeitig kündigten, sprach die IG-Metall von einem »Angriff auf die Tarifautonomie«. Sie verwandelt den handfesten Angriff der Unternehmer auf die Löhne in eine Frage des Rechts und der Verfassung, appelliert an die Rechtsidee und Vertragstreue – und gesteht damit ihre ganze Schwäche ein. Schlimmer aber ist es, wenn sich Betriebslinke der Verteidigung der Tarifautonomie anschließen, obwohl sie es besser wissen könnten.

Tarifautonomie bedeutet, daß Unternehmerverbände und Gewerkschaften ohne Eingriffe des Staates die Löhne aushandeln können. Historisch haben die Unternehmer an dem Punkt angefangen, das Tarifvertragswesen aufzubauen, als die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen die von den Unternehmen diktierten Löhne in Frage stellen konnte, als die für das Kapital völlig unberechenbaren Streiks nicht nur zu Lohnsteigerungen führten, sondern ständig die Produktivität und den produktiven Frieden in den Fabriken bedrohten. Tarifvertrag bedeutet also, die Lohnforderungen und Aktionen der ArbeiterInnen berechenbar zu machen und für die Zeit eines laufenden Tarifvertrags die Ruhe in der Fabrik zu gewährleisten. Da er den Status rechtlicher Einklagbarkeit besitzt, wird auch im Fall der nicht tarifmäßigen Bezahlung der Arbeitskampf vermieden – stattdessen wird die Sache ganz individuell und vereinzelt vorm Arbeitsgericht ausgehandelt. Deswegen zählt die Tarifautonomie zum *»Herzstück des Sozialstaats«* (IGM): weil sie die Produktivität der Arbeit garantieren soll. In der Anfangszeit der Arbeiterbewegung wurde noch heftig darüber diskutiert, ob man mit seinen Feinden, den Kapitalisten überhaupt Verträge abschließen solle, oder ob dadurch das Ziel, sie endgültig zu besiegen nicht aufgegeben werde – von wegen »Errungenschaft der Arbeiterbewegung«! Und ihre schließliche Anerkennung als Tarifpartner erreichten die Gewerkschaften nicht auf dem Schlachtfeld des Arbeitskampfs, sondern dem des Ersten Weltkriegs, während ihres »Burgfriedens« mit Staat und Kapital für die nationalen Ziele.

Die rechtliche Konstruktion des Tarifvertrags beinhaltet noch eine andere »Autonomie«, die Autonomie der Gewerkschaftsführung von ihren Mitgliedern. Wer Verträge schließt, muß ihre Einhaltung überwachen. Beim Tarifvertrag schließt aber nicht das einzelne Gewerkschaftsmitglied einen Vertrag,

sondern sein Vertreter, die Gewerkschaftsführung. Diese hat also die Aufgabe, die Erfüllung des Vertrages, sprich die unterbrechungsfreie Ausführung der ausgehandelten Arbeit zu überwachen. Im Vertrag ist der produktive Frieden angelegt, den die Gewerkschaft notfalls auch gegen ihre eigenen Mitglieder durchsetzen muß, um als Gewerkschaft anerkannt zu bleiben. Das ist der tiefere Grund für all die »undemokratischen« und »produktivitätssteigernden« Funktionen, die in der Gewerkschaft zu finden sind. Daran

zeigt sich die Lächerlichkeit der ganzen Versuche der Gewerkschaftslinken, diese Organisationen zu »demokratisieren« oder ihr die Beteiligung an der Kontrolle der Arbeiter (z.B. die Unterstützung von Kampagnen gegen das »Krankfeiern«) vorzuhalten. Die *»Autonomie«* der Gewerkschaften bei der Aushandlung von Löhnen bedingt ihre *Unterordnung* unter die Erfordernisse der Produktivität und des Arbeitszwangs.

Die Gewerkschaften bemühen jetzt die *»Ordnungsfunktion«* der Tarifautonomie – *»sozialer Frieden durch geordnete Abläufe der Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen ...«* (Der Gewerkschafter 3/93) –, und bitten die Unternehmer, sich darauf zu besinnen, *»daß die bundesdeutsche Wirtschaft mit diesem Modell die größten Erfolge erzielte«*. Die Tarifautonomie hat aber noch nie verhindern können, daß geltende Verträge, zumal wenn sie längere Laufzeiten hatten, von der einen oder anderen Seite wieder in Frage gestellt wurden. In den wilden Streiks 1969 oder 1973 erzwangen die ArbeiterInnen gegen den Willen ihrer vertragstreuen Gewerkschaften die Korrektur laufender Verträge. Damals schlug DGB-Vorsitzender Vetter sogar die Abschaffung fester Laufzeiten von Tarifverträgen und die jederzeitige Kündbarkeit mit vereinbarter Kündigungsfrist vor. Von Verletzung der Tarifautonomie sprach da niemand – schließlich steht es den »autonomen« Parteien frei, die Modalitäten der Verträge gemeinsam festzulegen.

Heute versuchen die Unternehmer, einen über mehrere Jahre abgeschlossenen Stufentarifvertrag in Frage zu stellen. Einzelne Unternehmen ziehen sich ganz aus dem System der Flächentarifverträge zurück. Dabei wird nicht die Tarifautonomie in Frage gestellt, also die Aushandlung der Löhne mit den Gewerkschaften, sondern nur die Art, wie dies geschieht. Umgekehrt geht es der IGM bei ihrer Mobilisierung nicht um die materiellen Bedingungen – Lohnerhöhung und Einheitlichkeit der Löhne in West und Ost –, sondern darum, bei den angestrebten Änderungen im Tarifsystem anerkannter Vertragspartner zu bleiben. Bei den materiellen Bedingungen war die IGM schon vor dem »Angriff« der Unternehmer zu Zugeständnissen bereit, erlaubte schon mal die Bezahlung unter Tarif. Und es war beachtlich, wie schnell Steinkühler über die Ostertage die neue Strategie der Haustarifverträge aus der Tasche holte. Im Gewerkschafter war noch betont worden, die Flächentarifverträge hätten sich doch *»bewährt und als ebenso anpassungsfähig wie flexibel erwiesen«*. Jetzt bietet die IGM genau das an, was die Unternehmer in Form von Öffnungsklauseln in Tarifverträgen gefordert hatten. Nur daß die Gewerkschaft den Öffnungsklauseln Haustarife vorzieht, weil sie sonst einen weiteren Machtverlust an die Betriebsräte fürchtet. Es geht ihr also nicht um die Sicherung einer minimalen Einheitlichkeit von Löhnen, sondern um die Sicherung der eigenen Organisation. Die Gewerkschaften werden über den jetzt von vielen Unternehmern geforderten »Umbau« des Tarifwesens – niemand spricht von seiner Abschaffung! – mit sich reden lassen, solange sie darin weiterhin als anerkannter Verhandlungspartner ihren Platz haben. Was heute schon in Vergessenheit geraten ist: den historischen Durchbruch bei Öffnungsklauseln erzielten die Unternehmer mit dem »Leber-Kompromiss« bei der Arbeitszeitverkürzung 1984. Damals war die betriebliche Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung und vor allem ihre Flexibilisierung den Verhandlungen mit den Betriebsräten überlassen worden. Der »historische Erfolg« der Gewerkschaften mit dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche war in Wirklichkeit ihr Einstieg und ihre Unterstützung für die betriebliche Flexibilisierung gewesen.

Das reale Problem für die ArbeiterInnen, wie sie ihre weitere Aufsplitterung durch unterschiedliche Löhne verhindern können, läßt sich nicht mit der »Verteidigung der Tarifautonomie« lösen. Was Unternehmer und Gewerkschaft gemeinsam, nur in unterschiedlicher Form, vorschlagen, ist die weitere Zersplitterung im Rahmen der Tarifautonomie. Für die ArbeiterInnen ist es die Frage, wie sie unabhängig von und gegen ihre Gewerkschaften eine wirkliche Einheit in ihren Kämpfen entwickeln können.

In den Auseinandersetzungen um die Schließung einzelner Standorte z.B. in der Stahlindustrie hat die IGM alles daran gesetzt, Kontakte zwischen den Belegschaften zu verhindern, um selbst die Fäden in der Hand zu behalten. Es geht ihr nicht um die Existenz der Stahlarbeiter, die innerhalb der Organisation eine verschwindende Minderheit geworden sind. Es geht ihr lediglich darum, als notwendiger Partner in die politische Krisenregulierung einbezogen zu werden. Dazu muß sie zeigen, daß sie gegenüber den eigenen Mitgliedern die Kontrolle behält, daß sie die Wut in ein paar mediengerecht inszenierten Auftritten der Stahlarbeiter rausläßt und gleichzeitig dafür sorgt, daß es zu keinen selbständigen Aktionen wie dem wilden Streik im April 1988 in Rheinhausen kommt, bei dem sie mit einer unglaublichen Manipulation den Streikabbruch erreichte.

Jetzt muß sie im Osten beweisen, daß sie die Kontrolle über ihre Mitglieder und die ArbeiterInnen insgesamt behält. Die Wut der ostdeutschen MetallarbeiterInnen hat nichts mit den Idealen der Tarifautonomie zu tun. Ihnen wird eine Lohnerhöhung geraubt, mit der sie fest gerechnet hatten, und ihnen wird klar, daß sie dauerhaft zu einer Schicht von BilliglohnarbeiterInnen gemacht werden sollen. Für viele zieht auch die Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes im Falle der Auszahlung der Lohnerhöhung nicht mehr. Sie rechnen sowieso mit der Entlassung oder Betriebsschließung – und dann bedeuten 26 Prozent mehr Lohn eben 26 Prozent mehr Arbeitslosengeld! IG-Metall und Biedenkopf ahnen daher, daß sie einen Streik in der Metallindustrie im Osten – der erste seit 1953 – möglicherweise nicht unter Kontrolle halten könnten. Bei den Warnstreiks zeigte sich die IG-Metall selbst von der breiten Beteiligung überrascht. Die Unternehmer erpressen die Gewerkschaft mit ihrer Angst vor einem Streik – und zugleich muß die IG-Metall ihre Mitglieder im Osten bei der Stange halten. Die Wirtschaftspresse zeigt Verständnis, es müsse eine Lösung gefunden werden, bei der die Gewerkschaft nicht das Gesicht verliert ... •

Wie der Sozialstaat den Klassenkampf in Arbeiterbewegung verwandelt.

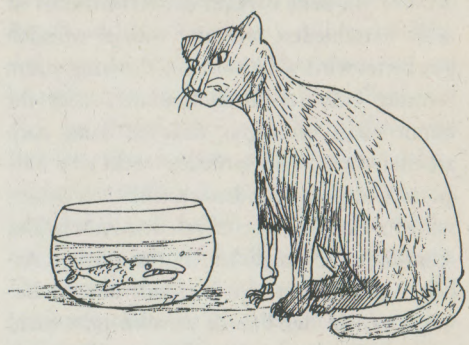
Die heute modisch gewordene Kritik am Klassenkampf als einem revolutionären Projekt wirft ständig *Klassenkampf* und *Arbeiterbewegung* durcheinander. Wir benutzten den Begriff so, wie er in den Klassenkämpfen der 60er und 70er benutzt wurde: Als Gegensatz zur eigenen, autonomen Klassenbewegung, als Gefüge von gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die sich selber als die Repräsentanten der Arbeiterinteressen verstehen. Ihre Politik bezieht sich vorrangig auf die Frage der *Verteilung* des gesellschaftlichen Reichtums und die Absicherung der ArbeiterInnen im bürgerlichen Staat, und akzeptiert im Gegenzug die Notwendigkeit des Arbeitszwangs. Auf *sie* bezieht sich die Kritik, daß die »Arbeiterklasse« in den Metropolen eine in den Kapitalismus integrierte Größe sei, zu Recht. Klassenkampf meint dagegen den Konflikt um den Zwang zur Arbeit, die täglich neu gestellte Frage, wieviel Arbeit sie aus uns herauspressen können, und den dagegen geführten Kleinkrieg, der sich immer wieder zu größeren Revolten gegen das Kapital zuspitzen kann. Wir behaupten im Unterschied zur Marxorthodoxie, daß sich Klasse als politische Kraft überhaupt nur über diesen Konflikt konstituiert – auch wenn dieser Ausgangspunkt dann im Rahmen der politischen Artikulation wieder in ein reines Verteilungsproblem verwandelt werden kann. Mit der Unterscheidung zwischen Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse meinen wir daher auch nicht eine feststehende soziologische Unterteilung in die eine und *»die andere Arbeiterbewegung«*, der sich einzelne Personen oder Gruppen eindeutig zuordnen ließen. Widersprüche verlaufen durch die Subjekte hindurch – nicht nur in diesem Fall.[1]

Wurzeln des Klassenkampfs ...

In seiner Entstehung und ständigen Durchsetzung, muß das Kapital überall auf der Welt alte Existenzgarantien beseitigen. Die kapitalistische Akkumulation beruht auf der Zerstörung aller eigenständigen Formen der Produktion von Lebensmitteln: Losreißung vom Boden als dem ersten Produktionsmittel, Trennung des Handwerks von seinen eigenen Werkzeugen, Verwandlung aller Gebrauchswerte in kapitalistisch, also industriell gefertigte Waren. Dabei geht es nicht um einen historisch einmaligen Akt einer »ursprünglichen Akkumulation«, sondern um die fortwährende Enteignung selbständiger Formen der Reproduktion. Wenn wir »Kapital« nicht als eine versteinerte ökonomische Kategorie verstehen, dann ist es nichts anderes, als dieses grundlegende Verhältnis, daß ich nicht unmittelbar über die Mittel zur Re-Produktion meines Lebens verfüge, sondern diese Mittel in den Händen anderer sind. Die einzige Möglichkeit des Überlebens besteht dann darin, die eigene Arbeitskraft als Ware zu verkaufen.

In der Geschichte war es aber nie die nächstliegende Reaktionsweise der von ihren Produktionsmitteln Losgerissenen, sich zum Verkauf anzubieten. Erst in der langen Geschichte der gewaltsamen Unterdrückung von Revolten, Aufständen, Lebensmittelaneignung, Maschinenstürmerei usw. wird der *Arbeitsmarkt* zu einer »Selbstverständlichkeit«. Die stärkste Waffe des Kapitals in diesem bis heute andauernden Prozeß ist die bewußte Verweigerung einer Existenzgarantie für Millionen von Menschen: der Hunger. Verschleiert wird diese Politik als Naturkatastrophen oder »Bevölkerungsexplosion« dargestellt. »Katastrophal« für die ProletarierInnen sind diese Entwicklungen aber nicht von Natur aus, sondern weil ihnen die Mittel vorenthalten werden, um unter diesen Bedingungen überleben zu können. Um die Getrenntheit von den Mitteln der Re-Produktion aufrechterhalten zu können, braucht das Kapital im weiteren Verlauf der Geschichte ein ganzes Arsenal staatlicher Institutionen und Zwangsmittel: Knast, Schule, Krankenhaus ...

Der in diesem geschichtlichen Prozeß erzwungene Verkauf der Arbeitskraft durch das vereinzelte, formal freie Individuum ist nur die *Form*, in der ProduzentInnen und Produktionsmittel wieder zusammengebracht werden, aber eine Form, die den Ausgangspunkt, nämlich die Gewaltsamkeit der Trennung und des beständigen Getrenntthaltens, verschleiert. Da das Kapital die Seite der Abgetrenntheit der Produktionsmittel in diesem Verhältnis ist, erhebt es von Anfang an Anspruch auf die Arbeit dieser Klasse von Enteigneten. Die ArbeiterInnen gehören dem Kapital, bevor sich der einzelne Arbeiter an den Kapitalisten verkauft. Dem Kapital geht es nicht um die einzelne Arbeitskraft, sondern um die Existenz und beständige Reproduktion der ganzen Klasse, auf deren Arbeit sein Reichtum beruht. Dieses Klassenverhältnis wird in der Form, wie das Kapital den ArbeiterInnen die notwendigen Lebensmittel zur Verfügung stellt, wesentlich verschleiert. Der Arbeiter erhält als einzelnes Privatindividuum im Austauch für seine Arbeitskraft den *Lohn* – und dieser Geldbetrag erscheint als Bezahlung seiner Arbeit. Diese verdrehte Erscheinung des Lohns als Bezahlung der Arbeit nennen wir den *Lohnfetisch*. Zementiert wird dieser Schein durch die Zahlung im Zeitlohn, Stücklohn usw., also durch die scheinbare Anbindung der individuellen Lohnhöhe an die individuell verausgabte Arbeit. Auf der Ebene des Austauschs von Arbeitskraft gegen Lohn, auf dem Arbeitsmarkt, erscheint das gewaltsame Klassenverhältnis als ein Akt freier Selbstbestimmung zwischen selbständigen Privatpersonen: Arbeit gegen Lohn. Im Sozialstaat entfaltet sich dieser falsche Schein zum Ideal der »Tarifautonomie«, des freien Aushandelns der Löhne zwischen zwei selbständigen Parteien.



Da die Ebene der Verteilung und des Verteilungskampfes die Gewalt der Klassengesellschaft unkenntlich macht, kann hier kaum der grundlegende Ansatzpunkt des revolutionären Antagonismus zwischen den Klassen liegen! Aus dieser Ebene stammen gerade alle Illusionen über die Friedfertigkeit zwischen den Klassen, oder bei den Linken die Enttäuschung über die durch die umfassende Regelung der Reproduktion im Sozialstaat scheinbar total gewordene Integration der ArbeiterInnen in den Kapitalismus. Unterschlagen wird dabei allemal die Gewalt der Arbeit, weil die Arbeit als solche quer durch die ideologischen Lager als Naturnotwendigkeit anerkannt wird.

Im Arbeits- und Produktionsprozeß verfliegt der Schein der individuellen Freiheit: Das Eigentümliche der Ware Arbeitskraft

liegt darin, daß sie sich nicht vom lebendigen Arbeiter abtrennen läßt. Ihr »Gebrauch« durch den Unternehmer – die Arbeit als lebendige Tätigkeit – ist an die Anwesenheit des Warenbesitzers gebunden. Anders ausgedrückt: Mit dem Verkauf der Arbeitskraft ist nicht entschieden, wie und wieviel wirklich gearbeitet wird. »Ihr könnt mich zwingen, am Samstag zur Arbeit zu kommen, aber ihr könnt nicht verlangen, daß ich dann auch arbeite!« In solchen Sprüchen steckt schon die ganze Wahrheit über den wesentlichen Unterschied zwischen Arbeitskraft und Arbeit. Der Konflikt um die tägliche Abpressung von Arbeit, um die Kontrolle über jede unserer Bewegungen in der Fabrik verschwindet nicht mit der Sicherung eines gewissen Einkommens. Die Gewaltsamkeit der Trennung, die im Verkauf der Arbeitskraft schon vorausgesetzt ist, wiederholt sich im Prozeß der Zusammenführung von ArbeiterIn und Produktionsmittel. Mehr noch: der Konflikt wird hier bedrohlich für das Kapital, weil es die Produktivität der Arbeit entwickeln muß, dafür aber die Zusammenarbeit vieler ArbeiterInnen braucht. Das Kapital ist gezwungen, die ProletarierInnen innerhalb der Produktion zusammenzubringen, ihre Kooperation herbeizuführen – auch wenn es immer wieder versucht, diese mit neuen Formen der Dezentralisierung zu verschleiern. Aktuell erleben wir das an dem Widerspruch, daß die politisch gegen die ArbeiterInnen gerichtete Dezentralisierung der Produktion in Wirklichkeit mit der Zentralisierung und engeren Verkopplung der Produktionsprozesse einhergeht: Einerseits wird die Arbeit in den Großbetrieben weiter zergliedert und ausgelagert, andererseits werden sie so dicht aneinander gekoppelt, daß die ArbeiterInnen in den Zulieferbetrieben und Subunternehmen in eine unmittelbare Zusammenarbeit mit den anderen ArbeiterInnen gedrängt werden. Diese Kooperation ist der Ansatzpunkt für die ArbeiterInnen, ihren Haß und ihre Wut auf die Arbeit mit materieller Macht und Gewalt, als *Klasse*, gegen das Kapital zu richten. Hier liegt der Ausgangspunkt der revolutionären Drohung, sich nicht länger mit der Arbeit abzufinden.

... und seine Versteinerung zur Arbeiterbewegung

Ansatzpunkt für die sozialstaatliche Entwicklung ist der gegensätzliche Charakter der zwei Ebenen, auf denen sich ArbeiterInnen und Kapital gegenübertreten: Quelle der Wut, der Feindseligkeit und der Macht der Arbeiterklasse gegen das Kapital ist der tägliche Zwang zur Arbeit und die beständige Unsicherheit der eigenen Existenz, die mit dieser Arbeit verbunden ist. Das Tauschverhältnis zwischen Kapital und ArbeiterInnen ist dagegen die Ebene der prinzipiellen Harmonie gleichberechtigter Warenbesitzer. In allen westeuropäischen Ländern entwikkeln sich Sozialstaat und Gewerkschaften grob nach folgendem Schema: An den konfliktträchtigsten Punkten der Produktion schaltet sich der Staat als scheinbar neutrale Kraft zwischen den Klassen selber ein, erläßt Gesetze zum Arbeitsschutz und zur Existenzsicherung. Er macht den Arbeiter zum Staatsbürger, der bestimmte Rechte als einzelner einklagen kann. Der Staat tut dies nicht von sich aus, sondern er wird vorangetrieben von dem an diesen Punkten immer wieder offen ausbrechenden Kampf der ArbeiterInnen, der das System als solches in Frage stellt.

Auf der anderen Seite überläßt er den Organisationen der Arbeiterklasse den Bereich der Verteilung, des Aushandelns der Lohnhöhe und der Gestaltung der Sozialleistungen. Versuchen sie sich als Organisation trotzdem in den Konflikt in der unmittelbaren Produktion einzuschalten, so führt dies zur gnadenlosen Unterdrückung durch Staat und Kapital. Auf der Ebene der Verteilung winkt dagegen Anerkennung und Schutz ihrer Organisationen durch den Staat. Schon aus Selbsterhaltungsinteresse beschreiten sie daher diesen Weg. Der Konflikt in der Produktion wird umgelenkt in einen Konflikt auf der Verteilungsebene, er wird »ökonomisiert«. Der Haß auf die Arbeit wird in Lohnforderungen kanalisiert. Bei genauerer Beobachtung entpuppt sich in vielen Streiks die Wut auf den Arbeitsdruck und die Kontrolle durch das Kapital als der eigentliche Grund für die Mobilisierung, auch wenn sich die Kämpfe meistens zuerst an der Lohnfrage entzünden. Das erklärt auch das für die bürgerlichen Ökonomen beunruhigende »Rätsel«, daß ArbeiterInnen in vielen Fällen bereit sind zu streiken, obwohl sie absehbar durch den Streik mehr verlieren, als sie durch die erzielte Lohnerhöhung gewinnen können. Die Kämpfe der Arbeiterklasse gehen in der Rationalität des Warentauschs nicht auf. So sehr die Gewerkschaften den gelegentlichen Streik zur Mobilisierung ihrer Mitglieder brauchen, so gefährlich erscheint er ihnen auch immer, weil sich *im Streik* eine Arbeitermacht entwickeln kann, die sich nicht auf die Verteilungsfrage einschränken läßt.

Das heißt, die Klassenkonstitution erscheint an der politischen Oberfläche in einer völligen **Verkehrung**, mystifiziert: die ArbeiterInnen erscheinen da, wo sie sich gar nicht als Klasse bilden können, auf der Ebene des Austauschs, als »Arbeiterklasse«, die aber nur in Form der *Arbeiterbewegung*, ihrer mit staatlichen Garantien erzeugten Organe wie den Gewerkschaften existieren kann, während sie in Bezug auf die Zwänge der Produktion und die daran gebundenen Existenzprobleme, da wo die Basis ihrer Einheit und ihres Kampfs als *Klasse* liegt, als einzelne Staatsbürger auftauchen, die ans Arbeits- und Sozialrecht verwiesen sind.

Sozialversicherung: Enteignung der kollektiven Reproduktion ...

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde es für Staat und Kapital notwendig, eine von ihnen kontrollierte Form für die Existenzsicherung der ArbeiterInnen und die Reproduktion der ganzen Klasse zu schaffen. Die ständige Unsicherheit der Existenz führte zu einer bedrohlichen Feindseligkeit der Arbeiterklasse gegen die Verhältnisse, und alte oder neu geschaffene Formen der selbständigen Reproduktion stärkten die Klasse in ihren Kämpfen gegen das Kapital.

Der Kapitalismus greift immer wieder auf Formen der Reproduktion zurück, die nicht von ihm geschaffen sind. Reste von Landwirtschaft, die Produktion im Haushalt der Großfamilie, ein paar Kaninchen im Hinterhof, die Arbeit der Frauen im Haushalt, Wander- und SaisonarbeiterInnen, deren Aufzucht und Existenzsicherung an ihre Herkunftsländer verwiesen wird, usw. Diese selbständigen Formen der Reproduktion, die dem Kapital die Reproduktionskosten der Arbeiterklasse verbilligen, schränken aber seine Verfügungsgewalt über sie ein. Im 19. Jahrhundert blieb die Jammerei der Kapitalisten chronisch, daß die Arbeiter im Sommer aus den Fabriken fliehen. In Streiks konnten sich die ArbeiterInnen auf diese selbständigen Reproduktionsformen stützen. Sie enthielten darüber hinaus noch die Erinnerung an das, was ihnen

im Prozeß der kapitalistischen Akkumulation geraubt wurde und verstärkten so die Feindseligkeit gegen die kapitalistische Form der Produktion.

Neben dieser, nicht in besonderen Organisationen faßbaren, »Subkultur« des Proletariats entwickelten die handwerklichen Schichten des Proletariats eigene Unterstützungskassen zum wechselseitigen Schutz, die zugleich eine Basis ihrer Organisierung waren. Sie knüpften an den traditionellen Formen der gegenseitigen Unterstützung in den Zünften an und blieben entsprechend eingeschränkt auf den Kreis der lohnabhängigen Handwerker und gelernten Fabrikarbeiter – die »friendly societies« in England, die »mutuelles« in Frankreich, die »Arbeiterverbrüderung« und die »Gewerksgenossenschaften« in Deutschland. Die gegenseitige Hilfe wurde in der Form von gemeinsamen Kassen organisiert, als Versicherung gegen die Existenzunsicherheiten der Lohnarbeit. Obwohl sie als eigenständige Formen der Sicherung den Kampf gegen das Kapital stärkten – sie fungierten oft als verdeckte Formen der vom Staat verbotenen Streikkassen –, verband sich mit ihnen bei diesen Teilen des Proletariats die Hoffnung auf eine Absicherung innerhalb des Kapitalismus. Durch wechselseitige Unterstützung in Form ihrer Kassen suchten sie auf der Ebene der Einkommensverteilung nach Kompensationen für die aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß stammenden Beschädigungen und Zerstörungen. Im 19. Jahrhundert blieben aber auch diese Organisationen, die die eigentlichen Ursprünge der *Arbeiterbewegung* sind, geprägt von einem eigentümlichen Doppelcharakter: Feindschaft gegen das kapitalistische System *und* der Versuch, sich in ihm einzurichten, als Arbeiter in der bürgerlichen Welt anerkannt zu werden.

Um diese sichtbarsten Zentren der Organisiertheit anzugreifen und den ständigen Konflikt um die Existenzunsicherheit in breiten Schichten des Proletariats zu regulieren, übernahm der Staat die Absicherung der ArbeiterInnen. Die sich schließlich überall durchsetzende *Form* dieser Absicherung ist die *Sozialversicherung*. Entgegen der heutigen Geschichtsklitterung in Gewerkschaftskreisen war die staatliche Existenzsicherung aber nie die Forderung der ArbeiterInnen und ihrer Organisationen. Im Gegenteil, zu Beginn standen sie dieser Enteignung und Verstaatlichung ihrer selbständigen Organisationen für die Existenzsicherung ablehnend gegenüber. Die staatlichen Kassen konnten allerdings an der in der Arbeiterbewegung selbst entwickelten Organisationsform als Versicherung anknüpfen. Die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Mitverwalter der staatlich geschaffenen Kassen – wie es in der deutschen Sozialversicherung geschah – erleicherte es der Arbeiterbewegung, sich mit diesem Enteignungsprozeß abzufinden. Zugleich vollzog sich damit die »Verstaatlichung« der Arbeiterbewegung, die in der Folge alle Fragen der proletarischen Reproduktion als Forderungen an den nationalen Staat artikulierte.

... und Mystifizierung des Klassenverhältnisses

In allen Industrieländern hat sich die *Sozialversicherung* als die wesentliche Form der Absicherung durchgesetzt. Ihr Erfolg besteht darin, daß sie den Klassencharakter der Reproduktion verschleiert und den allgemeinen Arbeitszwang aufrechterhält. Indem der Staat die Sicherung einer gewissen Existenz garantiert, schafft er Einkommensformen, die nicht *unmittelbar* an die Arbeit gebunden sind. Damit droht offensichtlich zu werden, daß das Einkommen der ArbeiterInnen nicht den Regeln eines individuellen Tauschs – Arbeit gegen Lohn – gehorcht, sondern die Reproduktion der Arbeiterklasse durch das Kapital darstellt, daß es sich um ein Klassenverhältnis handelt. Indem nun das Einkommen der ArbeiterInnen für Zeiten der Nichtarbeit (Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter) über eine *Versicherung* organisiert wird, in die der einzelne Arbeiter zuvor Beiträge gezahlt hat, erscheint dieses Einkommen als *individuelle* Daseinsvorsorge. Darüberhinaus werden Höhe und Dauer der Leistungen an die zuvor gezahlten Beiträge gebunden, die wiederum von der individuellen Lohnhöhe und Arbeitsdauer bestimmt sind. Die Versicherungsform schafft also ähnlich wie der Lohnfetisch den Mythos, der einzelne verschaffe sich durch sein individuelles Verhalten ein Einkommen in Zeiten der Nichtarbeit. Wer z.B. Rente bezieht, darf sich einbilden, er werde aus seinen eigenen, sauer verdienten Beiträgen bezahlt – während SozialhilfeempfängerInnen als unselbständige »Kostgänger der Gesellschaft« abgestempelt werden.

Durch die Anbindung der sozialstaatlichen Leistungen an die zuvor gezahlten Beiträge wird indirekt der Arbeitszwang abgesichert. Die Kopplung der Höhe und Dauer der Leistung an den zuvor erhaltenen Lohn erzwingen die beständige, die *lebenslange* Unterwerfung unter den Arbeitszwang – die Rente wird daher in der Sozialpolitik als »Durchhalteprämie« bezeichnet. Auch die Ansprüche auf Lohnfortzahlung, Urlaub, Arbeitslosengeld sind daran gebunden, daß ich zuvor für ein paar Wochen, Monate oder Jahre meine Arbeitsamkeit unter Beweis gestellt habe. Das Regelwerk des Sozialstaats soll verhindern, daß seine Leistungen zur Flucht aus der Arbeit genutzt werden können. Formuliert wird dies im Prinzip der »Nachrangigkeit von Lohnersatzleistungen«, d.h. nur wenn ich hinreichend beweisen kann, daß ich nicht in der Lage bin, durch Arbeit mein Brot zu verdienen, erhalte ich ein Anrecht auf Leistungen. Die sozialstaatliche Existenzsicherung ist daher immer auch mit der direkten Schikane von Arbeitsämtern, Vertrauensärzten und allgemeiner Sozialkontrolle verbunden.

Durch die Anbindung an den zuvor bezogenen Lohn werden auch das Lohngefälle und die Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse in den Sozialleistungen maßstabsgetreu abgebildet. Von vornherein war das selbst in der Arbeiterbewegung nicht unwidersprochen: in ihren Debatten um die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung in den zwanziger Jahren war es lange umstritten, ob man eine Differenzierung der Unterstützung für Arbeitslose nach ihrer früheren Lohnhöhe

hinnehmen dürfe. Heute bilden die tausendfach aufgefächerten Formen der sozialstaatlichen Reproduktion ein zusätzliches Moment von Individualisierung und Zersplitterung der Arbeiterklasse.

Bedingungen für die Stabilität des Sozialstaates

Der Sozialstaat ist lediglich *ein* Moment der Stabilisierung kapitalistischer Herrschaft. Er allein hätte die Ausbeutung schon lange nicht mehr aufrechterhalten können. Wir wollen nur kurz auf drei andere Momente hinweisen, die für die scheinbare Stabilität der Klassenverhältnisse wesentlich sind.

1. Die Umwandlung von Arbeitskraft in lebendige Arbeit ist in erster Linie an die jeweilige Form der **Arbeitsorganisation** und die Verdinglichung des Kapitalkommandos in Technologie gebunden. Die Kontrolle der ArbeiterInnen im Produktionsprozeß, ihre Unterwerfung unter das Arbeitsdiktat kann vom Sozialstaat nur flankiert werden. *Inwieweit sie gelingt, entscheidet sich innerhalb der Produktion.* Sie muß so organisiert werden, daß die Arbeit als sachlich notwendiger Zwang für die Produktion erscheint, und alle Möglichkeiten, ihr auszuweichen, verbaut werden. Die Entstehung des Sozialstaats fällt historisch zusammen mit der Einführung einer bestimmten Arbeitsorganisation, der sogenannten »Massenproduktion«, die die Kontrolle über das Verhalten des Einzelnen in der Produktion sichert. Sie trägt aber den Widerspruch in sich, daß sie den ArbeiterInnen als Klasse eine bisher ungekannte Macht über die Produktion gibt. Diese Form der Produktionsorganisation ist heute in eine mehr als vorübergehende Krise geraten, die sich nicht allein mit einem Umbau des Sozialstaats lösen läßt. Sie erfordert gleichzeitig eine grundlegende Umstrukturierung der Produktion. Bislang ist es sehr fraglich, ob die momentan vom Kapital etwas euphorisch diskutierten Management-Konzepte und neuen Fabrikstrukturen die Krise der Produktivität des bisherigen Systems wirklich lösen können.

2. Der Erfolg einer bestimmten Arbeitsorganisation beruht darauf, ob sie schon innerhalb der Produktion eine Hierarchisierung der Arbeitskraft einführen kann, die als technisches Produktionserfordernis akzeptiert wird und die das Kommando des Kapitals innerhalb der Arbeiterklasse funktionieren läßt. Auf der Ebene der Gesamtklasse werden diese Hierarchisierungen mit »natürlichen« Unterschieden wie Geschlecht, Nationalität, Alter usw. legitimiert und ausgeweitet. Der Sozialstaat spiegelt auch diese **Spaltungen** wider, durch Sonderbestimmungen für Frauen, AusländerInnen usw. Der Kompromiß der Arbeiterbewegung mit dem Sozialstaat ist ein **nationaler Kompromiß**, da der Staat nur als nationaler existiert. Bei der Herstellung des sozialen Gut »Arbeitsplatzsicherheit« wird dies unmittelbar deutlich. Auch für die Gewerkschaften ist ein Mittel der Arbeitsplatzsicherung in Krisenzeiten die Forderung nach staatlichem Schutz der einheimischen Arbeitskraft vor ausländischer Konkurrenz. Die Forderung nach bevorzugter Berücksichtung der nationalen Arbeitskraft findet sich schon in den Ursprüngen der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaft der Bauarbeiter in Deutschland forderte vor dem ersten Weltkrieg eine Einschränkung der Beschäftigung hauptsächlich italienischer Wanderarbeiter in Krisenzeiten. Damals war diese Frage allerdings noch umstrittener als heute, da die Arbeiterbewegung lange Zeit für die allgemeine Freizügigkeit (»Grenzen auf«) plädiert hatte und darin eine Grundlage ihres Internationalismus sah. Deutschland war damals in erster Linie Auswanderungsland.

3. Auch Arbeitsorganisation und Klassenspaltung schaffen keine dauerhaften Lösungen des Klassenantagonismus. Sie können in ihrer Entwicklung den grundsätzlichen Widerspruch nicht aufheben, sondern reproduzieren ihn auf anderer Ebene. Die sogenannte Stabilität der Kapitalakkumulation in den letzten wohlfahrtsstaatlichen hundert Jahren wäre nicht möglich gewesen ohne die gewaltsame und massenhafte Vernichtung von ArbeiterInnen und Kapital. In der üblichen Geschichtsschreibung der kapitalistischen Entwicklung werden die beiden **Weltkriege** als externe Faktoren behandelt, die den »normalen« Verlauf nur unterbrechen. Wir behaupten, daß sie konstituierende Momente der Kapitalakkumulation und der Sicherung kapitalistischer Gesellschaft in dieser Epoche bilden. In der Geschichtsschreibung wird allgemein zugestanden, daß der Erste Weltkrieg der »große Schrittmacher der Sozialpolitik« gewesen sei, daß die nationalsozialistischen Modernisierungen der Sozialpolitik und Arbeitsmarktverwaltung bis heute die Gestalt des deutschen Sozialstaats geprägt haben. Aber der Krieg, die Vernichtung von Menschen, bleibt dabei ein äußerer Faktor, wird nicht als gemeinsame Antwort der kriegsführenden Staaten auf die politischen Krisen des Kapitalkommandos begriffen.

Als wir zum Golfkrieg eine Broschüre herausbrachten, in der dieser Krieg als gemeinsamer Angriff der gegeneinander kriegsführenden Staaten auf das Proletariat in dieser Region dargestellt wurde, stieß das auch in der Linken auf breites Unverständnis. Dasselbe Unverständnis herrscht bis heute gegenüber den Weltkriegen vor. Was sich in dem gewaltsamen Konflikt zwischen verschiedenen Staaten ausdrückte, war ihr gemeinsames Problem, die Arbeiterklasse in die Kapitalakkumulation einbinden zu können. Sie sind im 20. Jahrhundert konstituierend für die jeweils folgenden Phasen politischer Stabilität. So wie die Judenvernichtung kein Betriebsunfall des Kapitalismus war, sondern die Rationalität kapitalistischer Sozialpolitik auf die Spitze trieb, so waren die Kriege selber eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete *Gesellschaftspolitik*.

Warum steckt der Sozialstaat heute in der Krise?

Solidarpakt und Sparmaßnahmen werden in Deutschland bevorzugt unter dem Titel »Kosten der Wiedervereinigung« diskutiert. Aber die übrigen europäischen Länder stehen vor demselben Problem, daß der Sozialstaat als Absicherung der Kapitalakkumulation nicht mehr greift. Die Wurzeln dieser Krise liegen tiefer, als es in ihrer Darstellung als *Finanzkrise* zum Ausdruck kommt.

Es gibt keine natürlich gegebene Grenze der Staatsverschuldung oder Kreditaufnahme. Der Kredit ist ein Hebel der Akkumulation, er ist das Versprechen auf zukünftigen Mehrwert. Über den Kredit werden Gelder in Produktionsmittel und Infrastrukturmaßnahmen gelenkt, die der forcierten Ausbeutung der ArbeiterInnen dienen sollen. Die Frage ist nicht, wie hoch dieser Kredit ist, sondern ob er sein Versprechen einlösen kann, ob es mithilfe der kreditfinanzierten Ausbeutungsinstrumente tatsächlich gelingt, mehr lebendige Arbeit zu mobilisieren. Er wird stumpf, wenn sich trotz der Investitionen die Ausbeutung nicht forcieren läßt. Dann bäumt er sich auf, droht als »Schuldenkrise« und »Staatsbankrott«, wird in dieser politischen Gestalt zur Begründung und Legitimation von unmittelbaren Gewaltmitteln gegen die Arbeiterklasse und Kürzung ihres Einkommens.

Die Arbeit verliert ihre »Attraktivität«

Mitte der 70er Jahre geriet das Modell der durch Sozialstaat und keynesianistische Wirtschaftspolitik flankierten Kapitalakkumulation in die Krise. In wilden Streikbewegung richteten sich die ArbeiterInnen direkt gegen das Kapitalkommando, durchbrachen die Anbindung der Lohnsteigerungen an die Produktivitätsentwicklung. »Mehr Lohn, weniger Arbeit!« lag jenseits gewerkschaftlicher Tarifpolitik, weil in dieser Parole die ständige »Ökonomisierung« des Klassenkonflikts kritisiert wurde. Wir wollen gut leben können, ohne uns dafür kaputtschuften zu müssen – das ist der Gehalt in den Streiks und Aneignungskampagnen jener Jahre. Der Gegenangriff des Kapitals – Krise, Arbeitslosigkeit und politische Repression – kann den sichtbaren Ausdruck dieser Revolte, ihre offene Organisiertheit und Kollektivität ersticken. Aber spätestens nach der Krise 1980/82 wird klar, daß sich die grundlegende Veränderung in den Verhaltensweisen mit einer konjunkturellen Krise nicht wieder umkehren läßt. Die heraufgetriebene Arbeitslosigkeit funktioniert nicht mehr als Motivation zur Arbeit. Die Soziologen entdecken die »Krise der Arbeitsgesellschaft« – und bemühen sich um Lösungen in einem »postindustriellen« Kapitalismus. Die Arbeitswissenschaft des Kapitals stellt in Untersuchungen fest, daß die Arbeit in der Industrie so »unattraktiv« geworden sei, daß es schwierig werden würde, weiterhin genügend Arbeitskräfte zu finden, bzw. diese zu neuen Produktivitätsrekorden anstacheln zu können.

»Attraktiv« war Industriearbeit sicher nie, aber nun wird sie nicht mehr hingenommen. Stattdessen werden alle nur greifbaren Möglichkeiten des Sozialstaats und Bildungswesens ausgeschöpft, um der Arbeit ausweichen zu können. Der Kampf gegen die Arbeit wird zur individuellen Flucht aus der Arbeit. *Damit verliert er allerdings seine politische Sprengkraft.* Ein Teil der Linken, die Öko- und Alternativbewegung begibt sich auf die Suche nach der »sinnvollen« Arbeit, liefert dem System Ansatzpunkte, um der Arbeit wieder ein interessantes Gesicht zu geben. »Arbeiten ohne Chefs«, »Sinnvolles und Nützliches produzieren« usw. wird heute in Form von *Gruppenarbeit* und *ökologischem Management* aufgegriffen. Die Flucht der jungen ArbeiterInnen in Dienstleistungsberufe und die neuen Computerjobs absorbiert ihre Wut auf den Arbeitszwang. Der Boom in den 80er Jahren mobilisierte drei Millionen Menschen zusätzlich in die Arbeit. Er veränderte die Klassenverhältnisse radikal, indem ungesicherte und flexiblere Jobs geschaffen wurden.

Aber der gewünschte Produktivitätsschub blieb aus. Die junge Generation wich lieber ins Studium aus, statt zu arbeiten. Heute gibt es mehr Studenten als Lehrlinge und die Industrie jammert trotz steigender Arbeitslosigkeit über Nachwuchssorgen. *»Die westdeutsche Wirtschaft klagt über einen wachsenden Lehrlingsmangel: Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage bei den Ausbildungsstellen für Fertigungsberufe klaffe immer weiter auseinander ... So sei die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze 1992 um 3000 auf 352 000 gestiegen, die Zahl der Bewerber sei dagegen um knapp fünf Prozent auf 149 000 zurückgegangen. Damit kämen auf jeden Interessenten in den Fertigungsberufen schon mehr als zwei Stellen.« (FAZ, 21.1.93)*

Die Wiedervereinigung und die »Größe« der historischen Ereignisse zu Beginn der 90er Jahre hatten es an der »Klassenfront« ruhig werden lassen. Verrückterweise hat das Kapital aber die Ausbeutungsverhältnisse damit nicht zu seinen Gunsten verändern können. Zwischen 1990 und 1992 seien die Lohnstückkosten um 20 Prozent gestiegen, jammert der Vorstandsvorsitzende von Mannesmann. Ein neuer Aufschwung sei nur möglich, wenn jetzt wie zu Beginn der 80er Jahre die Lohnkosten über mehrere Jahre hinweg fallen: *»Uns geht in Deutschland nicht die Arbeit aus. Es fehlt vielmehr bezahlbare Arbeit.«*

Der Osten produziert nur Ansprüche

Durch die »übereilte« Einverleibung der DDR wird es nicht besser. Denn die Krise der *geplanten* Industriegesellschaft im Osten hat dieselben Ursachen wie die Krise der *sozialstaatlichen* Industriegesellschaft des Westens. Die Regimes im Osten konnten in den 80er Jahren die Ansprüche ihrer ArbeiterInnen

»... Denn Ausländer bereichern die Gesellschaft nicht einfach nur kulturell. Sie verändern sie mental.

In einer multi-ethnischen Gesellschaft gerät, zum Beispiel, unser hochkomplexes Lohnsystem, von den Gewekschaften in vier Jahrzehnten zähesten Kampfes durchgesetzt, schlicht und einfach in Vergessenheit. Man kann darüber lamentieren. Aber man sollte – erstens – nicht vergesen, daß viele Betriebe der Land- oder Bauwirtschaft ohne die billigen Polen längst pleite wären, daß ohne schwarzarbeitende Pakistani, Nigerianer, Koreaner zwei von drei Kneipen dichtmachen könnten. Und zweitens: Unser hochgezüchtetes System hat uns keineswegs ins Paradies geführt. Es macht träge. Es fördert jene Nörgelmentalität, die heute schon wie ein tödlicher Schimmel auf unserer Alltagskultur liegt.

Wie alle großen Errungenschaften hat auch unser Sozialsystem seinen Preis. Es erzeugt Sicherheit, aber nur für diejenigen, die drin sind. Für die Habenichtse, die endlich auch an unsere Fleischtöpfe wollen, wirkt es wie eine perfide Bremse. ... Auffallend ist ja, daß die Linken in der Ausländerfrage immer lächerlicher und hilfloser argumentieren. Ihre Vision vom allgegenwärtigen Sozialstaat, in dem für jedes Wehwehchen ein Jugendhaus und für jeden Verkehrsknotenpunkt eine Umgehungsstraße gebaut wird, ist in der Immigrationsgesellschaft ein schlechter Witz. Aber wären sie noch Linke, wenn sie all dies einsähen?

Auch das ist ein erfrischender Aspekt der Immigrantenströme: Sie brechen das alte, morsche Links-Rechts-Denksystem auf, das seit Jahrzehnten aus jeder politischen Debatte ein ritualisiertes Trauerspiel macht. Wollen wir uns mit den Einwanderern arrangieren, kommen wir mit den alten Gebetsbüchern nicht weiter. Wir müssen Fähigkeiten einüben, die weder rechts noch links, sondern eher undeutsch sind: mehr Flexibilität, mehr Improvisation, aber auch mehr Selbstverwaltung und Selbstregulation. ...«

So begründete Horx mit Formulierungen, die im Moment auf jedem Management-Seminar über moderne Produktionsmethoden zu hören sind, die Position der fortschrittlichen Mittelschichten zur Ausländerfrage *(Hereinspaziert! Warum Deutschland Millionen Einwanderer braucht, in Tempo, Oktober 1991).*

nicht mehr an die ohnehin schon niedrigere Produktivität binden. Auch in der DDR wird in den 80er Jahren versucht, die individuelle Leistungsbereitschaft stärker in den Mittelpunkt zu rücken – erfolglos. Mit der Wiedervereinigung explodierten diese Ansprüche erst richtig. Statt einen neuen Aufschwung des Arbeitsethos ernten zu können, hatte die westlichen Kapitalisten eine Kröte geschluckt. Die »Rache Honeckers« sind keine finanziellen Altlasten, sondern die Ablehnung der Arbeit, die sich auf beiden Seiten der Mauer entwickelt hatte.

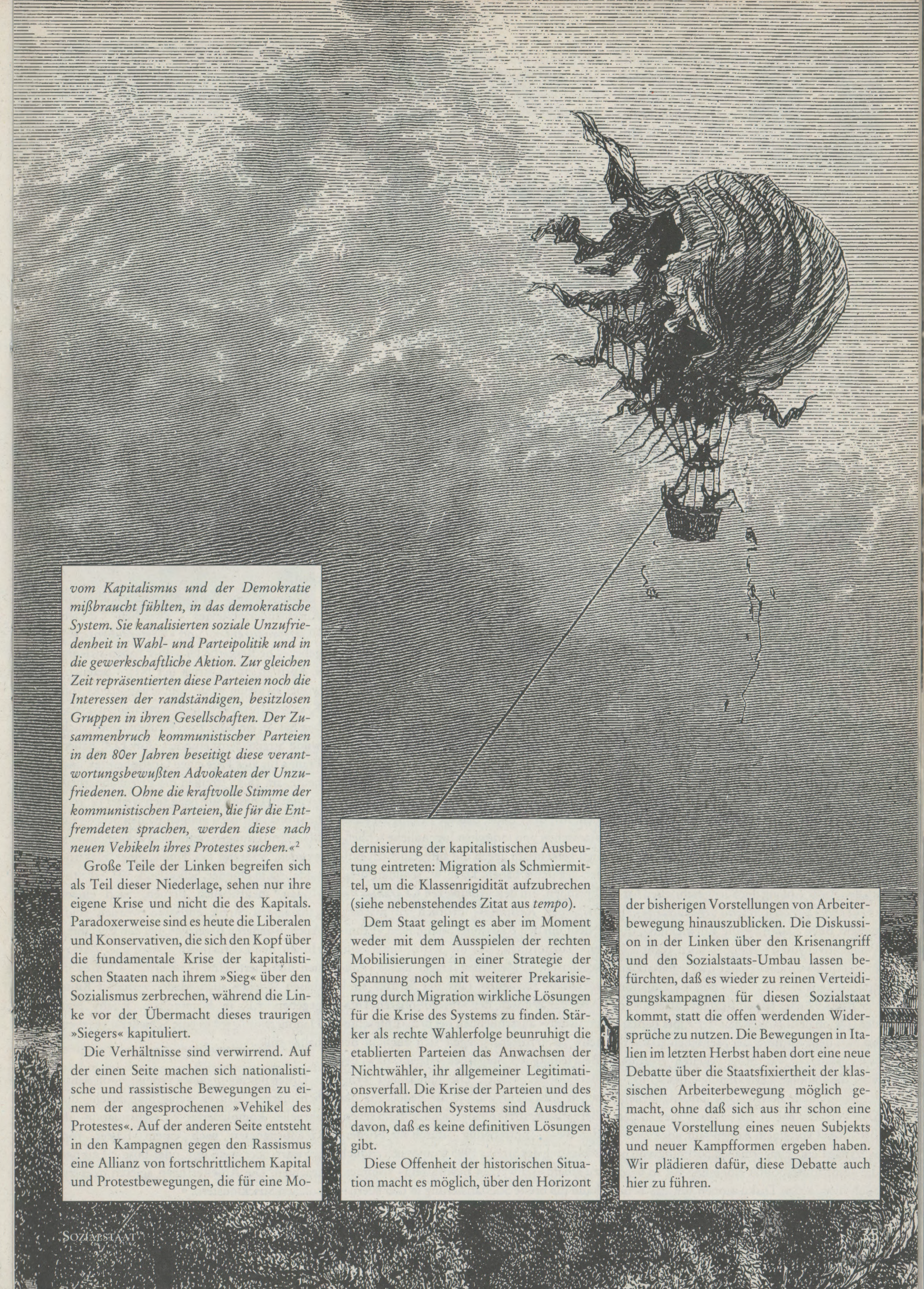
Im Osten wie im Westen hatte sich in den 80er Jahren unter der Oberfläche des politischen Geschehens die Krise eines bestimmten Modells von kapitalistischer Entwicklung zugespitzt. Trotz ihrer äußerlichen Feindschaft beruhten beide »Systeme« auf dem Glauben an gesellschaftlichen Aufstieg und Emanzipation von Not *durch Arbeit*, gelenkt und geschützt durch einen sozial(istisch)en Staat. So wie das Versprechen des Sozialismus auf eine bessere Zukunft für die Enkel ausgedient hat, so hat der Sozialstaat im Westen seine motivierende Kraft eingebüßt. Mit dem Ziel der sozialen Sicherheit wird heute kein Traum von der besseren Zukunft für die Kinder mehr verbunden. Sozialstaatliche Zukunftshoffnungen waren die Legitimation für Verzicht und harte Arbeit in der Gegenwart. Mit der »Krise der Arbeit« bricht dieser Zusammenhang auf. Umgekehrt scheitern aber auch die Anfang der 80er Jahre unternommenen Versuche, den nun scheinbar überflüssigen Sozialstaat zurückzunehmen. Auf allen Ebenen werden Leistungen gekürzt, aber steigende Arbeitslosigkeit und die Übernahme neuer Aufgaben blähen die Staatsausgaben weiter auf. Die monetaristischen Versprechungen von Politikern wie Reagan oder Thatcher, den Staat aus der Wirtschaft herauszuhalten, entpuppen sich als Illusion. Der Staat kann sich der Ansprüche, die an ihn gestellt werden, nicht einfach entledigen. Es ist eben nicht der scheinbar leicht zu denunzierende »Mißbrauch«, der die Krise des Sozialstaats ausmacht, sondern der Umfang der allgemein als legitim anerkannten Ansprüche an den Staat: *»Die Überbeanspruchung der Haushalte resultiert kaum aus dem Mißbrauch, sondern im wesentlichen aus der Fülle von Aufgaben, die der Staat an sich gezogen hat. Hinter allen Finanzhilfen aber – von der Ausbildungsförderung bis zum Jahrhundertvertrag für die Kohle – haben sich Investitions- und Lebensentscheidungen aufgebaut, die ohne das Eingreifen des Staates ganz anders aussehen würden. Weil das so ist, sind die Widerstände der Gruppen gegen das Sparen des Staates so groß.« (FAZ, 29.3.93)*

»Lösungen«?

Die Krise des sozialstaatlichen Modells hat auch die Repräsentanten der Arbeiterklasse, die sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften in die Krise gebracht. Ihr Konzept eines sozialen Staates kann seine Versprechungen auf eine bessere Zukunft nicht mehr erfüllen. Es ist eingeklemmt zwischen den Erwartungen und Ansprüchen einerseits, einem zunehmend global operierenden Kapital, das sich an die Notwendigkeiten eines nationalen Klassenkompromisses immer weniger gebunden fühlt, andererseits. Die Herrschenden sind daher auch nicht glücklich über die Krise der offiziellen Arbeiterbewegung, weil sie die Krise ihres ganzen Systems dahinter erblikken. Das CIA-Organ *Problems of Communism* bemerkt treffend: *»Die Schwächung kommunistischer Parteien ist nicht notwendigerweise eine gute Sache für die westlichen Demokratien. Obwohl diese Parteien vor Jahrzehnten noch als revolutionäre Bewegungen begannen, endeten sie als Parteien, die die demokratischen Systeme unterstützen, die ihnen schließlich den Garaus machten. Ab den 70er Jahren waren sie voll in demokratischer Politik eingebunden. Die kommunistischen Parteien integrierten viele Bürger, die sich*

1 Aktuelle Beispiele für die ständige Verwechslung bzw. Ineinssetzung von Arbeiterbewegung und Klassenkampf sind die Ausführungen von R.Kurz, für den die Arbeiterklasse »out« ist, weil sie in ihren Aktionen auf der Verteilungsebene ganz von der Warenform infiziert sei; oder die Ausführungen »Rassismus im Umbruch« im Heft 5 der »Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus«, die zunächst richtig die Illusion zurückweisen, Arbeit und Kapital würden sich auf dem Markt gegenübertreten, bei der weiteren Disqualifizierung eines Klassenbegriffs aber immer nur den der offiziellen Arbeiterbewegung im Sinn haben, der sich auf eben diese Illusion stützt. So lesen wir auch die Bemerkung in den im selben Heft abgedruckten »Thesen zur Rassismusdebatte« über das »Durchhängen« des Klassenbegriffs als Abgrenzung zu den Mythen einer historischen Arbeiterbewegung und die Suche danach, wie sich heute Klasse erneut als revolutionäre Größe konstituieren kann, welche Bedeutung die internationale Migration in diesem Zusammenhang hat. (Einen ausführlicheren Beitrag zu der Diskussion, wie sie in den »Materialien« geführt wird, wollen wir in einer unserer nächsten Ausgaben bringen.)

2 Gefunden haben wir dieses Zitat in Parteiorgan der letzten großen K-Gruppe, der MLPD. Sie merkt überhaupt nicht, daß sie selbst gemeint ist. Ständig lenkt sie die Hoffnung der ArbeiterInnen auf die Gewerkschaften, hält der Krise eine Bettelkampagne um Arbeitsplätze entgegen und wirkt so stabilisierend im Sinne des Kapitals, indem sie mithilft, das Arbeitsethos zu befestigen, dessen tiefe gesellschaftliche Krise der eigentliche Grund für die momentanen Kapitalmaßnahmen ist!



vom Kapitalismus und der Demokratie mißbraucht fühlten, in das demokratische System. Sie kanalisierten soziale Unzufriedenheit in Wahl- und Parteipolitik und in die gewerkschaftliche Aktion. Zur gleichen Zeit repräsentierten diese Parteien noch die Interessen der randständigen, besitzlosen Gruppen in ihren Gesellschaften. Der Zusammenbruch kommunistischer Parteien in den 80er Jahren beseitigt diese verantwortungsbewußten Advokaten der Unzufriedenen. Ohne die kraftvolle Stimme der kommunistischen Parteien, die für die Entfremdeten sprachen, werden diese nach neuen Vehikeln ihres Protestes suchen.«[2]

Große Teile der Linken begreifen sich als Teil dieser Niederlage, sehen nur ihre eigene Krise und nicht die des Kapitals. Paradoxerweise sind es heute die Liberalen und Konservativen, die sich den Kopf über die fundamentale Krise der kapitalistischen Staaten nach ihrem »Sieg« über den Sozialismus zerbrechen, während die Linke vor der Übermacht dieses traurigen »Siegers« kapituliert.

Die Verhältnisse sind verwirrend. Auf der einen Seite machen sich nationalistische und rassistische Bewegungen zu einem der angesprochenen »Vehikel des Protestes«. Auf der anderen Seite entsteht in den Kampagnen gegen den Rassismus eine Allianz von fortschrittlichem Kapital und Protestbewegungen, die für eine Modernisierung der kapitalistischen Ausbeutung eintreten: Migration als Schmiermittel, um die Klassenrigidität aufzubrechen (siehe nebenstehendes Zitat aus *tempo*).

Dem Staat gelingt es aber im Moment weder mit dem Ausspielen der rechten Mobilisierungen in einer Strategie der Spannung noch mit weiterer Prekarisierung durch Migration wirkliche Lösungen für die Krise des Systems zu finden. Stärker als rechte Wahlerfolge beunruhigt die etablierten Parteien das Anwachsen der Nichtwähler, ihr allgemeiner Legitimationsverfall. Die Krise der Parteien und des demokratischen Systems sind Ausdruck davon, daß es keine definitiven Lösungen gibt.

Diese Offenheit der historischen Situation macht es möglich, über den Horizont der bisherigen Vorstellungen von Arbeiterbewegung hinauszublicken. Die Diskussion in der Linken über den Krisenangriff und den Sozialstaats-Umbau lassen befürchten, daß es wieder zu reinen Verteidigungskampagnen für diesen Sozialstaat kommt, statt die offen werdenden Widersprüche zu nutzen. Die Bewegungen in Italien im letzten Herbst haben dort eine neue Debatte über die Staatsfixiertheit der klassischen Arbeiterbewegung möglich gemacht, ohne daß sich aus ihr schon eine genaue Vorstellung eines neuen Subjekts und neuer Kampfformen ergeben haben. Wir plädieren dafür, diese Debatte auch hier zu führen.

Der folgende Text wurde von einem englischen Genossen *Ende Januar* geschrieben. Er beschreibt darin die Mobilisierung vom Oktober letzten Jahres gegen die geplante Massenstillegung von Zechen und versucht, die Hintergründe dieses Plans herauszuarbeiten.

Auffallend an dieser Mobilisierung ist die Breite der AktivistInnen, die sich an den Demos, den Streiks und sonstigen Aktionen beteiligt haben: Krankenschwestern, städtische Angestellte, Bauarbeiter, ganze Dörfer in den Bergbaurevieren wiesen diesen Angriff gemeinsam zurück.

Einige Fragen sind beim Lesen des Textes aufgetaucht:

Der Autor geht von einer immer noch vorhandenen »Zentralität« der britischen Bergarbeiter aus. Zentral sowohl für das Kapital bei seinen Plänen, die Militanz der britischen ArbeiterInnen zu zerschlagen; zentral aber auch für eben diese ArbeiterInnen: *»...die Bergarbeiter als emotionales und symbolisches Herz der Arbeiterklasse«*

Warum beziehen sich ArbeiterInnen aus Sektoren, deren Realität wirklich wenig mit der der Bergarbeiter zu tun hat, dermaßen auf sie? Zum einen scheint es die Hoffnung auf eine Arbeitermacht zu sein, die in der Lage sei, dem jahrelangen Krisenangriff etwas entscheidendes entgegenzusetzen. Aber dies drückt auch das Fehlen eines eigenständigen Widerstandes aus, der an den neuen, veränderten Ausbeutungssituationen ansetzt.

Diese Schwäche spiegelt sich in unserer Berichterstattung wider. In der WILDCAT 60 berichtete ein englischer Genossen über die aktuelle Entwicklung der Riots, die seit den 70er Jahren in Großbritannien fast zur Tagesordnung gehören. Darum hatten wir ihn auch deshalb gebeten, weil Dave W. vor zehn Jahren mit anderen Leuten zusammen ein Buch zu den Riots Anfang der 80er geschrieben hatte (*»Zehn Tage die England veränderten«*). In diesem Buch hatten sie die Entwicklung, die Perspektiven dieser Kämpfe noch recht euphorisch beschrieben. Aber im Gegensatz zu einigen Linken hier, hat er nun die Situation der Riots 92 eher pessimistisch beurteilt, von der (regionalen) Isoliertheit der Riots berichtet, von der Hoffnung der Menschen, daß »etwas passiert«, was Möglichkeiten eröffnet, über die ständige Verteidigung eines schlechter werdenden Status Quo hinauszugehen. Das Problem haben wir ja auch hier in der BRD. Sind vor einem halben Jahr noch ziemlich viele Leute einigermaßen hoffnungsvoll in die »Flüchtlingspolitik eingestiegen«, so wird auch hier in den Diskussionen um das neue Asylgesetz, den »Solidarpakt«, der Entwicklung in der EX-DDR und nach den ersten Erfahrungen mit »der Flüchtlingspolitik« klar, daß auch in der BRD Staat und Kapital dabei sind, die Ausbeutungsbedingungen der ganzen Klasse umzukrempeln. Wir müssen versuchen, die Mosaiksteinchen – die rassistische Flüchtlingspolitik, die Auseinandersetzung um den Sozialstaat, das Krisengezeter – zusammenzufügen. Das leisten auch unsere Artikel bisher noch nicht. Und auch die Versuche in diesem Artikel, die Notwendigkeit der Umstrukturierungen an der Öl- und Gaspolitik des Kapitals zu entwickeln, kann die Frage nach dem *Warum* der weltweiten Krisenpolitik erstmal nur um weitere wichtige Fragen bereichern.

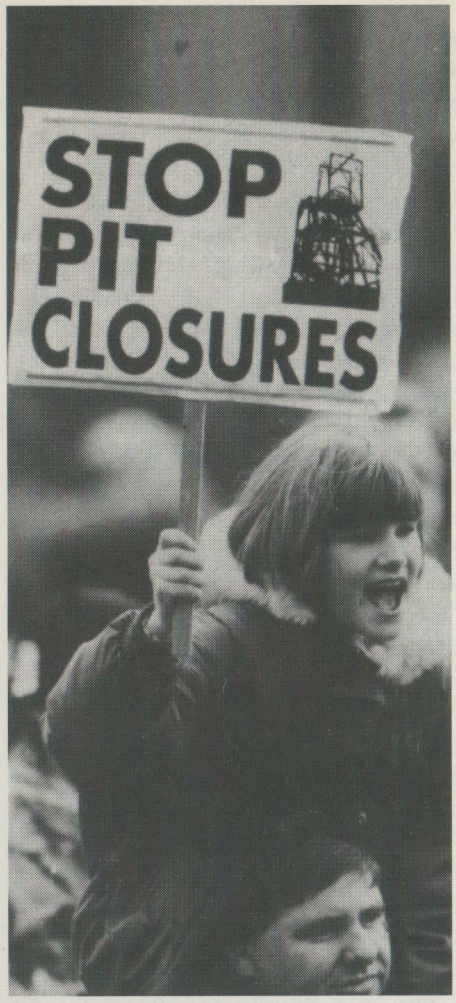
Zur Kritik

Insofern erscheint es uns aber wenig hilfreich, Kämpfe, Riots oder Streiks nach einem Raster von Gut oder Böse gegeneinander zustellen, wie es die Kritik an dem Riotartikel macht, die wir im Anschluß an diesen Artikel abdrucken. In dem Papier wird am Beispiel Großbritannien an einer Verelendungstheorie gestrickt, hinter der die Hoffnung steht, daß es zu revolutionären Kämpfen kommen wird, wenn es nur allen schlecht genug geht, wenn sie »schwarz« geworden sind. So dienen die verschiedenen Versuche, die Darstellung der Abläufe in der WILDCAT 60 zu »widerlegen«, in erster Linie der ideologischen Untermauerung dieses Strickmusters. So z.B die Passage, die an dem Riot in Blackburn 1992 eine Linie zwischen Community und der Drogenmafia zieht. Beide Versionen – die Darstellung in der WILDCAT 60 und die in der Kritik dargestellte – ließen sich in der britischen Tagespresse finden. Mit dem Ende, daß die beteiligten pakistanischen und indischen Jugendliche schließlich gemeinsam gegen die aufgetauchten Bullen gekämpft haben. Dave W. schildert diese Episoden, um den *»komplexen Charakter des britischen Rassismus«* deutlich zu machen. Nicht um den Rassismus bestimmten »Ethnien« zuzuordnen, wie die Kritik unterstellt, sondern weil Menschen Träger dieses *»konstitutiven Elements«* (aus der Kritik) sind. Aber der Wunsch, den »revolutionären Antagonismus« ausschließlich bei den »Entrechteten« zu verorten, spiegelt sich auch in der Beurteilung des Bergarbeiterstreiks, bzw. der Bergarbeiter wieder. Die mindestens zynischen Ausführungen, die die Bedeutung der Bergarbeiterstreiks hauptsächlich darin sehen, daß diese – unfreiwillig – durch die Niederschlagung des Streiks 1985 womöglich endlich zu einem »schwarzen Bewußtsein« kommen, kann die breite Solidarisierung in den 80ern – und auch jetzt wieder – nicht einordnen. Wir wollen mit dem folgenden Artikel nicht die Bergarbeiter oder gar irgend eine homogene Klasse gegen die Riots oder die Community ins Feld führen. Aber der Artikel macht deutlich, daß es nicht um eine widerspruchslose, weiße Kernarbeiterklasse geht, deren Hauptmerkmal ist, daß *»ihre Existenzgarantien aus den Gewinnen der Weltsarbeitsteilung gespeist wurden«*. Auch den Menschen, die sich seit Anfang des Jahres an der Mobilisierung beteiligen, geht es nicht darum.

Die letzte breite Mobilisierung – die Anti-Polltaxbewegung – ist nach den großen Demonstrationen in isolierte Strukturen zerbröckelt. Daß die aktuellen Kämpfe darüber hinausgehen können, erscheint nach der bisherigen Entwicklung sicher fraglich. Aber ob eine Analyse, die *»sozialrevolutionäre Potentiale an den Ort der niedrigsten organischen Zusammensetzung von Kapital ansetzt«* – und explizit nur dort, das geeignete Instrument ist, um die aktuelle Entwicklung zu verstehen, ist mindestens ebenso fraglich. Umso mehr, als im Zentrum zu Beginn der Kritik behauptet wird, daß es doch gerade falsch sei, revolutionäre Politik an dem Konflikt zwischen *»Werteräubern und Werteproduzenten«* festzumachen.

In den letzten Wochen hat es zunehmend Auseinandersetzungen zwischen diesen *»Werteproduzenten«* und *»Werteräubern«* gegeben. Die Bergarbeiter selber haben sich am 4. April an einem Streik der NUM beteiligt, wobei es kleine wilde Solidaritätsstreiks von Krankenschwestern und Angestellten gegeben hat. In ein oder zwei Gruben haben auch wilde Streiks stattgefunden. Am 12.4. haben Frauen für vier Tage einen Grube besetzt, und heute, am 16.4., streiken die Eisenbahnarbeiter Innen. Diese Liste ließe sich weiter führen: bei Ford sind nach einigen wilden Streiks im März Entlassungen erstmal zurückgenommen worden, während bei Timex, einer Elektronikfabrik in Dundee, Schottland, 300 ArbeiterInnen, mehrheitlich Frauen, nach einem ganztägigen Streik entlassen worden sind. Auch in anderen Bereichen, bei den BusfahrerInnen, den LehrerInnen ... wird über Aktionen diskutiert. Und – natürlich – hat es in diesen Wochen auch wieder vermehrt Riots gegeben, z.B. in Birmingham, Rugby und Hammersmith, wo es eine Schießerei gegeben haben soll.

Unser Beitrag in dieser Nummer soll deutlich machen, daß es wenig Sinn macht, die aktuelle komplizierte Klassensituation in Großbritannien nach einem Raster von schwarz oder weiß (gut oder böse ?!) zu betrachten. Die ArbeiterInnen agieren quer zu solchen Strickmustern. •



The Miners' Last Stand

Arbeiterkampf und Energiepolitik in Großbritannien

Oktober des letzten Jahres provozierte die Ankündigung, daß 31 Bergwerke geschlossen und 30 000 Kumpel entlassen werden sollten, ganz unerwartet eine Massenmobilisierung der britischen Arbeiterklasse. Mit den Schließungen versucht das britische Kapital, den Energiesektor von Grund auf zugunsten der Gas- und Ölindustrie in der Nordsee umzustrukturieren und die Bergarbeiter – immer noch »symbolisches und emotionales Herz« des Klassenkampfes in GB – ein für allemal zu vernichten, um die Klasse weiter neuzusammenzusetzen. Der unerwartete Aufschrei hat das Kapital allerdings ins Stocken gebracht.

Die Mobilisierung

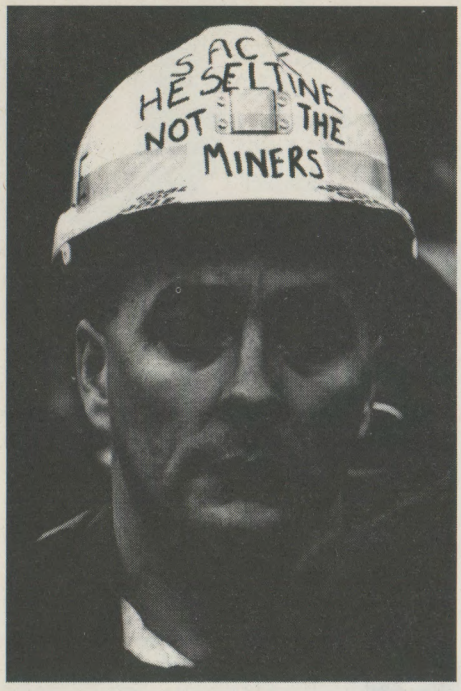
Am 13. Oktober wurden die Stillegungen im Parlament vom Handelsminister bekannt gegeben. Die Maßnahmen seien notwendig, weil die Stromversorgungsunternehmen demnächst von Kohle- auf Gasenergie umsteigen würden. Erdgas soll billiger als Kohle sein. Nach der Ankündigung sollen sechzig Prozent der Zechen und der Arbeiter der staatlichen Kohlefirma *British Coal* verschwinden. Übrig bleiben sollen nur 19 Zechen mit 23 000 Arbeitern. Schnell wurde klar, daß der Plan weithin Schock und Wut hervorgerufen hat. Nachdem ihre Telefone heißliefen, mehrere kleine Demos stattfanden und die Tageszeitungen die Regierung verurteilten, »rebellierten« genügend Toryabgeordnete, um Majors Parlamentsmehrheit in Frage zu stellen.

Vielleicht hatten die »Rebellen« sich überlegt, daß Kohle – wenn überhaupt – kaum teurer als Gas ist; vielleicht haben sie auch geglaubt, eine einheimische Kohleindustrie liege im »britischen Nationalinteresse«. Aber wahrscheinlicher ist, daß sie einfach von der Leistungsfähigkeit der Kohleindustrie beeindruckt waren; seit 1985, dem Ende des letzten Streiks, ist die pro-Kopf-Produktivität um 155 Prozent gestiegen, während die »Kosten« um mehr als 30 Prozent gesenkt wurden; die Profite waren 1991 riesig. 1991 hatte es einen Plan gegeben, nur 22 Zechen stillzulegen und die anderen 28 zu privatisieren, aber im Oktober 1992 kam dieses »dezente« Programm nicht mehr in Frage.

Am 19. Oktober hat die Regierung fürs erste »nachgegeben«. Zehn Bergwerke sollten erst in drei Monaten geschlossen werden, die Zukunft der restlichen 21 sollte eine Untersuchung klären, die Ende Januar 1993 abgeschlossen sein soll. Natürlich wußten alle, daß die Geschichte mit der Untersuchungskommission nur eine Verzögerungstaktik war, aber dieses »Zugeständnis« war ausreichend, um die Mehrheit Majors wieder zu stabilisieren.

Am Mittwoch, dem 21. Oktober fand die erste Massendemo in London statt, die von der Bergarbeitergewerkschaft NUM organisiert worden war. Die Route der Demo ging nicht durch das Regierungsviertel, und die einzige Aktion hat es gegeben, als *Class War*-Leute versuchten, den Luxusladen *Harrods* zu plündern. Vielleicht wichtiger als die Demo selbst waren die über das ganze Land verstreuten wilden Solidaritätsstreiks, bei denen wohl ca. 20 000 ArbeiterInnen teilgenommen haben. Solche Solidaritätsstreiks sind illegal und seit den Thatcherjahren selten geworden. Unter den Streikenden waren 2000 Arbeiter von einem halben Dutzend Baustellen, mehr als 2000 Feuerwehrleute im Raum Manchester, LehrerInnen und Tausende von Angestellten und ArbeiterInnen der Kommunalverwaltungen. Im Londoner Stadtbezirk Lambeth (Brixton u.a) haben Tausende gestreikt, obwohl die Gewerkschaftsbosse versucht haben, Streikaktionen zu unterbinden (jedes Mitglied hat einen Brief erhalten, in dem zu lesen war, daß nicht gestreikt werden sollte).

An Sonntag, den 25.Oktober, gab es die größte Demonstration seit langem, mehr als 200 000 Menschen zogen durch London – die



Demo war vom TUC, dem britischen Gewerkschafts-Dachverband organisiert worden. Freunde von mir meinen, daß beide Demos »gewerkschaftliche« Veranstaltungen waren, im Sinne einer Organisierung von Kontingenten der ArbeiterInnen hinter den Fahnen der Gewerkschaft – aber es waren auch viele »unorganisierte Individuen« dabei. Unter den organisierten Kontingenten fanden sich PostarbeiterInnen, Feuerwehrleute, Krankenschwestern, KrankenwagenfahrerInnen, U-BahnarbeiterInnen, EisenbahnerInnen und Angestellte der Kommunalverwaltungen.

Die Kampagne

Trotz dieser Massenmobilisierungen hat kein Generalstreik stattgefunden, und auch kein Streik der Bergarbeiter. Unter den »BasisaktivistInnen«, aber auch bei den Funktionären der Gewerkschaft herrschte die Einschätzung, die Bergarbeiter seien nach jahrelangen Massenentlassungen und einem bitteren »Kleinkrieg« mit den Bergwerks-Managern zu demoralisiert, um noch einen Streik auf die Beine zu stellen.

Die Gewerkschaften hatten sich sowieso entschlossen, den für die Untersuchung angesetzten Zeitraum und die Unsicherheit der Regierung zu benutzen, um nach Jahren des Mitgliederschwunds ihren Einfluß auf die Klasse wieder zu festigen – und um wieder Zutritt in Regierungskreise zu bekommen, wie sie ihn in den 70er Jahren gehabt hatten. In den Wochen, bevor die Stillegungen bekanntgegeben worden waren, hatte es im Maschinenbau, in der Auto- und in der Flugzeugindustrie Tausende von Entlassungen gegeben. Ende 1993 könnte es mehr Arbeitslose als ArbeiterInnen in der ganzen verarbeitenden Industrie geben. (Es gibt zur Zeit etwa 4,3 Mio. ArbeiterInnen in der verarbeitenden Industrie, dem stehen 3,5 Arbeitslose gegenüber, eingeschlossen jene, die in staatlichen Beschäftigungsprogrammen stecken: Für dieses Jahr wird eine offizielle Steigerung um ca. 200 000 erwartet.)

Im November karrten die Gewerkschaften ganze Busse mit ArbeiterInnen aus der Metallindustrie, den Werften, den Banken und den Baustellen zum Parlament, um dort mit ihrem »zuständigen« Toryabgeordneten zu sprechen (diese britische Ritual nennt sich *Lobby of Parliament*). Durch dieses Umwerben einzelner Toryabgeordnter und durch Treffen mit Ministern wollten die Gewerkschaftsbosse ihre Verhandlungs- und Vermittlungsrolle, die Thatcher abgelehnt hatte, wieder zurückerobern. Eine gewisses Maß an Demos und Aktionen liegt im Interesse der Gewerkschaften.

Für die Bergarbeiter und die Menschen in den Bergbaugebieten geht es bei den Demos, bei der ganzen Mobilisierung aber um ganz entscheidende Fragen. Einige AktivistInnen sagten, wenn die Leute nicht streikten, dann sollte es eine massive Kampagne in den »Communities« und in anderen Betrieben geben, um die Stimmung der Kumpels zu heben, verbunden mit der Hoffnung, im neuen Jahr würde es zu einer Massenbewegung auch mit direkten Aktionen, oder gar zu einer Streikwelle in den Betrieben kommen, und die Regierung könnte dadurch gezwungen werden, den ganzen Plan aufzugeben.

Innerhalb von wenigen Wochen wurden Hunderte von *Miners Support Groups* ins Leben gerufen. In den Bergbaugebieten gab es zum Teil eine ähnliche Mobilisierung wie während des Streiks 1984/85; in London wurde das *National Miners Support Network* mit einer eigenen Zeitung, *Coal not Dole*, gegründet. Die *Support Groups* haben eine Welle kleinerer Demos organisiert, aber auch andere Aktionen, z.B. Mahnwachen vor den Büros der Elektrizitätsfirmen. *Lesbians and Gays support the Miners*, die Unterstützungsgruppe der Schwulen und Lesben ist wieder aufgetaucht.

Der aktivste Teil der »Bewegung« sind die Frauengruppen, die sich unter dem Titel *Women against Pit closures (WAPC)* zusammentun, das Bündnis der Ehefrauen der Bergarbeiter, die 1984/85 mit Suppenküchen, als Streikposten, auf den Demos etc. aktiv waren, mit anderen Frauen im ganzen Land. Anfang Dezember haben fünf Frauen das Büro der Zeche *Markham Main* zwei Tage lang besetzt. Am 11. Januar ist das erste von sieben *Pit Camps* vor den Zechen, die Ende Januar stillgelegt werden sollen, errichtet worden. Die Frauen sagen, sie ließen sich von den Frauen-Friedens-Camps in Greenham Common inspirieren, und sie würden, bis *»sich die Um-*

Bergarbeiter und Londoner U-Bahn-ArbeiterInnen

stände ändern«, 24 Stunden am Tag vor den Zechen bleiben. Eine weitere Eskalation der direkten Aktionen und der Konfrontation erscheint in den Bergbaugebieten möglich.

Während die Untersuchung lief, hat *British Coal* eine eigene »Kampagne« organisiert. Die Manager haben die Bergwerke systematisch sabotiert und die Arbeiter rücksichtslos eingeschüchtert. Ab und zu wird die Produktion angehalten, und die Arbeiter werden nach Hause geschickt. Kohleflöze werden ohne Sanierung bewußt in einen immer schlechteren Zustand versetzt, und Schutt wird in die Zechen gekippt. Die Schichten werden neu eingeteilt, die subventionierten Busse, die die Arbeiter zu den Zechen bringen, wurden gestrichen, Lohnzuschläge abgeschafft, mit der Folge, daß einige Bergarbeiter bis zu 100 Pfund in der Woche weniger erhalten. Besonders Vertrauensmänner sind von Entlassung bedroht. Unter diesem Druck haben bereits 10 Prozent der Kumpel Abfindungen angenommen (die Höhe der Abfindungen variierte von extrem niedrig bis zu 30 000 Pfund).

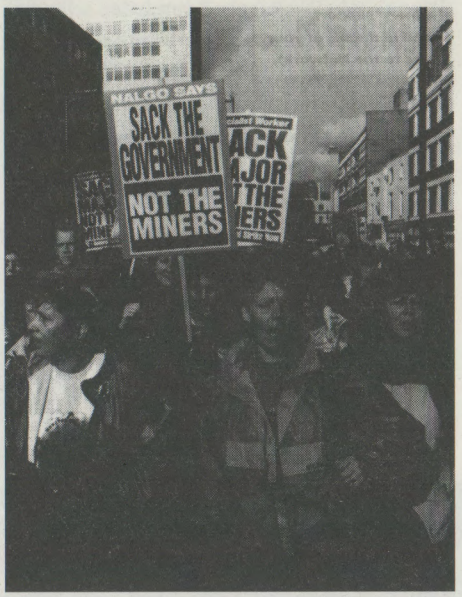
»Die Zweite Front«

Viele, die hofften, die weitverbreitete Unterstützung für die Bergarbeiter könnte ein Zeichen für die Militanz der Klasse insgesamt sein, erwarteten, daß andere ArbeiterInnen selbst zu kämpfen anfangen würden.

»Macht eine zweite Front auf«, forderte unter vielen anderen *Briefing*, eine Zeitung aus der linken Ecke von Labour.

Mitte November sah es so aus, als könnte es bei den Londoner U-Bahnen zu einem zweiten wichtigem Kampf kommen. Auch dort steht ein massiver Angriff bevor – eine weitere Hierarchisierung der Löhne, zunehmende Flexibilisierung der Schichten, obligatorische Überstunden – bis hin zu 5 000 Entlassungen. Die Mitglieder der größten Gewerkschaft, *RMT*, stimmten für Streik, aber die beiden anderen Gewerkschaften, in denen mehrheitlich FahrerInnen und BüroarbeiterInnen organisiert sind, hatten die Streikabstimmung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Aufgrund dieser Situation sagte die nationale Führung der *RMT* den Streik einfach ab, ohne irgendwelche Zugeständnisse bekommen zu haben. Dem Basiskomitee der U-BahnarbeiterInnen, die *Tube-Workers Action Group*, gelang es nicht, irgendeine unabhängige Aktion auf die Beine zu stellen.

Ein weiterer Bereich, in dem sich Konfrontation anbahnt, ist bei den KrankenhausarbeiterInnen. Viele ArbeiterInnen, aber vor allem die KrankenpflegerInnen, haben in der letzten Zeit gegen die Kürzungen und die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen demonstriert oder gestreikt. Wegen ihrer Militanz und der breiten Unterstützung durch die Bevölkerung ist die Bekanntgabe eines Regierungsberichtes zur Zukunft des Londoner Gesundheitswesens – der *Tomlinson Report* – schon im Herbst verschoben worden. Dieser Bericht befürwortet die Schließung von zehn Krankenhäusern in London. Die Veröffentlichung, wohl irgendwann im Frühjahr, könnte einen Sturm hervorrufen. Ende November gab es eine kleine, aber sehr gute Aktion im Londoner Krankenhaus *University College Hospital*. Die Krankenschwestern waren



kurzfristig darüber informiert worden, daß eine Station endgültig geschlossen werden sollte. Sie besetzten sofort die Station, und am folgenden Tag wurde in dem ganzen Krankenhaus gestreikt. Das Beste war, daß drei Patienten die Besetzung mitgemacht haben. Nach sechs Tagen konnten sie sich durchsetzen, die Station bleibt geöffnet.

Es gibt noch weitere Bereiche, in denen eine Eskalation von Arbeitskämpfen zu erwarten ist, z.B. liegt bei *Ford* seit vielen Wochen ein Streik in der Luft. In der nächsten Zeit soll es eine Streikabstimmung geben. Die Betriebsleitung benutzt die Rezession, um Umstrukturierungen durchzuführen; 1992 sind 6 500 ArbeiterInnen entlassen worden, andere arbeiten kurz, wieder andere werden befristet nach Hause geschickt (diese Praxis nennt sich *lay off*, d.h. du wirst nicht entlassen, sondern hast die Garantie, nach einer gewissen Zeit wieder deinen Job zurückzukriegen). Bisher haben die Leute selbst gekündigt und Abfindungen kassiert, der Rest des Personalabbaus lief über Frühpensionierungen.

Jetzt gibt es diese Möglichkeit nicht mehr; die Firma entscheidet, wer gehen muß. Außerdem wird der *lay off pay* von bisher 100 auf 60 Prozent gekürzt. Ford-Arbeiter aus Dagenham sind im Oktober mit den Bergarbeitern und eigenen Parolen marschiert.

Große Streiks gab es Anfang des Jahres bei den Banken. Die *Trustees Savings Bank* (TSB) wollte 20 Prozent der Belegschaft entlassen, angeblich aufgrund der fortschreitenden Computerisierung der Arbeit. Die Bankgewerkschaft *BIFU* hat zwei Eintagesstreiks der TSB-ArbeiterInnen organisiert, an denen mehr als 10 000 ArbeiterInnnen teilnahmen. Die Rationalisierungen wurden allerdings nicht zurückgenommen.

Die »Aktionstage«

Ich habe schon berichtet, daß während der aktuellen »Unsicherheit« die Gewerkschaften wieder an Boden gewinnen wollen. In diesem Sinne arbeiten die Gewerkschaften bei der Kampagne. Am 9. Dezember hat der TUC einen »Tag der wirtschaftlichen Erholung« ausgerufen, d.h. Pressekonferenzen, Gespräche mit freundlichen Kapitalisten und sonst nichts. In Nottingham wollten an diesem Tag Angestellte im öffentlichen Dienst – Mitglieder der Gewerkschaft CPSA – streiken, um die Bergarbeiter und ihre eigenen Lohnforderungen zu unterstützen. Die Behörden-Leitungen kündigten sofort an, sie würden alle rechtlichen Schritte gegen solche Solidaritätsstreiks einleiten, und die Gewerkschaft befahl den Leuten, sie sollten mit dem Streik doch bis April warten, wenn die die übliche Tarifrunde ansteht ... Der Streik fand nicht statt.

Am 19. Dezember gab es eine landesweite Aktion. Sechs schottische Bergarbeiter waren von Glasgow nach London marschiert. Um sich mit dieser beeindruckenden Tat zu solidarisieren, rief der TUC die ganze Bevölkerung dazu auf, um acht Uhr das Licht auszumachen. Außer in einigen Kohlerevieren blieben die Lampen aber fast überall an. Mit ein wenig mehr Publicity könnten solche Aktionen durchaus erfolgreicher sein, aber dieses Manöver zeigt, daß der TUC natürlich gar kein Interesse an einer Mobilisierung der Arbeiterklasse hat.

Am 19. Januar sollte es einen »Aktionstag« geben; ein Tag der Streiks und Demos, um die Zechenstillegungen zu verurteilen. Die Idee kam ursprünglich von GewerkschafterInnen aus dem Nordosten Englands. Der Aufruf wurde zunächst von der ganzen Linken und NUM-Boß Arthur Scargill unterstützt. Er wollte Solidarität von »linken« Gewerkschaften wie RMT, ASLEF (Lokführer) und TGWU (Transport) mobilisieren. Aber der TUC hat den »Aktionstag« beharrlich abgelehnt. Ohne die Unterstützung des Dachver-

bandes ließen sich große Streiks und Demos nicht organisieren. Um seine Beziehungen mit den anderen Gewerkschaften nicht zu belasten, hat Scargill (und auch andere) die Bedeutung des Tages dann heruntergespielt. Nur in Newcastle und Birmingham hat es Aktionen gegeben, Tausende von LehrerInnen und ArbeiterInnen der Kommunalverwaltungen haben gestreikt. Das Scheitern dieser landesweiten Aktionen (9.12., 19.12. und 19.1) hat die Leute natürlich demoralisiert.

Der neue Bericht zu den Bergwerken wird von einem Komitee einiger Abgeordneter verfaßt und am 29.1. veröffentlicht. Eine endgültige Entscheidung soll aber erst später fallen. Möglich ist, daß die Hälfte der Zechen nicht jetzt stillgelegt wird. Das wird zwar groß nichts ändern, aber die Regierung hofft, dadurch weitere Proteste zu vermeiden. Die Regierung wird natürlich nichts unternehmen, was ihre Pläne für die Energieindustrie und die Klasse insgesamt gefährden könnte.

Weitere angekündigte Aktionen sind eine Frauendemonstration am 6.2. in London, einen »Aktionstag« des TUC am 18.2. und eine gemeinsame Streikkampagne der Gewerkschaften der Bergarbeiter und der TransportarbeiterInnen im März.

Der Run aufs Gas (»The Dash for Gas«)

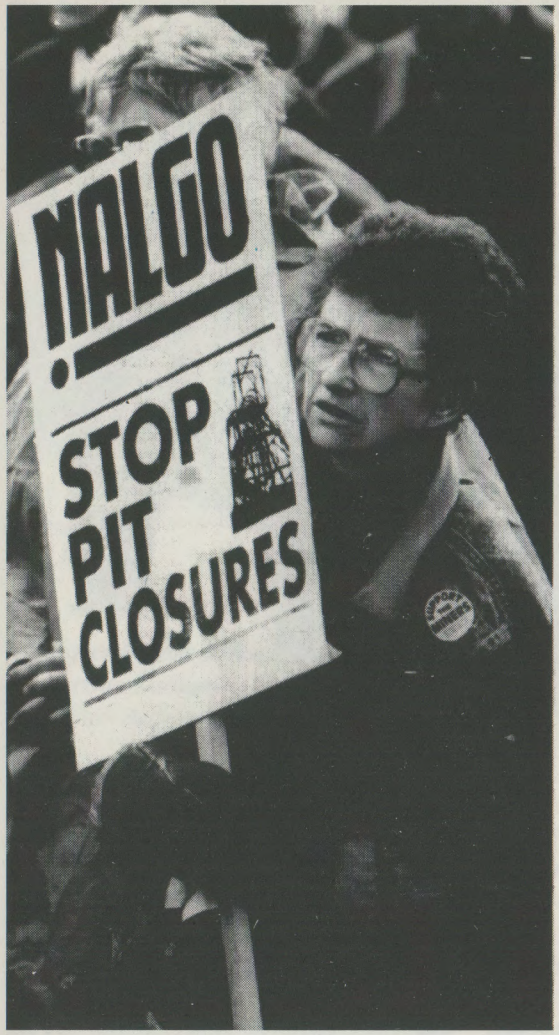
Es steht mehr hinter der ganzen Situation als die Probleme eines einzelnen Industriezweigs. Die Regierung und das Kapital brauchen die massenhaften Zechenstillegungen als ein entscheidendes Instrument der Akkumulations- und Klassenstrategie.

1992 belieferte *British Coal* die zwei großen Stromerzeuger *National Power* und *Powergen* mit 65 Mio. t Kohle. 1993 sollen es nur noch 40 Mio. t sein, 1997 nur noch 30 Mio. Das ist der unmittelbare Grund für die Schließungen. Die Fehlmenge von 35 Millionen Tonnen soll überwiegend durch den schnellen Bau von Gaskraftwerken ersetzt werden, der Rest durch Kohle aus dem Ausland.

Der TUC und alle möglichen Leute lehnen diesen Plan ab. Sie sagen, Gas werde für die Stromunternehmen nur vorübergehend billiger als Kohle sein, und langfristig sei eher Kohle billiger. Sie sind gegen den Import ausländischer Kohle, ob aus Südafrika (»Sklavenarbeit«), Kolumbien (»wo Kinder in den Gruben malochen«), China (wo tausende von Bergarbeitern jedes Jahr bei der Arbeit sterben) oder der BRD (wo die Kohle subventioniert ist). Sie sind auch gegen Atomkraft, die 22 Prozent des Energiemarktes hält, entweder aus Sicherheitsgründen, oder weil die Atomindustrie massiv subventioniert ist. Oft verbinden sie diese Argumente mit der Ideologie eines »britischen Nationalinteresses»: »Das nationale Interesse braucht eine einheimische Kohleindustrie, schon aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen«, »Sie können doch unsere Kumpel nicht wegen ausländischer Kohle entlassen«, das sind 2 der typischen Sprüche, die man so im Moment hört.

Privatisierung

Manchmal werden die Wurzeln der aktuellen Krise der Kohle auch in der Privatisierung der Stromindustrie gesehen. 1989 wurde die ganze Stromindustrie, mit Ausnahme der Atomkraft, privatisiert. Erstens wurde das staatliche Monopolunternehmen in zwei Teile zerlegt: Stromerzeugung und Stromversorgung (nur in Schottland verlief die Aufteilung anders, nämlich geographisch, in Nord und Süd). Zweitens wurde die Stromerzeugung wiederum unter zwei Firmen aufgeteilt, National Power mit 60 Prozent der damaligen Kapazität, und Powergen mit 40 Prozent. Die



Regierung ist weiterhin mit 40 Prozent an beiden Firmen beteiligt. Und drittens wurde die Stromversorgung unter 12 unabhängigen regionale Unternehmen aufgeteilt – *Regional Electricity Companies* oder RECs. Diese RECs dürfen die bis zu 15 Prozent ihres Strombedarfs selber erzeugen. Andere Privatfirmen dürfen mit den RECs und den Stromerzeugern konkurrieren – was zu einer Welle von Neugründungen führen wird.

Es war sofort klar, daß die neuen Firmen – Stromerzeuger und -versorger – sehr rentabel sind. Z.B. sind die Profite von *Scottish Power* im ersten Jahr nach der Privatisierung um 60 Prozent gestiegen. Bei den Versorgungsunternehmen sind von 1991 bis 92 die Bruttoprofite um durchschnittlich 53 Prozent gestiegen, und die Aktienpreise sind seit der Privatisierung um 70 bis 100 Prozent gestiegen. Im ersten Jahr nach der Privatisierung haben alle Elektrizitätsfirmen zusammen 300 Mio. £ an Dividenden ausgeschüttet. Diese riesigen Gewinne waren Resultat von Preiserhöhungen und der Umstrukturierung während der Privatisierung.

Doch immer noch werden »KernarbeiterInnen« im Energiesektor entlassen, neue Arbeitsbedingungen eingeführt, die Produktivität erhöht. Alleine bei der Versorgungsfirma *Norweb* sind inzwischen 850 Leute entlassen worden, ganze Bereiche werden an Fremdfirmen vergeben. Bei *National Power* wird die Zahl der ArbeiterInnen von Ende März 92 bis März 93 von mehr als 11 000 auf 8 000 reduziert, die Produktivität ist pro Kopf von 1991 bis 92 um 24 Prozent gestiegen. Dort hat die Gewerkschaft gerade einen Tarifabschluß gemacht. Für die ArbeiterInnen ist dabei eine Erhöhung von gerademal der Inflationsrate und eine Einmahlzahlung von 2 000 Pfund rausgekommen, aber der Verdienst besteht aus einem Grundlohn, der Rest richtet sich nach Leistung, und die Arbeit wird weiter flexibilisiert. Das Zechenstillegungsprogramm wird auch zum Anlaß einer weiteren Neuzusammensetzung der Arbeitskraft; mehrere Kohlekraftwerke werden geschlossen.

Die Konkurrenz in dieser jetzt rentablen Industrie ist intensiv, aber die Entscheidungen über die Marktanteile der Stromerzeuger fallen nicht nur aufgrund der Preise. Die *RECs* dürfen ihre eigenen Kraftwerke aufbauen und Strom von verschiedenen Firmen kaufen und tun dies auch, um nicht nur von *National Power*, *Powergen* oder der staatlichen Atomkraftfirma *Nuclear Electric* abhängig zu sein. Sie haben sich für Gas entschieden und angefangen, eine Art Stampede zum Aufbau vieler neuer Kraftwerke loszutreten, die mittlerweile von vielen Privatfirmen und auch von den bisherigen Erzeugern betrieben werden. Gas ist langfristig nicht billiger als Kohle, aber sehr viel flexibler. Man kann es einfach an- und abdrehen, je nach Marktlage, es werden erheblich weniger »unsichere« TransportarbeiterInnen gebraucht. Die aus der Privatisierung entstehende Konkurrenz wird oft für den Zusammenbruch des Kohlemarktes verantwortlich gemacht. All das erklärt nicht ganz, warum die Regierung den »Run aufs Gas« zugelassen hat oder warum die Gasindustrie von größerer Bedeutung für das Kapital als die Kohle ist.

Atomkraft

Aber zunächst ein paar Worte zur Atomindustrie. Atomkraft ist nicht »verantwortlich« für die aktuelle Kohlekrise. 1989 war es nicht möglich, *Nuclear Electric* zu privatisieren. Keine Firma wollte die Kosten der Stillegung der ersten AKW-Generation (*Magnox*) oder gar die Kosten der Endlagerung des Atommülls tragen. Die Industrie blieb staatlich und wird weiter massiv subventioniert; 1,3 Mrd. Pfund jährlich werden aus den anderen Teilen des Energiesektors mitfinanziert – über einen Aufschlag von 11 Prozent auf jede Elektrizitätsrechnung. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Zukunft der Atomindustrie auch in GB unsicher ist. Vor kurzem hat sich GB aus dem internationalen Projekt »Schneller Brüter« zurückgezogen. Eine gerade erst fertiggestellte Wiederaufbereitungsanlage im Nordwesten bleibt geschlossen. Ich habe keine Infos über die Aktivitäten der ArbeiterInnen in den Atomkraftwerken, aber die Gewerkschaften prahlen mit erfolgreicher »Sicherheitsagitation«. Auch bei *Nuclear Electric* gab es in den letzten Jahren Entlassungen: 5 000 oder mehr als vierzig Prozent der KernarbeiterInnen zwischen 1988 und 1992. Die Atomindustrie ist zur Zeit keine Bedrohung für die Kohleindustrie. Es gibt keine Pläne, den Anteil der Atomkraft am Energiemarkt zu vergrößern. Die Industrie hat mittelfristig selbst große Probleme.

Die Öl- und Gas Multis

Die Massenstillegung der Bergwerke ist die entscheidende Wende zugunsten der Gas- und Ölindustrie. In den letzten Jahren waren die Expansion und die Akkumulation in diesen Industrien in Frage gestellt worden (dazu später mehr). Aber die Regierung und das Kapital in GB sind jetzt fest entschlossen, diese Industrie schnell auszubauen, als einen Eckstein der kapitalistischen Strategie in den 90er Jahren.

Die 70er Jahre waren die Boomjahre der Nordseeindustrien. Erdgas aus dem südlichen Teil der Nordsee war seit Anfang des Jahrzehnts in GB in Gebrauch. Im nördlichen Teil, zwischen Schottland und Norwegen, begann in dieser Zeit die Massenproduktion von Öl. Die Ölpreise waren hoch, und relativ gute Löhne haben junge Arbeiter angezogen. Es entwickelten sich nur langsam gewerkschaftliche Organisationen und Sicherheitsgesetze. Mitte der 80er Jahre ist die Profitrate in der Nordsee mit der Stagnation der Ölpreise gefallen. Aber von der Aktivität der Arbeiter drang nur nach einem Unglück klar etwas nach außen: 1988 explodierte die Ölinsel Piper Alpha, wobei 167 Arbeiter ums Leben kamen. Mit großer Solidarität der Bevölkerung hat ein Komitee der Ölarbeiter von Mai bis Juli 1989 eine Reihe von Streiks und Besetzungen gegen

die Sicherheits- und Arbeitsbedingungen auf den Ölfeldern durchgeführt. Obwohl das *»Offshore Industry Liason Committee« (OILC)* ursprünglich nicht gegen die Gewerkschaften agierte, war es von der Basis der Ölarbeiter organisiert, mit neuen Taktiken, z.B. Versammlungen der Anhänger in den schottischen/nordenglischen Großstädten, weit weg von der Arbeit, um die schwarzen Listen zu umgehen. Da immer mehr Arbeiter den Gewerkschaften den Rücken kehrten, gründete das *OILC* als einziges Basiskomitee der Koordinationsbewegung 1988/89 in GB seine eigene Gewerkschaft. Das *OILC* hat jetzt Tausende von Mitgliedern und unterhält Beziehungen zu Gewerkschaften im norwegischen Teil der Ölfelder, wo letztes Jahr gestreikt wurde. Es ist klar, daß die Gas- und Ölmultis sich weiterhin auf »Probleme« mit den Arbeitern einstellen müssen, wenn sie nicht irgendwie die Industrie umstrukturieren, die Kapitalintensität erhöhen und die Arbeitskraft neu zusammensetzen.

1992 war ein schlechtes Jahr für die Industrien in der Nordsee. Von Frühling 92 bis Januar 93 ist der Ölpreis von ca. 21 Dollar pro Barrel »brent crude« auf weniger als 17 Dollar gefallen. Das heißt auch weniger Profite. Eine Londoner Finanzberatungsfirma warnte im Januar, ein weiterer Kollaps der Ölpreise sei nicht auszuschließen. 1992 gingen auch die Kapitalinvestitionen zurück. Sowohl britische als auch andere Multis haben Probleme. *British Petroleum (BP)* wird von *Independent* als ein »belagerter Ölriese« beschrieben. *BP* entläßt zwischen Ende 1991 und Ende 1993 mehr als 15 Prozent seiner weltweiten Belegschaft. *British Gas*, das erst vor kurzem privatisiert wurde und eine wichtige Rolle in der Nordsee-Erdgasindustrie spielt, macht große Verluste, alleine im 3. Quartal 1992 190 Mio. £. Sein Marktanteil in GB sinkt, und die Investitionen wurden letztes Jahr zurückgeschraubt.

300 000 Leute sind in Großbritannien in der Gas- und Ölindustrie beschäftigt, sowohl bei den diversen Multis, aber auch bei unzähligen Subunternehmern; ein Drittel von ihnen arbeitet in der Gasindustrie, die anderen in der Ölindustrie. Aber diese beiden Industrien sind nicht zu trennen. Es gibt in der Nordsee gemeinsame Öl- und Gasinseln. Immer wieder wird betont, wie wichtig der »Run aufs Gas« sei: Laut Unternehmerverband der Gas- und Ölindustrie hängen an diesem »Run« 55 000 bestehende und neue Arbeitsplätze. Ein Sprecher sagt: *»Wenn die Regierung die Ausweitung der Märkte für britisches Gas beschränkt, können wir das Entwicklungstempo der Gas- und Ölindustrie nicht mehr halten...«*. Mehr als dreißig Firmen mischen auf dem Gasmarkt mit. Mehr als vierzig neue Gaskraftwerke sollen in den nächsten Jahren gebaut werden.

Bei dieser Ausweitung der »britischen« Gas- und Ölindustrie dreht es sich um 300 um die ganze britische Insel verteilt liegende kleine oder mittelgroße küstennahe Felder, die bis vor kurzem nicht entwickelt worden waren, weil sie zu klein waren oder weil es ökologische Probleme gab. *British Gas* betreibt schon Felder in der Irischen See. Die Regierung ist fest entschlossen, diesen Weg weiter zu beschreiten: Bis 1995 soll die Produktion um mehr als 30 Prozent erhöht werden. Ein Ökologe meint: *»GB will so viel Öl wie nur irgend möglich so schnell wie möglich aus dem Boden pumpen.«* Die Schließung der Bergwerke und der »Run aufs Gas« sind ein entscheidender Schlag, um diese Expansion voranzutreiben.

Die internationalisierte Gas- und Ölindustrie hat einen größeren Anteil an der Wirtschaft in GB als die Kohle und für das Kapital wesentlich mehr Bedeutung. Die Petrodollars aus dem Ölverkauf sind das Hauptwährungssystem der Welt, sie versprechen große Akkumulationsmöglichkeiten auf Weltebene. Die neuen Gas- und Ölfelder haben eine hohe Kapitalintensität und liegen räumlich weit verstreut. Zusammen mit der zunehmenden Bedeutung von Gas im Vergleich zum Öl bietet das den Multis die Möglichkeit, die Gas- und ÖlarbeiterInnen neu zusammenzusetzen, deren Militanz im Moment auch in der Größe der Nordsee-Ölbohrinseln, in der Konzentra-

THE VOICE OF THE OFFSHORE WORKER

Blowout

tion der Arbeitskraft liegt. Daß sich die Regierung um die Interessen dieser Industrien »kümmert«, ist völlig logisch – GB soll eine Gas- und Öl-Exportnation bleiben bzw. werden. Wichtig ist weiterhin, daß diese Industrien der Regierung seit 1968 115 Mrd. Pfund (!) an Steuereinnahmen gebracht hat. Dagegen hat die (inzwischen) kleine staatliche Kohleindustrie nichts zu melden.

Mitten in der Kohlekrise vom Oktober 92 versprach der Energieminister den Nordseefirmen die Lockerung der staatlichen Reglementierungen (z.B. Sicherheits- oder Umweltfragen). Er betonte, *»nur radikal neue Maßnahmen können den Erfolg gewährleisten«*. Die massenhafte Stillegung von Bergwerken ist genau solch eine Maßnahme.

»Hungernde, beschossene, aufsässige, großartige Kumpel«
(Titel eines Buches von 1985)

Die Massenstillegung dient neben der Ausdehnung der Gas- und Ölindustrie durch neue Gaskraftwerke noch einem anderen Zweck. Wenn die Kumpel und die Kohlereviere plattgemacht werden, dann soll das ein Eckstein einer Neuzusammensetzung der britischen Arbeiterklasse und einer Neuauflage des Thatcherismus sein. Die Tories wissen ganz genau, daß die Bergarbeiter in GB aufgrund ihrer Geschichte, Strukturen und Kämpfe mehr als nur eine Gruppe von ArbeiterInnen, sondern symbolisch und emotional »das Herz der Klasse« sind. Ihre Niederlage soll eine Lehre für die ganze Klasse sein, um Demoralisierung zu verbreiten und jeden Gedanken an Widerstand im Keim zu ersticken.

Es ist unmöglich, eine Geschichte der britischen »Arbeiterbewegung« oder der Klassenkämpfe dieses Jahrhunderts zu schreiben, ohne den Bergarbeitern eine zentrale Rolle zuzuweisen. Ganz abgesehen von dem langen Streik 84/85 und dem »Guerillakrieg« 85/86 (kleine Streiks, Vergeltung, Entlassungen und wieder von vorne ...) war es z.B. eine Gruppe Bergarbeiter, die die wichtigsten Passagen des sogenannten »syndikalistischen Aufstands« in GB von 1912-14, *»The Miners next Step«*, ins Geschichtsbuch diktierten. Wegen der Aussperrung einer Million Bergarbeiter fand der einzige »offizielle« Generalstreik der britischen Geschichte im Jahre 1926 statt. In weiten Teilen des Landes waren die Kumpel die wichtigste Stütze der Labourparty. Es gäbe noch viele Beispiele ...

Zweimal während der »Streikwellen« von 1969-74 gab es landesweite Streiks der Kumpel. Während des zweiten Streiks hat der Premierminister der Tories, Heath, Neuwahlen angesetzt. Die Bevölkerung sollte zwischen ihm und den Bergarbeitern entscheiden; sie wählten die Bergarbeiter. In Ende der 70er Jahre verfaßten Diskussionspapieren läßt sich nachlesen, wie die Tories auf diese Niederlage reagiert haben. Die Bergarbeiter mußten gebrochen werden; das war ein zentraler Teil des Angriffs auf die traditionelle Kernarbeiterklasse und der Absage an jeglichen »Sozialpakt« zwischen Gewerkschaften und Regierung. Der Boden dafür sollte durch die Anti-Gewerkschaftsgesetze und eine präventive Anhäufung von Kohlevorräten vorbereitet werden. »The Great Strike« 1984/85 war auch eine Falle, in die die Bergarbeiter getappt sind.

Innerhalb des gewerkschaftlichen Streiks haben die Bergarbeiter sich Strukturen geschaffen, die eine gewisse Militanz und Autonomie ermöglichen. Zu Beginn eines Streiks werden Streikkomitees durch Massenversammlungen gewählt, parallel zu den Strukturen der Gewerkschaften. Die Komitees holen sich oft Mitglieder der *Support Groups*, aus Arbeitslosengruppen usw. dazu. Die militanten Taktiken der Streikenden schließen »Flying Pickets« und offenen »Guerillakrieg« ein, wie z.B. in Hatfield 1984, als das Streikkomitee einen Hinterhalt für die Bullen, die drei Streikbrecher eskortierten, mit hunderten von Leuten organisiert hat. Sogar (manche) Anarchisten verteidigen ihre Arbeit innerhalb der Gewerkschaften aufgrund dieser militanten Phänomene. Die Arbeiter *»werden den Gewerkschaftsbus dahin steuern, wo sie hin wollen, egal was auf dem Bus steht«* (ein *Class War*-Bergarbeiter).

Aber die Besonderheit und die Bedeutung der Kohlereviere ist nicht nur eine Frage der Arbeiter. Eine starke lokale Solidarität und der Aktivismus der Frauen ist in den Bergbaugebieten nichts Neues. In dem »klassischen« Bergarbeiterdorf war der einzige bedeutende Betrieb die Zeche. Die Häuser gehörten den privaten Bergwerksgesellschaften und später *British Coal*. Das soziale Leben des Dorfes spielte sich zum Großteil in den *Miners Welfares* (eine Art Club, Pub) ab. Die Menschen hatten eine Reihe von Vereinen organisiert – »Brass Bands«, Männerchöre, »Friendly Societies« und politische Gruppen. Gewisse Bergarbeiterdörfer in Schott-

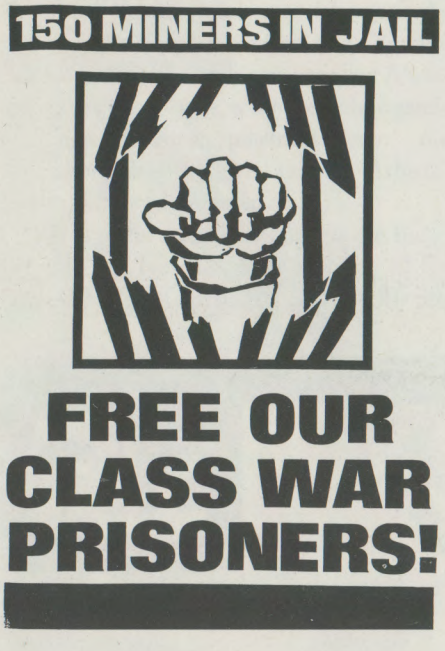
land, Wales und Nordost England wurden in den 20er und 30er Jahren »little Moscows« genannt, wegen einem hohen Niveau an Militanz, und wegen vielen KP-Mitgliedern. Widersprüchlich und patriarchalisch waren diese »communities« natürlich auch, aber die Beteiligung der Frauen bei den Demos und den Streikposten hat es schon 1844, sowie 1974 gegeben.

1983 ging ich mit meiner Mutter, die aus einem Bergarbeiterdorf kommt, zu der hundertsten »Durham Miners Gala«. Jeden Sommer marschieren die Kumpel, die Familien aus Nordost-England mit Fahnen und Bands durch die Straßen von Durham. 1983 kamen 200 000 Leute zu dieser Gala, von denen die meisten keine direkten Verbindung mehr zu einem Bergwerk haben. Warum? Weil für Millionen von Leuten die Kumpel, die Bergarbeiterdörfer ein Mittelpunkt ihrer Geschichte, ihrer Nostalgie, ihrer Kämpfe sind – ihres »Klassenbewußtseins«. Immer noch, wie die Massendemos vom letzten Oktober zeigen. Das Kapital will sogar die Erinnerung an die Militanz und die Solidarität der Kohlereviere vernichten, alle Spuren ihres Widerstandes begraben.

Thatcherismus zweite Folge

Dem Kapital scheint im Moment nichts besseres einzufallen, als den Thatcherismus noch mehr zu intensivieren und auszuweiten. Die für den Thatcherismus typischen Maßnahmen sind immer noch aktuell.

Im Parlament geht mit neuen Gesetzen der Angriff auf die Gewerkschaften und die ArbeiterInnen weiter – ab sofort muß zwischen dem Ergebnis der Urabstimmung und einem möglichen Streik eine wochenlange Pause liegen; die Gewerkschaften dürfen ihre Beiträge nicht mehr direkt aus der »Lohntüte« nehmen, sondern diese müssen bei den Mitgliedern persönlich eingetrieben werden; jede Urabstimmung muß jetzt über den Postweg stattfinden, nicht mehr direkt im Betrieb. Und die Prekarisierung der ArbeiterInnen wird durch Gesetze verschärft, die die Mindestlöhne von 2,5 Millionen ArbeiterInnen, größtenteils Frauen, abschaffen sollen.



Wie schon im Gesundheitswesen werden jetzt die »Prinzipien der freien Marktwirtschaft« in jeder Abteilung der staatlichen Verwaltung eingeführt, d.h. rigorose Buchhaltung, Konkurrenz und Privatisierung. Der Arbeitszwang wird weiter intensiviert werden. Weitere Zwangsarbeitsmaßnahmen für Arbeitslose sind in Vorbereitung. Es ist ironisch, daß der Handelsminister am gleichen Tag, als er die Zechenstillegungen bekanntgab, versprach, die »Entwicklungszonen« auch bis in die Bergbaugebiete auszudehnen, um die Bevölkerung zu besänftigen. Diese »Zonen« sind keine Maßnahme gegen die Auswirkungen der Stillegungen, sondern die zweite Phase davon. Dort arbeiten die Leute mit niedrigen Löhnen, einer hohen Arbeitsintensität, und die Profite sind hoch.

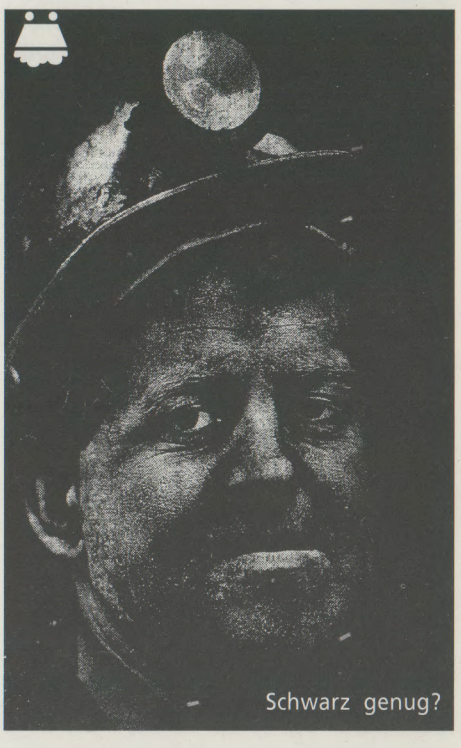
Die Regierung will die weitere Privatisierung vorantreiben, um Kapital und Profite der staatlichen Betriebe »freizusetzen«. Natürlich sollen die Überbleibsel der Kohleindustrie privatisiert werden, aber wichtiger sind erstens die Eisenbahnen und zweitens die Post. Für die Regierung ist wichtig, daß die Privatisierung von Strom und Gas reibungslos klappt, damit sie die weitere Privatisierung legitimieren kann. Der vierzigprozentige Anteil der Regierung an den Stromerzeugungsunternehmen darf auch nicht vergessen werden.

Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen wird in allen Bereichen der Industrie die Arbeit umstrukturiert, wie schon bei der Gas- und Ölindustrie und auch anderen Bereichen oben schon angedeutet. Hinter dem Stellenabbau wird die Klasse neu zusammengesetzt. Arbeitszwang allein kann nicht klappen, wenn nicht auch von Grund auf das konstante Kapital (Maschinen, Produktionsanlagen, Computerisierung) erneuert wird. Dies hatte auch der Thatcherismus in den 80er Jahren nicht geschafft, obwohl er die Erhöhung des Arbeitszwanges zu seiner Priorität gemacht hatte. Aber eine höhere Kapitalintensität muß finanziert werden. Das Geld soll durch die Privatisierungen, die Profite der »Entwicklungszonen«, die Expansion der Gas- und Ölindustrie (Petrodollars) akkumuliert werden. Das Plattmachen der Bergarbeiter soll der entscheidende Schlag in diesem Prozeß sein. Mit der Zerstörung der Bergwerke und Kohlereviere soll die Militanz begraben, Demoralisierung verbreitet und die Leute in die Klitschen getrieben oder einfach »mobilisiert« werden. Diese Auswirkungen, zusammen mit dem Vorantreiben der Gas- und Ölindustrie, machen die Grubenschließungen für den Staat und das Kapital in GB zu einem »unwiderstehlichen« Schritt.

Noch eine Frage zu der Mobilisierung im Oktober 92. Alle waren von der Größe der Demos überrascht. Aber warum haben soviele demonstriert? Ich glaube aus demselben Grund, aus dem die Regierung die Zechen stillegen will. Die Regierung weiß um die Bedeutung der Zechen, und sie weiß, daß die Niederlage der Bergarbeiter eine entscheidende Waffe der Rezession, also der Offensive gegen die Klasse ist. Die Klasse wußte es auch. Millionen dachten, »wenn sie verlieren, dann verlieren auch wir«, Tausende dachten »ich muß was tun«. Was die Regierung hoffte, für sich ausnutzen zu können, hat die Leute gegen sie auf die Straße gebracht. Wie ein Bauzeichner aus Surrey auf der zweiten und größten Oktoberdemo sagte, *»jetzt sind wir alle gefährdet. Wegen der Kumpel ist die ganze Geschichte an die Oberfläche gekommen. Ich weiß nicht, ob ich nächsten Monat noch einen Job haben werde«.*

Im Februar und im März sind weitere Demos und Aktionstage oder gar Streiks zu erwarten. Das Kapital ist nicht vom Kurs abgekommen, daß ein Teil der Stillegungen zurückgenommen wurde, bedeutet nichts Langfristiges, aber der Widerstand ist klar zu erkennen.

Paul M. 28.1.93


Schwarz genug?

Diskussion

Den folgenden Text bekamen wir mit der Bitte um Abdruck. Er bezieht sich auf den Artikel »Heißer Sommer in den Siedlungen« und die Buchbesprechung »Krise, Rassismus, Widerstand« in der letzten WILDCAT.

»Die ganze Geschichte des Landes ist eine Lüge«
(Leroy Cooper: »Voices from the Ghetto« 1985)

Wir versuchen in den Materialien Nr.3, »England – Krise, Rassismus, Widerstand« sowie den »Texten zur Rassismus-Diskussion – From Resistance to Rebellion« Sozialgeschichte von unten zu schreiben. Das ist nicht nur ArbeiterInnen- oder Frauengeschichte, sondern in einer auf dem Rassismus basierenden Gesellschaft auch »schwarze Geschichte«. Nun geht es nicht darum, ein weiteres mal Rassismus auf seine repressiven Momente zu reduzieren oder gar auf »das Böse im Menschen« zuzuspitzen, sondern als ein soziales Verhältnis zu verstehen. Deshalb ist auch Rassismus ein Kampf von »oben gegen unten gegen oben«. Doch nun zum Text:

I. Die Wahrnehmung

In »Aufstände in der Krise« schreibt Dave W., der sich als weißer Bauarbeiter zu erkennen gibt, die Frage nach der Perspektive des britischen Aufstandszyklus stellend, *»es wird einiges mehr passieren müssen, als relativ kontinuierliche urbane Explosionen, um was zu ändern«*. Damit spielt er das Bemerkenswerte an den Aufständen als riot-gewohnter Brite herunter. Er scheint den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen, drum ist ein Blick aus kontinentaler Sicht durchaus sinnvoll. Und der stößt auf eine 15jährige Geschichte, seit 1985 nicht nur urbaner, sondern auch ländlicher, daß heißt mittlerweile landesweiter Angriffe auf die Durchsetzungsorgane kapitalistischer Ordnung. Die verknüpfen Angriffe auf Steuereintreiber, die Polizei, aber auch Drogendealer zu einer Krise des kapitalistischen Kommandos. Hieß es noch 1987 von der Devon-Police *»wir sind in Gefahr, die Kontrolle zu verlieren«*, so stellte der Guardian 1992 nach 11 größeren Riots fest, *»das traditionelle System der sozialen Kontrolle und Disziplinierung ist zusammengebrochen«* (27.7.92). So lautet die Zustandsbeschreibung nach Thatchers Rücktritt am Ende eines Deregulierungsangriffs, der bei aller Härte für die Betroffenen einerseits wirschaftspolitisch erfolglos blieb, ein negatives Wachstum und eine immense Staatsverschuldung aufweist, in der tiefsten Rezession seit den 30er Jahren steckt und andererseits mit landesweiten, nicht mehr nur schwarzen riots konfrontiert ist. Der erste Schritt ist also, diesen Aufruhr »im Inneren der Festung Europa« überhaupt wahrzunehmen. Tatsächlich gibt es bisher kein neues Konzept zur Bekämpfung der Rezession noch des Zusammenbruchs der sozialen Kontrolle. John Mayor setzt auf die Fortführung eines Verarmungsangriffs, der die Renitenz der Klasse bisher auch nicht brechen konnte, und die Polizei wartet mit Notstandsverordnungen auf, die den Konflikt nur weiter verschärfen werden.

II. Die Kontroverse

In Teilen der Metropole, in GB, zunehmend auch in Frankreich, verläuft seit 15 Jahren ein Aufruhr, den die Linke hier in dieser Form garnicht vermutete und deshalb ausschließlich im Trikont, in Sao Paolo oder Algier ausmachte. Streiten tun wir uns über die Verortung und Perspektive dieser nun hinreichend beschriebenen Kämpfe. Eure Position lese ich aus Dave's Schlußsatz heraus, wo von langen harten Streiks die Rede ist, also einer Konfrontationslinie, die zwischen Werteräubern und Werteproduzenten verläuft. Sie ist hinlänglich bekannt, erinnert in dieser Einfachheit aber stark an eine Vulgarisierung Lenins.

Dagegen möchte ich unsere Position noch einmal deutlich machen.

Ein Heft mit dem Titel *»England...«* hat zugegebenermaßen die Schwäche, wie eine Länderstudie daherzukommen. Sie stellt sich zwar als Paradigma vor, doch tat sie noch nicht den nächsten Schritt. Dazu müssen wir GB in einen globalen Kontext setzen, worin diese Länderstudie wiederspiegeln würde, was sich eigentlich im transkontinentalen Maßstab ereignet. Dort erschien der Kolonialismus als Export der sozialen Frage aus den Metropolen, von wo eine rassistische Staffelung in Form der Weltarbeitsteilung erdumfassend vorangetrieben wurde. Deren Beute wurde zur Grundlage der relativ hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals in den Metropolen und damit Voraussetzung für integrative Sozialstaats- und Massenarbeitermodelle. Im Zusammenhang von NS-Volksgemeinschaft und Plünderungen wurde dies am deutlichsten und fand sich in anderer Form wieder im Nachkriegskonzept von Sozialpartnerschaft und Internationaler Arbeitsteilung. Es war jedoch nur ein Modell und bedurfte der Unterfütterung durch eine billig reproduzierte, periphere Arbeitskraft. Mit der Migration, sei sie als Anwerbung oder als Flucht erfolgt, kehrte die soziale Frage in die Metropole zurück. Gerade am Beispiel England wird deutlich, daß die Kämpfe zunächst Elemente trikontinentaler Auseinandersetzungen enthielten, sowohl der antikolonialen in Indien und Afrika, als auch der karibischen ArbeiterInnenkämpfe. Später verstanden sich schwarze Kämpfe der 60er und 70er Jahre als Bestandteil von Befreiungsbewegungen. Insofern sind schwarze metropolitane Kämpfe Speerspitze des Antiimperialismus, dort minoritär, im Weltmaßstab jedoch die vorherrschende Konfrontation. Bis heute sind antirassistische Kämpfe in der Metropole die Verlängerung von antiimperialistischen Kämpfen im Trikont. Dieser Zusammenhang geht bei Betrachtungen auf nationalem Niveau, wie Dave es tut, ebenso verloren, wie der Gehalt von Riots im Wertgesetz verschwindet. Der liegt zum Einen in den sozialen Kosten des rioting begründet, die in Formen von Schäden, polizeilicher und strafrechtlicher Aufrüstung liegen und analog zur trikontinentalen Schuldenkrise die Unsummen der Staatsverschuldung ausmachen. Und sie liegen in der Eigentumskriminalität, die antiproportional zu den Sozialeinsparungen ansteigt. Die Ökonomie des Widerstandes setzt sich aus gelegentlichen Plünderungen (der zugespitztensten Form der Aneignung), der Aneignungskriminalität, Sozialknete und Jobs zusammen. Sie wird über die Community verteilt und verteidigt. Deren Kampfform ist nicht länger der Streik, wiewohl er dazu gehört, sondern der gegen die Polizei. Sogar entlang der Transformation der Bergarbeitercommunities können wir das feststellen. Deren 84er und 92er Streiks waren Rückzugsgefechte einer Schicht, deren Existenzgarantieen aus den Gewinnen der Weltarbeitsteilung gespeist wurden und die in der Form beinahe zu existieren aufgehört hat. Seither nähern sich ihre Lebensbedingungen mehr und mehr den altbekannten »schwarzen« an, dementsprechend adaptieren sie seit 1981 »schwarze« Kampfformen, deren Inhalte sich eher aus der Reproduktion ableiten. Parallel zur Restrukturierung bricht die globale Hierachie an diesem Punkt auf, darin liegt sowohl Gefahr als auch Perspektive. Zum Einen greifen die Regime derzeit auf neue Formen der rassistischen Staffelung und Ethnisierung zurück, zum Anderen spiegeln die britischen Riots das »klassische Verhalten der Massen« wieder (Dr. Gaskell, Guardian?), wie wir sie aus der Sozialgeschichtsschreibung Thompsons, Hobsbawns oder Rudes kennen.

III. Nun zum Inneren der riots.

Grundsätzlich handelt es sich nicht nur um »männliche Gewalt« wie ihr schreibt. Es ist ausgeführt worden, das riots aus drei Anteilen bestehen: dem »Kampf auf den Barrikaden«, den Angriffen auf die Infrastruktur des Rassismus oder allgemeiner der sozialen Diskriminierung im Viertel und den Plünderungen weit in's Viertel hinein. An allen drei Formen sind Frauen beteiligt, weniger an der Barrikade, mehr am Scheiben einwerfen und Plündern, Ausdruck ihrer spezifischen Betroffenheit. Insbesondere seit '86 weisen Verhaftungsstatistiken der Polizei während der riots bis zu 50% Frauen aus. In der Evening Post vom 16.3.89 wird die Polizei mit den Worten zitiert: *»Nicht das männliche Element ist Grund für das Problem. Auch Frauen haben wiederholt Polizeifahrzeuge getreten und beworfen«*. Bekanntermaßen begann schon die französische Revolution mit einem Aufstand der Marktfrauen, sprach Trotzki 1917 von einer »Weiberrevolution«, ebenso war die palästinensische Intifada zunächst eine Revolte von Frauen und Jugendlichen. Elemente dieser »Revolte von unten«, i.d.S. daß die soziale Hierachie von unten unter Druck gerät, lassen sich auch in den britischen Riots ausmachen. Wie prägend sie sind, vermag ich bisher nicht zu sagen. Doch Gewalt im sozialen Krieg Männern zuzuordnen und Frauen auf friedfertige Aktivitäten festzulegen, ist biologistisch und ahistorisch.

IV. Die Zyklen des rioting

Dave W. beschreibt die verschiedenen Zyklen des rioting ('81) '85 - 91 als eher geographische Verschiebungen von den »verfallenen Innenstädten«, dem traditionellen Wohnviertel der Schwarzen in die »Hochhausghettos«, oder »von den Stadtrandsiedlungen«, eher weißen Vierteln, »in die Innenstadt«. WC macht daraus riots in den weißen Vorstädten. Beides ist falsch. Denn dieser Prozeß ist Resultat 1.) der thatcheristischen

Deregulation, die mehr und mehr auch weiße Jugendliche von Arbeitsmarkt, Schule und Lehre ausschließt, ähnlich wie es schwarzen kids seit Ende der 60er Jahre erging, 2.) der Wohnungsbau- und Sanierungspolitik, die seit Anfang der 80er insbesondere Schwarze »Problemfamilien« über die Wohnungsämter in die Hochhausghettos einwies und gleichzeitig Teile der »black community areas« mit Sanierungsprojekten neu zusammenzusetzen/zu restrukturieren suchte, 3.) der Ausdehnung der aus den schwarzen Communities bekannten Polizeistrategie des »heavy policing« auf nun ebenfalls zu Problemvierteln erklärte weiße Suburbs und 4.) eine in vielen schwarzen Vierteln erstickende Polizeistrategie, die den Unterdrückten kaum Spielräume läßt.

Im Gegensatz zu Daves Ausführung ereigneten sich 1985/86 nur zwei von 7 riots in Sozialsiedlungen, die anderen in den bekannten inner cities. Will er damit die scharzen Anteile wegleugnen? Zwischen 1987 und 92 lassen sich 7 größere inner city riots zählen, der letzte im Juli 1992 in Blackburn. Sie haben sich nicht verlagert, sondern in die Estates und weißen Suburbs ausgedehnt, wo sich die neue weiße Massenarmut in einer ähnlich desolaten Situation wiederfindet, wie seit 15 Jahren ihre schwarzen Zeitgenossen: nicht mehr vom Arbeitsmarkt subsumiert, ihre Arbeitslosenkultur kriminalisiert und polizeilichen Maßnahmen ausgesetzt. Kein Wunder also, wenn sich sowohl Subjekt als auch Terrain der Riots verbreitern.

Welches Interesse Dave hat, die riots gegeneinander oder sie durch »Brüche« voneinander getrennt hintereinander zu stellen, sei dahingestellt. Doch »Brüche« sind nur vor dem Hintergrund eines linearen Geschichtsbegriffs auszumachen, wie er sich im Arbeiterklassebegriff verbirgt. Fasse ich weiter im Sinne der Gesamtheit eines »sozialrevolutionären Kontinuums« (Mat.4), dann erst gelingt es fern von derlei Schemata den ganzen sozialen Prozeß zu erfassen. Es macht wirklich keinen Sinn, ihn wie am Computer zu formatieren.

V. Communities – zerschlagen, gegessen oder rekonstituiert?

Der Begriff ist ein sehr schillernder. Da gibt es die deutsche Gemeindesoziologie, die BKA-Konzepte zur sozialen Kontrolle im Städtebau, die ethnischen Communities der Migrationsforscher und die » communities of resistance« eines Sivanandan. Sie reichen von der Gemeinde als einem sozial durchmischten Stadtteil im Sinne des deutschen Nachkriegsstädtebaus, über die Übertragung romantisierter Gemeindevorstellungen aus Dörfern in die brit. Großstädte, über die Reproduktion dörflich-ethnischer Traditionen von MigrantInnen bis hin zu Konstituierungsprozessen im Angesicht einer gemeinsamen Unrechtserfahrung. Es gibt sowohl von oben, der Sozialtechnik her, als auch von unten, dem sozialen Antagonismus her, einen Community-Begriff. Seine tatsächliche Funktion ist abhängig vom Stand der sozialen Konfrontation. Im Wohlfahrtsstaat nehmen Communities als homogene, sozial abgesicherte Gebilde eher die Funktion sozialer Kontrolle ein, schaffen einen Grundstock loyaler Bürger. So waren sie bis Anfang der 70er Jahre von den Sozialplanern gedacht. Doch im Krisenstaat, unter dem Eindruck der Deregulation geraten die Communities der MassenarbeiterInnen in eine neue Frontstellung zum System, sie wurden dysfunktional, die Homogenität der Erfahrung und Identifikationen wird umgedreht zur Grundlage neuer Kämpfe. Der Übergang von sich selbst regulierenden funktionierenden Bürgerschichten zu militanten, die Polizei und Steuereintreiber abwehrenden Communities ist bedeutend. Im Unterschied dazu fanden sich Schwarze von Beginn an in einem Zustand der Desintegration wieder. Sie formierten sich zunächst entlang ethnischer Zugehörigkeiten, ehe sie die entlang gemeinsamer rassistischer Erfahrung überwanden und zu »black communities of resistance« wurden. Sie verändern sich im Angesicht der sozialen Konflikte, werden zerschlagen, rekonstituieren sich, nichts neues eigentlich im sozialen Prozeß. Sie sind weder Modell noch Dogma oder Ordnungskategorie, aber der Versuch, das Terrain von sozialem Zusammenstoß und Konstituierungsprozessen begrifflich fassbar zu machen. Und sie sind »politischer Kampfbegriff«, insofern er jene Utopien enthält und einklagt, die Dave selbst erwartungsvoll als »Tendenzen« und Solidarität« beschreibt. Doch nun zu GB: Nach einem Jahrzehnt polizeilicher Umkreisung und Besetzung galt den schwarzen Communities seit der »Lord Scarman Untersuchungskommission« 1982 eine differenziertere Antwort, die sich aus Sanierung/Vertreibung, Multikulturalismus, Mittelstandsförderung und differenzierterer Polizeistrategie zusammensetzte. Die Sanierungsvertreibung war in Brixton/Lond., St.Pauls/Brist., St.Marys/Southh. und Mersyside/Manch. erfolgreich, insofern sie schwarze Communities zerriß oder sozialtechnisch neu durchmischte, teilweise verschoben sich die Zentren der Communities bloß, bildeten sich anderswo neu oder mehrere kleine in den Estates traten an Stelle einer großen. Das Konzept vom Multikulturalismus war insofern erfolgreich, als die »schwarze« Community durch Förderung separater Kulturzentren reethnisiert wurde, wozu viele schwarze Persönlichkeiten in ABM-Projekte der Race-Relation-Industry eingekauft wurden und damit aus den Communities verschwanden. Die schwarze Mittelstandsförderung entpuppte sich dagegen weitgehend als Propaganda. Der Versuch, neben dem »heavy policing« ab 81 das »soft policing« in Kombination mit Bürgerverbindungskomitees zu etablieren, um den offenen Zusammenprall abzufedern und in den Communities loyale Bürgerkerne zu fördern, gilt seit den '85er riots als gescheitert. Die Gesamtheit der Maßnahmen hatte dennoch zur Folge, daß »black communities« zwischen 81 und 85 in vielen Vierteln auseinanderbrachen. Soweit ist eure Kritik unter Bezugnahme auf Sivanandan richtig, Dave's These von sich quasi selbst »auflösender schwarzer Solidarität« jedoch ungenau. Genau zu diesem Zeitpunkt stellte die Regierung aus Kostengründen, wie es hieß, ihr Multikulti-, schwarze Projekte- und Polizeiverbindungskomitee-Förderung wieder ein, denn sie hatten ihre Aufgabe erfüllt. Damit begann ein den 60er Jahren vergleichbarer Prozeß. Die schwarze Bevölkerung, ihrer Abwehrkräfte beraubt, geriet erneut in die Zange von Polizeiterror, Rassismus, Drogensucht und Armut. Seit 1988 werden allerorten »self-defence-vigilances«, Anti-Deportations- und Justizopferkampagnen ebenso wiedergebildet, wie die landesweite »Campaign against Racism and Fascism« (CARF) seit 1991 eine neue landesweite Zeitung herausbringt. Resultat waren 4 große schwarze Demos Anfang 1992 in London und Manchester. Es gibt heute schwarze Communities in Ost- und Südlondon, in Manchester und Blackburn u.a., es gibt mittlerweile viele »gemischte«, die in den Riot-Estates von Oxford und Wolverhampton eine Rolle spielten und seit dem Bergarbeiterstreik und den Verwüstungen des Thatcherismus mehr und mehr »weiße« »Communities of Resistance« (Vergl. Dave, S.28). Weder sind die schwarzen noch die weißen noch Communities überhaupt gegessen, dies ist in einer Gesellschaft wie der britischen, wo sich alle in Communities sortieren, ohnehin undenkbar.

VI. Rassismus oder was?

»Nun könnte jemand sagen, daß der wirkliche Rassimus, der sich derzeit real äußert, der zwischen Asiaten ist.«

Eine solche Behauptung ist unmaterialistisch. Die soziale Hierachie innerhalb der schwarzen und asiatischen Bevölkerung hat weder ideologisch-religiöse Ursachen, noch ist sie selbst rassistisch, sondern vielmehr Resultat des Rassismus. Dessen Strategie ist eine feine Staffelung bis in die letzten Zipfel der schwarzen Bevölkerung hinein. Instrument ist das Einwanderungsgesetz und das Einreisedatum. Je nachdem sind MigrantInnen Britische Bürger (1945 - 62), aufenthaltsberechtigte Ausländer (1962 - 71), Gastarbeiter (- 81), Flüchtlinge oder Illegale. Der Rechtsstatus ist zusammen mit dem Einreisedatum Instrument der Segmentierung. Es ist bezeichnend, das ein Weißer eine derart schlimme Waffe der Herrschenden in ihrer Wirkung ignoriert. Zudem gibt es natürlich in der schwarzen Bevölkerung, besonders in der asiatischen eine Klassenhierachie, die wiederum auf alte koloniale Praktiken zurückgreift. Die formten aus Teilen der Kolonisierten, Sikhs in Indien, als Verwalter in Afrika eingesetzte Inder eine gehobene Schicht, die nach ihrer Flucht große Geldmengen nach GB mitbrachten, um dort ihre alte Rolle als Patriarchen, Mittelklasse oder Unternehmer weiterzuspielen. In den 70er Jahren gab das Kapital weite Teile des Lebensmittel- und Bekleidungssektors an asiatische Subunternehmer ab, die in GB trikontinentale Arbeitsverhältnisse reproduzierten. Dort malochen insbesondere nach 1971 migrierte Bangladeshis. Eine Ethnisierung »Sikhs gegen Juden«, »Bengalen gegen Panschabis« a la WC verschleiert den sozialen Gehalt des Verhältnisses. Ebenso falsch ist der als Beispiel herangeführte Riot in Blackburn 1992, wo es um »einen Kampf zwischen pakistanischer und indischer Jugend« ginge. Ein solche Satz könnte aus jeder x-beliebigen bürgerlichen Zeitung stammen. Tatsächlich hatte sich dort eine Demonstration von ca 1000 Jugendlichen indischer Abstammung und weiteren 4000 Schaulustigen formiert. Deren Ziel war ein von einer pakistanischen Familie

geführtes Cafe, das als Umschlagplatz von harten Drogen sowie Zentrum einer kleinen Drogenmafia galt. Weil von dort eine Gefahr für die Community ausging, wurde das Cafe angegriffen und abgebrannt, ähnliches geschah 1985 in Liverpool und Birmingham. Der Rassismus-Vorwurf wurde in der Folge von dem angegriffenen Drogenhändler erhoben und begierig von der Presse, später von Dave aufgegriffen.

Dagegen zu meinen, der »weiße Rassismus käme von der Polizei«, ist angesichts von 1985 - 91 von 70 000 auf 100 000 angestiegenen rassistischen Angriffen jährlich grotesk. In der Tat ist der polizeiliche Rassismus berüchtigt, doch ebenso ist der informelle Rassismus Weißer schwarzer Alltag. Als i-Tüpfelchen erscheint der Hinweis, *»sie führen ihre Schlachten fort, als würden sie noch am Khyber-Pass wohnen«*. Aus dem kolonialen Blickwinkel setzt er noch ein rassistisches Stereotyp obendrauf und beschreibt sie in herkömmlicher Überheblichkeit als rückständige Bergbewohner, die ihre Kämpfe in Form mittelalterlicher »Schlachten« führen, grundlos und als bloßen Reflex auf alte Zeiten.

VI. Weiße Geschichte – schwarze Geschichte

- Dave führt die ausbleibenden Riots in den schwarzen inner cities auf die »Gewinne durch den Drogenhandel« (S.29) zurück, eine Verunglimpfung, die von den hiesigen LKAs abgeschaut sein könnte und die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Schwarzen und Flüchtlingen von links ins Feld führt. Tatsächlich umfasst der Gesamtdrogenumsatz in GB nur 10% des hiesigen. Ohnehin gibt es unter den Schwarzen in GB, Asiaten und Afrokariben, aus unterschiedlichen Gründen eine starke Abneigung gegen harte Drogen, die dort keine so zerstörerischen Wirkungen, wie in den USA haben. Die Drogengewinnler sind wie überall nicht schwarze Communities, sondern Kapitalisten, welcher Hautfarbe auch immer. Die »Ruhe« ist nicht auf Drogengewinne, sondern die Zerstörung und polizeiliche Unterdrückung zurückzuführen.

- Die »andauernden Razzien durch die Polizei«, die »allgemeine Erhöhung der Polizeipräsenz« am Beispiel weiße Vorstadtsiedlungen und Bergbauregionen zu entdecken, tut so, als sei es neu und nicht bereits seit 25 Jahren schwarze Realität.

- Den Bergarbeiterstreik derart zu zentralisieren, wie ihr es tut, unterschlägt, daß Schwarze einen ebenso zentralen Streik bereits 1976 hatten, den 1jährigen Grunwick-Streik von 550 Asiatinnen, mit ähnlich brutalen Polizeieinsätzen, vergleichbar vielen Verletzten und einer ähnlichen Wirkung auf schwarze Arbeitskämpfe.

- Sogenannte McJobs als Symbol für den Verlust der letzten weißen Privilegien zu entdecken, verschloß jahrzehntelang den Blick vor dieser 40jährigen schwarzen Erfahrung.

- In den letzten 15 Jahren heruntergekommene Sozialsiedlungen als Symbol thatcheristischer Verarmung zu deuten, ignoriert, das Schwarze seit ihrer Ankunft in derart desolaten Verhältnissen wohnen.

- Ebenso sind Obdachlosigkeit (30% Schwarze), Knast (20%), Justizirrtümer (40% Schwarze und Iren), Arbeitslosigkeit (25%), Gewaltverbrechen (100.000 rassistische Angriffe jährlich) usw »schwarze« Sorgen.

- Für die Öffentlichkeit zweier von der Polizei zu Tode gehetzten joy-rider gibt es bei rassistischen Morden oder für schwarze tödliche Polizeieinsätze keine Entsprechung.

- Über den Abbau des Gesundheitswesens in Bestürzung zu geraten, übersieht die notorische Unterversorgung von spezifisch schwarzen Erkrankungen.

Alle diese Beispiele verraten einen ethnozentrischen Blick, der erst bei eigener Betroffenheit aktiv wird.

Darüberhinaus belegen die Beispiele, daß die zentralen Elemente der Deregulierung und Entgarantierung der Wohnung, der Arbeit, der Aussonderung und der Reproduktionskostenkürzung sowie die polizeiliche und strafrechtliche Unterdrükkung bereits seit 30 Jahren die schwarze Realität auszeichnen. Die ist gewissermaßen ein Prototyp dieses Projektes, von dort werden diese Bedingungen ausgeweitet. Deshalb ist es zulässig, die resultierenden Kämpfe mit dem Etikett »schwarz« zu belegen, so die Streiks in allen Niedriglohnsektoren, im Gesundheitswesen, der Automobilfertigung, im Textilsektor und im öffentlichen Transportwesen, die communitybasierenden Organisationsformen, die Selbsthilfeinitiativen in Form eigener Schulen, Gesundheitsinitiativen, Sparclubs, Rechtshilfegruppen, die Riots. Anfangs gelang es den Herrschenden sogar, den informellen weißen Rassismus über das neonazistische Erstarken in die Unterdrückung der schwarzen Bewegung einzubinden. Mit Krisenbeginn (68-71) und Krisenangriff (79) wandten die Herrschenden diese Elemente gegen immer größere Teile der Klasse an, um sie stärker zu differenzieren; nun erwischte es auch Weiße. Neofaschistische Wahlerfolge gingen auf null zurück, stattdessen fanden sich immer mehr weiße Jugendliche auf der Seite schwarzer Kämpfe wieder, »in deren Kielwasser« wie Dave zugibt. Zuerst verlor der Rassismus unter weißen Jugendlichen seine materielle Grundlage. Und 4 Jahre später endete auch der weiße Bergarbeiterstreik mit folgendem Resümee: *»Ich bin als Sexist und Rassist in den Streik gegangen, doch erst jetzt begreife ich den Kampf der Schwarzen gegen die Polizei und der Frauen gegen unsere Dominanz«* (Tim Scargill, London 1991). Erst unter dem Eindruck schwarzer und weiblicher Kämpfe war dieser Paradigmawechsel vollziehbar.

Schwarze Geschichte oder besser »Geschichte von unten« zu schreiben, bedeutet, diese Triebkräfte im sozialen Prozeß zu begreifen, anzuerkennen, daß die Überwindung der sozialen Hierachie, wenn sie die Gesamtheit als auch die Basis des Systems aufheben soll, auch nur von der Basis kommen kann. »Schwarz« steht nicht für den Versuch einer Ethnisierung von Kämpfen, sondern für »unten«, ebenso steht die Anerkennung von »Rassismus« für die herrschende Strategie der Unterfütterung der Verwertungshierachie mit einer auf dem »Rassen«-Konstrukt fußenden Unterklasse, die für die Wertschöpfung zentral ist. Da wir sozialrevolutionäre Potentiale am Ort der niedrigsten organischen Zusammensetzung von Kapital ansetzen (wenn diese Terminologie überhaupt noch zu solcher Bezugnahme taugt), dann lautet die Schlußfolgerung: sozialrevolutionäre Perspektiven kommen von unten und rollen die gesellschaftliche Staffelung von dort auf.

VII. Resumee – böse Töne gegen böse Rezensionen

Dave wiederholt die Fehler ethnozentrischer Geschichtsschreibung, bewertet schwarze Erfahrungen unter bezw. falsch. Er konzentrierte seinen Blick auf die neue weiße Revolte und vermochte deshalb die Zusammenhänge und Transformationen nicht zu verstehen, drum erging er sich in dumme Erklärungen über schwarzen Rassismus und Drogengewinne. Ebenso wird der konstitutive Gehalt des Rassismus verschleiert, indem er nach oben in die Polizei und nach unten in die Schwarzen selber hineinverlagert wird. Den antirassistischen und radikalen Gehalt schwarzer Kämpfe durch Ethnisierung von Konflikten zu torpedieren, ist ein spezifisch weißes Vorgehen. Deshalb noch einmal zum Rassismus-Begriff: Es handelt sich um ein soziales Verhältnis, ist weder auf Ideologie noch Religionen reduzierbar, noch abstufbar nach der Hautfarbe, das sind höchstens Äußerungsformen. Rassismus ist ein die soziale Gesamtheit strukturierendes, hierachisierendes und deshalb konstitutives Element, dessen Grundlage das soziale Konstrukt »Rasse« ist, das sich, um Gestalt anzunehmen, der verschiedensten Bausteine bedient, um diese zu hierachisieren. Der Ideologie kommt die Aufgabe der Wertung zu. Rassismus hat, ebenso wie Sexismus und Klassismus die Funktion, durch größtmögliche Differenzierung der Bevölkerung sowie durch Bevölkerungsrationalisierung größtmögliche Akkumulation durchzusetzen. Deren Resultat besteht nicht in einer simplen Dreiteilung nach »Rasse-Klasse-Geschlecht«, sondern einer sehr feinen und komplexen Staffelung. Ethnozentrismus ist ein Ausdruck dieser Staffelung und nicht mit ihr deckungsgleich. Das alte Spiel von den Haupt- und Nebenwidersprüchen sollte im Übrigen nicht wiederbelebt werden.

Dagegen wirkt der Traum vom »großen Streik« wie jener eines Museumswärters, der staubwedelbewehrt der guten alten Zeit zu neuem Glanz verhelfen will, als hätte sich seit Engels »Lage der arbeitenden Klasse« von 18hundertsowieso nicht geändert. Schon der Übergang von der »Klassenzusammensetzung« zum »Arbeiterstandpunkt« in den WC's 47-49 (1989/90) geriet zum Rückschritt, nur noch durch Projektionen begründet, die trotzig der Deregulation einen irrationalen Halt entgegenstellten. Kurz gesagt empfinde ich das Bündel aus eurem und Daves Geschreibsel als eurozentrisch und anachronistisch. Es ist der Diskussion um die Frage nach dem Stellenwert und der Perspektive derartiger Kämpfe und Kampfformen ebensowenig förderlich, wie einer strategischen Diskussion um die Überwindung der rassistischen Staffelung (im globalen Raum). Ihr reproduziert in der Tat eher dieses Gefälle, mißachtet die Grenzen Rostocker Jugendbewegung, die keinen sozialrevolutionären Gehalt hat, als daß ihr euch um die Überwindung bemüht.

Frank

Migration und Arbeitsmarkt

Die 'Asyldebatte' genannte Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen, die im Winter sämtliche Medien füllte, ist vorläufig wieder in der Versenkung verschwunden. Nutzen wir die Gelegenheit, um über den Tellerrand der antirassistischen Empörung, über die Fixierung auf das Asylrecht hinauszublicken. Es ist zuweilen schwer, in den neuen Migrationsbewegungen und in den Manövern des Staates den roten Faden des Klassenkampfs auszumachen. Vielleicht handelt es sich auch gar nicht um einen roten Faden, und wir müssen uns den Klassenkampf eher als ein buntes Knäuel vorstellen, in dem sich viele Fäden kreuzen. Versuchen wir also, diese Fäden freizulegen und die Muster zu entziffern, zu denen sie sich verbinden.

Die 'Asyldebatte'

drehte sich immer um die Frage: Asylrecht ja oder nein? Aber diese Frage war längst entschieden. Sicher gibt es immer noch eine Menge Leute, die sich mit den liberalen und humanistischen Aspekten des Grundgesetzes (wie z.B. dem Asylrecht) identifizieren, und viele von ihnen sind wohl im Wählerpotential und in den mittleren Funktionärsrängen der SPD zu finden; insofern steckt die SPD wahrscheinlich wirklich in der Klemme. Auf den Entscheidungsebenen der Partei- und Staatsbürokratien aber – und übrigens auch unter den meisten 'Experten' (egal, welcher politischen Strömung) – waren die wesentlichen Inhalte des 'Asylkompromisses' vom Dezember 1992 schon seit längerer Zeit beschlossene Sache: drastische Einschränkung der Einwanderung über das Asylrecht; Suche nach anderen Wegen zur Regelung der von den Herrschenden für nötig gehaltenen Einwanderung; 'Lösung' der gesamten Migrationsproblematik auf europäischer Ebene. Wesentliche Teile dieser Inhalte waren auch schon geregelt worden: Auf rechtlicher Ebene gab es unter anderem das *Schengener Abkommen* 1990, das neue *Ausländergesetz* und die *Anwerbestopausnahmegenehmigung* 1991 sowie das *Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz* 1992. Auf praktischer Ebene waren unter anderem Lager eingerichtet worden, wurde in vielen Städten die Sozialhilfe nicht mehr in bar ausgezahlt usw. Insofern waren die meisten Beschlüsse des Asylkompromisses – außer der Änderung am Text des Grundgesetzes – auch recht breiter Konsens: selbst Gruppen wie das Hamburger *Bündnis türkischer Einwanderer* sprachen sich z.B. für Listen sogenannter verfolgungsfreier Länder aus.

Das politische Schauspiel diente auf der einen Seite den Parteien – vor allem den rechten –, denen es immer schwerer fällt, Wähler für sich zu begeistern. Daher versuchen sie sich mit immer krasseren populistischen Manövern zu profilieren, die gleichzeitig möglichst wenig kosten sollen.

Auf der anderen Seite nutzt der Staatsapparat selbst den Populismus, um 'Notstand' zu spielen: er führt z.B. in Rostock seine angebliche Schwäche vor, um dann 'das Volk' den starken Staat fordern zu lassen. Bis weit in die Linke hinein wurde nach mehr Polizei und schärferen Gesetzen gerufen, obwohl der Staat weiterhin die Linke, die Autonomen, sogar die RAF als Hauptfeind aufbaut. Im übrigen steht ein Umbau des bisherigen BRD-Staats an, bei dem anscheinend etliche Teile der Verfassung stören. Insofern steht die Artikel-16-Diskussion sicher auch im Zusammenhang mit anderen Verfassungsfragen wie Bundeswehreinsätzen in Jugoslawien oder Somalia.

Rechte Hetze gehört nicht nur zur parlamentarischen Demokratie und zum Parteiensystem und findet nicht nur im Raum der bürgerlichen Öffentlichkeit statt, sondern auch innerhalb der Arbeit. Das Kapital braucht die Arbeiterklasse gespalten und in sich hierarchisch. Die (Selbst-)Organisation der Klasse um mehr oder minder scharf gegeneinander abgegrenzte Teilidentitäten herum (wie Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Herkunftsort, Staatsbürgerschaft, technische und politische Qualifikation) spiegelt direkt

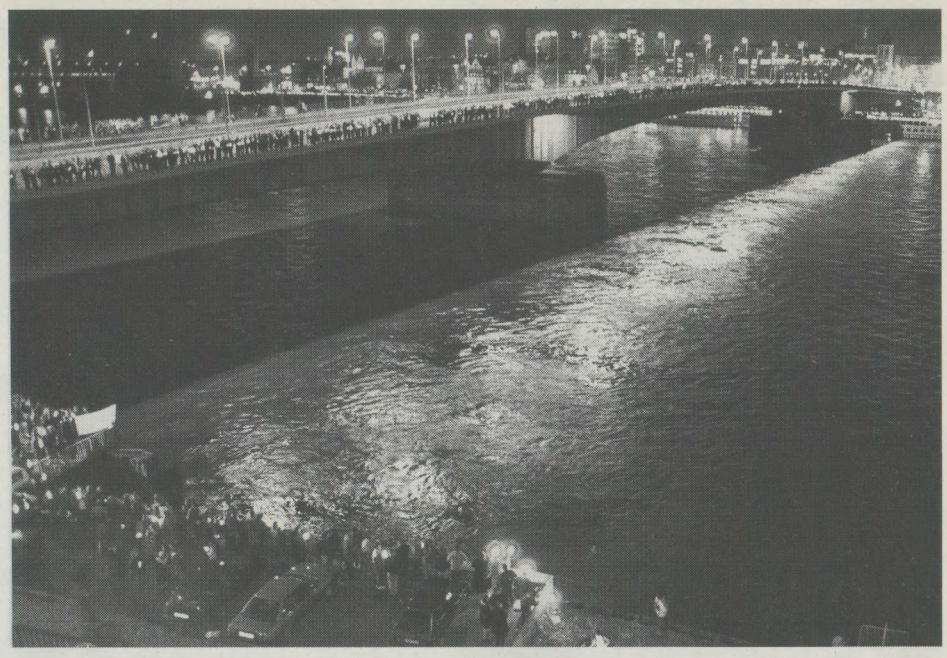
ihre unterschiedlichen materiellen Bedingungen wider (Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsstatus, Lohnhöhe, formale Qualifikationstitel).

Die Lichterketten

waren keine Bewegung 'von unten', aber nach den medienwirksam aufbereiteten Pogromen und Anschlagsserien wurde diese Initiative aus der Medienindustrie von vielen Leuten aufgegriffen; aus verschiedenen Gründen: von der Verletzung eines 'positiven Nationalismus' über moralische Betroffenheit und Mitleid mit Schwächeren bis zur Angst, vielleicht selbst zu den nächsten Opfern zu gehören. Bei einigen steckte auch ehrliche Empörung und Wut auf die herrschenden Verhältnisse dahinter. Die SchülerInnen, die in den letzten Jahren wie beim Golfkrieg immer als erste und am spontansten auf die Straße gegangen sind, waren sicher aus anderen Gründen dabei als die 'braven MittelstandsbürgerInnen'. Die Proteste und Aktionen der SchülerInnen waren in einigen Städten der Vorlauf für die breite Mobilisierung der Medien. Das Ergebnis, die Lichterketten, sollte dann mit dem Gefasel von Multi-Kulti und gegen Gewalt jede konkrete Aussage unmöglich machen. Viele der SchülerInnen stecken sowieso schon in der Antifa-Bewegung, die als Jugendbewegung bisher noch breiter ist als die Fascho-Bewegung, sie bekommen aber nicht mehr die Chance, ihre Stärke auf der Straße zu spüren. Dieser Raum ist immer schon besetzt: von den PolitikerInnen am 8. November in Berlin, von den Grünen und Jusos am 14. November in Bonn, und von den Medien selbst in den Lichterketten.

Politisch bestimmt waren die Lichterketten von den 'modernen Mittelschichten', den europäisch und multikulturell denkenden Angestellten, die sich vom 'dumpfen Mob' abgrenzen wollen und jeden Rassismus weit von sich weisen. Ihre abstrakte 'Menschlichkeit', die sie der abstrakten 'Gewalt' entgegensetzen, ist die Menschlichkeit der Chefs. Das Widerlichste an den Lichterketten war noch nicht mal die demonstrative Ohnmacht, sondern das unausgesprochene Motto: 'Mach meine Arbeitskraft nicht an'. Plötzlich entdeckte das Kapital sein Herz für AusländerInnen: Opel setzte 100.000 Mark für die Ergreifung der Mörder von Mölln aus, und BDI, BDA und DIHT starteten eine gemeinsame Anzeigenkampagne gegen Ausländerfeindlichkeit. Lag es daran, daß der Anschlag von Mölln die Falschen getroffen hatte, nämlich Türkinnen,

Die antirassistische Dauerwelle hat gnadenlos verkleistert.



also keine 'Fremden', sondern einen weitgehend integrierten Teil der hiesigen Arbeiterklasse, der, wie die Kapitalisten nicht müde werden zu betonen, überproportional viel zum Sozialprodukt beiträgt? Was in der direkten gemeinsamen Mobilisierung mit dem Staat nicht möglich war (z.B. bei der Berliner Demo, wo Weizsäcker mit Eigelb bekleckert wurde), funktionierte, als die Kommunikationsindustrie das Ganze selbst in die Hand nahm: die Lichterketten wurden hauptsächlich von Werbeagenturen und Journalisten organisiert. Sie waren ein gestelltes Luftbild: ohne Subjekt, ohne Gegner und ohne Ziel. Und wie jedes Medienprodukt waren sie irgendwann out und wurden genauso niedergemacht, wie sie zuerst hochgejubelt worden waren.

Eines aber hatten sie erreicht: die Millionen von Kerzen produzierten genau den Schatten, in dem das Asylrecht geändert werden konnte. Und das war kein Zufall: die Lichterorgien richteten sich gegen den bösen Skinhead-Rassismus. Die notwendigen staatlichen Maßnahmen gegen Flüchtlinge, SchwarzarbeiterInnen etc. wurden genausowenig in Frage gestellt wie ihre Ausbeutung. Die antirassistische Dauerwelle hat gnadenlos verkleistert.

Der Staat hat vom Antirassismus genauso profitiert wie vom Rassismus. In einem Atemzug wurde über 'die Gewalt von links und rechts' geplappert, z.B. beim Mord an Silvio Meier in Berlin, als ständig von rivalisierenden rechten und linken Jugendbanden berichtet wurde. Verschärfungen des Landfriedensbruchs-Paragraphen und der Einsatz der Bundeswehr gegen 'Randalierer' wurden diskutiert. Und für viele ehemals kritische Köpfe ist 'innere Sicherheit' nicht mehr gleichbedeutend mit Staatsterror, sondern ein 'kostbares Gut'.

Klassenspaltung

hat nicht nur einen 'ideologischen' Sinn, es geht nicht einfach um eine 'Schwächung des Klassenbewußtseins' (das es einheitlich auch gar nicht gibt und geben kann; wir sind nicht auf der Suche nach einer 'einheitlichen Arbeiterkultur', mit der sich die ganze Klasse identifizieren soll, und schon gar nicht suchen wir sie beim 'weißen Mann', wie uns immer wieder unterstellt wird). Sondern das Kapital versucht ständig, mehr Arbeit aus der Arbeitskraft rauszuholen und die Arbeitskraft billiger zu machen. Die Gesamtreproduktionskosten der Arbeitskraft als Klasse lassen sich unter anderem dadurch senken, daß ein Teil der ArbeiterInnen nur einen Teil (wenn überhaupt) des indirekten Lohns (Renten und Krankenversicherung, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, Bildung und Ausbildung) bekommt. Genau das ist schon immer der Sinn hinter allen Rotationsmodellen in der Immigrationspolitik gewesen: die ArbeiterInnen sollen nur für die Arbeit herkommen; als Kinder, Alte und Kranke haben sie hier nichts zu suchen.

Dem kapitalistischen Staat fällt seit seinen Anfängen die Aufgabe zu, Bauernbevölkerungen von ihren Lebensmitteln zu trennen und sie in die Lohnarbeit zu treiben. Er entwickelt dabei sein ganzes Arsenal von Zwangsmitteln und Institutionen, um das Privateigentum, die Arbeitsdisziplin und sich selbst aufrechtzuerhalten. Er entwickelt sich als Nationalstaat, worin sich zunächst die Bourgeoisie als neue Klasse gegen die feudalen Herrscher organisiert. Später versucht er die neuen LohnarbeiterInnen zu vereinheitlichen und zu disziplinieren, indem er sie nationalisiert: Durch das Schulsystem und später die Medien wird eine einheitliche (Hoch-) Sprache durchgesetzt, Wehrpflicht und Armee

verbinden und disziplinieren. Im Sozialstaat werden die Reproduktionskosten dieser nationalen 'Gesamt'-Klasse abgedeckt. Nationalisierung der Arbeiterklasse, Hineinwachsen in den Staat und Übernahme des Staates durch die Sozialdemokratie (oder, extremer, die Kommunisten) sind Seiten desselben Prozesses.

Der national-sozialstaatliche Deal, der sich Anfang dieses Jahrhunderts in den meisten kapitalistischen Zentren herstellt, enthält für die 'nationale' Arbeiterklasse zumindest der Tendenz nach zwei 'Garantien': einen existenzsichernden Lohn und die Abschottung von den niedrigeren Arbeiten. Die Kehrseite ist eine Politik, die neue ArbeiterInnen ins Kapitalverhältnis, aber nicht in die Nation zu integrieren versucht, entweder in Form von Kolonialismus oder in Form von Rotationsarbeitsmodellen.

Schon wegen ihrer Unerfahrenheit (mit dem Kapitalismus und mit den ortsüblichen Sitten) lassen sich Neuankömmlinge leicht in Niedriglohn-Jobs drängen, in denen ansässige ArbeiterInnen nicht arbeiten würden. Nach dem nach einigen Jahren, Jahrzehnten oder Generationen folgenden Aufstieg rücken neue ImmigrantInnen in diese Jobs ein. Viele Staaten haben mit Ausländergesetzen und ähnlichen Mitteln genau diesen Aufstieg zu verhindern versucht: In Deutschland wurde z.B. schon um die Jahrhundertwende ein Modell zur Kontrolle der polnischen Saison-LandarbeiterInnen entwickelt, das in vielem direkter Vorläufer der heutigen Verfahren ist: vom staatlichen Vermittlungsmonopol über Rückkehrzwang und winterliche 'Karenzzeit' bis hin zu riesigen Barackenlagern an den Grenzen und einer engen Kooperation von Arbeitsamt, Meldeamt und Polizei.

Die Kehrseite der Nationalisierung ist die Ethnisierung: Die Nationalstaaten nutzen dabei die Tatsache, daß Menschen aus anderen Ländern zum Zeitpunkt ihrer Einwanderung oft andere Sprachen sprechen, an andere Religionen glauben, sich anders anziehen und anders essen, als es im Einwanderungsland gerade üblich ist. Diese Unterschiede werden dann als unveränderliche Merkmale von Gruppen ausgegeben. Wenn verschieden entlohnte Bereiche mit 'ethnischen' und 'rassischen' Gruppen verbunden werden, bekommt die Spaltung sogar den Schein von etwas Natürlichem – so wie niedrigere Löhne für Frauen mit Geschlechterunterschieden begründet werden –, und das sichert sie in beide Richtungen ab: Diejenigen, die zu den bessergestellten 'Gruppen' gehören, können sich 'privilegiert' vorkommen und haben die EinwandererInnen zugleich als ständige Drohung vor Augen. Denn die Einwanderung hat auch immer wieder erkämpfte Standards und Lohnniveaus untergraben. Die ImmigrantInnen wiederum, definiert als kulturell verschiedene Minderheiten, sind eingekreist von einer feindseligen Bevölkerung: auch keine ideale Ausgangsbedingung für revolutionäre Organisierung.

Dabei darf die Klasse nur so gespalten sein, daß sie noch zusammen arbeiten, d.h. das Kapital produzieren kann. Das ist je nach produktiver Organisation unterschiedlich: Innerhalb einer Firma kann ein Unternehmer z.B. eine Belegschaft zwar mit unterschiedlichen Vertragsformen, d.h. unter unübersichtlichen Bedingungen, aber kaum zu allzu unterschiedlichen Löhnen arbeiten lassen. Die Erfahrungen mit der Prekarisierung in den letzten Jahren zeigen, daß krass unterschiedliche Bedingungen meistens an eine Aufteilung in verschiedene Firmen gebunden sind, z.B. über die Trennung in Kernbetrieb und Zulieferer oder über Subunternehmer, die in Fabriken, Büros und Krankenhäusern die Kantinen und Reinigungsdienste betreiben. Auf Baustellen arbeiten alle möglichen Firmen *gleichzeitig* und am gleichen Bauwerk, aber nur bedingt *zusammen*. Das Kapital versucht in einem Management der Spaltungen, diesen Widerspruch für sich zu entwickeln: die ArbeiterInnenklasse als kapitalistische – als arbeitende – Klasse zusammenzubringen und zu verhindern, daß sie in dieser Zusammensetzung eine Autonomie entwickelt und sie gegen das Kapital und gegen ihre eigene kapitalistische Existenz herumdreht. Dazu gehört betriebliche Personalpolitik genauso wie staatliche Einwanderungspolitik.

Die staatliche Immigrationspolitik gibt zwar die Linien der Spaltung vor, aber sie können nur funktionieren, wenn die Klasse sie selbst organisiert, sich in ihrer Zersplittertheit kulturell selbst reproduziert. Die Individuen verhalten sich zu sich selbst und zum Rest der Klasse als FließbandarbeiterInnen oder Angestellte, als Männer oder Frauen, als Schwarze oder Weiße, Schwule oder Heteros. So geben sie ihr Wissen, ihre Ideen und Verhaltensweisen an andere weiter, so erziehen sie ihre Kinder. Diese kollektiven Selbstidentifikationen sind nichts Statisches, sondern verändern sich im Kampf gegen die Verhältnisse, sogar in der Einrichtung darin. Das Problem für das Kapital ist, daß sie ständig seinem Management der Spaltungen zu entgleiten drohen, sei es, daß die Klasse so gespalten ist, daß sie nicht mehr zusammen arbeiten kann, oder sei es, daß sie die Spaltungen hinter sich läßt, sich weiterentwickelt.

'Gastarbeiter'

warb die BRD von Ende der 50er bis Mitte der 70er Jahre im Mittelmeerraum an. Geplant war wiederum eine Rotationswanderung: Die Arbeiter sollten jeweils nur für ein paar Jahre kommen. Die Rotation ist gescheitert – nicht nur daran, daß die Unternehmer sich weigerten, immer wieder ihre gerade eingearbeiteten Arbeitskräfte auszutauschen, sondern vor allem an der besonderen Klassenzusammensetzung der 60er und 70er Jahre. Ausgehend von den ArbeiterInnen der großen Montagefabriken (die wir als die Figur des 'Massenarbeiters' bezeichnet haben) kam es zu einer historisch beispiellosen Vereinheitlichung der proletarischen Verhaltensweisen und Bedürfnisse, die sich direkt gegen die Arbeit richteten. Die Arbeitsimmigranten kamen in diese Großfabriken und damit ins Zentrum der Arbeitermacht hinein. Sie waren sich dieser Macht durchaus bewußt, wie z.B. die *Bild-Zeitungs*-Schlagzeile beim Ford-Streik in Köln 1973 widerspiegelt: *»Übernehmen Gastarbeiter die Macht?«* Und obwohl die deutschen Arbeiter sich oft als 'natürliche Vorarbeiter' sahen und den Immigranten die Drecksarbeiten zuschoben, kam es, vor allem innerhalb der Betriebe, zu einer weitgehenden Homogenisierung.

Mit dem Krisenangriff ab 1973 versuchte das Kapital nicht nur die Zentren der Arbeitermacht zu schleifen, sondern es stoppte auch die Zuwanderung im Rahmen dieses Modells, das nicht mehr als Rotation funktionierte. Viele Immigranten, besonders Türken und Jugoslawen, zogen ihre Konsequenzen daraus: Sie blieben, holten ihre Familien hinterher und wanderten mit der Zeit auch 'im Kopf' ein. Nach der gescheiterten Rotation versuchten Staat und Parteien es in den 70er und 80er Jahren mit 'Ausländer'-Hetze. Aber sie haben gemerkt, daß ein unterschiedlicher rechtlicher Status bei ähnlichen materiellem Reproduktionsniveau (wenn etwa deutsche und türkischen ArbeiterInnen den gleichen Lohn, aber unterschiedliche Pässe haben) auf die Dauer mindestens genauso viele Probleme wie Vorteile bringt. Jetzt versuchen sie die Scherben ihrer gescheiterten Lebenslüge – »die BRD ist kein Einwanderungsland« – zusammenzufegen. Der staatliche Rassismus gegen die 'Gastarbeiter' und ihre Kinder und Enkel (z.B. das neue Ausländergesetz von

1991) ist eher darauf angelegt, den Integrationsdruck zu steigern. Ein Einbürgerungsgesetz ist sowohl im neuen Ausländergesetz als auch im 'Asylkompromiß' angelegt. Die laufende Unterschriftenkampagne des Multi-Kulti-Blocks in dieser Sache hat recht gute Chancen. Das nimmt nichts vom bestehenden Alltags-Rassismus weg, auf den sich die Rechten beziehen.

Nach dem 'Anwerbestop'

ging die Einwanderung weiter, aber auf versteckteren Wegen: über das vermehrte 'Aussiedeln' von Rumänien- und Polendeutschen, über den Nachzug der Familien von Gastarbeitern und über das Asylrecht. Ähnlich wie das Kapital die sogenannten Jobber-Verhaltensweisen – die erfolgreichen Versuche vieler junger ProletarierInnen, sich der Arbeit zu entziehen – benutzte, um eine nicht mehr so freiwillige Prekarisierung für große Teile der Klasse durchzusetzen, machte die inoffizielle, individualisierte Arbeitsimmigration seit Mitte der 70er Jahre einen arbeitsintensiven Dienstleistungs-Klitschensektor möglich: Dieser Sektor verwertet ArbeiterInnen ohne Arbeitserlaubnis. Für viele über das Asylrecht oder als Verwandte eingewanderte Türken und Kurden z.B. bedeuten die 'ethnische' Community und die 'Familie' nicht nur einen Rückhalt, sondern auch ihren Eintrittspunkt in den Arbeitsmarkt. Inzwischen funktionieren in der BRD wie in England oder den USA sehr viele kleine Läden, Restaurants und Imbisse mit dieser Art von Arbeitskraft.

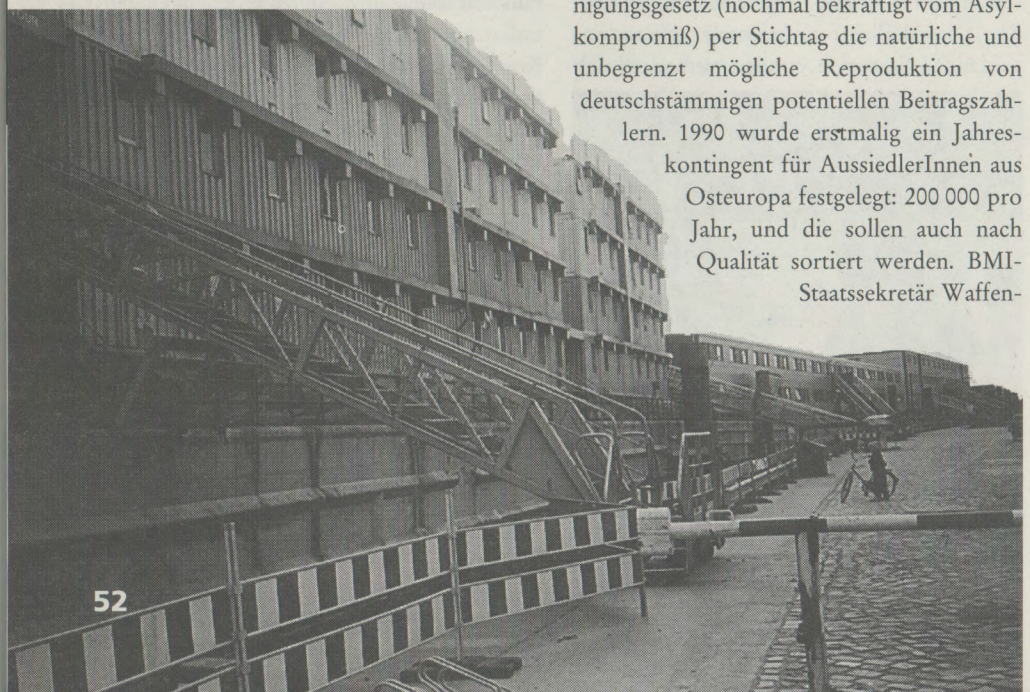
Als sich 1989 gerade ein neuer Kampfzyklus andeutete, half der schnelle Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa und der Druck auf die Vereinigung der deutschen Staaten dem BRD-Kapital aus der Klemme – auch wenn es sich damit langfristig noch viel mehr Probleme eingehandelt hat. Die 16 Millionen 'Immigranten' aus der DDR kamen ihm wie gerufen, um die Klassensituation im Westen aufzubrechen. Durch die neue Situation werden Unternehmerträume wahr, wie ein stark gestaffeltes Lohnniveau in *einem* Land und die vorzeitige Kündigung von Tarifverträgen durch die Unternehmer – nach Ost-Metall jetzt auch in der nordwestdeutschen Textilindustrie.

Außerdem haben die Wanderungsbewegungen aus ganz Ost- und Südosteuropa stark zugenommen. Das Gerede von 50 Millionen auswanderungswilligen RussInnen ist übertrieben, aber die Größenordnungen übersteigen alles aus der Phase des 'Eisernen Vorhangs' Bekannte. Dem westeuropäischen Kapital bietet der Immigrationsdruck die Chance, sich die arbeitswilligsten MalocherInnen gesteuert auf die Felder und Weinberge, auf die Baustellen und in die Fabriken zu mobilisieren. Unternehmer und Staaten hoffen damit den Arbeitsmarkt in Bewegung bringen und neu strukturieren zu können.

Neue Männer braucht das Land

Das Kapital spricht mit vielen Zungen, und von Cohn-Bendit bis zur *Wirtschaftswoche* sagen sie alle, die BRD brauche Zuwanderung. Dabei gehen allerdings unterschiedliche Rechnungen durcheinander: Zum einen ist die Rede davon, daß 300 000 Menschen pro Jahr einwandern müßten, um die Sozialsysteme weiter zu finanzieren. Das entspräche dann der gegenwärtigen Zahl der Rußlanddeutschen plus knapp 100 000. Zum anderen geht es schlicht um Arbeitskräfte.

Die Rechnung mit den Renten- und Arbeitslosenbeiträgen dient wohl eher dazu, den einheimischen ArbeiterInnen die Einwanderung plausibel zu machen, denn die 'Finanzierbarkeit' des Sozialstaats ist in erster Linie eine *politische* Frage und nicht eine des korrekten Zahlenverhältnisses zwischen Beitragszahlern und LeistungsempfängerInnen (siehe den Artikel zum Sozialstaat in diesem Heft). Im übrigen begrenzt das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (nochmal bekräftigt vom Asylkompromiß) per Stichtag die natürliche und unbegrenzt mögliche Reproduktion von deutschstämmigen potentiellen Beitragszahlern. 1990 wurde erstmalig ein Jahreskontingent für AussiedlerInnen aus Osteuropa festgelegt: 200 000 pro Jahr, und die sollen auch nach Qualität sortiert werden. BMI-Staatssekretär Waffenschmidt sucht bei seinen vielen Rußlandreisen wohl nicht nur nach guten Bedingungen für die dortigen Deutschen, sondern auch nach guten Deutschen für die hiesigen Bedingungen. Deutsches Blut, wie dick auch immer, garantiert jedenfalls nicht mehr den direkten Zugang zum Land der Schäferhunde.



Entscheidend ist der Bedarf an billigen Arbeitskräften. In einigen Branchen, wie z.B. auf dem Bau, in der Landwirtschaft und im Gaststättenbereich finden die Unternehmer zu ihren Bedingungen keine Deutschen. Das ist wohl auch der Sinn hinter der erneuten öffentlichen Anweisung an die Arbeitsämter vom März 1993, vorrangig an Deutsche zu vermitteln (den Erlaß selbst gibt es schon seit dem 1.7.1991, seit der Aufhebung des allgemeinen Arbeitsverbots für AsylbewerberInnen): mehr Druck auf 'Legale' (d.h. BRD- und EG-BürgerInnen und langjährige, über das Ausländergesetz relativ abgesicherte ImmigrantInnen), beschissene Jobs anzunehmen, gleichzeitig Anreiz für die Unternehmer, die Löhne schön niedrig zu halten. Im Bausektor z.B. fehlen laut Zentralverband des deutschen Baugewerbes jährlich 20 000 Facharbeiter, obwohl zehntausende von Bauarbeitern arbeitslos sind; die Arbeitsämter klagen, niemand wolle eine Umschulung zum Bauarbeiter machen.

Klar ist, daß es keine Neuauflage der alten 'Gastarbeiter'-Immigration geben soll. Die Kapitalisten brauchen Einwanderer, aber sie sollen billig und prekär sein und bleiben. Daher gehen auch Forderungen wie die der *Wirtschaftswoche*, Bonn solle *»die Chance«* ergreifen, *»schon heute aus nicht verfolgten Asylsuchenden willkommene Einwanderer zu machen«*, an der Wirklichkeit vorbei. Denn die Einrichtung von billigen Immigranten-Kategorien, ihre Entrechtung und der Rassismus, der das legitimiert, gehören untrennbar zusammen. Abgesehen davon entsprechen die AsylbewerberInnen der letzten Jahre (und besonders die südosteuropäischen Roma) überhaupt nicht den Vorstellungen von billiger Arbeitskraft (siehe unten).

Der 'Asylkompromiß'

vom 6.12.92 ist in Wirklichkeit eine programmatische Erklärung der staatstragenden Parteien zur Einwanderungspolitik unter dem Leitsatz, »daß die Zuwanderung nach Deutschland begrenzt *und gesteuert* werden muß« (Hervorh. von uns). Die Streichung des bisherigen Asylrechts aus dem Grundgesetz ist nur einer von fünf Teilen über *»I. Flüchtlinge vor Krieg und Bürgerkrieg, II. Asylrecht, III. Fragen der Einbürgerung und sonstige Fragen der Zuwanderung, IV. Aussiedler, V. Vertragsarbeitnehmer.«*

Wir werden immer mehr

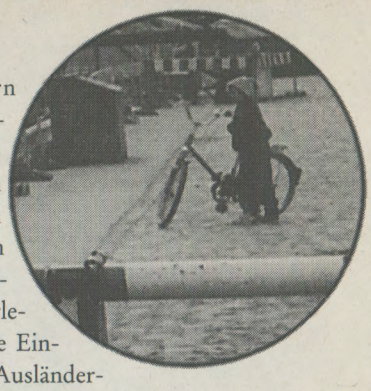
1992 sind etwa eine Million Menschen 'legal' in die BRD gekommen: während die Zahl der 'Aussiedler' (größtenteils aus der ehemaligen Sowjetunion) mit ca. 220 000, der Familienangehörigen von hier lebenden 'AusländerInnen' mit ca. 100 000 und der osteuropäischen 'VertragsarbeiterInnen' mit ca. 140 000 gegenüber 1991 etwa gleich blieb, ist die Zahl der AsylbewerberInnen gegenüber 1991 von 256 000 auf ca. 440 000 gestiegen. Die meisten von ihnen kamen aus dem Süden des ehemaligen Jugoslawien (Serbien, Kosovo, Montenegro und Mazedonien: ca. 115 000), aus Rumänien (ca. 100 000) und aus Bulgarien und der Türkei/Kurdistan (jeweils ca. 30 000). Dazu kamen 100 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien (v.a. aus Bosnien) als Kontingentflüchtlinge außerhalb des Asylverfahrens. Außerdem stieg die Zahl der 'SaisonarbeiterInnen' auf über 200 000. Schäuble behauptete 1991, es gebe »zur Zeit eine halbe Million« 'Illegale' in der BRD. Aber wer ist damit eigentlich gemeint: nur die, die illegal über die Grenze gekommen sind, oder auch die, deren Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist? Vielleicht auch die visafreien 'TouristInnen', die länger als 3 Monate hierbleiben? Das ganze wird zusätzlich noch mit der Frage der 'illegalen Arbeit' vermischt, zu der wiederum Arbeit ohne Arbeitserlaubnis und/oder ohne Aufenthaltserlaubnis genauso gehören kann wie simple Schwarzarbeit.

Schon in den letzten Jahren wurde nur noch ein kleiner, ständig sinkender Anteil der Anträge auf politisches Asyl in der BRD anerkannt – im März 93 waren es 2,1 Prozent. Einerseits läßt der hiesige Staat seit dem Anwerbestop 1973 einen großen Teil der Einwanderung (also auch der 'freiwilligen') über das Asylrecht laufen, andererseits genügt der Nachweis einer politischen Verfolgung schon längst nicht mehr, um als politisch Verfolgter anerkannt zu werden. Praktisch ist die Anerkennung eine willkürliche Entscheidung, und es gab schon bisher faktisch Listen von Ländern, aus denen praktisch niemand anerkannt wurde. Und schon bisher blieben ja viele abgelehnte AsylbewerberInnen als sogenannte 'De-Facto-Flüchtlinge' in der BRD. Während anerkannte Flüchtlinge aber deutschen StaatsbürgerInnen auf dem Arbeitsmarkt rechtlich gleichgestellt sind, sind die De-Facto-Flüchtlinge weitgehend rechtlos und wesentlich billiger.

Der eigentliche Passus zum Asylrecht stellt mit dem geplanten Artikel 16a GG die bisher praktizierte Willkür auf eine eindeutige rechtliche Grundlage: Wer aus einem Land kommt, in dem laut Bundestag niemand verfolgt wird, hat keinen Anspruch auf Asyl mehr. Das macht aus dem Asylverfahren dann endgültig eine Farce. Fast alle, die irgendwo im Inland ihren Asylantrag stellen und keinem Durchreiseland sicher zugeordnet und zurückgegeben werden können, sind damit von vornherein zu rechtlosen De-Facto-Flüchtlingen erklärt.

Gleichzeitig wird ein neuer Status für 'Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge' eingeführt, die keine individuelle politische Verfolgung mehr nachweisen müssen. Den BosnierInnen, die zur Zeit mit diesem Status in die BRD kommen, wird zwar das Asylverfahren erspart, und sie scheinen auch leichter eine Zugangsberechtigung für den legalen Arbeitsmarkt zu bekommen, aber sie werden trotzdem in denselben Lagern gehalten wie die AsylbewerberInnen, wie in Köln-Niehl, wo nach der Zwangsverlegung von vorwiegend afrikanischen kämpfenden Asylbewerbern (siehe Broschüre; Adresse im Kasten) BosnierInnen eingewiesen wurden. Und auch die 'guten Flüchtlinge' wehren sich: In einem Lager in Thüringen traten BosnierInnen in den Hungerstreik für die Barauszahlung ihrer Sozialhilfe.

Mit Länderlisten und Bürgerkriegsstatus verschafft sich der Staat ein tagespolitisch aktualisierbares Instrument, um die Zusammensetzung und den Umfang der 'Flüchtlings'-Immigration zu steuern. Ein noch entscheidenderer Hebel aber ist der Transitland-Trick: Nach dem Asylkompromiß gibt es prinzipiell kein Asylrecht für Menschen, die in die BRD von einem 'sicheren Drittland' aus eingereist sind. Praktisch sind damit vor allem sämtliche Nachbarstaaten Deutschlands gemeint. Wer also jetzt beim illegalen Grenzübertritt erwischt wird, kann nicht mal mehr auf den De-facto-Flüchtlings-Status rechnen, sondern soll umgehend wieder in das Nachbarland, aus dem er/sie gerade kommt, zurückgeschickt werden. Von da aus kann er/sie es dann nochmal probieren (und unter Umständen nochmal einen Haufen Geld an Schlepper abdrücken). Vor allem Polen und die Tschechische Republik (und dann wiederum deren östliche Nachbarländer) werden dabei zum migrationspolizeilichen Vorfeld Deutschlands, wovon die dortigen Regierungen verständlicherweise nicht besonders begeistert sind. Da sie von Deutschland abhängig sind, müssen sie trotz markiger Rhetorik den deutschen Wünschen nach Kontrolle entgegenkommen, bzw. die Deutschen gleich selbst machen lassen, die beim Aufbau von



Arbeitsämtern und Grenz- und Migrationspolizeien gern behilflich sind. In Polen gibt es inzwischen Überlegungen für die Einführung eines Ausländerrechts nach deutschem Vorbild.

Die BRD hat im November 1992 ein 'Rückführungsabkommen' mit der rumänischen Regierung abgeschlossen, die sich darin verpflichtet, ca. 40 000 Roma 'zurückzunehmen'. Bis Mitte März sind 9 200 Roma nach Rumänien abgeschoben worden. Die anderen osteuropäischen Länder weigern sich aber, zum Abschiebegebiet für ImmigrantInnen zu werden, die die deutsche Regierung loswerden will. Auf verschiedenen internationalen Konferenzen nimmt ein System Gestalt an, nach dem Deutschland seine bisherigen Immigranten (außer den rumänischen Roma) behält, aber Polen, die CR und Österreich jeden an der Grenze festgenommenen Illegalen schnell 'zurücknehmen'. Sie werden dasselbe von Weißrußland, der Ukraine, der Slowakei, Ungarn usw. verlangen. Die kapitalistischen PlanerInnen konzipieren Osteuropa als mehrstufigen Filter, und auch viele Linke nehmen das für bare Münze. Es wäre allerdings das erste Mal, daß die kapitalistischen Pläne so einfach aufgehen. Osteuropa wird zwar für die internationalen MigrantInnen zu einem immer komplizierteren Minenfeld, aber schon jetzt bewegen sich viele Menschen regelmäßig durch dieses Minenfeld über große Entfernungen. Selbst in deutschen Regierungskreisen würde es bereits als Erfolg angesehen, wenn die Gesamtzahl der MigrantInnen nicht weiter ansteigt.

Auch der erneute Mauerbau konnte die Zuwanderung nicht aufhalten ...

Neue Rotations-Modelle

sollen gezielt ArbeiterInnen in bestimmte Branchen (v.a. auf den Bau) pumpen und zugleich die dauerhafte Einwanderung verhindern. Obwohl ArbeiterInnen mit sehr unterschiedlichen Verträgen und unterschiedlichem Aufenthaltsstatus in der großen Grau-

zone zwischen 'Legalität' und 'Illegalität' hier herkommen, kann – entgegen einer weit verbreiteten Auffassung – von einer Tendenz zur 'Deregulierung' keine Rede sein. Im Gegenteil versucht der Staat, Hierarchien einzuziehen und verschiedene ArbeiterInnen-Kategorien voneinander abzuschotten. Zur Zeit werden verschiedene neue Modelle ausprobiert und in juristische Form gebracht. Aber nicht alles wird in vollem Umfang durchgezogen, sondern eher werden Regelungen auf Vorrat geschaffen, mit denen die BRD einen verrechtlichten gesamtosteuropäischen Billigarbeitsmarkt in Bewegung zu halten hofft.

Zur Absicherung der Rotation wurde ins neue Ausländergesetz von 1991 ein neuer Aufenthaltstitel aufgenommen: die 'Aufenthaltsbewilligung'. Sie läßt einen Aufenthalt für Ausländer zu einem zeitlich befristeten Zweck zu. Fällt der Zweck weg – zum Beispiel Ausbildung an der Uni oder Ausführung eines Werkvertrages –, dann muß der betreffende Mensch ausreisen. Das Gemeine daran ist nicht nur die Befristung, sondern vor allem, daß in diesem Rahmen keine Aufenthaltsverfestigung mehr erreicht werden kann (bisher ergab sich aus einem legalen Aufenthalt nach fünf Jahren der – zunächst befristete und mit längerem Aufenthalt unbefristete – Anspruch auf ein Bleiberecht).

Die *'Anwerbestopausnahmeverordnung'* von 1991 hat mehrere Möglichkeiten für eine legale Arbeitsaufnahme von AusländerInnen geschaffen:

– *SaisonarbeiterInnen* werden für Hotel- und Gaststättengewerbe, Forst- und Landwirtschaft, Bau, aber auch die Metallindustrie direkt von der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in einer Reihe von osteuropäischen Staaten über die (z.T. von der BRD aufgebauten) Arbeitsämter rekrutiert. Sie bekommen Dreimonatsverträge und an-

Die Lager:

Eine »konzentrierende Verwaltungsmaßnahme«

Schon nach dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (seit 1.7.1992 in Kraft) sollen möglichst viele Flüchtlinge in Großlagern (bis zu 1 000 Menschen) eingepfercht werden. Das hat zwei Funktionen. Einerseits hat der Staat jetzt Lager (Unterkunft und Verpflegung), Asylbundesamt (Antragsablehnung), Ausländerbehörde (Abschiebung), Bullenwache (ED-Behandlung, unmittelbare Repression und Abschiebung) und nahegelegenes Sondergericht für etwaige Einsprüche zu einer Gesamtmaschinerie zusammengefaßt.

Andererseits dienen die Lager zur Terrorisierung der Flüchtlinge durch systematische Enge, unzureichenden Großküchenfraß, Anwesenheitspflicht im Lager, Stacheldraht und rigide Torkontrolle durch private Wachdienste. Medizinische Versorgung findet fast nicht statt. Frauen sind in diesen Verhältnissen oft noch zusätzlich der sexuellen, psychischen und körperlichen Gewalt von Personal und männlichen Lagerbewohnern ausgesetzt. Für die LagerinsassInnen gilt bis zu drei Monate lang auch wieder das alte Arbeitsverbot. Bargeld wird praktisch nicht mehr ausgezahlt (ca 2 DM pro Tag), so daß systematisch 'Kriminalität' wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren und Schwarzarbeit produziert wird, und das auch noch in leicht überwachbaren Situationen, so daß die Bullen die InsassInnen ziemlich in der Hand haben. (Ein gutes Beispiel, wie die Kriminalisierung läuft, sind die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter in der ehemaligen DDR: Als ihre Betriebe geschlossen wurden, verloren sie ihre Arbeitserlaubnis, und jetzt bekommen sie keine neue. Der Staat drängt sie mit dem Zigarettenschmuggel in die Kriminalität, um dann in großem Maßstab Ausweisungsgründe zu finden. Dann lief in Berlin gut getimet zwei Tage vor ihrer Demo gegen die geplante Abschiebung eine Riesen-Bullenrazzia auf ihre Wohnheime.) Das sonst so gerne ins Feld geführte Argument der 'Wohnungsnot' spielte bezeichnenderweise noch nicht einmal propagandistisch eine Rolle bei der Konzeption der Lager.

Auch die Sonderknäste für die Zeit bis zur Abschiebung sind Teil dieses Systems, das zur Beschleunigung und Effektivierung des gesamten Asyl- bzw Abschiebeverfahrens dienen soll. Allein in NRW sind es vier Knäste mit bis zu 600 Haftplätzen. Im Herner Abschiebeknast hat es von Ende Oktober 92 bis Ende März 93 bereits sechs Hungerstreiks von einem Teil der bis zu 60 gefangenen Männer gegeben, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit.

Die Lagerverwaltung unterliegt Wohlfahrtsverbänden wie DRK, Malteser, Arbeiterwohlfahrt etc. oder Privatfirmen. Die Arbeitsteilung ist perfekt: Rotkreuzhelferinnen oder AWO-Sozialarbeiter für die Betreuung, staatliche Bullen für die Abschiebung. Und mancher marode Kreisverband eines Wohlfahrtskonzerns versucht sich durch die Übernahme eines Lagers zu sanieren. Aufgrund von öffentlicher und verbandsinterner Kritik, Demonstrationen und anderen Aktionen sind die Wohlfahrtskonzerne allerdings vorsichtiger geworden und versuchen, ihren Anteil am Lagersystem offensiv als 'humanitäre Maßnahme' zu verkaufen (so heißen aber neuerdings auch Kriege).

Noch sind diese Lager nicht flächendeckend eingeführt, noch gibt es bürokratische Probleme, aber ab dem 1.4.93 ist die Eröffnung weiterer Lager in NRW und Bayern vorgesehen.

Die Lager selbst sind der permanente Angriff auf die Flüchtlinge, neben seiner Präzision und Beständigkeit erscheinen die Anschläge der Faschos schon fast zweitrangig: auf jeden Fall ist die Gegenwehr dagegen leichter. Dazu kommt: die Konzentration der Flüchtlinge in Lager und Heime hat viele Brandanschläge überhaupt erst möglich gemacht.

Aber die Lager haben auch eine Dynamik, die zu Widerstand gegen sie führt: In Köln, Augsburg und anderen Städten kam es Ende 1992 zu Auseinandersetzungen wegen der Form der Sozialhilfe; viele Flüchtlinge forderten massiv die Barauszahlung. In Augsburg wurde der Konflikt durch eine Bullen-Großrazzia zunächst beendet, aus dem Lager in Köln-Niehl wurden alle Flüchtlinge nach Münster verschubt.

Zu den Lagern sind in den letzten Monaten zwei Broschüren erschienen:

Sechs Wochen Sammellager Köln-Niehl. Erfahrungen, Berichte, Hintergründe

(30 Seiten, 3 Mark plus Porto), Plenum gegen Sammellager, c/o Infoladen, Ludolf Camphausen-Str.36, 5000 Köln 1

Dokumentation. Keine Lager, keine Abschiebungen

(48 Seiten, 5 Mark plus Porto), Herausgeber: Bundeskoordination gegen Lager und Abschiebung, c/o Antirassismus-Büro, Sielwall 5, 2800 Bremen 1

schließend eine neunmonatige Sperre der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung in der BRD. Der ZAV-Leiter meint, die SaisonarbeiterInnen könnten von dem Lohn für drei Monate Arbeit in ihren Heimatländern neun Monate leben. Die Jobs sind durchweg mies bezahlt, denn sie sind das, was übrigbleibt, nachdem sie deutschen und rechtlich gleichgestellten ausländischen ArbeiterInnen angeboten worden sind. 1991 gab es 128 000 SaisonarbeiterInnen, 1992 waren es 212 000. Davon waren 138 000 aus Polen. Sie arbeiteten überwiegend in der Land- und Forstwirtschaft, und auf dem Bau. Trotz steigender Arbeitslosigkeit hat die Zahl der Anfragen von Unternehmern nach erfolgter 'Arbeitsmarktprüfung' bei der ZAV in den ersten Monaten 1993 um 80 Prozent zugenommen.

– Als *GrenzgängerInnen* waren 1991 im bayerischen Grenzgebiet 13 000 Personen beschäftigt, die unter der Bedingung eine Arbeitserlaubnis bekommen, daß sie täglich in die Tschechoslowakei zurückkehren.

– Als *Werkvertragsarbeiter* werden Beschäftigte osteuropäischer Firmen zur Ausführung eines Werkes für bis zu zwei Jahre in die BRD entsendet. Das Werkvertragssystem wird besonders in der Bauindustrie angewandt und ist nichts anderes als verdeckte Leiharbeit. Die Arbeiter bleiben bei der Tätigkeit in der BRD Beschäftigte der osteuropäischen Firma, die Bezahlung muß aber den deutschen Tarifen für vergleichbare Arbeiten entsprechen. 1991 waren bis zu 77 000 Werkvertragler hier auf Arbeit, 1992 waren es bis zu 115 000. Ungefähr 80 Prozent aller Werkverträge sind im Baubereich abgeschlossen. Die BRD hat einen Gesamtkontingentrahmen und einzelne Kontingente für verschiedene Staaten festgelegt. Zwischenstaatliche Vereinbarungen gibt es inzwischen unter anderem mit Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, der CR, Jugoslawien, Slowenien, Kroatien, der Türkei und Rußland. Das Gesamtkontingent liegt bei gut 100 000; davon hatte allein Polen 1992 ein Kontingent von 35 000. Die polnischen Bauarbeiter, zu denen GenossInnen in Berlin Kontakt aufgenommen haben (siehe Kasten), werden von kleinen polnischen Baufirmen eingestellt, die jeweils vollständige Kolonnen inklusive 'kierownik' (Polier) verleihen. Große Import/Export-Firmen (die in Polen schon seit den 70er Jahren Bauausführungen ins – früher sozialistische, jetzt kapitalistische – Ausland exportieren) treten als Makler auf und schließen die ganzen Verträge ab: mit den deutschen Baufirmen, dem polnischen Aussenwirtschaftsministerium, der deutschen Botschaft in Warschau und den deutschen Arbeitsämtern.

Die Werkvertrags-Kontingente haben eine doppelte Funktion: Sie holen nicht nur eine große Zahl von legalen Niedriglohn-Arbeitern auf die deutschen Baustellen, sondern können auch leicht überzogen werden, bieten also einen idealen Deckmantel für Schwarzarbeit in großem Stil. Allein nach offiziellen Angaben wurde das polnische Werkverträgler-Kontingent für 1992 z.B. um fast 100 Prozent überzogen: 63 000 statt 35 000 (angeblich hatten die Behörden einen Rechenfehler gemacht). Die Schätzungen darüber, wieviele Leute wirklich auf Werkvertrags-Ticket arbeiten, bewegen sich zwischen dem Doppelten und dem Fünffachen der im Kontingent festgelegten Zahlen. Da die Arbeiter vom Arbeitsablauf her ohnehin oft die Baustelle wechseln und die Arbeitsgenehmigungen jeweils nur für eine Baustelle gelten, besteht bei Razzien eine gewisse Chance für die Arbeiter (und die Firmen), zu sagen, die Papiere seien noch nicht da und würden nachgereicht. Die verschärften Razzien, die das Arbeitsamt in letzter Zeit auf Baustellen durchführt, scheinen auch eher zur Einschüchterung der Arbeiter als zur Unterbindung der Schwarzarbeit zu dienen. Und wie »jeder schwarze Immigrant in Europa seinen Paß im Gesicht trägt« (Sivanandan), gilt jeder osteuropäische Bauarbeiter als potentieller Schwarzarbeiter.

In der allerletzten Zeit gibt es zunehmend Kritik an den Werkverträgen,

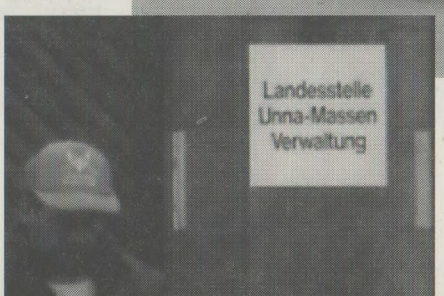
– von den Gewerkschaften, die sich von den Werkverträglern keine Mitgliederzuwächse erhoffen können und die Interessen der Arbeiter des 'ersten Arbeitsmarktes' vertreten (die IG Bau Steine Erden macht noch nicht mal den Versuch, die osteuropäischen Arbeiter anzusprechen);

– von kleinen Bauunternehmen, die 'unlauteren Wettbewerb' sehen, denn ihnen fällt es nicht so leicht wie *Hochtief*, *Holzmann* und Co., komplette Kolonnen mit Übersetzern einzuweisen und flexibel auf verschiedenen Baustellen einzusetzen;

– von den Arbeitsmarktplanern, die befürchten, daß das Werkvertragssystem den 'deutschen' Arbeitszwang nicht nur unter Druck setzt, sondern völlig zusammenbrechen läßt: Wer eh nur noch einen Lohn knapp über dem Sozialhilfesatz hat, überlegt sich schneller, gleich Sozialhilfe zu beziehen und nebenbei ein bißchen zu arbeiten.

weiter Seite 58

Demonstration vor dem Abschiebeknast in Herne (Ruhrgebiet) am 10. April



GenossInnen aus Berlin haben seit einiger Zeit Kontakte zu polnischen Bauarbeitern geknüpft. Von ihnen stammt folgender Bericht:

Polnische

Viele Menschen – vor allem aus Polen – nutzen die Möglichkeit, als Touristen visafrei in die BRD einzureisen mit dem Ziel, irgendwie Geld zu verdienen. Zum ersten Mal war diese Entwicklung 1989 zu bemerken, als polnische TouristInnen in Berlin sich einen Marktplatz schufen, auf dem sie aus Polen mitgebrachte Sachen verkauften. Damit wurde die zukünftige Bedeutung der Ost-West-Migration mit einem Schlag klar. Damals entstand bei uns die Idee, zu Polen und mit polnischen Menschen hier eine politische Praxis zu entwickeln. Die zaghaften Anfänge beschleunigten sich erst im letzten Jahr, als wir wirklich Kontakt zu polnischen Bauarbeitern bekamen. Wir hatten Interesse daran, die Ausbeutungssituation von polnischen Schwarzarbeitern kennenzulernen und mitzukriegen, wie sie eigentlich drauf sind. Bei dem ersten Treffen waren wir dann überrascht, daß wir es mit legalen Malochern zu tun hatten. Aufenthaltserlaubnis, Arbeitserlaubnis. Prima Papiere hatten unsere Gesprächspartner auf Tasche. Wir hatten Werkvertragsarbeiter entdeckt.

Aus diesen Anfängen hat sich eine intensivere Beschäftigung mit den Werkvertragsvereinbarungen entwickelt, die inzwischen dazu geführt hat, daß wir seit kurzem einmal in der Woche eine regelmäßige Beratung für polnische ArbeitsmigrantInnen anbieten.

Die legalen Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen aus Osteuropa haben alle ein gemeinsames Merkmal: der Rückkehrzwang der Menschen in ihr Heimatland nach Ablauf der Genehmigung. Der Plan, eine solche Arbeitskraftrotation durchzusetzen, ist nicht neu. Bereits in den 60er und 70er Jahre ist ein Versuch in diese Richtung gescheitert. Die Arbeitsmigranten aus den Anwerbeländern haben für sich durchgesetzt, daß sie und ihre Familien hierbleiben können und daß sich ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern. Damit so ein Flop nicht noch einmal passiert, haben die Herrschenden diesmal mit der 'Aufenthaltsbewilligung' im neuen Ausländergesetz juristische Vorkehrungen zur Absicherung der Arbeitskraftrotation getroffen.

Die Grenzen der BRD werden zur Zeit mit Nachtsicht-Geräten und Militäreinsätzen gegen illegale Einwanderer dichtgemacht. Das Eingangstor Asyl wird faktisch abgeschafft. Gleichzeitig zu diesem Prozeß der Abschottung verläuft die Mobilisierung osteuropäischer Arbeitskräfte.

Die Ausländerbeschäftigung soll Lücken stopfen, die das Profitinteresse oder der erkämpfte ArbeiterInnenstolz ausspart. Die klassischen Einsatzorte für Migranten sind Produktionsorte, die für das Kapital nicht so attraktiv sind, daß dort durch den Einsatz von Maschinen und Technologie die Gewinne effektiver abgeschöpft werden können. Auch dort finden Migranten Arbeit, wo die Bezahlung mies ist und das mit dem Job verbundene Prestige der ansässigen Bevölkerung keinen Anreiz bietet. Einfache, manuelle Tätigkeiten; Saisonarbeitsjobs sowie unterbezahlte, drekkige und gefährliche Arbeiten bleiben für ArbeitsmigrantInnen übrig.

Mit der Neuorganisierung des Systems der Arbeitskraftrotation entstehen neue Konstellationen. Der Einsatz der Arbeitsmigranten kann zum Druckmittel des Kapitals werden. Die Gefahr der Verdrängung inländischer ArbeiterInnen wird von Seiten der Gewerkschaften beschworen. Andere Stichworte sind Lohn- und Sozialdumping. Das 'Normalarbeitsverhältnis' scheint in Gefahr. Die Errungenschaften der Arbeiterbewegung sind bedroht? Tatsächlich sind die Privilegien der ArbeiterInnen Ergebnis der Kämpfe und der Zugeständnisse des Kapitals. Das Kapital hatte ein Interesse an zufriedenen MassenarbeiterInnen in stabilen Produktionsverhältnissen.

Die Schaffung abgeschotteter nationaler Arbeitsmärkte war ein Mittel, dies zu erreichen. Die Zuschreibung nationaler Zugehörigkeit schuf ein Mittel zur Unterscheidung der Anspruchsberechtigten von den nicht Berechtigten. An diese Mechanismen zur Befriedung oder Kanalisierung von Verteilungskämpfen wird heute nach wie vor angeknüpft.

Die Verteilungskämpfe haben weltweit zugenommen. Krieg, Bürgerkrieg, 'ethnische Säuberungen', rassistische Pogrome, Asylkompromiß, Solidarpakt, Fabrikbesetzungen, Streiks, Riots gegen staatlichen Rassismus, Migration.

Alles läßt sich als Ausdruck von Verteilungskämpfen entschlüsseln. Aber die heftigsten dieser Kämpfe haben eine zutiefst reaktionäre Form angenommen. Auch in diesem Land. Was ist eigentlich mit der Analyse gewonnen, daß auch in den reaktionärsten Bewegungen die Triebkraft sozialer Kämpfe am Werke ist? Damit ist wohl die Hoffnung, pardon, die Gewißheit verbunden, daß sich alles zum Besseren wenden kann. Diese Position vermittelt Klarheit, Stärke? Soziale Prozesse sind wieder in das Weltbild einordbar? Am Beispiel der polnischen Bauarbeiter läßt sich mit dieser Position dann folgende These entwickeln: Auf dem Bau treffen die Malocher von hier und die aus Polen aufeinander, sie lernen ihre jeweils andere Situation kennen, sie entwickeln im Zusammenmalochen ein gemeinsames Verständnis füreinander und damit eine gemeinsame Basis für soziale Forderungen: Und schon gehts los!

Wie sieht es nun wirklich aus? In Gesprächen mit mehreren polnischen Werkvertragsarbeitern haben wir einiges über ihre Situation gelernt. Dabei ist von vorneherein das größte Problem klargeworden: die meisten Werkvertragler können kein oder nur ein paar Brocken deutsch – und wer von uns kann schon polnisch? Nur mit Hilfe engagierter Menschen aus Polen, die in Berlin leben und uns in den Gesprächen übersetzten, war ein Austausch möglich. Was wir dann mitbekamen, entsprang unmittelbar dem Gruselkabinett frühkapitalistischer Ausbeutung. Aber der Reihe nach.

Die meisten waren Baufacharbeiter, verheiratet und hatten Kinder. Ihr wichtigstes Ziel war erst einmal, ihre Familie zu versorgen. Die Situation in Polen schätzten sie als momentan hoffnungslos ein. Dort waren sie zumeist arbeitslos gewesen und bei einem Ende der Werkvertragsarbeit rechneten die meisten auch mit erneuter Arbeitslosigkeit. Sie hatten sich bei einer Werkvertragsfirma beworben, da sie das Risiko einer individuellen Suche von Schwarzarbeitsmöglichkeiten in einem westlichen Land nicht eigehen wollten. Eine gesicherte legale Beschäftigung zogen sie der unsicheren, aber unter Umständen lukrativeren Schwarzarbeit vor. Von der polnischen Firma werden sie nur befristet für die Werkvertragsdauer eingestellt. Die Bezahlung liegt um 1.000 DM für mindestens 46 Wochenstunden. Zusätzlich werden von der polnischen Firma Essensgeld und eine Netzkarte für die U-Bahn gezahlt. Damit kommen sie auf das drei- bis vierfache eines polnischen Durchschnittslohnes.

Eigentlich sind für die Bezahlung der Werkvertragsarbeiter die deutschen Tarife

Bauarbeiter in Berlin

vorgeschrieben. Aber da es keine Überprüfungen der tatsächlichen Auszahlungen gab, konnte die polnische Firma die Lohnhöhe drücken. Da in den beim Arbeitsamt vorgelegten Werkverträgen eine Summe von 5.000 DM pro Arbeiter/Monat angegeben ist, läßt sich leicht ausrechnen, wieviel Profit selbst nach Abzug der Kosten für Unterkunft in Berlin und Versicherung in Polen übrigbleibt. Zum Teil Schwarzgeld, das auf Nummernkonten in Steuerparadiesen deponiert wird. Da keiner der Werkvertragler eine Lohnabrechnung bekommen hat und die Lohnquittung teilweise blind unterschrieben wird, ist es ihnen kaum möglich, dagegen vorzugehen.

Die polnischen Werkvertragler sind über ihre Rechte nicht informiert. Die Sprachprobleme sind sicher ein Grund. Aber darüberhinaus ist das Werkvertragssystem fürchterlich kompliziert, und es ist auch so nicht leicht, da durchzublicken. Von den Behörden, die ja schließlich die Arbeit als Werkvertragler legalisieren und auch die tarifliche Gleichstellung zur Grundlage der Erteilung der Arbeitserlaubnis machen, wird nichts in diese Richtung unternommen. Keine Informationen in der Sprache der Herkunftsländer, keine Anlaufstelle für Beschwerden oder Beratungen.

Die Arbeiter sind damit der Willkür der Entsendefirmen ausgeliefert. Und die nutzen das aus: Ungefähr die Hälfte bis zu zwei Drittel des Lohnes wird in die eigene Tasche gesteckt. Darüberhinaus werden die Arbeiter mit Geldstrafen für 'Fehlverhalten' belegt: Alkoholkonsum, ein nicht gefegtes Zimmer, Probleme bei der Grenzkontrolle ... Es gibt viele Möglichkeiten, wie das Ansehen der Firma und Polens geschädigt und damit eine Geldstrafe fällig werden kann – oder auch gleich der Rausschmiß erfolgt! Alle Werkvertragler konnten Horrorstories über ihren Betrieb erzählen. Wer einen Arbeitsunfall hat, wird mit akuter Knieverletzung ins Krankenhaus gebracht – allerdings erst in Polen, nach mehrstündigem Rücktransport im PKW. Wenn Arbeiter wegen Krankheit zum Arzt gehen müssen, dann müssen sie bei der Firma erst die Formulare holen, die zum Arztbesuch berechtigen. Dies endet damit, daß sie gezwungen werden, entweder weiterzuarbeiten oder in Polen zum Arzt zu gehen, womit sie ihren Anspruch auf Lohnfortzahlung des hiesigen Lohnes verlieren. Solche Beispiele ließen sich noch beliebig weiterführen.

Die Kampfbedingungen der Werkvertragler sind denkbar schlecht: Sie befinden sich in gewaltförmigen Strukturen der Abhängigkeit von der Entsendefirma. Diese regelt alle notwendigen Ämtergeschichten (Werkvertrags-, Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis) und behält alle Unterlagen für sich. Wer dagegen aufmuckt, fliegt raus. Und die Arbeit in Deutschland ist für die meisten nur als legale Werkvertragsausführung denkbar. Eine Arbeitserlaubnis würden sie anders nicht bekommen, und Schwarzarbeit ist den meisten zu riskant.

Die Werkvertragler haben auch keine Kampfinstrumente entwickelt, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Arbeitslosigkeit in Polen führt dazu, daß lange Wartelisten bei den Entsendefirmen vorliegen. Streik oder Mobilität versagen da als Kampfformen. Die unübersichtlichen Veränderungen in Polen haben dazu geführt, daß sie kein Vertrauen in die Rechtssicherheit ihres Landes haben und das Risko eines teuren Arbeitsprozesses scheuen.

Und dann ist da noch die Erpreßbarkeit: Schließlich haben die Werkvertragler viel zu verlieren – immerhin steht der drei- bis vierfache polnische Monatslohn auf dem Spiel. Es ist auch nicht die Lohnhöhe, die sie am meisten wurmt. Es ist vor allem das entwürdigende Gefühl der Unsicherheit und des Ausgeliefertseins.

Zwischen den Arbeitern selber gibt es immer wieder kleine Gruppen, die sich gut verstehen. Aber es besteht auch ein Mißtrauen gegen die eigenen Kollegen, die tratschen, denunzieren und sich beim Chef einscheißen. Zu den deutschen Kollegen haben sie keinen Kontakt. Die Zusammenarbeit funktioniert, aber jeder macht halt seine eigene Arbeit. Auf der Straße verhalten sie sich eher zurückhaltend. Die rassistischen Überfälle sind auch ihnen bekannt und sie sind zusätzlich von den Chefs gewarnt worden.

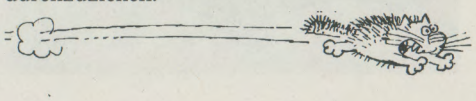
Diese Beschreibung gibt den bisherigen Stand der Dinge wieder.

Es scheint, als ob sich das Kapital mit den Werkverträgen ein ideales Instrument für die rotierende Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte geschaffen hat. Aber dieser Eindruck täuscht. Auch wenn das Werkvertragssystem noch nicht sehr lange angewendet wird, so lassen sich doch bestimmte Entwicklungen in Einzelfällen erkennen: Die Werkvertragler beschäftigen sich mit ihrer Situation, sie informieren sich in polnischen Zeitungen (und im Gespräch mit uns) über ihre Situation. Sie tauschen Informationen aus. Darüberhinaus scheinen einige ehemalige Werkvertragler nun in Polen beim Arbeitsgericht auf die Zahlung vorenthaltener Leistungen klagen zu wollen.

Letztendlich gekippt wird das Werkvertragssystem aber durch Widersprüche zwischen den Kapitalen. Das Werkvertragssystem ist seit letztem Sommer massiver Kritik ausgesetzt. Gewerkschaften prangern Lohn- und Sozialdumping an, die Kapitalseite befürchtet Wettbewerbsverzerrung, Zunahme von organisierter Schwarzarbeit und den Konkurs kleinerer und mittlerer Unternehmen. Insgesamt hat sich gezeigt, daß das Werkvertragssystem nicht zu kontrollieren ist. Trotz der Beschränkung der Zulassung von Werkverträgen besonders im Bau waren dort doppelt soviele Werkvertragler wie erlaubt. Mit der Konzentration hat sich im Baugewerbe ein legaler doppelter Arbeitsmarkt herausgebildet, der eine Bedrohung des 'sozialen Friedens' darstellt. Daß auf dem Bau Schwarzarbeit weit verbreitet ist, das ist kein Geheimnis. Aber daß die Schwarzarbeitsbedingungen für legalisierte Arbeiter gelten, das ist dann doch zuviel. Im Moment werden keine Werkverträge im Bau für Polen mehr genehmigt, ab dem 1.4.93 sollen die neuen Kontingente aus Polen nicht mehr in der Bauindustrie arbeiten dürfen, und bis Ende 1994 soll eine Reduzierung der Gesamtkontingentzahl von jetzt 100 000 auf dann 55 000 durchgezogen werden.

Die augenblickliche Diskussion geht dahin, das Werkvertragssystem zu Gunsten einer direkten, auf höchstens neun bis achtzehn Monate befristeten Anstellung bei deutschen Firmen abzuschaffen. Zu welchen Bedingungen dies sein wird, bleibt noch offen. Es gibt Äußerungen von Kapitalseite, daß die Löhne für die 'unproduktiveren Arbeiter aus Osteuropa' bei 8 DM liegen sollen.

Klar ist, daß es auch weiterhin Versuche geben wird, die Arbeitskraftrotation effektiv durchzuziehen.



Falls die Berliner GenossInnen recht haben und das Werkvertragssystem zugunsten einer Direkteinstellung bei deutschen Firmen gekippt wird, dann deutet sich aber schon wieder das Scheitern der Rotationspläne an.

Illegalisierung als Programm

Es ist nicht ganz leicht zu verstehen, was aus Sicht des Kapitals gegen den Einsatz von AsylbewerberInnen bzw. De-Facto-Flüchtlingen als Billigarbeitskraft spricht. AsylbewerberInnen haben sich in den letzten Jahren durchaus auf denselben Arbeitsmärkten bewegt wie z.B. die osteuropäischen SaisonarbeiterInnen. 1991 wurde das damals bestehende 5-jährige Arbeitsverbot für AsylbewerberInnen aufgehoben, und sie konnten erstmals (jeweils bis zum Ende der 3- oder 6-monatigen Aufenthaltserlaubnis befristete) Arbeitserlaubnisse bekommen. Anfang 1993 gab es laut *Wirtschaftswoche* »weit über 100 000 Beschäftigte« mit Asylbewerberstatus; die Arbeitsämter haben angeblich keine genauen Zahlen. Der Hotel- und Gaststättenverband Baden-Württemberg schreibt in einer Branchenstudie, »bei der Bewältigung des Arbeitskräftemangels auf der Hilfskräfteebene« komme »kaum noch ein Betrieb« ohne AsylbewerberInnen aus. Als Ungelernte bei »Ernte, Saat und Hackarbeiten« sind AsylbewerberInnen laut Deutschem Bauernverband neben SaisonarbeiterInnen aus Osteuropa »das prädestinierte Potential«. Seit 1991 haben etwa 148 000 AsylbewerberInnen erstmals eine Arbeitserlaubnis erhalten; bei mindestens 75 Prozent wurde sie verlängert. In Bayern sank die Quote der Sozialhilfe-BezieherInnen sofort von 90 auf 66 Prozent.

Andererseits bekommen SaisonarbeiterInnen gar keine Sozialhilfe, und kosten somit erstens den Staat fast nichts und unterliegen zweitens fast hundertprozentig dem Arbeitszwang. Für die AsylbewerberInnen ist durch die Umstellung der Unterhaltsleistungen von Geld auf Naturalien zwar auch schon ein beträchtlicher Geldmangel und damit Arbeitszwang entstanden, aber es gibt durch Unterkunft und Essen immer noch eine Art Minimalgarantie.

Wir kennen keine offiziellen Zahlen über die Sozialstruktur der Flüchtlinge. Sehr wahrscheinlich hat sich aber seit dem Ende des osteuropäischen Sozialismus nicht nur ihre Zusammensetzung nach Herkunftsländern verändert, sondern auch ihr soziales Gesicht: kamen aus dem Trikont vor allem gutausgebildete junge Männer, kommen aus Südosteuropa zunehmend Familien mit Kindern und anderen nicht-produktiven Familienmitgliedern. Daran hat der BRD-Staat natürlich kein Interesse. Alle ZuwandererInnen, die nicht direkte Arbeitskraft sind, haben aus seiner Sicht nichts in der BRD zu suchen. Der Staat hat diese Haltung klargemacht, indem er z.B. viele Kinder von solchen AsylbewerberInnen von der Schulpflicht ausnimmt.

Darüber hinaus stellen viele Roma offen Ansprüche auf ihren Anteil am westlichen Kuchen, ohne sich dafür der hiesigen Lohnarbeit ausliefern zu wollen. Bisher scheint ihnen das auch zumindest teilweise zu gelingen. Sie sind genau die EinwandererInnen, die das Kapital nicht will: der Arbeitszwang greift nicht, und sie sind nicht vereinzelt. Insofern ist es sicher kein Zufall, daß die erste Massenabschiebungswelle sich gegen Roma richtet. Außerdem waren sie in monatelangen Hetzkampagnen zum bevorzugten Objekt des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus gemacht worden.

In diesem Zusammenhang bekommt die Schließung der Grenzen und die Einrichtung der Lager einen neuen Sinn: durch das Minenfeld der osteuropäischen Grenzen sollen nur die Fittesten kommen. Diese Auslesefunktion ist von der Grenze zwischen den USA und Mexiko bekannt (die auch weder alle abhält, noch alle abhalten soll). Und wer es bis in die BRD geschafft hat, muß versuchen, sich einen Job und eine Wohnung zu besorgen. Die staatlichen Garantien bestehen in erster Linie in den Lagern, und wer (es sich leisten) kann, wird einen großen Bogen um sie machen und in der Illegalität bleiben. Praktisch werden diejenigen mit der bestorganisierten Community wohl die größten Chancen haben. Wer aufgegriffen wird (bisher angeblich v.a. als »Zufallsergebnisse von Drogenrazzien und Verkehrskontrollen«), kann immer noch die Notbremse ziehen und einen Asylantrag stellen, den Paß verlieren usw.

Die untersten Schichten, etwa die Illegalen, die über die Werkverträge mitlaufen, und die SaisonarbeiterInnen, werden also nochmal zusätzlich 'unterschichtet' von einer völlig rechtlosen Kategorie von ArbeiterInnen. Dabei soll die Total-Illegalität nicht zum unkontrollierten Massenverhältnis werden, sondern zu einer gezielten Bedrohung 'von unten' für die anderen ArbeiterInnen, zu einem Puffer, den der Staat nach Belieben (etwa durch mehr Kontrolle, Razzien, zukünftig denkbare Hatz auf Illegale usw.) vergrößern oder verkleinern kann. Zu dem breitgefächerten Instrumentarium, das sich der Staat zur Regulierung der Migration geschaffen hat, gehört auch die Illegalität. Die Einwanderung wird sich weder von High-Tech noch von Bürgerwehren an der Grenze, weder von neuen Gesetzen noch von internationalen Migrationskonferenzen verhindern lassen. Alle Gründe, warum die Leute hier her wollen und/oder irgendwo anders wegwollen, existieren ja weiter. Für das Kapital sind sie eine Quelle von Arbeitskraft. Und sie sprudelt munter weiter. Der Staat will nur den Hahn mehr oder weniger weit aufdrehen können.

Was machen die 'Flüchtlingsgruppen'?

In der Zeit der Lichterketten sind viele kleine Initiativen in Stadtteilen, Betrieben, Vereinen etc entstanden. Soweit es sich nicht um Propagandaaktionen von Geschäftsleuten o.ä. handelt, organisieren sie gemeinsame Sportveranstaltungen mit Flüchtlingen, Hausaufgabenhilfe, Sprachkurse u.ä.. Auch wenn wir über diese Form sozialarbeiterischer Hilfe oft lächeln, kann sie doch die Grundlage dafür bilden, daß mehr Leute die Lebensbedingungen von MigrantInnen überhaupt mitkriegen. Außerdem sind die Unterschiede zwischen solchen Initiativen und Gruppen mit linkem oder linksradikalem Anspruch und Hintergrund auf dieser Ebene nicht immer eindeutig auszumachen. Das zeigen jedenfalls die Diskussionen über die Probleme linksradikaler Flüchtlingsarbeit.

Daß aber solche eher bürgerlichen Initiativen oft eine klare Grenze haben, zeigen Versuche, mit ihnen zusammen gegen die Ämter

Unfriede am Bau

ank. Der „soziale Friede" am Bau ist gestört. Das zumindest sagen die Bauindustrie und die Gewerkschaft – ein seltener Vorgang von Einmütigkeit. Ein deutscher Bauarbeiter erhält im Schnitt 23 DM Lohn in der Stunde; sein polnischer oder rumänischer Kollege neben ihm muß mit etwa 8 DM zufrieden sein. Denn die Werksarbeiter erhalten ihren Lohn von einem Subunternehmer aus Osteuropa, der nicht an deutsche Tarife gebunden ist. Die Tarifpartner verlangen deshalb, daß die Bundesregierung die Abkommen über Werkskontingente kündigt. Auf den ersten Blick scheint dies keine liberale Forderung zu sein. Wer will, mag sogar einen unfreundlichen Unterton gegenüber Ausländern heraushören. So einfach ist es freilich nicht: Durch die Werkverträgler wird noch lange kein Lohnwettbewerb auf dem Baumarkt begründet. Denn über das „Glück" der Kontingente entscheidet die Arbeitsverwaltung, was Preisvorteile beim Angebot der Bauleistungen bis zu 30 Prozent ermöglicht. Das ist Wettbewerbsverzerrung, nicht Deregulierung. Außerdem zieht diese Legalität Illegalität nach sich: Von 150 000 Osteuropäern am Bau ohne Erlaubnis wird gesprochen; Kontrollen helfen wenig. Das Arbeitsministerium sollte den Vorschlag der Tarifpartner ernsthaft prüfen: Den Osteuropäern einen befristeten Gastarbeiterstatus zuzusprechen, um sie zu deutschen Tarifen zu bezahlen.

und Verbände vorzugehen, die hier das Flüchtlingselend organisieren. Auch die Unterstützung von Flüchtlingsaktionen gegen Behörden etc. ist aus dieser Ecke eher unterentwickelt: In der Hoch-Zeit der Auseinandersetzungen um das Kölner Lager (siehe Kasten) waren einige der kurz vorher gegründeten Gruppen kaum mobilisierbar, bzw. ließen sich von ihrem Anrufbeantworter vertreten...

In den letzten Monaten haben aber linke Gruppen eine Kampagne gegen die brutalen Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern, gegen die Lager selbst sowie gegen Abschiebungen und Sondergesetze entwickelt (siehe Kasten zu Lagern). Noch sind nur wenige Gruppen aktiv daran beteiligt. Aber diese Kampagne ist einer der wenigen Punkte, an dem Gruppen praktisch an den kollektiven Bedingungen der ImmigrantInnen ansetzen. Und dort wird auch über die Verbindung der Kampagne mit der Frage der Leistungskürzungen (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und -geld) für Deutsche oder der allgemeinen Wohnungssituation diskutiert: *»Wir meinen, daß antirassistische Politik Anknüpfungspunkte für eine soziale Verbreiterung beinhalten muß...«* Und: *»Erst so würde die rassistische Staffelung von unten aufgerollt werden können, statt sie zu zementieren, und erst solche Politik würde deutlich machen, daß sich Schwarze, weiße Unterklassen, und Linke in ihrem Anspruch auf die elementaren Lebensmittel Wohnung, Ernährung, Beweglichkeit und körperliche Unversehrtheit kaum voneinander unterscheiden dürften.«* (Zitate aus *Dokumentation, Keine Lager...*, siehe Kasten)

Solche Diskussionen blicken über den Tellerrand der 'Geflüchteten' hinaus, eröffnen praktisch eine Perspektive jenseits der Fixierung auf Rassismus und Asylrecht. Allerdings ist diese Perspektive heute noch verschwommener als während der letzten größeren antirassistischen Mobilisierung Mitte der 80er Jahre. Wir veröffentlichten in der WILDCAT 41 das damals von vielen diskutierte *medico*-Papier *»Thesen zur Flüchtlingsfrage«*. Dort hieß es: *»Im Begriff des Wirtschaftsflüchtlings steckt die Wahrheit, daß es eindeutige Grenzen zwischen den Fluchtgründen politischer Mittelschichten, für die das Asylrecht geschaffen war, der Arbeitsmigration und der Flucht als Suche nach Überleben und Einkommen nicht gibt.«*

Aktuell scheinen die Kämpfe der eingewanderten ArbeiterInnen nicht weit entwickelt: Sie sind zerstreut und kaum sichtbar. Die sichtbarsten Entwicklungen der letzten Monate sind Auseinandersetzungen um Lagerbedingungen, Sozialhilfekürzungen u.ä. Wir begreifen diesen sozialen Widerstand als Teil der proletarischen Einkommenskämpfe.

Weil die ImmigrantInnen ArbeiterInnen sind und weil eine revolutionäre Perspektive ihre Kämpfe als Teil des Klassenkampfs begreifen muß, haben wir in diesem Artikel so großes Gewicht auf die Analyse der Migration unter dem Gesichtspunkt der Klassenzusammensetzung und ihrer Veränderung gelegt. Die Ausgangsbedingungen für ein Zusammenkommen der verschiedenen Teile der Arbeiterklasse sind schwierig, allein schon weil ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sich so sehr unterscheiden. Wir können nur in den Kämpfen, die sich entwickeln, nach Anhaltspunkten dafür suchen.

In den *Materialien für einen neuen Antiimperialismus* Nr. 5 wird prophezeit, *»daß die Forderungen* (der neuen ImmigrantInnen) *nach egalitären Lebensverhältnissen lautlos in die Kämpfe in der Produktion und Reproduktion übergehen werden, in eine breite Kritik der Produktions- und Lebensverhältnisse. Das werden zunächst unspektakuläre Entwicklungen sein, und wahrscheinlich werden sie von der antirassistischen Linken kaum wahrgenommen werden.«* **Sorgen wir dafür, daß diese Entwicklung**

spektakulär

und laut

wird.

leserbrief

wir sind nicht immun

in eurem artikel zur innenpolitischen situation in deutschland in der nummer 60 übernehmt ihr an mehreren stellen selbst rassistische argumentationen. nun werden wir weissen mit rassismen groß und können uns nur teilweise und in der auseinandersetzung damit ein wenig auf einen anderen weg bringen. in einem artikel über die rassistische gewalt aber ist dies unakzeptabel und soll nicht einreissen.

seite 4: *»in allen westeuropäischen ländern finden zur zeit verschärfte auseinandersetzungen statt zwischen inländern aus den unteren schichten der gesellschaft (...) und einwanderern auf der suche nach reproduktionsmöglichkeiten.«* dieser satz ist keine analytische beschreibung, sondern eine ideologische verharmlosung. wenn leute schlafende menschen anzünden, ist das keine auseinandersetzung, sondern ein mordversuch. tausend andere anschläge waren keine auseinandersetzung, sondern angriffe von rassisten auf »die anderen«, wen immer sie dazu definieren. erst ganz vereinzelt beginnt sich abwehr zu organisieren.

seite 4: *»für sie sind die flüchtlinge erst mal keine konkurrenz auf dem wohnungs- und arbeitsmarkt.«* erst mal ist es politisch schief: proleten oder mieterInnen sind nicht automatisch konkurrenten sondern bestimmen ihr verhältnis zueinander selbst, die gegnerschaft oder die gemeinsamkeit im kampf. und faktisch ist es auch genau falsch. mit ganz wenigen ausnahmen konkurrieren FLÜCHTLINGE nicht direkt gegen deutsche wohnungs- oder arbeitssuchende.

seite 4: *»...ihre kinder haben nicht die probleme von überfüllten klassen mit hohem ausländeranteil,...«* seit langem steigt vom staat geplant die zahl der kinder pro lehrerIn. was hat das mit flüchtlingen zu tun? für mich taucht da so ein bischen »bevölkerungsexplosion »zwischen den zeilen auf. und haben »kinder« probleme mit anderen kindern, weil diese ausländer sind? sie probieren vielleicht mit spucke, ob bei ihrer banknachbarin die farbe abgeht, aber die rassistischen sprüche schnappen sie doch zuhause auf. ein problem ist sicherlich die diskriminierung nichtdeutscher kinder durch einen auf deutsche sprache bezogenen unterricht.

seite 4: *»...in ihre wohnviertel wird äußerst selten eine asylbewerberInnenunterkunft und nie eine zast gelegt.«* so eine zast finde ich auch zweischneidig: auf der einen seite kommen nette leute von anderswo in das viertel, andererseits auch deutsches beamtenpack, das einem schon das frühstück verbiestern kann. aber wo ist das problem mit dem asylheim? da nervt doch höchstens der hausmeister. oder verschlechtern die ausländer doch die bevölkerungsqualität? sinkt dann das niveau? oder verkümmert die kultur?

seite 6: *»gerade die von staatlicher alimentierung abhängigen haben angst, ihr geld an die bettelnden roma zu verlieren.«* wohlgemerkt, ihr redet nicht vom klauen, was ja auch berechtigt ist, als umverteilung von nord nach süd. ihr redet vom betteln. also eine arme sitzt auf der straße und bettelt eine reiche an – früher übrigens ein anerkannter beruf – und nun gerät also die reiche in panik, sie ist also das opfer und die bettelnde ist die täterin oder was. ich denke, ihr auge ist beleidigt, ekel und haß kommen hoch. »mutter, mach die tür zu, ich kann nicht sehen, wie du dich abschuftest ...«

seite 7 *»...die jugendlichen, (...) wenn sie sich vor asylheimen austoben...«* auch das ist eine unerträgliche verharmlosung, ein ausdruck, der ständig von der rechten in den medien genau so verwendet wird. deutsche jungs voller saft und kraft müssen sich »mal so richtig austoben«, »die sau rauslassen«. sicher sind die jugendlichen bei der ausländerhatz keine programmfesten nazikader. aber es bleibt doch gültig, daß ich die menschen nach ihrem handeln, ihrer entwicklungsrichtung begreife und nicht nach dem parteibuch.

seite 6: *»solch ein aufgeklärter rassismus ist nicht dysfunktional...«* da es keine rassen gibt, sind alle rassismen gleich schwachsinnig. nun gibt es sehr wohl eine sinnvolle theoretische debatte, die die verschiedenen rassismen untersucht und differenziert. der früher vorherrschende »biologische« rassismus, der eine grundsätzliche überlegenheit der weissen oder arischen rasse behauptete, wird seit längerem zurückgedrängt von dem rassismus der kulturellen differenz. dieser bahauptet, daß sich »kulturen« (?) nicht vertragen und zum schutze voreinander getrennt werden müssen. dieser rassismus tritt besonders gerne als antirassismus auf, hierzulande treten aktuell besonders engholm, schnoor u.a. so auf. ihr führt jetzt in solche diskussionen den begriff der aufgeklärten rassismus ein, ohne mal irgndwie das näher zu erläutern. vor dem hintergund des ständig zitierten rassistischen artikels traut man sich kaum, da eine nähere erklärung zu fordern...

in eurem artikel übernehmt ihr rasssistische vorurteile und macht sie salonfähig in linker presse. das darf nicht so weitergehen, wir sind nicht immun. dies sagt noch wenig zu den anderen aspekten eures artikels, wenngleich ich persönlich doch hoffe, daß die kritik der straße an der treuhand z.b. in ihrem wesen ganz verschieden sein wird von einem skinangriff auf ein flüchtlingsheim.

rainer aus köln 15.10.92

diskussion

Eine Antwort:

Zunächst das Zitat im Zusammenhang, aus dem Du einige Satzfetzen rausgeholt hast:

»In allen westeuropäischen Ländern finden zur Zeit verschärfte Auseinandersetzungen statt zwischen Inländern aus den unteren Schichten der Gesellschaft (ArbeiterInnen, Sozialhilfe-EmpfängerInnen, KleinbürgerInnen) und Einwanderern auf der Suche nach Reproduktionsmöglichkeiten: Schlägereien zwischen griechischen und albanischen Arbeitern, Jagd auf AfrikanerInnen in Italien und Frankreich, Brandanschläge auf Flüchtlingsheime, Straßenkrawalle in Deutschland. Daß die »multikulturellen Mittelschichten« weniger offensichtlich auftreten, heißt nicht, daß sie weniger rassistisch wären: für sie sind die Flüchtlinge erst mal keine Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, ihre Kinder haben nicht die Probleme von überfüllten Schulklassen mit hohem Ausländeranteil, in ihre Wohnviertel wird äußerst selten eine AsylbewerberInnen-Unterkunft und nie eine ZASt gelegt.«

zu 1) 'Auseinandersetzungen' ist an dieser Stelle tatsächlich ein unscharfer Ausdruck: für Griechenland stimmt er, für Deutschland ist er falsch, hier geht's wirklich um 'Angriffe'.

zu 2) von einer automatischen Konkurrenz schrieben wir nichts. Für die Gemeinsamkeit im Kampf interessieren wir uns immer brennend, aber auch die fällt nicht wie ein Automat vom Himmel, deshalb nehmen wir die vielfältigen tatsächlichen Spaltungen innerhalb der Klasse verschärft wahr. Und egal wie direkt oder indirekt die Konkurrenz nun ausschaut: wenn 20 Leute für drei Schwarz-Arbeitsplätze vor der Tür einer Klitsche stehen, dann ist der grün-alternative Lehrer eben nicht dabei, aber eher schon mal ein Einwanderer...Wo bleibt da die rassistische Argumentation?

zu 3) auch hier benennen wir einen Unterschied zwischen der Situation der 'unteren Schichten der Gesellschaft' und der 'multikulturellen Mittelschicht'. Und gerade weil kein mehrsprachiger Unterricht angeboten wird und die Haupt- und Gesamtschulen vollgestopft werden, knallt's dort an allen Ecken und Enden, und eben viel weniger an den Gymnasien. – Die Bevölkerungsexplosion hast Du Dir ganz alleine zwischen die Zeilen gelesen: von 'zu vielen ausländischen Kindern' schrieben wir nichts...

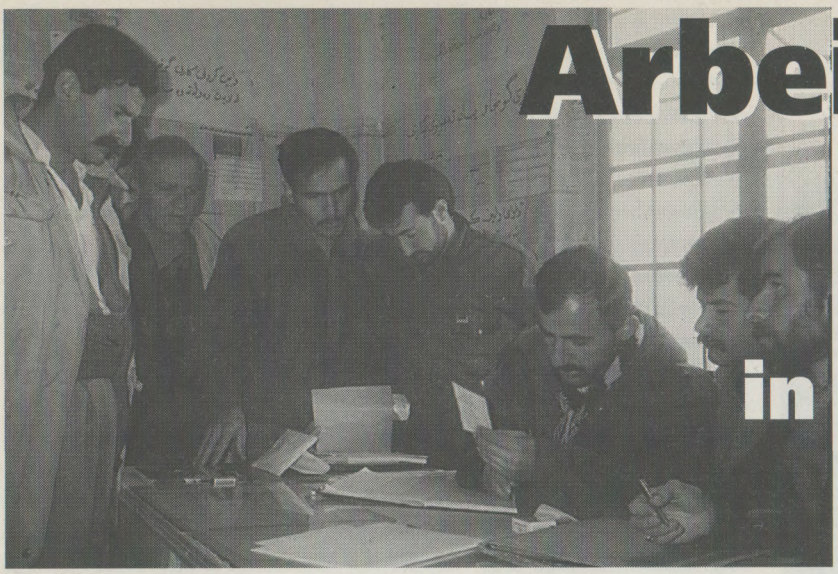
zu 4) ob die Leute, die da von anderswo kommen, wirklich immer so nett sind, sei dahingestellt. Um so polemisch zu antworten, wie Du uns kritisierst: brauchst Du es für Dein Wohlbefinden, daß in Deinem Viertel auch ein paar Schwarze über die Straße laufen? – »Wo ist das Problem mit dem Asylheim? usw« – Auch hier willst Du uns – ziemlich plump – etwas unterschummeln: wir reihten uns in die zuvieleAusländerinDeutschland-Front ein. – Wir sagen nur: der Staat macht an vielen Stellen mit den großen Heimen gezielt in denjenigen Wohngebieten Druck, wo eh schon einiges am Kochen ist: Arbeitslosigkeit, unbezahlbare Mieten usw (s. dazu exemplarisch den Artikel über Mannheim-Schönau in der Beilage der WILDCAT 60).

zu 5) hier haben wir uns nicht besonders klar ausgedrückt: der von Dir zitierte Satz ist eine Kritik an der Haltung derjenigen Leute, die sich ständig als Opfer begreifen, anstatt z.b. den Staat zu bekämpfen. Die bettelnden Roma sind in diesem Zusammenhang eine ironische Überspitzung dafür, wovor solche Leute Panik kriegen...

zu 6) auch hier gilt ganz banal: lies den Zusammenhang. Ein Absatz weiter heißt es unmißverständlich: *»Sie (die Jugendlichen) haben einen riesigen Haß auf den Staat und alles, was dazu gehört - die Riots sind auch immer Zoff gegen die Bullen. Aber sie sind feige und spießig, wenn es darum geht, die Nabelschnur zur alten Welt wirklich zu durchtrennen, selber was zu machen, eigene Wege auszuprobieren. Sie toben sich an Wehrlosen aus, randalieren gegen die Roma.«* Davon, daß sich »deutsche Jungs voller Saft und Kraft mal so richtig austoben müssen«, bleibt noch nicht mal andeutungsweise etwas übrig, außer vielleicht in Deiner Phantasie.

zu 7) Deinen Absatz zum »aufgeklärten Rassismus« finden wir peinlich. Da konstruierst Du dir einfach was aus der Tasche. Wir sagen, etwas vereinfacht: die Ausländer-Raus-Fraktion mit ihrem 'Hautfarben-Rassismus' ist 'unmodern', die 'aufgeklärte' (oder moderne oder intelligente) Variante des Rassismus ist die Selektion nach Leistungswilligkeit und -fähigkeit. Die Theorie- Debatte über Rassismus führen wir an dieser Stelle nicht, wir analysieren nur den Kapitalstandpunkt im Einwanderungsland BRD, und der heißt: 'AusländerInnen sind herzlich willkommen, solange sie ordentlich ausbeutbar sind und sich das auch gefallen lassen'. Mit der Argumentation »wir brauchen die Ausländer« versuchen inzwischen auch schon viele Flüchtlingsgruppen gutes Wetter für die EinwandererInnen zu machen. Daß das nicht unsere Argumentation ist und wir auch diesem – von uns 'aufgeklärt' genannten – Rassismus nichts Gutes abgewinnen können, kann jede, die will, aus dem Zusammenhang mühelos erkennen.

Zum Schluß: wir hätten's ja ganz toll gefunden, wenn Du was zu den anderen politischen Thesen des Artikels gesagt hättest...



Arbeitslosen-union in Südkurdistan gegründet

Wenn von Kurdistan/Irak die Rede ist, denken die meisten - die Bilder aus dem Golfkrieg im Kopf - an den Kampf von Menschen, die in den Bergen leben und ihre unabhängige Ökonomie verteidigen, weniger an eine Region mit Großstädten und städtischer Bevölkerung. Die Mehrheit der abhängig Beschäftigten wurden vor dem Umsturz vom Staat bezahlt: als Beamte, Lehrer, Milizen oder Arbeiter in einem Staatsbetrieb. Nach der systematischen Zerstörung kurdischer Dörfer und der Umsiedlung der Bevölkerung in den 80er Jahren war die Region in der Versorgung mit den wichtigsten Gütern von der Zentralregierung abhängig. Heute ist die Bevölkerung von den über UN und Hilfsorganisationen verteilten Gütern und Geldern abhängig.

Die Wahlen im letzten Jahr haben den beiden großen Parteien KDP und PUK Legitimation verschafft; sie halten die Schlüsselstellungen zur Verteilung von Ressourcen. Klassenwidersprüche müssen zugunsten der nationalen Befreiung zurücktreten, die kleinen linken Parteien sind in ihren Aktionsmöglichkeiten beschränkt. Trotzdem herrscht an dieser Front keineswegs Ruhe. Letzten Sommer wurde beispielsweise vier Monate lang in einer Hühnerfarm in der Nachtschicht gestreikt. Im folgenden Artikel, den uns eine Freundin aus Kurdistan geschickt hat, geht es um die neugegründete Arbeitslosenunion Kurdistan. Es ist der Versuch einer Gruppe von Linken, die Interessen der Arbeitslosen als Klasseninteressen zu organisieren. (Seit dem Ende der alten Staatsgewerkschaften im Nordirak hat sich sonst keine gewerkschaftsähnliche Organisation gebildet). Dieses Vorhaben stieß bei der kurdischen Regierung auf wenig Gegenliebe: am 15. März mußte das Büro geschlossen werden.

Die Aktivisten der AUK wenden sich mit ihrem Aufruf an Gleichgesinnte in Europa. Unterstützung jeder Art kann von uns an die Leute weitergeleitet werden.

Die Arbeitslosenunion Kurdistan (AUK) wurde im Dezember 1992 gegründet. Sie versteht sich als Selbstorganisation der Arbeitslosen in der kurdisch verwalteten Region im Nordirak.

Ein großer Teil der Gründer der AUK stammt aus der kurdischen Arbeiterbewegung, die vor dem Volksaufstand illegal gearbeitet hat. Während des Aufstandes waren sie in der Rätebewegung aktiv. Das heißt sie bildeten Fabrik- und Stadträte, um so die Verteidigung zu organisieren und, nachdem der Aufstand im März 1991 gewonnen war, eine basisdemokratische Verwaltung einzuführen. Die Bewegung konnte sich damals nicht lange halten. Das lag zum einen daran, daß die Bevölkerung in einer Situation, in der der Krieg nicht aufgehört hatten, sondern jeden Tag Gegenattacken der irakischen Regierung drohten, mehr Vertrauen in die organisierten, schwer bewaffneten Peschmerge der Kurdistan Front hatte. Zum anderen versuchte diese Kurdistan Front eben auch, die Räte möglichst schnell von der politischen Bühne zu drängen.

Ein weiterer Grund für das schnelle Scheitern der basisdemokratischen Strukturen war auch, daß sich die Rätebewegung vor allem auf die Arbeiterschaft berief und in einer Situation der nationalen Befreiung und eines national motivierten Aufstandes Forderungen wie etwa die nach der 35 Stundenwoche einbrachten.

Aus den Fehlern der Vergangenheit wurde gelernt. Die AUK setzt an einem der brennendsten Probleme der kurdischen Gesellschaft an.

Die Situation der ArbeiterInnen und Arbeitslosen in Kurdistan

ArbeiterInnen machen in Südkurdistan einen relativ geringen Anteil an der Bevölkerung aus. Die kurdische Region wurde unter dem Baath-Regime in nur sehr geringem Maße industrialisiert. In der gesamten Region, in der über 3,5 Mio. Menschen leben, gibt es nur 15 große Fabriken: drei Kleider-, eine Stoff-, eine Zucker-, zwei Zigaretten-, zwei Zement-, eine Garnfabrik, eine Mineralwasserabfüllanlage und drei große Hühnerfarmen. Bis auf eine der Hühnerfarmen waren alle Werke im Staatsbesitz. Privatbetriebe haben eher den Charakter von Manufakturen und sind hauptsächlich im Lebensmittelbereich angesiedelt. Die Versorgung der großen staatlichen Werke mit Rohstoffen erfolgte zentral von Bagdad aus. Das heißt, die zuständige staatliche Abteilung kaufte die Rohstoffe ein und lagerte sie zentral. Die Fabriken in Kurdistan bekamen Vorräte für jeweils einige Monate geliefert. Die Maschinen waren ausschließlich im Ausland eingekauft.

Aus diesen Gründen stehen heute so gut wie alle Fabriken still. Außer den Hühnerfarmen sind allen die Rohstoffe ausgegangen, zum Teil fehlen Ersatzteile, die im Irak nur mit größter Mühe, in Kurdistan gar nicht mehr zu beschaffen sind. Das doppelte Embargo, dem die Region unterworfen ist kann so als Hauptgrund der Arbeitslosigkeit in Kurdistan bezeichnet werden.

Ein weiterer Grund ist die Tatsache, daß vor dem Aufstand fast 70 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung im Staatsdienst beschäftigt war. Das Baath-Regime versuchte auf diese Art und Weise, die Bevölkerung so unproduktiv als möglich zu halten und dennoch Armut und damit verbundene Unruhen in den großen Städten so weit als möglich zu vermeiden. Mit den Öleinnahmen fiel es dem Regime nicht schwer, diese Politik zu finanzieren. Diese Politik verschaffte Kurdistan ein Heer von zum großen Teil nicht qualifizierten Arbeitslosen. Männer und Frauen sind von dem Wegfall der Arbeitsplätze gleichermaßen betroffen. Gerade in den obengenannten Fabri-

ken waren – mit Ausnahme der Zementfabrik – oft mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen Frauen, für die Angestellten mag der Prozentsatz zwar etwas niedriger liegen, aber auch hier ist der Anteil an Frauen etwa im Vergleich zu den Nachbarländern sehr hoch.

Eine andere große Gruppe von Männern aus ländlichen und städtischen Gebiet hatte ebenfalls mit dem Volksaufstand ihren Arbeitsplatz verloren: Sie waren beim Militär gewesen. Der Militärdienst konnte im Irak oft bis zu 12 Jahre dauern. Vor allem die Männer aus den deportierten Dörfern wurden zum Militär geschickt und hatten dort zum Teil sowohl den Iran- als auch den Kuwait-Krieg miterlebt. Der Aufstand brachte ihnen die Befreiung vom Militär, und das bedeutete eine fünfstellige Zahl an weiteren Arbeitslosen in Kurdistan. Hinzukommen hunderttausende von Männern, die vor dem Umsturz als Milizen registriert waren und dafür Lohn erhalten hatten.

Arbeit und Forderungen der AUK

Ca. 80 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung der kurdisch verwalteten Region sind heute nach Angaben der AUK arbeitslos. Verschärft wird ihre Situation noch durch die galoppierende Inflation, die durch das doppelte Embargo bedingt wird. So kostete ein Liter Kerosin im Winter 1991 noch 1 - 2 Dinar, den vergangenen Winter schwankten die Preise zwischen 5 und 8 Dinar, ein Sack Reis stieg von knapp 100 auf 600 Dinar. Binnenflüchtlingen und Dorfbewohner in abgelegenen Gegenden werden von der UNICEF oder anderen Hilfsorganisationen zumindest notdürftig versorgt. Die Städte sind in deren Programm nicht vorgesehen. Gerade in den Städten, wo ja im Sommer auch keine Landwirtschaft betrieben werden konnte, ist die Not diesen Winter am größten.

Die AUK hat sich zwar aus dieser Situation heraus gegründet, versteht sich aber nicht als »Dienstleistungsorganisation«. Sie bietet Arbeitslosen an, sich bei ihnen registrieren zu lassen und die wöchentlichen Vollversammlungen zu besuchen. Auf diesen VVs werden Sprecher der AUK gewählt, die ihr Amt bis zur nächsten VV innehaben. Einer der Sprecher zur Arbeit der AUK: *»Unsere Leute haben gelernt, immer die Hand aufzuhalten. Erst haben sie Zuwendungen von der Regierung bekommen, denn das Regime konnte sich seine Untertanen kaufen. Dann nach dem Aufstand kam die UNO und andere Organisationen, an die wurde dann die Hoffnung geknüpft. Dann riefen die Leute »Yes Yes Bush....« und erhofften sich die Rettung vom Kriegsgegner Saddams. Dann wurde gewählt, und diesmal meinten alle, die kurdische Regierung müßte uns aus unserer Misere retten. Wir haben jetzt ein halbes Jahr eine Regierung, gerettet ist natürlich niemand. Die Leute fangen an, das zu verstehen. Wir versuchen in jeder Vollversammlung klarzumachen, daß wir kein Dienstleistungsbetrieb sind. Wir haben nichts zu vergeben, die Leute sollen zu uns kommen, weil sie lernen müssen, die Kräfteverhältnisse hier zu begreifen und ihre Rechte einzufordern, nicht zu erbetteln.«*

Konkrete Forderungen hat die AUK schon erarbeitet: *»Wir versuchen erst einmal die Arbeitslosen zu erfassen. Dann gehen wir zu den Organisationen und auch zur Regierung und versuchen, zu einem Abkommen zu gelangen, daß bei Bedarf auf Arbeitskräfte dieser Liste zurückgegriffen wird. Das ist mal der erste Schritt.*

Wir fordern auch, daß die Regierung beschließt, Arbeitslosengeld einzuführen, denn wir wissen auch, daß Arbeitsplatzschaffung so gut wie unmöglich ist, solange die Embargos weiterbestehen. Aber trotzdem ist es wichtig, daß wir uns den Herrschenden präsentieren und erklären: 'wir können arbeiten, wir wollen Arbeit und keine Almosen'. Das ist gleichzeitig ein Kampf gegen das Klientelsystem, das uns das Baath-Regime 20 Jahre lang eingepflanzt hat.«

Knapp 500 Personen haben sich in Suleimania in den ersten zwei Wochen registrieren lassen, in Hewler sind es in der gleichen Zeit etwas über 2 000. Ihre Motive sind unterschiedlich. Viele sind aus Verzweiflung zum Büro der AUK gekommen: *»Wir haben schon Schmuck und Möbel verkauft, was sollen wir dann noch machen.«* Der das sagt, hat acht Kinder und vor dem Aufstand in der Zuckerfabrik gearbeitet. Er erhofft sich Hilfe von der AUK, versteht aber schon, daß sie keine Hilfsorganisation ist: *»Hier sind alle wie wir, keine Großkopferten, vor denen du buckeln mußt, der Hejar kann zwar besser reden als ich, aber der ist auch ein Arbeitsloser, dem keiner hilft. Der bescheißt uns wenigstens nicht.«*

Für Notfälle hat die AUK einen Fonds eingerichtet, einmal in der Woche steht in ihrem Büro ein Arzt zur kostenlosen Krankenbehandlung bereit. Doch die Mittel sind mehr als knapp. Mit dem folgenden Brief wendet sich die AUK das erste Mal an die europäische Öffentlichkeit mit der Bitte um Solidarität. •

Dokument: Offener Brief der Arbeitslosenunion Suleimania zur Veröffentlichung in Europa:

An die Arbeitslosen der Industrienationen,

wir wenden uns an euch, denn trotz aller Unterschiede sind ihr und wir diejenigen, die für die Interessen des internationalen Kapitals bezahlen.

Wir wollen euch über unsere Situation hier informieren. Obwohl momentan überall auf der Welt die Arbeitslosigkeit auf Grund der vom Kapital verfolgten Politik zunimmt, gibt es hier in Kurdistan noch einmal besondere Bedingungen. Die Arbeitslosigkeit ist zum Allgemeinzustand unserer Gesellschaft geworden.

Unter dem Baath-Regime hatten wir keinerlei soziale, politische und ökonomische Rechte. Auch die kurdische Regierung spricht uns Arbeitslosen diese Rechte nicht zu...

Die beiden Golfkriege haben die ökonomische Struktur des Irak zerstört. Das wirtschaftliche Leben in Kurdistan liegt brach, es gibt praktisch keine Arbeitsmöglichkeiten mehr. Die beiden Embargos, das UN Embargo gegen den Irak und das irakische Embargo gegen Kurdistan erschweren unsere Situation noch weiter.

Nahrungsmittel und Treibstoff werden von Tag zu Tag teurer. Der Lebensstandard der Arbeiter und Arbeitslosen ist enorm gesunken.

Wir wollen hier auch noch ein drittes Embargo erwähnen, das die Bourgeoisie unseres Landes den Arbeitern und Werktätigen auferlegt hat. Ein Teil der ausländischen Hilfe versickert in den Kanälen der bourgeoisen Organisationen.

Unter diesen Bedingungen kann sich die Arbeiterbewegung in Kurdistan nur sehr langsam entwickeln. Wir haben uns als Arbeitslosenunion zusammengeschlossen, um vereint unseren Forderungen Gewicht zu verleihen.

Vor allen Dingen fordern wir Arbeitslosenunterstützung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Weiterhin fordern wir die Aufhebung beider Embargos. Beide treffen nicht in erster Linie die kurdische und arabische Bourgeoisie, sondern die Arbeiter, Werktätigen und Arbeitslosen im Irak und Kurdistan.

Das kurdische Parlament soll ein Arbeitsgesetz verabschieden, das die Interessen unserer Klasse garantiert.

Bis heute haben wir zwei Niederlassungen in Hewler und Suleimania. In beiden Orten ist ein Sprecherrat von den jeweiligen Vollversammlungen gewählt worden.

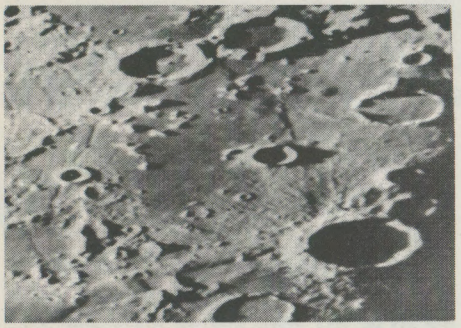
Wir wenden uns an die Arbeiter und Arbeitslosen in ganz Europa mit der Bitte, unsere Forderung nach Aufhebung der Embargos aktiv zu unterstützen.

Schafft ein Forum für unsere Forderungen in euren Organisationen.

Suleimania 29.12.92

Krieg, Hunger und Menschlichkeit: Die Bundeswehr in Somalia
Fortsetzung von Seite 3

klaut wird. Nun ist es absolut nichts Neues, daß »Hilfslieferungen« die jeweiligen Machthaber subventionieren (wie z.B. in Jugoslawien), und in Somalia scheinen auch nicht mehr Lebensmittel außer Kontrolle der Lieferanten gelangt zu sein als in anderen »Empfängerländern«. Aber vor der US-Intervention wurde ein Skandal draus gemacht, der vor allem die »Humanisten« wie Pawlow'sche Hunde eine UNO-Intervention fordern ließ.



... und anderen Interventionen

Die USA hatten bis Mitte November 1992 im Weltsicherheitsrat Boutros-Ghalis Interventionspläne blockiert. Am 21.11. beschlossen sie, selbst zu intervenieren; das ganze nannte sich *»UNITAF«*, aber Frankreich, Kanada und Belgien stellten nur einen Teil der 38 000 Soldaten. Von den Somalis wurde keiner mehr gefragt, obwohl sich in Interviews sowohl Aideed als auch Ali Mahdi prinzipiell *für* eine UNO-Intervention ausgesprochen hatten. Die USA geben sich keine Mühe, irgendwen in Somalia zu Schurken à la Saddam Hussein aufzubauen, sondern stellen als zentrales Problem dar, daß in Somalia *»jeder Anschein von Regierung zusammengebrochen ist«*.

Die Bürgerkriegsparteien werden auf eine Ebene mit den bewaffneten Gangs in den USA gestellt: das seien alles *»pistolenfuchtelnde Banditen«*, vor allem die Jugendlichen: *»verrückte Hunde«* und *»kaputte Junkies«*. Das *Wall Street Journal* freut sich am 7.12.: *»Die amerikanischen Sicherheitskräfte müssen den jugendlichen Gangstern nicht wie den Crips und Bloods in South-Central Los Angeles ihre verfassungsmäßigen Rechte vorlesen.«*

Am 8.12. landeten die Marines im Blitzlichtgewitter der Weltpresse am Strand von Mogadischu. Gleich am ersten Tag wurden in Mogadischu flächendeckende Razzien durchgeführt, und das ganze erinnert tatsächlich an Bulleneinsätze wie in L.A. Aber im Gegensatz zu ihren Verlautbarungen – daß sie so schnell wie möglich allen Somalis die Waffen abnehmen, eine Regierung installieren und das Land der UNO überlassen wollen, und daß das ganze höchstens ein paar Wochen dauern solle – erobern sich die USA vor allem »befriedete Zonen« rund um Mogadischu und die wenigen Straßen und Flugplätze im Süden Somalias. Sie unternehmen ein paar Hubschrauber-Vernichtungsangriffe auf »Waffenlager« verschiedener Fraktionen, durchkämmen mehrmals Stadtviertel oder machen Wochenmärkte platt, aber diese Angriffe scheinen nicht auf die Kontrolle des ganzen Landes abzuzielen. Waren die US-Soldaten zu Anfang von der Bevölkerung eher abwartend begrüßt worden, schlägt ihnen nach kurzer Zeit zunehmender Haß entgegen – wie beim Angriff auf die US-Botschaft –, der sich auch gegen Journalisten und Entwicklungshelfer richtet. Nach einem Bericht aus den USA gibt es auch Unmut unter den US-Soldaten, die dachten, sie wären auf einer humanitären Mission, und nun von Heckenschützen beschossen werden.

Rekolonisierung ...

Die Bürgerkriegsparteien treffen sich regelmäßig unter UNO-Vermittlung in Addis Abeba zu »Friedensgesprächen«. Am 27. März haben sie ein Abkommen unterzeichnet. Die eigentlichen Machthaber – die USA, Frankreich, Italien – ignorieren diese Verhandlungen. Die USA und das internationale Kapital, bei dem Somalia mit 1,9 Mrd. US-Dollar verschuldet ist – sehen im Augenblick keine Kraft, die das Land *in den Griff* kriegen könnte, d.h. die Bevölkerung nicht nur aus ihrer traditionellen Selbstversorgung herauszutreiben, sondern auch in die Bananenplantagen hinein. Die alten Sozialstrukturen sind zwar kaputt: Bevölkerungen sind aus den Regionen, die sie bewohnten, vertrieben worden, haben ihr Vieh verloren, sind zu Lagerinsassen unter dem Kommando des Internationalen Roten Kreuzes und ähnlicher Vereine geworden. Oder sie sind Teil eines schnell wachsenden städtischen Proletariats, gerade junge Leute, die sich hier, wie überall auf der Welt, ein besseres Leben versprechen. Der privilegierte Zugang zu Nahrungsmitteln läuft in Somalia über Waffen, bzw. über die Möglichkeit, sich in die Bündnisse der verschiedenen Parteien, Fraktionen, Clans und Unterclans einzuführen. Die Clans haben ihre alte Funktion – die Ordnung einer Hirtennomaden-Gesellschaft aufrechtzuerhalten – weitgehend eingebüßt. Jetzt sind sie Träger dieses Kampfs um Nahrungsmittel, um ein kleines Stückchen Macht geworden. Aber sie dürften sich aus Sicht des internationalen Kapitals kaum zu Trägern einer produktiven Neuordnung Somalias eignen. Der Westen findet im Augenblick noch nicht mal ein verläßliches Statthalter-Regime, das die Ruhe mit Terror nach innen erzwingen könnte. So bleibt die langfristige »internationale« Militarisierung Somalias die einzige Lösung – besonders, wenn die Ölfunde in den nächsten Jahren erschlossen und ausgebeutet werden.

Somalia könnte das Modell für eine wachsende Zahl von Gebieten auf der Erde sein, die in den nächsten Jahren direkt unter die Kontrolle des internationalen Kapitals in Form von irgendwie über die UNO organisierten oder abgestimmten Truppenkontingenten kommen. Diese »Rekolonisierung« bedeutet gleichzeitig, daß die politische Vermittlungs-*Form* im Klassenkampf immer mehr auf die »Weltinnenpolitik« übergeht.

... mit Beteiligung der Bundeswehr

Anfang Mai soll nun die US-Aktion offiziell zuende gehen und durch eine Blauhelmtruppe ersetzt werden. Obwohl sie einen defensiveren Charakter haben soll als die Marines, soll ausgerechnet sie Zentralsomalia »befrieden«, wohin die Marines noch gar nicht vorgestoßen waren. Bei dieser Blauhelm-Truppe will auch die BRD mitmischen. Die BRD hat zwar wahrscheinlich an Somalia kein direktes Interesse (jedenfalls nicht mehr als 1977 auf dem Flughafen von Mogadischu), aber die Aktion hat aus Sicht der Politiker nur gute Seiten: Sie dient der militärischen UNO-Kontrolle über Trikont-Regionen, die nicht mehr in der Lage sind, sich »selbst zu regieren«, sie unterstreicht die Ansprüche des deutschen Kapitals, bei jeder Neuen Weltordnung mitzuentscheiden, und: sie zeigt, daß der deutsche Staat zur Zeit intensiv über Krieg als ein Mittel nachdenkt, die innere Klassensituation in der BRD in den Griff zu kriegen.

P.S. Ansonsten vertrete ich schon lange die Theorie, daß Boutros-Ghali in Wirklichkeit ein vom Westen konstruierter Android ist. Eigentlich sollte er ein Andreotti-Double werden, ist aber daneben gegangen, deswegen haben sie ihn zum ägyptischen UNO-Präsidenten gemacht. Oben ist ein Schlitz, wo man 5 Mark einschmeißen kann, dann bittet er öffentlich um deutsche Truppen für irgendeinen Krieg.

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

★

Die aktuelle Nummer 45 enthält u.a.: Noam Chomsky: Das Jahr 501, **Karl Rössel:** Eurozentrismus, **Herby Sachs:** Kulturchauvinismus in Europa, **Assata Shakur:** Rassismus in den USA, **Dorothea Schütze:** Guatemala- Begleitung der Rückkehrer, **Michael Höltig:** Reise zu den birmanischen Guerrila-Gruppen, Beiträge zum neuen Ossietzky-Prozess von **Jan Myrdal** und **Wolfgang Haug**; die Antwort der **autonomen AFRIKA-Gruppe** auf die Medienrandale gegen Eierwerfer! u.v.a auf **72 S., 7.-DM.**

7.-DM im Vierteljahr ist eigentlich für alle erschwinglich, aber wir wissen sehr wohl, daß sie speziell im Osten viel bedeuten. Wir bieten deshalb allen Interessierten, die sich den Faden oft verkneifen mußten, 13 Nummern für 20.- DM (incl. 6,10 Porto!):

Lagerräumaktion!!

Die Nrn. 19 - 32 (ohne 23) bieten wir zum Sonderpreis von 20.- an; enthalten u.v.a.: –Murray Bookchin: über Libertärer Kommunalismus, Ulrich Klan über Frauen in der FAUD; Clara Thalmann-Interview; Gottfried Mergner über Deutscher Kolonialismus; Martha Ackelsberg über Mujeres Libres; Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten; Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon ; Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories; Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik; Stefan Schütz über Künstler und patriarchalische Gesellschaft; Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni; Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni ; Rosella di Leo über Patriarchatskritik; Ynestra King über Ökofeminismus; Interview mit Murray Bookchin; Detlef Hartmann über IWF; Wolfgang Haug über Alltag/Klasse; Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie; Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung; Jörg Auberg über Medienkritik Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft; Herby Sachs über Medien und Europa; Michael Seligmann über Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth; Jörg Auberg über Carlo Tresca - italoamerikanischer Anarchist; Thomas Schupp über Leiharbeit in der BRD; Anita Wilmes und Monika Autenrieb über Frauenhandel; Jürgen Tobegen über Rassismus in der Linken; Karola Fings und Frank Sparing über Roma/Sinti Hans A. Pestalozzi über Esoterik ändert nichts!

Nach Wahl schickt ihr uns einen 20.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken.

Red. Schwarzer Faden
PF 1159
D-7043 Grafenau-1
Tel. 07033-44273
Fax 07033-45264
Abonniert den SF!!!

atom-Sondernummer zu Rassismus und Neofaschismus

Aus dem Inhalt:

- ★ Chronologie des Terrors von Hoyerswerda bis heute
- ★ Wie der Weg nach Rostock geebnet wurde
- ★ Jürgen Trittin & Jürgen Elsässer über Rassismus in Deutschland
- ★ Angelika Behr über die Verbiegung des Asylrechts
- ★ Die Unterdrückung der Sinti und Roma
- ★ Polizei und Justiz: Zweierlei Maß gegen rechts und links
- ★ Rechte Gewalt: »Anti-Antifa«
- ★ Überlegungen zum antifaschistischen Widerstand
- ★ Dokumentationen, Fotos...

84 Seiten A4, Preis: 7,50 DM
Erschienen im Dezember 1992.
Erhältlich im linken Buchhandel oder bei der **atom,**
Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Bei Einzelbestellungen wird 1,– DM Versandpauschale erhoben. Bei Bestellungen ab 5 Exemplaren werden 30% Rabatt eingeräumt.

Die Rote Hilfe 1/93

Themen: Asylrechtsabschaffung; AFIS - die datentechnische Erfassung von Flüchtlingen; 1 Jahr nach der „Kinkel-Initiative": Wir RAF-Gefangene verschaukelt werden; weitere Themen: Haftstrafe gegen Antifaschisten, Knud & Ralf; Verdeckte Ermittler in Tübingen; Interview mit Menschrechtlerinnen aus der Türkei; Ostexpansion des deutschen Polizeiapparates.

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,-DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
23 Kiel 14

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Sonderheft 3:

MALCOLM X

Themen: Wer war Malcolm? * Ist er veraltet? * Malcolm im Hip-Hop * Die heutige Rezeption * Die Black Panthers u.a.

Beiträge von: Malcolm X (erstmals in deutsch), Diedrich Diederichsen, Linda Burnham, Claus-Christian Malzahn, Albert Scharenberg, Carl Wechselberg u.a.

Noch erhältlich: Nr. 9: Rassismus - Sexismus; Nr. 8: Gewendete Rechte; Nr. 4: Marxismus und Feminismus

ca. 72 Seiten, 6,- DM + 1,- Porto. Bestellungen an: **PERSPEKTIVEN**, c/o Volker Finthammer, Methfesselstr. 5, W-1000 Berlin 61.

türkei information

im 14.Jahr
erscheint zweimonatlich

Berichte–Kommentare–Hintergründe–Einschätzungen
zur politischen und gesellschaftlichen Realität in der Türkei und in Kurdistan

Übersetzungen aus türkischen Zeitungen und Zeitschriften

gegen den nationalistischen Zeitgeist – für internationale Solidarität

Abonnement (6 Ausgaben): DM 25,–
Förderabonnement ab DM 30,–
die drei letzten Nummern zur Ansicht: DM 6,–

Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
W – 3000 Hannover 91

Konto: türkei information, c/o Hasselbring
Postgiroamt Hannover
Konto Nr. 569 725 – 304
BLZ.: 250 100 30

Cotidiano MUJER

Seit 7 Jahren berichtet die Frauenzeitung COTIDIANO MUJER, frech und provokativ über feministische Theorie, Frauenleben in Uruguay und Lateinamerika. Sie erscheint alle zwei Monate in spanischer Sprache:

Jahresabo DM 60,-

Kostenlose Leseprobe anfordern bei:
COTIDIANO MUJER c/o Kappler
Fischerstraße 94, W-4100 Duisburg

Quetzalcoatl, Sandino & die Weltbank

Strassenkinder, Frauenbewegung, FSLN, Landbesetzungen, Recompas, Streiks, Recontras, Neoliberalismus, Miamiboys, Gesundheitsversorgung, Ökonomie....
1992 57min.

Ein Film über die soziale Situation in Nicaragua 2 Jahre nach der Wahlniederlage der FSLN

Leihgebühr: 80,-DM

zu bestellen bei:
Darlo N. Azzellini u. Anne Löwisch
Scharnweberstr.29
O-1035 Berlin

Stichwort

ANTI WWG DOKU

WWG
München Juli '92

Inhalt	bundesweite Mobilisierung + ♀-Mobilisierung gegen den WWG
Schwerpunkte	Demonstration 4.7. internat. Gegenkongreß 3.-5.7. Aktionstage 6.-8.7.
und	Redebeiträge Kongreß High-Lights Nachbetrachtung und Ausblick viele Fotos (auf ca. 120 Seiten)

Die Dokumentation erscheint **Mitte Januar** und ist zu erhalten bei:

Stadtratte, Pf. 22 11 14, 8 München 22
Kto. 906195482, BLZ 70150000, Stadtspk. München

Einzelpreise
6 DM - ab 20 St. (+ 9 DM Porto)
7 DM - ab 10 St. (+ 6 DM Porto)
8 DM (+ 1.20DM Porto)

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch.

Nr. 9 erschienen:

Der dritte Griff zur Weltmacht?

Schwerpunkt: Texte zur Entwicklung der deutschen Außen- und Ostpolitik: EG - deutscher Sonderweg? Wirtschaftlicher Zugriff auf die GUS, CSFR und Polen. Außenpolitische Instrumentalisierung deutscher Volkstumspolitik.
Außerdem: Vergewaltigungsdebatte und jugoslawischer Krieg. Woran zerbrach Jugoslawien? Kerzen für Deutschland: Lichterketten.
50 Seiten

Noch erhältlich: Nr. 8, Zur Hölle Deutschland. Texte zur inneren Entwicklung Großdeutschlands: Nationalismus und Faschisierung, Antisemitismus und Rassismus, Staatliche Asylpolitik und völkische "Ausländerpolitik", Modernisierung der Rechten.

Einzelpreis DM 6 (nur Vorauskasse/Briefmarken)
Abonnement per Überweisung DM 18 für jeweils drei Nummern im voraus oder am besten Einzugsermächtigung

Bestelladresse: Buro K., Karolinenstr. 21/Hs 2, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040-433849, Konto: S.Rosch/K.Dreyer, HaSpa, BLZ 200 505 50, Kto.: 1228 122 386

Im April 1993 jährt sich der Aufstand im Warschauer Ghetto zum 50sten Mal. Der Aufstand war Höhepunkt und Fanal einer einzigartigen Widerstandsbewegung in Europa, deren hoffnungsloser Kampf auf keine Verbündete zählen konnte und die quer zu allen national oder kommunistisch orientierten Untergrundbewegungen lag.

Der Aufstand im Warschauer Ghetto

270 Seiten, 25 DM,
ISBN 3-924737-19-3

»Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist bloß übriggeblieben.«

AnW**erbe**stopp**aus**nahme**gen**ehmig**u**n**g**

Migration und Arbeitsmarkt

Der Sozialstaat **pakt**s **nicht mehr ...**

...vom Elend der Arbeiterbewegung

Plexiglas: **Heißer Herbst '92 in** *italien*

Arbeiterkampf & in Großbritannien

Energiepolitik

Fragen zu **Jugoslawien**

Containerschiffe für Flüchtlinge in Hamburg